

**10 JAHRE
UNI OCHTERSUM
REVUE DER EREIGNISSE**



Verkaufspreis:

Studenten	3,- DM
Arbeitslose	3,- DM
Berufspraktikanten	5,- DM
Ehemalige	5,- DM
Professoren	10,- DM

Impressum

Entscheidungsdatum 18. Juni 1981

1. Auflage 500

v. i. S. d. P. : L. Mulert, Hildesheim, Vogelweide 4

U. Furas, Hildesheim, Hinterer Brühl 15

Zum Geleit

"Ein Grund zum Stolz sein findet sich immer,
Du mußt nur genauer
in deinen Mißerfolgen nachsehen!"

Die ganze unglückselige Geschichte hing damit an, daß an uns - mangels dozentischer Beteiligung - die Bitte herangetragen wurde, zur 10-Jahres-Feier der "Uni-Ochtersum" eine Chronologie zu verfassen.

Warm durchströmte uns eine wahre Welle von euphorischen Anwandlungen, gab man uns damit doch die Chance, der ehrwürdigen Tradition des "Ochtersumer Landrechts" gerecht zu werden und eine der Geschichte entsprechende Fassung abzuliefern.

So stehen wir eigentlich korrekt in der Tradition unserer Schule, wo doch unser höchster Representant - der Dekan des Fachbereichs - ausgerechnet zur 10-Jahres-Feier, sozusagen als kleines Geschenk, durch eine hinterlistige Wahlanfechtung, wahrscheinlich nicht mehr im Amt sein wird.

Vorweg möchten wir allen Anschuldigungen, die mit Sicherheit auf uns zukommen werden, trotz alledem ruhig entgegentreten. Denn sicherlich ist dieses Buch unvollständig, subjektiv, selektiv und manipulativ. Auch mag man uns Unübersichtlichkeit, schlechten Stil und undifferenziertes Aufkühlen alter Kamellen vorwerfen. Aber wir sind davon ausgegangen, daß wir keine nüchterne Chronologie von Personaldaten und Beförderungen liefern wollten, sondern unserem sozialpädagogischen Anspruch - Konflikte nicht unter den Tisch fallen zu lassen, sondern auszutragen - gerecht werden wollten und somit, die Betroffenen noch einmal selber zu Wort kommen zu lassen, wodurch sich als Neben- effekt eine stärkere Identifikation ergibt. So konnte es natürlich auch nicht ausbleiben, in einigen Passagen den Mantel - nein, man sollte besser sagen den Teppich - des Schweigens und Vergessens ein bißchen anzulüpfen um bei schwachem Kerzenschein zumindest die Umrisse der Geschehnisse wieder erkennen zu können. Fern lag und liegt uns dabei selbstverständlich jede Art der bewußten persönlichen Diffamierung und Verunglimpfung von Privatpersonen. Doch auch hier mag der ungeübte Leser seine Schwierigkeiten haben, wenn da immer wieder von denselben Personen die Rede ist. Doch eines ist gewiß, wir haben deren Geschichte nicht gemacht und es tut uns bisweilen verdammt leid und ist in gewissen Situationen nichtigehend peinlich immer dieselben

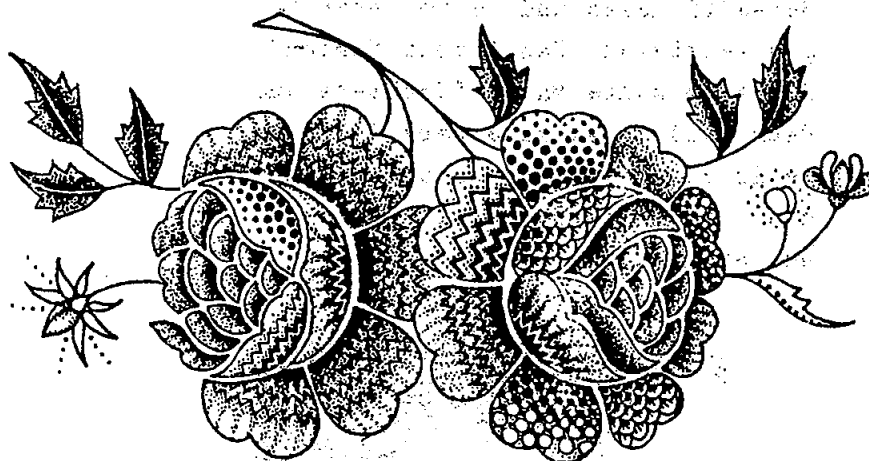
Namen und gleichartige Vorfälle schreiben zu müssen.
Auf keinen Fall; wollen wir hier an die berüchtigte Ochtersumer
Gerüchteküche anknüpfen und uns wie Waschweiber(männer) daran
auslassen, welcher Dozent mit wem, zur Zeit gerade ...
auch wollen wir nicht erwähnen, wer nebenbei studiert oder Bücher
schreibt, beziehungsweise von Studenten schreiben lassen soll.
Ebensowenig haben wir uns mit neuen Häusern, Nebenerwerbsquellen
und Ränkespielen beschäftigt.
Auch die Rufe aus fernen Ländern an bestimmte Dozenten haben uns
kalt gelassen - wußten wir doch, daß es sich um "Spiegelreflexionen"
handelte und der Ruf wahrscheinlich eher aus einem falsch verbundenem
Telefongespräch resultierte.

Nachdem wir uns durch meterhohe Aktenberge gewühlt hatten, mußten
wir zu unserem tiefsten Bedauern feststellen, daß wir viele schöne,
interessante Sachen aus Platzmangel weglassen lassen mußten. Auch
blieb leider nicht die Zeit, mit Vertretern jeglicher Couleur Inter-
views und Stellungnahmen zu erarbeiten um ein vollständigeres Bild
zusammenzustellen.

Vor allem die Rechtsschreibung, das Lay-out und die letzten beiden
Jahre mußten sehr stark unter dem Zeitdruck leiden.

Für die technische und teilweise moralische Unterstützung bedanken
wir uns recht herzlich bei:

Frau Ziemann,
Inge Hoffmann
Sigi Jakob
Herrn Moser
Heidrun Schnell
außerdem noch bei:
Gerlinde Paulus
Susanne Antonczyk
Manfred Krämer
Edda Rommel
Bettina Heeren
Ralf Dorn(Fotos)
und allen die wir jetzt vergessen haben.



Bei allen Dozenten und Studenten bedanken wir uns, daß sie uns diesen
Stoff geliefert haben und fordern alle etwaigen Interessenten auf
unsere Arbeit fortzusetzen - denn das ist nur ein Bruchteil.



AM ANFANG

Am Anfang gab es einen Staat, in dem seit langem der "Große Mammon" herrschte. Gekennzeichnet wurde er durch die Verehrung des Großen Bruders im Westen und die Fehde mit dem anderen Großen Bruder im Osten. Die vier verehrungswürdigen Gottheiten, die angebetet wurden, waren: die gottgewollte Macht, die Unterordnung unter die Ordnung, der selbstverleugnende Opportunismus und der einflußreiche Materialismus. Natürlich gab es auch Ungläubige in diesem Staat, die dem weise herrschenden "Großen Mammon" die Schuld für Selbstmorde, Verrückte, Arme, Heimkinder und andere Auffällige in die Schuhe schieben und ihn deshalb beseitigen wollten. Zu dieser Zeit führte der Staat des "Großen Mammon" gemeinsam mit dem Großen Bruder im Westen einen blutigen Krieg gegen ein paar Eingeborene in Südostasien, Gegen diesen Krieg, der vom Großen Bruder unter den Parolen: "Meine Freiheit ist besser als jede andere" und "Wer meine Freiheit nicht will, ist nicht frei und muß deshalb befreit werden" geführt wurde, gab es einige langhaarige Subjekte, welche als Ratten, Schweißfliegen und Terroristen bezeichnet wurden, die Widerstand dagegen leisteten. Das "Große Mammon" konnte sich das nicht gefallen lassen, da es um seine Macht fürchtete und setzte seine alten Krisenmittel ein. Dann wendete es eine neue Taktik an, in dem es seine vermeintlichen Feinde in die Regierung setzte; womit der Widerstand aber noch nicht beendet war sondern überall im Lande, wenn auch auf andere Art und Weise, weiterging.

AUS NICHTS SCHUF GOTT DIE WELT

1971 BIS 1973
DER PRÄHISTORISCHE URSPRUNG

Da es keinen Fachbereich Sozipäd gab, mußte eine Planungskommission zur Entwicklung und Vorbereitung desselben gegründet werden. Das älteste und bekannte Dokument ist ein Protokoll der Planungsausschuß-Sitzung vom 25.2.71. Diese Treffen fanden in Privatwohnungen der Mitglieder statt. Dabei waren unter anderem Ulli Ahlborn, Frau Keuntje und Herr Schwindt als kommissarischer Geschäftsführer. Man mußte Dozenten werben, sich um den Etat kümmern und, was sich bis heute nicht geändert hat, mit dem leidigen Raumproblem herumschlagen.

Seit der nächsten Sitzung war der ASTA immer dabei, der sich u.a. um Satzungsfragen, Mitbeteiligung an Entscheidungen und Paritäten kümmerte.

Am 21.6.71 hatte man 12 Dozenten und eine "vorläufige Lösung - Unterbringung in der neuen Volksschule Ochtersum" auf die Beine gestellt. Sämtliche Planungen liefen im Hinblick auf eine zukünftige Gesamthochschule Hildesheim. Herr A.W.Meyer wurde laut Regierungsbeschuß zum Fachbereichsleiter (FBL) ernannt.

Offiziell wurde der Fachbereich am 1. August 1971 "errichtet".

Die Eröffnungsveranstaltung mit geladenen Gästen fand am 21.9.1971 statt. Es gab acht hauptamtliche Dozenten, 15 Unterrichtsbeauftragte und 135 Studierende.

Die Höhere Fachschule wurde praktisch aufgelöst und es gab einen nahtlosen Übergang zum Fachbereich Sozialpädagogik. Am Anfang war es ein "normaler" Schulbetrieb mit Klassen und Anwesenheitslisten in den Räumen der Tappenstraße.

Von Anfang an gab es Gegensätze zwischen Dozenten und Studenten, die sich an konkreten Fragen festmachen ließen:

- Bedingungen für die Aufnahme von neuen Studenten
- Numerus Clausus
- Berufungen
- Scheine, Prüfungen, Prüfungsordnung (PO)
- Studienordnung (STO)

- Umsetzung von Beschlüssen
- Inhaltliche Position zum Studium und zum gesellschaftlichen Selbstverständnis
- Gremien und Selbstverwaltung

Um diese Fragen wurde damals, in den zehn Jahren und wird sicherlich auch in Zukunft teilweise erbittert gerungen, bzw. gerungen werden.

Einzelne Sachen und Positionen sind so umfangreich, daß wir den Überblick verloren haben. So waren wir z.B. nicht in der Lage, festzustellen wieviele Prüfungsordnungen und Entwürfe es insgesamt gegeben hat. Allein dazu hätten wir mühelos 300 Seiten füllen können. (Wer sich dennoch verstärkt damit auseinandersetzen will kann sich vertrauensvoll an die Kollegen Rothschuh oder Valiaparampil wenden.)

Aber zurück ins Jahr 1971. Es gab einen aktiven ASTA, der u.a. mit der Studentenvertretung der PH zusammenarbeitete. Bald erschienen die ersten berühmt, berüchtigten INFO's, deren Inhalte mehr als einmal das Stillschweigen durchbrachen und für Unruhe sorgten.

Am 29.9.71 wurden zwei wichtige, praktisch bis heute gültige Anträge, in der Fachbereichskonferenz (FBK) angenommen.

"Die Lehrenden des Fachbereichs werden gebeten, in den ersten Seminarveranstaltungen die möglichen Inhalte und Methoden der Vermittlung gemeinsam mit den Studierenden abzuklären und sich mit den Studierenden über die Leistungsnachweise für ihr Semester zu einigen" und

"Der Planungsausschuß beschließt, daß die Verwaltung der Semestergebühren in die Obhut der Studentenschaft übergeht."

Das Studium wurde organisiert: Stammbuch, Studienbuch, Beleglisten, Scheine, Karteikartensystem.

Die Studenten organisierten sich selber mit Satzung, Geschäftsordnung, Vollversammlung u.s.w.; wobei wir an anderer Stelle noch einmal ausführlicher darauf zurückkommen werden.

Auch für die FBK wurde eine Geschäftsordnung verabschiedet. Ein Beschluß, der heute noch nicht zufriedenstellend erfüllt ist, betraf die Rahmenregelung für Praktika. So sollten Dozenten die Studenten in ihren Praktikumsstellen aufsuchen.

RAHMENREGELUNG FÜR BLOCKPRAKTIKA VOM 10.5.1972 (AUSZUGE)

"1. Während des Grundstudiums sind ein 4-wöchiges Industrie- oder Institutionspraktikum abzuleisten und ein 4-wöchiges Orientierungspraktikum. Das Orientierungspraktikum kann auch im Projekt abgeleistet werden. Während des Schwerpunktstudiums sind 8 Wochen Praktika im gewählten Schwerpunkt abzuleisten."

"3. Praktika sollen in den vom Fachbereich vorgeschlagenen Praktikumsstellen durchgeführt werden.

Zur Erreichung einer möglichst weitreichenden Reflexion sollen Praktika im Kollektiv (mindestens zwei Personen) abgeleistet werden. Die Liste der zur Verfügung stehenden Praktikumsstellen soll spätestens ab 20.5.72 ausliegen. Innerhalb des Angebots an Praktikumsstellen können die Studenten frei wählen."

"4. Bis 20.5.72 sollen sich die Dozenten entscheiden, welche Art von Praktikumsstellen (Heime, Vorschule, Strafanstalten, u.s.w.) sie betreuen werden und dieses durch Aushang bekanntgeben. Der 11.7.72 (Dienstag) soll der theoretischen Vorbereitung auf das Praktikum dienen (z.B. Ausarbeitung von entsprechenden Fragestellungen, Zielsetzungen, u.a.).

Die Betreuung der Studierenden soll erfolgen:

- a. durch individuelle Beratungen (Besuch des Dozenten in den einzelnen Praktikumsstellen) und
- b. durch praxisbegleitende Seminare.

Die Seminare sollten wöchentlich stattfinden und zwar für jeweils drei Zeitstunden.

Die Wahl der Termine für die Seminare soll zwischen dem jeweils zuständigen Dozenten und den entsprechenden Studenten vereinbart werden.

Die Blockpraktika schließen mit einem "Praktikumscolloquium" ab.

5. Ab Wintersemester 72/73 sollen während der Zeit der theoretischen Veranstaltungen Seminare und Übungen stattfinden, die konkret auf die Blockpraktika vorbereiten.

6. Um den spezifischen Charakter der Praktika gerecht zu werden, sind besondere Regelungen zwischen Dozenten und Studenten möglich."



Es wurde gefordert, daß die FBK-Sitzungen grundsätzlich öffentlich sind, was als nicht statthaft (wegen Personalfragen) abgelehnt wurde.

Es kam zu Auseinandersetzungen um die PO und unzensierte Scheine; den Numerus Clausus und die Diskussion um die Einrichtung eines Fachbereiches Sonderpädagogik.

Dazu FBK vom 19.4.72; Ergänzungsantrag zum Protokoll der FBK vom 22.3.72:

"Frau Meyer hoffte, ihn nicht falsch zu interpretieren, wenn sie sagte, daß Herr Meyer wohl zu dieser Aufgabe (den neuen Fachbereich aufzubauen, red.Ann.) bereit sei, wenn seitens der FBK die Kontinuität des Aufbaus nicht erneut gestört würde." (statt: "Wenn die ganze Hilfe der Dozenten-schaft dahinterstehen würde".)

ABSCHAFFUNG BENOTETER SCHEINE

Am 13.5.72 wurden die Anträge der Studentenschaft: keine Bescheinigungen über Teilnahme an Veranstaltungen auszustellen und Anschaffung eines Stempels "An der Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden, Fachbereich Sozialpädagogik wird nicht testiert" angenommen.

Dann traten Dr. Sommer und Frau Keuntje von der Fachbereichsleitung zurück und die Arbeit wurde durch ein Team von Dozenten und Studenten weitergeführt. Probleme war der NC und es wurde darauf hingewiesen, (28.6.72) "daß der weitere Ausbau des Fachbereichs wesentlich von der Lösung des Raumproblems abhängt" (- dieser Satz könnte auch heute wieder im FBR-Protokoll stehen). Dann setzte eine Reihe von Rücktritten und Neuwahlen ein, so daß bis heute fast jeder Dozent einmal FBL bzw. FBK-Mitglied gewesen ist.

HAUPTÄMTLICHE DOZENTEN (STAND VCM 8.9.72)

Ahlborn, Hans-Ulrich M.A. (Magister Artium, red.Ann.)	Allgem. Pädagogik
Kawohl, Hans-Ulrich Dipl. Psychologe	Psychologie
Keuntje, Gisela Oberstudienrätin	Soziolinguistik Politologie
Meyer, August-Wilhelm Dipl. Pädagoge	Sonderpädagogik
Meyer, Rosemarie Dipl. Pädagogin	Vorschulische Erziehung

Oehlmann, Christel
Dr. phil.

Freizeit, Spiel
Sprachförderung

Sommer, Antonius
Dr. phil.

Vorschulerziehung

Schwindt, Michael
Werkpädagoge

Kunst/Werken
(beurlaubt)

Unterberger, Gerhard
Dr. phil.

Psychologie
Verhaltenstherapie

Vahsen, Friedhelm
Dipl. Soziologe

Soziologie

Nun interessantes aus alten Protokollen zu "alten" Problemen.
Zuerst das Problem der Umsetzung von Beschlüssen.

UMSETZUNG VON BESCHLÜSSEN

Protokoll der FBK vom 14.6.72 in der neuen Volksschule Hildesheim-
Ochtersum, Schlesierstr. 11:

" Der Antrag, die Punkte 6 u. 7 der Tagesordnung in die Unterabschnitte
des Punktes 'Umgehung von FBK-Beschlüssen' wurde von FBK-Mitglied
Hendrich (Student, red. Anm.) gestellt und angenommen."

"Zu 6/7: Umgehung von FBK-Beschlüssen
Zensuren (auf Scheinen)
Blockpraktikum

FBK-Mitglied Hendrich führte hierzu an, daß die Betreuung von Blockprak-
tika laut Beschluß vom 10.5.72, wie die Nichtbeschaffung des Stempels
"An dieser Schule wird nicht testiert" ferner die Vergabe von Zensuren
durch den Fachbereichsleiter und das FBK-Mitglied Ahlborn Umgehung von
einmal gefaßten FBK-Beschlüssen seien und forderte die Dozenten auf,
zu diesen Punkten einzeln Stellung zu nehmen. Dieser Forderung schloß
sich das FBK-Mitglied Mauer sowie verschiedene Zuhörer an. Gegen die
Vorwürfe verwehrten sich die Dozenten und wiesen ihrerseits auf das
Dilemma der zur Zeit noch bestehenden Prüfungsordnung hin, nach der auch
noch evt. das jetzige 4. Semester geprüft werden solle, falls nicht eine
andere Prüfungsordnung bis zu diesem Zeitpunkt erlassen sei. Ferner er-
wähnten die Dozenten, daß aus den Reihen der Studenten selbst Bitten um
Zensierungen an sie herangetragen worden seien und fragten nach der Be-
handlung solcher Angelegenheiten in Zukunft, wobei sie vor allem von
den Studentenvertretern in der FBK auf den FBK-Beschluß hingewiesen wurden.
Die Frage nach dem nichtbeschafften Stempel wurde mit Geldmangel be-
antwortet.

Die Betreuung von Blockpraktika, die seitens der Dozenten aus verschie-
denen Gründen, u.a. aufgrund mangelnder Erfahrung abgelehnt wurde, wurde

seitens der Studenten ausdrücklich gewünscht, wobei es nach Aussagen einiger Studenten nicht einmal so sehr auf eine ausgewogene Betreuung ankäme.

Eine weitere Bemängelung, fehlende Informationen u.s.w. betreffend, führte wiederum zu einer längeren Aussprache. Da auch diese zu keinem Ergebnis führte, wurde sie als abgeschlossen geklärt, da der Punkt Berufungsausschuß unbedingt erledigt werden mußte. Evtl. anstehenden Unklarheiten können am Freitag geklärt werden."

INHALTLICHE GESTALTUNG

Dieser verabschiedete Antrag vom 1.11.72 wäre auch heute wieder sehr sinnvoll.

" In Anbetracht der Überprüfung des bisherigen Lehrangebots und der eventuellen Erstellung eines Curriculums für Sozialpädagogik wird folgendes für dringend erforderlich gehalten: Die Veranstaltungsteilnehmer (Studenten und Dozenten) werden aufgefordert sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit der sozialpädagogischen Relevanz der Inhalte der Veranstaltungen auseinanderzusetzen und schriftlich niederzulegen. Darüber hinaus sollen die Inhalte der Veranstaltungen schriftlich festgelegt werden. Empfehlung innerhalb der letzten vierzehn Tage."

SCHEINPROBLEME

" Verweigerung der Ausstellung eines Projektscheins für die Mitglieder der Projektgruppe Studieneinführung durch Herrn Vahsen. Da nicht mehr anwesend, auf die nächste FBK vertagt."

AUSEINANDERSETZUNGSPROBLEME

" Herr Hendrich verliest eine Erklärung zu den Gerüchten, das zum Boykott der Unterrichtsveranstaltung bei Herrn Unterberger aufgerufen worden sei. 'Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, daß der ASTRA, die Projektgruppe Studienberatung oder die stud. Mitglieder der FBK zum Boykott der Veranstaltung bei Herrn Unterberger aufgerufen haben.

Diese halten es vielmehr für effektiver und sinnvoller die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Standpunkte in den Seminaren zu führen. Richtig ist vielmehr, daß einzelne Mitglieder der Projektgruppe während der Studienberatung zum Ausdruck gebracht haben, daß sie das Belegen des Psychologieangebots, ausgehend von ihrem Verständnis von Sozialpädagogik, für problematisch halten."

MENSCHLICHES

" Herr Albrecht erklärt zum Schluß der Sitzung, daß es ihm leid täte, daß er so viel gebrabbelt hätte. Er sei so frustriert gewesen. Er hasse sinnlose Akte und werde sich Gedanken darüber machen, wie man Protokolle in 35 Sekunden genehmigen kann."

(Die letzten drei Zitate aus dem FBK-Protokoll vom 1.11.72)

AUSEINANDERSETZUNG VAHSEN - INFO

Wie das INFO Nr. 4 vom 6.11.72 (2. erweiterte Auflage) belegt, verliefen die Auseinandersetzungen nicht immer nach fair-play Methoden. So heißt es im Geleitwort, daß "hundertfünfundig Exemplare auf merkwürdige Weise verschwunden sind". "Es ist müßig zu fragen, aus welchen Motiven wer der studentenschaft Informationen vorenthalten will. Dieser Art der Meinungsäußerung haben wir nur unser stetes Anliegen entgegenzusetzen, die Kommissionen möglichst umfassend zu informieren. Dabei bemühen wir uns keineswegs immer objektiv zu berichten, denn es steht jedem frei im Info seine Meinung zu sagen."

Anlaß der ganzen Angelegenheit war ein Artikel in dem Herr Vahsen kritisiert wurde.

"Mit der Erkenntnis ausgestattet, daß die Ringveranstaltungen im Sommersemester unbefriedigend verlaufen sind, begann am vorletzten Mittwoch die neue Runde auf der Suche nach dem Sinn sozialpädagogischer Betätigung. So war auch von Anfang an bei einigen die Tendenz zu verspüren, die Curriculumforschung auf ein totes Gleis zu schieben. Ein entsprechender Antrag wurde von Herrn Vahsen formuliert." "Zu diesem Zeitpunkt bot Herr Vahsen an, daß die Arbeit des Ringes in seine Berufsfeldforschungen einmünden könnten." Auf einer Sitzung am darauffolgenden Donnerstag "kam die Gruppe der Studenten, die im SS Berufsfeldforschung betrieben hat, zu folgendem Ergebnis: Das Verhalten des jetzigen Fachbereichsleiters Herrn Vahsen, läßt vermuten, daß er die Ringveranstaltung und die Mitarbeit der Studenten bei der Berufsfeldforschung für seine persönlichen Interessen in einer Weise ausnutzt, die die Verfolgung studentischer Interessen ausschließt. Es liegt die Vermutung nahe, daß nur die Promotion motivierend für die Tätigkeit Herrn Vahsens am Fachbereich ist. Die Studenten wollen das WS dazu benutzen, ihren Informationsrückstand in Bezug auf einen konkreten wissenschaftstheoretischen Standpunkt auszugleichen, um mit einer eigenen Perspektive die Arbeit am Projekt Berufsfeldforschung im nächsten Semester wieder aufnehmen zu können.

Ohne diese Vorarbeit sind die Studenten zu Handlangern verurteilt, weil sie dann nur Anweisungen befolgen könnten und ihnen die Möglichkeit zur Kritik versagt bleibt.

Hieraus und aus der Tatsache, daß das Angebot in Soziologie sehr dürftig ist, wurde folgender Vorschlag formuliert: Herr Vahsen setzt die Übung 'Berufsfeldforschung' ab. Diese vier Stunden arbeitet er in der Ringveranstaltung mit und bietet ein Seminar 'Industriesozilogie' an, daß, für die Reflektion des Industriepraktikums von größter Wichtigkeit ist. Die Studenten versuchen sich in der Form eines Studentenseminars Kenntnisse über die geschichtliche Entwicklung der Sozialpädagogik in Verbindung mit einem wissenschaftstheoretischem Ansatz anzueignen."

" In der letzten Woche traf sich die Gruppe 'Berufsfeldforschung' einschließlich Herrn Vahsen um über die Fortführung der Arbeit zu sprechen. Zunächst wurde von Herrn Vahsen herausgestellt, daß er die Ringveranstaltung nicht in seiner Arbeit voll übernehmen wollte, sondern: die Ringveranstaltung sollte Impulse für die weitere Arbeit geben, wobei zu beachten wäre, daß in absehbarer Zeit wieder eine Trennung erfolgen würde, da die Zielsetzung unterschiedlich definiert sei.

Weiter erklärte Herr Vahsen, er halte es für durchaus legitim, seine persönlichen Interessen am Fb zu verwirklichen, weil er sonst in seiner Arbeit keinen Fortschritt sehen könne."

Dieser Artikel löste heftige Reaktionen und Diskussionen aus, als Beispiel sei die FBK vom 15.11.72 herausgegriffen:

" Herr Vahsen spricht einige Info-Artikel an und kritisiert deren Inhalte. Er bittet darum, die Artikel demnächst besser zu diskutieren und die Verantwortlichen für die Artikel besser herauszustellen.

Ebenso appelliert er an alle Studenten, auftretende Gerüchte nicht weiter zu verbreiten, sondern mit denjenigen, den sie angehen, direkt zu besprechen und so zur Aufklärung beizutragen.

4. Zur Verbesserung der Kommunikation und Information am Fb wird folgendes vorgeschlagen:

Vermehrung der Sprechstunden, weiterhin Verlegung einer Sprechstunde. Darüberhinaus erklärt sich Herr Unterberger bereit, die Kommunikation unter den Dozenten durch häufigere gemeinsame Veranstaltungen zu fördern.

Frau Keuntje findet es sehr wichtig, zur besseren Kommunikation methodologische Seminare anzubieten, um hierdurch eine Kluft, die immer wieder bei Diskussionen zwischen Dozenten und Studenten auftritt, zu überbrücken.

Herr Unterberger plant bereits ein Abendseminar über 'Positivismus'. Näheres wird durch Aushang bekanntgegeben."



BERICHT AUS EINER FACHBEREICHSVERSAMMLUNG AM 6.12.72

" Anschließend wurde mit wachsender Begeisterung ca. 1 1/2 Stunden über die Begriffe Sozialpädagogik und Sozialwesen diskutiert (Fortsetzung der Diskussion der FBK vom 29.11.72). Vor allem von Herrn Albrecht und Herrn Rothschild wurde argumentiert, daß Sozialpädagogik bereits Sozialarbeit beinhaltet und das der Begriff Sozialwesen ideologisch gefärbt sei (Erinnerung an caritative und kirchliche Arbeit). Eigentlich ging es nur darum, beim Senat eine Änderung des Namens zu beantragen, um einen größeren Bewegungsspielraum beim Aufbau neuer Schwerpunkte zu haben, da traditionell unter Sozialwesen fast alles fällt, von Sozialpäd. über Sozialarbeit einschl. der Schwerpunkte z.B. Erziehungsberatung, Erwachsenenhilfe.

Über die Frage, ob die Studentenschaft überhaupt einen Fachbereich Sozialarbeit sowie weitere Schwerpunkte haben will, sowie den sich daraus ergebenden Konsequenzen, wurde nicht diskutiert!!!" (von M.H.)

"RINGVERANSTALTUNG JEDEN MITTWOCH 14.00 Uhr

- 13.12.1972 Fortführung der Diskussion über Seminggestaltung, Rolle und Funktion des Dozenten
- 20.12.1972 Theorie - Praxis Verhältnis
- a. Tagespraktika
 - b. Blockpraktika
 - c. Projekte
3. 1.1972 Fortsetzung der Diskussion über Praktika
10. 1.1972 Studieneinführungen
- a. Kritik der bisherigen Studieneinführungen für Studienanfänger und evtl. Erarbeitung eines Modells
 - b. Einführungsveranstaltungen in Grundwissenschaften u.a.
17. 1.1972 Leistungsnachweise
- a. Art und Weise der Erbringung von LN
 - b. Vergabe und Verweigerung von LN (Kriterien, Voraussetzungen)
 - c. Leistungsnachweise als Zwischenprüfung
24. 1.1972 Nachweis von LN bei Wechsel der Hochschule
24. 1.1972 Fortsetzung der Diskussion über Leistungsnachweise und Diskussion über Kommunikation am Fachbereich
31. 1.1972 Lehrplandiskussion, Semesterkritik

Eine Vorbereitungsgruppe wird zu den jeweiligen Problembereichen Diskussionsansätze erarbeiten und diese im Plenum vorbringen.

Jeder der eigene Vorstellungen hat, wird aufgefordert sie niederzuschreiben, wenn möglich auf Matrize, sie zu vervielfältigen und in den jeweiligen Sitzungen einzubringen (Kontakter: Herr Albrecht)."



TRUBBLE IN DER FBK

Auch auf der FBK vom 13.12.72 blieb es nicht ruhig - es ging wieder um Berufungen. Von den studentischen FBK-Mitgliedern wurde folgende Resolution eingebracht: "Die Fachbereichskonferenz des Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule Hildesheim fordert das Kultusministerium auf, die Berufungsverhandlungen sofort positiv zum Abschluß zu bringen. Trotz Drängen der Fachbereichsleitung ist eine Entscheidung bereits über einen Monat hinausgezögert worden, ohne das Gründe dafür mitgeteilt wurden.

Obwohl bereits in dem Gespräch am 8.11.72 zwischen Vertretern des Fachbereichs, Herrn Kaiser und Ihnen die Berufungen der Herren Kaluza, Engelmann, Petrow, Wilken als unproblematisch dargestellt wurden und der Anstellung nichts mehr im Wege stehen würde, haben die genannten bis heute keinen Bescheid erhalten.

Für ein solches Verhalten bringt die Fachbereichskonferenz kein Verständnis auf.

Die von Ihnen angeforderten Zusatzgutachten über die Verwendung von Herrn Dahlmüller und Herrn Below im Studienkonzept, sind ebenfalls bereits vor ca. 4 Wochen an Sie weitergeleitet worden !

Auch in diesen beiden Fällen ist noch keine Entscheidung gefallen ! Eine weitere Verschleppung bzw. Hinauszögerung einer positiven Entscheidung sehen wir im Hinblick auf den Studienbetrieb als grobe Mißachtung der Interessen des Fachbereichs an."

"Durchschriften dieser Resolution sollten gesandt werden an Herrn Staatssekretär Grolle i.KM., Herrn Hartger (KM), Herrn Kaiser (RP HI.) und Herrn Schulz (Rektor FHS) mit der Bitte sich für die Forderungen des Fachbereichs einzusetzen.

Diese Resolution war una. eingereicht worden, da seitens der studentischen Vertreter in der FBK das Gefühl entstanden war, daß Informationen in Bezug auf den Stand der Berufungsverhandlungen von der FBL vorenthalten wurden. Nach einer heftigen und scharf geführten Auseinandersetzung in dessen Verlauf Herr Albrecht aus Protest vorübergehend die Sitzung verließ, wurde die Resolution schließlich (19.30 Uhr) bei 3 ja-Stimmen der stud. Vertreter einer Enthaltung und 2 nein-Stimmen verabschiedet.

Sie soll nicht über den Dienstweg verschickt werden.

Vor allem von Herrn Meyer, Herrn Vahsen und Herrn Albrecht wurde gegen die Resolution argumentiert (gutes Verhältnis zum KM würde getrübt werden, durch den schlechten sprachlichen Stil der Resolution würde der Fachbereich sich beim KM lächerlich und unblaubwürdig machen, aus taktischen Gründen - man wolle das KM nicht unter Druck setzen - wolle man bis Montag,

d. 18.12. warten u.a.)

(Nach internen Informationen soll Frau Vollmer von der Fbl beauftragt worden sein, die Resolution zu unterschreiben; über die Resolution soll im KM (Quilitz) nur gelacht worden sein. Am Mittwoch der darauffolgenden Woche (20.12.) schien die Stimmung allerdings anders zu sein i)"

* aus info Nr 7 vom 8.1.73 -

(red.Anm.: Das, wie hier dargestellt, eine Angestellte die eigentlichen Aufgaben der Fbl, bzw. der Dozenten, erfüllen muß, ist eigentlich schwierig in Worten zu bewerten.)

Aus FBK-Protokoll vom 31.1.73:

" 9. Verschiedenes

Anschließend mußte die Sitzung beendet werden, da der Sitzungssaal für den Gemeinderat geräumt werden mußte."

STREIT UM ZENSIERTE SCHEINE



Protokoll der Vollversammlung vom 23.1.1973:

" 2. Es kam zu einer Kontroverse wegen des Aushangs von Herrn Sommer, auf Wunsch Zensuren auszugeben. Im Verlauf der Diskussion wurde Herr Sommer hereingeholt und gebeten dazu Stellung zu nehmen. Ihm folgte das gesamte Seminar.

Herr Sommer begründete seinen Schritt damit, daß der Beschluß der Fachbereichskonferenz keine Benotung von 1 bis 4 durchzuführen nicht rechtskräftig sei. Die FBK sei dazu nicht kompetent gewesen. Ferner hätte er schon häufiger versucht das Problem in der FBK zur Sprache zu bringen; er sei aber immer wieder abgeblockt worden. Außerdem gelte die alte Prüfungsordnung noch, und danach seien Vorzensuren zu erteilen. Herr Sommer bezeichnete die Auskunft von Herrn Dr. Greißinger (Jurist) als falsch, der darin keinen Verstoß gegen die Prüfungsordnung gesehen hatte. Maßgebend sei vielmehr die Auskunft des Juristen im Kultusministerium. Herr Sommer erklärte, daß er nur unter Zwang bereit sei, seinen Entschluß zu revidieren (rechtskräftiges Gerichtsurteil, Dienstaufsichtsbeschwerde o.a.).

Als der Beschluß gefaßt wurde, keine Zensuren mehr zu erteilen, war Herr Sommer Fachbereichsleiter.

Die Argumente von Herrn Sommer wurden diskutiert und widerlegt."

" Anschließend wurde der schon vor Erscheinen Dr. Sommers und seinen Seminarteilnehmern von Hartmut Hendrich eingebrachte Antrag erneut zur Abstimmung gestellt.

Antrag: "Die Vollversammlung verurteilt das Verhalten von Herrn Sommer Zensuren auszuteilen.

Er hat sich damit bedenkenlos über einen rechtskräftigen FBK-Beschluß hinweggesetzt.

Durch solches Verhalten wird künstl. Angst unter den Studenten geschürt. Die Vollversammlung spricht sich dafür aus, die Diskussion über die Vergabe von Zensuren erneut auf breiter Ebene zu führen.

Dem ASTRA wird empfohlen, u.a. eine Vollversammlung einzuberufen, auf der dieses Problem erneut diskutiert werden soll."

Der Antrag wurde mit 21 ja, bei 17 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Unmittelbar nach der Abstimmung verließ Herr Sommer mit den Seminarteilnehmern wieder die Vollversammlung, nachdem sie (fast) geschlossen gegen den Antrag gestimmt hatten.

Die Teilnehmer der Vollversammlung werteten das Verhalten dieser Kommissionen als zutiefst undemokratisch !

Die anschließende Abstimmung (nachdem die Teilnehmer des Sommer-Seminars gegangen waren) ergab, daß der Beschluß der Vollversammlung in die Fachbereichskonferenz eingebracht werden soll.

Abstimmungsergebnis: 27 ja - 1 nein - 4 Enthaltungen

Die Fachbereichsleitung soll aufgefordert werden, zu dem Verhalten von Herrn Sommer unmißverständlich Stellung zu nehmen."

Aus FBK-Protokoll vom 14.3.73:

"Die FBK hat nach ausführlicher Diskussion am 19.1.1972 den Beschluß gefaßt das Scheine für Seminare nicht zensiert werden. Dies war ein Beschluß, der die gründliche Ausarbeitung des Fachbereichsleiters betraf. Herr Dr. Sommer hat im Januar 1973 per Aushang öffentlich erklärt, daß er in Zukunft - bewußt gegen diesen FBK-Beschluß - die Möglichkeit gäbe zensierte Scheine auszustellen.

In einer Reihe von FBK's wurde dieses Verfahren auf die Tagesordnung gesetzt um mit Herrn Dr. Sommer darüber zu diskutieren. Herr Dr. Sommer hat sich diesen Diskussionen regelmäßig durch Abwesenheit entzogen. Die FBK ist der Auffassung, daß dieses Verhalten eine demokratische Gestaltung des Studiums im Fachbereich Sozialpädagogik gefährdet. Sie verurteilt deshalb Herrn Dr. Sommers Verhalten als undemokratisch.

Die FBK fordert die Studentenschaft auf, von dem Angebot Herrn Dr. Sommers keinen Gebrauch zu machen und sich an die Beschlüsse der FBK zu halten."

(einstimmig angenommen)



BAMBULE UM PROJEKT MÜNCHEWIESE

"Fachbereichskonferenz vom 14.2. 73 (neue Besetzung anwesende stimmberechtigte Mitglieder: Wolfram Gründler, Peter Eisler, Detlef Mauer, Christoph Voget,

Wolfram Grams, Frau Prachtel, Herr Albrecht, Herr Sommer,
Herr Wilken, Herr Meyer, Frau Meyer, Herr Unterberger)

Wahrscheinlich noch unter dem Einfluß bzw. Eindrücken der I. (gescheiterten) Sitzung zur Wahl des Fachbereichsleiters und Stellvertreters, breitete sich schnell eine mehr von Emotionalität als von Sachlichkeit getragene Atmosphäre aus.

Was war geschehen?

Mitglieder der Projektgruppe Münchwiese (Obdachlosengebiet, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit den Bewohnern) hatten an einer Aktion (Besuch bei Stadtrat Stock) der Bewohner, Kinder und Jugendlichen teilgenommen, um von Stadtrat Stock eine weitere Wohneinheit für die Kinder- und Jugendarbeit (auch für Versammlungen der Bewohner) zu fordern, nach dem bereits die Zuständigen bei der Stadtverwaltung mehrmals (auch schriftlich) darum gebeten worden waren, aber eine positive Entscheidung immer noch nicht gefallen war. (Das Projekt Münchwiese ist z.Z. noch ein Projekt des Fachbereichs. Die bisherigen Räume (2) sind dem Fachbereich von der Stadt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bereit gestellt worden).

Obwohl Claudia Reibe ausführlich über das Zustandekommen und den Verlauf der Aktion berichtet hatte, wurde den Projektteilnehmern, insbesondere von Herrn Vahsen und Herrn Meyer, in einem Überfallartigen Angriff (unter Tagesordnungspunkt Information) vorgeworfen, sich nicht vorher die Teilnahmegenehmigung von der Fachbereichsleitung bzw. Fachbereichskonferenz geholt zu haben und auch nicht die Fbl davon unterrichtet zu haben.

Dies ist in der Tat geschehen, da sich das Projekt als autonom versteht, und alle Eingriffe oder Weisen von Seiten des Fachbereichs zurückweist.

Das von Herrn Meyer und Herrn Vahsen zitierte Risiko für den Fachbereich war wohl auch mehr eine subjektive Beschwörungsformel, als sachlich begründet.

Ohne sich bei den stud. Projektteilnehmern oder den Bewohnern versichert zu haben und ohne den Bericht von Claudia zu berücksichtigen, wurde die Aktion von Herrn Vahsen so dargestellt (wohl nach Informationen durch die Stadt, die natürlich an einer Spaltung interessiert ist), als hätten die stud. Mitarbeiter in dem Projekt schnell mal die Bewohner und Jugendlichen manipuliert um sie zur Durchsetzung ihrer persönlichen Interessen zu missbrauchen (in wessen Interesse ist wohl die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen?). Trotz entschiedener Proteste rücken Herr Vahsen und Herr Meyer nicht von ihrer Darstellung ab, sondern warfen den Projektteilnehmern vielmehr

"blinden Aktionismus" vor. Als von den Projektteilnehmern entgegnet wurde, daß inzwischen von der Stadt konkrete Zusagen (eine weitere Wohneinheit, Einrichtung einer Schulbuslinie, Errichtung eines Kinderspielplatzes) vorliegen (allerdings mündlich), packte Herr Meyer aus: Er wolle ja den Projektteilnehmern nicht die Freude an ihrem Erfolg nehmen, aber er als SPD-Genosse habe dieses alles schon viel früher gewußt. Reaktion von Detlef Mauer: Der Weihnachtsmann packt aus.

Als Herr Vahsen die Meinung vertrat, daß die FEK auf Inhalte von Veranstaltungen (Projekte, Seminare, Übungen, Vorlesungen etc.) Einfluß nehmen solle, machte Hartmut Hendrich den Vorschlag, jeden Morgen von 8.00 bis 10.00 Uhr eine FEK durchzuführen, in der über die Inhalte und Zielsetzungen der Veranstaltungen abgestimmt werden könne. Über den Vorschlag wurde nicht abgestimmt."



Als einziger Dozent nahm Frau Prachtel, die die Aktion unterstützte, entschieden Stellung für die Projektteilnehmer und die Bewohner und verteidigte die Aktion. Frau Meyer, die ebenfalls an der Aktion teilgenommen hatte, verdrückte sich während der Sitzung auf die Toilette. Ansonsten nahm sie nicht Stellung, halt doch: während einer kurzen Rauchpause ging sie von einem FEK Mitglied zum anderen und flüsterte ihnen zu, daß sie sagen solle, daß sie auch an der Aktion teilgenommen habe. Dann verschwand sie endgültig auf die Toilette, da waren es nur noch 12 (stimmberechtigte Mitglieder).

Als kurz nach der Rauchpause von Wolfram Gründler ein Antrag auf Solidarität mit der Aktion der Bewohner, Kinder und Jugendlichen und Studenten eingebracht wurde, verließ erst Herr Sommer (damals es nur noch 11) und dann auch Herr Meyer (da waren es nur noch 10 und damit beschlußunfähig) die FEK um eine Abstimmung über den Antrag zu verhindern, da eine Abstimmung darüber positiv ausgefallen wäre. Die Genossen von der SPD werden Herrn Meyer dies bestimmt danken. Anschließend versuchte Herr Meyer Studenten in Gespräche zu verwickeln, um mit ihnen nach der Sprengung der FEK - nun einmal "vernünftig und ohne Emotionen" darüber zu reden (auf dem Flur im Pavillon und in der Gaststätte "Zur Linde"). Dies gelang ihm aber nur zum Teil.

Was können wir daraus lernen?

1. Wir müssen lernen zu unterscheiden zwischen solchen Dozenten, die das Wort Selbstbestimmung und Überwindung des kapital. Systems nur verbal im Munde führen und solchen, die sich konkret auch dafür einsetzen.
2. Wir müssen lernen, Auseinandersetzungen offen, vor allen auszutragen, und solche spalterischen Versuche abwehren und verurteilen, die darauf abzielen einzelne Studenten und Dozenten herauszulösen, um mit ihnen dann - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - "vernünftig" über eine Sache zu reden. Außerdem setzen sich solche Studenten und Dozenten der Gefahr aus, sollten sie Informationen aus diesen internen Gesprächen weitergeben, als Vertrauensbrecher diffamiert zu werden.
3. Wir müssen lernen, selbst auf unqualifizierte, polemische und unsachliche Angriffe von Seiten einiger Dozenten ruhig und Überlegen zu reagieren. Nur dann wird es möglich sein, ihnen ihre fortschrittliche Maske vom Gesicht zu reißen und klar ihre reaktionäre und hinterlistige (nach ihrer eigenen Definition: strategisch und taktisch kluge Haltung) Haltung zu entlarven. Dabei müssen wir uns bemühen, nicht einzelne Personen zu diffamieren, sondern lernen deren Einstellung und Verhalten zu kritisieren.
4. Es gilt die Funktion der stud. Vertreter in der FEK neu zu überdenken.

Aufgrund der Sprengung der FEK vom 14.2.73 durch Herrn und Frau Meyer, sowie Herrn Sommer, blieben die student. Vertreter der für Montag (19.2.73, 10.00 Uhr) einberufenen Fortsetzung der FEK aus Protest fern. Trotzdem wurde eine FEK durchgeführt, obwohl dies auch nach der Geschäftsordnung des Fachbereichs ausgeschlossen ist. Die stud. Vertreter in der FEK verurteilten in einer Resolution, die auf der FEK am 14.3. zu Protokoll genommen wurde, dieses Verhalten als undemokratisch aufs Schlimmste." (H.H. Info Nr. 9)

" Stellungnahme der studentischen Vertreter zu den Vorfällen in den letzten Fachbereichskonferenzen:

Die studentischen Vertreter verurteilen die Sprengung der FEK vom 14.2.73 durch Herrn und Frau Meyer sowie Herrn Dr. Sommer als undemokratisches Verhalten auf das Schlimmste. Wir betrachten dieses Verhalten als einen Versuch dieser Dozenten, die Mitbestimmung der Studenten in der FEK zu unterdrücken. Aus diesem Grund boykottierten die studentischen Vertreter die Fortsetzung der FEK vom 14.2.73 am 19.2.73 um 10.00 Uhr.

Der letzte Schein demokratischen Verhaltens wurde fallengelassen, als trotzdem - auch ohne studentische Vertreter - eine FEK durchgeführt wurde.

Diese Vorgänge zeigen, daß ganze progressive Gerede einiger Dozenten von Gesellschaftsveränderung und Überwindung des Kapitalismus nichts weiter als eine rhetorische Übung ist.

Jedem Versuch, eine Spaltung zwischen den studentischen Vertretern in der

FEK, sowie zwischen fortschrittlichen Studenten und fortschrittlichen Dozenten herbeizuführen, werden wir mit Entschiedenheit entgegnetreten.

Jutta Schneller

Christoph Voget

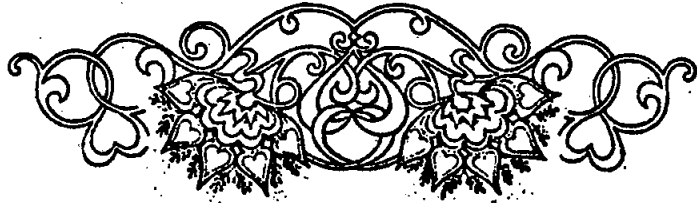
Wolfram Grams

Wolfram Gründler

Peter Eisler

Datlev Mauer

Hildesheim, den 11.3.1973"



"Fachbereichskonferenz vom 26.3.1973 (alle stimmberechtigten Mitglieder anwesend bis auf Frau Krause-Wiechert die verhindert war)

Bekanntgabe der Konstituierung einer Gruppe, bestehend aus Herrn Vahsen, Herrn Dahlmüller, Herrn Engelmann und Herrn Rothsuh, die polit. Basisarbeit unter den Studenten leisten wollen und beabsichtigen polit. Perspektiven eines Fachbereichs ohne Fachbereichsleitung zu entwickeln. Eine Anfrage an Herrn Meyer, ob er nicht seine Äußerung wahrnehmen wolle, sobald Herr Dahlmüller und Herr Engelmann eingestellt seien, seinen Sitz in der FEK freizumachen, wurde von ihm abgestritten. Eine solche Äußerung habe er nie gemacht.

Die "Gruppe" bringt Überraschend einen Antrag ein zur Bildung neuer Schwerpunkte Herr Wilken einen Antrag auf Bildung eines Fachbereichs Sonderpädagogik. Eine Beschlussfassung wird auf die nächste FEK verschoben.



Auf der Dienstbesprechung der Dozenten vom 16.2.73 wurden Beschlüsse gefasst, die teilweise eine Beschlussfassung in der FEK vorwegnehmen. Ein solches Vorgehen ist ebenfalls undemokratisch und deutet auf eine Mißachtung stud. Interessenvertretung hin (Argument von Seiten einiger Dozenten: man habe die stud. Vertreter nicht damit belasten wollen). So wurde dort beschlossen, eine zusätzliche Einführung von Seiten der Dozenten durchzuführen, die FEK im kommenden Semester fluktuierend während der "Dienstzeit" stattfinden zu lassen, die Ringveranstaltung beizubehalten, die Regelung der Praktikumsbetreuung usw. ohne die direkt-Betroffenen, so z.B. die stud. FEK Mitglieder und die übrige Studentenschaft in die Entscheidung mit einzubeziehen. Wir müssen uns dagegen wehren, daß Dienstbesprechungen zu vorgezogenen FEKs unfunktioniert werden und dort bereits Entscheidungen getroffen werden, die die FEK zu treffen hat." (H.H. Info Nr. 9)

Zu dem Projekt Minchewiese wurde in der FBK vom 14.2.73 folgender Antrag ohne Gegenstimme aufgenommen (Auszüge)

" Die Projektgruppe Minchewiese sieht es als einewesentliche Aufgabe an, die von der sozialpädagogischen Arbeit Betroffenen über: Ziele und Inhalte des Projekts, über Einzelmaßnahmen und in die Durchführung der Arbeit selbst in immer stärkerem Maß einzubeziehen, sowie die Betroffenen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen.

Diese Aufgabenstellung wird von dem Fachbereich Sozialpädagogik als allgemeine Aufgabe der Sozialpädagogen angesehen und daher voll unterstützt.

Das Projekt Minchewiese kann seine Funktion nur dann ausfüllen, wenn es auch gegenüber dem Fachbereich selbständig ist, d.h. wenn Ziele und Inhalte den im Projekt mitarbeitenden Studenten und Dozenten zusammen mit den Betroffenen selbst festgelegt werden. Dabei müssen die beteiligten Studenten und Dozenten voll gleichberechtigt arbeiten und gleichberechtigt die Arbeit verantworten. "

"Erstsemestereinführung 1973

Inhaltsbestimmung der Einführungstage für Erstsemester

- I. Die Notwendigkeit dieses Referats
- II. Funktion der SA/SP heute
- III. a) Grundriß der Geschichte SA/SP
b) Entstehung Fachhochschule (vielleicht)
- IV. Studienablauf, u.a. Vorlesungsangebot etc.
- V. Wie finanziere ich mein Studium
a) Bafög - Almosen des Staates?
- VI. Astra und seine Funktion
a) weitere Gremien
- VII. Jetzige Lage am Fachbereich SP in Hildesheim
- VIII. Einige "Konsumtips" für die Freizeit in Hildesheim
- IX. Alphabetischer Begriffskatalog mit Hinweisen für das Studium an dieser Hochschule
- X. S. persönliche Erläuterungen durch K. Roofs "



EIN ZEITLOSER WAHLBERICHT

Eine typische Wahl wenn man sie mit der 1981er Wahl vergleicht hat sich nichts geändert (Zufälligerweise handelt es sich auch noch um denselben Kandidaten). Aus Info Nr. 9 vom 25.4.73

"Nach dem Fachhochschuleraus muß bei der ersten Sitzung des neugewählten Gremiums (FBK) die neue Fachbereichsleitung gewählt werden.

Die Studentenvertreter forderten eine öffentliche Anhörung der Kandidaten dies stieß auf Widerstand bei einem Teil der Dozenten. Es wurde nach langer Diskussion gemäß dem Vorschlag der Studentenvertreter verfahren, d.h. die Anhörung war öffentlich und lediglich der Wahlakt nicht öffentlich. Die Studentenvertreter stellten fest, daß nur der grundsätzlich für sie wählbar wäre, der in aller Öffentlichkeit seine Kandidatur bekanntgibt und sie begründet.

Daraufhin erklärten sich Herr Albrecht und Herr Rothschuh bereit zur Kandidatur. Beide kandidierten sowohl für den Fachbereichsleiter als auch für den Fachbereichsleiter-Stellvertreter. Herr Albrecht gewann die Wahl zum Fachbereichsleiter, daraufhin wollte Herr Rothschuh nicht mehr Fachbereichsleiter-Stellvertreter werden.

Dann begann ein vierstündiges Kandidatenroulette. Im Verlauf dieser vier Stunden zogen die altgedienten Dozenten alle Frischlinge (zum Teil gehörten diese erst ein paar Tage zum Kollegium) auf die Wahlbühne. Obwohl es offensichtlich war, daß die Dozenten mit ihrer absoluten Mehrheit in der FBK nicht in der Lage waren (oder nicht wollten), einen Stellvertreter zu wählen, versuchten sie das Wahldebakel den Studentischen Vertretern in die Schuhe zu schieben. Diese aber zeigten ihr konsequentes Wahlverhalten an den Wahlergebnissen auf. Auch Unterstellungen von Seiten der Dozentschaft konnten daran nichts ändern.

Durch diese miesen Praktiken schafften es die Dozenten, daß am anderen Morgen, nämlich um 1.30 Uhr sich niemand mehr zur Wahl stellen wollte. Man vertagte sich auf den 9.2.1973.

Am 9.2.1973 fand die Fortsetzung des Wahlganges statt. Herr Rothschuh erklärte auf Anfrage, daß er nicht bereit wäre, für den stellvertretenden Fachbereichsleiter zu kandidieren. In dieser Situation fand sich offenbar kein Kandidat mehr, der bereit gewesen wäre, unter Herr Albrecht als Stellvertreter zu arbeiten. Daraufhin forderten die Studentenvertreter den Rücktritt von Herrn Albrecht, um diesem Wahltheater ein Ende zu machen. Die etwaigen neuen Kandidaten wurden aufgefordert, innerhalb einer vier-Wochen-Frist eine schriftliche Konzeption vorzulegen, damit man sachliche

Alternativen erkennen könne. Die Mehrheit der FEK-Mitglieder stimmte diesem Vorschlag zu und man vertagte sich auf den 26.3.1973.

Am 26.3.1973 war die Situation trotz Aufforderung, Vier-Wochen-Frist und Beschluß der FEK unverändert (siehe Erklärung der Studentenvertreter).

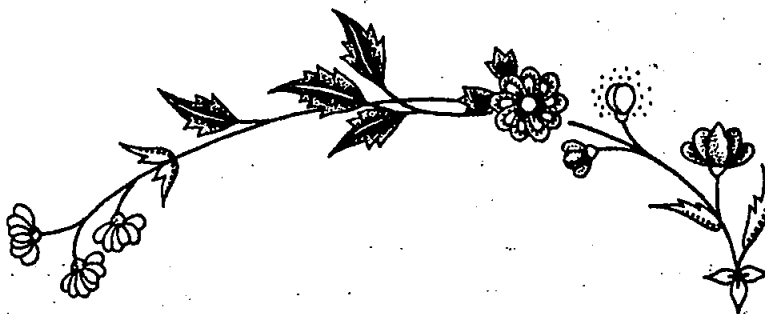
Erst nach längerer Diskussion fand sich Frau Prachtel Bereit für den Fachbereichsleiter-Stellvertreter zu kandidieren.

Gewählt wurden mit klarer Mehrheit Herr Albrecht und Frau Prachtel.

Der vorstehende Bericht ist sehr sachlich gehalten. Er zeigt nur zum Teil den tatsächlichen Ablauf, das Intrigenspiel eines Teils der Dozentenschaft, die angewandten Tricks und die Hintergründe auf. Wir Überlegen, ob wir evtl. im nächsten Info noch einen ausführlicheren Bericht bringen sollen. Hier noch der Wortlaut der von den stud. Mitgliedern eingebrachten Resolution zur Fachbereichsleitungswahl am 26.3.73: die Redaktion

"Obwohl die Überwiegende Mehrheit der FEK dafür gestimmt hat, daß Bewerber für die Fachbereichsleiterwahl eine Woche vor dem Wahltermin ein Konzept über ihre sachlichen und politischen Vorstellungen schriftlich darlegen sollten, ist dieser Beschluß zum großen Bedauern der Studenten von den Kandidaten nicht ausgeführt worden. Daher war es uns nicht möglich, uns mit unterschiedlichen sachlichen und politischen Positionen, die es sicherlich innerhalb der Dozentenschaft gibt, so vermuten wir wenigstens, auseinanderzusetzen. Der verabschiedete Antrag hatte den Sinn zu einer Versachlichung der Wahlentscheidung beizutragen. Unter diesen Umständen wird eine Beteiligung an der Wahl fragwürdig. Die studentischen Vertreter werden vorerst trotzdem am Wahlvorgang teilnehmen, aber nur solche Dozenten unterstützen, die sich bisher konsequent für die fortschrittlichen Interessen der Studentenschaft eingesetzt haben.

Jutta Schneller Christoph Voget Wolfram Grams
Wolfram Gründler Peter Eisler Detlef Mauer "



Der Spruch des Monats, aufgeschnappt beim Sozialisationsseminar Ahlborn

" Zu mir können Sie kommen ! Ich bin kein Marxist. Sie brauchen also nichts zu befürchten ! " (Äußerung Ahlborn) Aus Info 9

FEK vom 2.5.73

"Zu Beginn gab es einen Stapel Papier (Anträge und Begründungen zur Bildung neuer Schwerpunkte und Fachbereiche). Bereits in der Fachbereichsversammlung (14.00 Uhr) durfte jeder Antragsteller ein paar Worte zu seinem Antrag sagen (siehe auch Info 9) S. 20 u. 21). Dann begann sich das Karussell zu drehen. Die Gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wurden vollkommen aus den Augen verloren, fortschrittliche Momente, die in einzelnen Anträgen enthalten waren, wurden zerredet. Die Notwendigkeit die Lücken innerhalb der bestehenden Schwerpunkte erst einmal zu füllen wurde kaum beachtet. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß es einigen Dozenten lediglich um die Festigung und den Ausbau ihres "Machtbereichs" ging und gar nicht um die eigentlichen Argumente auf den Tisch gelegt wurden. Teilweise verausgabte man sich mal wieder in persönlichen Intrigen. Es war wie im Theater oder besser Kabarett." (Info 14.5.73)

Einmütig angenommener FEK-Antrag vom 26.6.73

"Astra Antrag:

Die Studentenschaft des FB Soz.Päd. fordert von der Dozentenschaft für die nächsten Semester 3 vorlesungsfreie Stunden nachmittags, entweder Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag. In diesen 3 Stunden soll die Studentenvollversammlung alternierend zur FEK stattfinden."

PROJEKT MÜNCHEWIESE IN SCHWIERIGKEITEN

Bericht über ein Projekt mit typischen Schwierigkeiten Info 14.5.1973

Meinungen und Tatsachen aus der Plenumsitzung am 8.5.1973, 18⁰⁰ Uhr im Pavillon

Anwesend waren acht am Projekt beteiligte Studenten und drei mitarbeitende Dozenten. (R. Meyer, Prachtel, Rothschuh)

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

I. Information

II. Info über das Projekt

III. Konzeptionsgruppe legt Paper zur Diskussion vor

Schnell wurde Topi erledigt, zur Information:

das nächste Plenum soll in der Münchewiese stattfinden

Montag, den 14.5.73 20⁰⁰ Uhr MiWi

Im Anschluß daran wurde der Versuch gemacht, anhand einer graphischen Skizze die bisherigen Arbeitsfelder aufzuzeigen. Demnach arbeiten oder haben bis jetzt in Gruppe I:

Altersstufe 6 - 7jährige 2 Studenten

in Gruppe 0 :

Vorschulgruppe 2 Studenten

in Gruppe 3 :

8 -9 Jährige

I-2 Studenten

in Gruppe 4 :

Jugendgruppe II-15 Jährige 4 -5 Studenten

Nun sollte eigentlich ein Resümee der bisher geleisteten Arbeit erfolgen, doch fiel wohl selbst einigen Projektteilnehmern anhand der Graphik auf, daß es wohl dringlicher wäre, überhaupt über eine Fortsetzung der Arbeit zu diskutieren, zumal Günther Kalmbach seine Unlust zu diesem Zeitpunkt äußerte.

Bevor die Diskussion überhaupt eingesetzt hatte, meinte R.Meyer: Was wir brauchen ist eine zentrale koordinierende Figur. Dann verschwand sie.

Ob eine "zentrale koordinierende Figur" allerdings den Mangel an genereller Basiskonzeptionslosigkeit aufhebt, möchte ich stark bezweifeln. In dieser totalen Ausverkaufsstimmung meinte noch jemand : das Projekt darf auf gar keinen Fall einschlafen. Hier wird wieder einmal die erpresserische Funktion falsch verstandener Verantwortung deutlich.

In dieser Situation kann es keinen Kompromiß betreffs der Weiterarbeit geben, nur um ein scheinbares friedfertiges Äußeres zu wahren, wo doch wohl offenkundig ein Mangel an Theorie bzw. eine Rückkopplung der Praxisergebnisse zur teilweise vorliegender Theorie besteht. Dazu Günther: Es ist bisher versäumt worden (nach 2 Jahren Arbeit), eine politische Zielsetzung auf eine reale Praxis hin auszurichten. Das erklärte auch die etwas merkwürdig anmutende Rolle des Fachbereichs als Schirmherr des Projektes, als Münchwiesebewohner und Studenten vor ca. 12 Wochen gen Stadtparlament zogen und mit dieser klaren Handlungsweise Zugeständnisse der Stadt erreichten (eine zusätzliche Wohneinheit), und was für die Beteiligten letzten Endes noch wichtiger ist : die Erkenntnis, daß gemeinsames Handeln verbunden ist mit gemeinsamem Erfolg!!!

Diese Aktion wurde am Fachbereich mit blindem Aktionismus abgetan! Spätestens hier sollte jedem klar sein, daß eine klare Aussage zu diesem Projekt in politischer Konzeption mündend-nie gefällt worden ist von unserem politisch dahin vegetierenden Fachbereich! Das nur so nebenbei.

In der weiteren Diskussion kam auch klar zum Ausdruck, daß eben Fehler gemacht worden sind, was ja kein Beinbruch ist, wenn sie jedenfalls erkannt werden, da eben die ohnehin schon dünne Theorie nicht aufgrund der Praxisergebnisse hin korrigiert worden ist. Mit dazu beigetragen hat sicher auch die Abstraktheit der politischen Zielvorstellung bei einigen Projektteilnehmern. Solange das Projekt fester Bestandteil des Fachbereiches bleibt, wird der individuelle Caritasansatz der Studenten, die dort ein Praktikum ab leisten, was auf deutsch heißt : reingucken - mitgucken - keine Verbesserung der dort wohnenden bringen.

Dazu ein Auszug aus einer Anmerkung zum Entwurf einer Konzeption von Hartmut, Claudia und Ingrid:

"Wir gehen davon aus, daß Projekte nicht ausschließlich Praxisfelder für Studenten sein dürfen, sondern vielmehr Ziel sein muß, diejenigen, mit denen wir arbeiten, zu befähigen, ihre objektiven Interessen zu erkennen und in die Lage zu versetzen, sie wahrzunehmen und sie damit zum Subjekt ihres eigenen historischen Prozesses machen.

Eine Projektarbeit, die daran orientiert ist, ein Praxisfeld auch weiterhin als solches zu behalten, und um dorthin weiterhin Studenten auszubilden, sehen wir als reaktionär an, da die Betroffenen ewig Objekte studentischen Handelns bleiben würden. D.h., wenn eine bestimmte Stufe politischer Aktivität erreicht ist, die Konsequenzen daraus gezogen werden müssen und eventuell eine neue Organisationsform notwendig wird, die es erlaubt, alte Abhängigkeiten zu lösen und es ermöglicht, die Aktivität auf einer höheren Ebene fortzuführen. Hieraus ergibt sich für uns die Frage, ob diese Stufe bereits erreicht ist, die eine neue Organisationsform notwendig macht. Dies erscheint uns hier gegeben, da

1. die Arbeit mit Obdachlosen nicht isoliert betrieben werden kann ohne Verbindung zur Stadtteilarbeit
2. in Hildesheim bereits Aktivitäten in der Nordstadt entwickelt wurden (und noch werden-karo), in denen primär gleiche Interessen zugrunde liegen,
3. es darauf ankommt, die Aktivitäten in erster Linie regional zu vereinheitlichen, sofern sie unter der gleichen Zielsetzung betrieben werden. Das schließt nicht aus, daß bereits jetzt schon Überregionale Kontakte aufgenommen und Formen der Kooperation gefunden werden."

Nun schien das totale Chaos nahe, als die Rede auf eine Trennung vom Fachbereich (kam wieder einmal), mir ist nicht klar, was dagegen spricht. Das Argument einiger Anwesender, "dann wäre ja alles futsch, was bisher erreicht worden wäre", zeigt mir jedenfalls die harmlose Apolitische-Sozialisations-Pädagogik auf. Wenn das Gelingen der Arbeit abhängig ist von dem Wohlwollen und Placet des Fachbereichs und der Stadt, wäre es endlich mal an der Zeit, diesen Hemmschuh über Bord zu werfen!! Für die Zukunft sinnvoll ist in meinen Augen nur eine Zusammenlegung der Mwi-Aktivitäten mit anderen in der Nordstadt aktiven Gruppen, zuerst einmal als lokale Form der Kooperation. Da eine eventuelle Einigung an diesem Abend (es war 21⁴⁵ Uhr) nicht im Bereich des Möglichen schien, vertagte man sich auf den nächsten Morgen 8³⁰ Uhr in der Struckmannstraße.

Über Nacht hatten sich die Fronten, wie ich am nächsten Morgen feststellen mußte, ganz schön ge-stärkt. Sofort kam eine aggressive Stimmung auf (aggressiv gegenüber wem???) , die, erübrigt sich zu schreiben, auch nicht zur Klärung falls überhaupt in diesen Kreise möglich, beitrug. Es artete aus in persönliche Feindseligkeiten, die nun die sachlichen Unstimmigkeiten überdeckten. Es war keine Weiterarbeit mehr möglich, deshalb vertagte man sich auf den nächsten Montag, 15.5, 18⁰⁰ Uhr im Pavillon. Bericht folgt in der nächsten Info, wer eher Informationen haben möchte, wende sich an die Redaktion!

Nachtrag: Die Plenums-sitzung in der Mönchswiese fällt also aus. karo "

Aktive und passive Studenten

Wir fragen uns:

Wie wollen Leute, die nicht die Wichtigkeit einer Beteiligung an der Lösung gemeinsamer Probleme erkennen, bzw. danach handeln sich an ihrem künftigen Arbeitsplatz für die Probleme anderer einsetzen?

Info 8, 25.01. 73



"Der FBK möge beschließen:

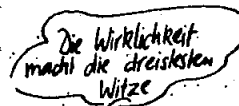
Die staatlichen Abschlussprüfungen im WS 73/74 sind grundsätzlich hochschulöffentlich. Nur auf Wunsch der Prüfungskandidaten kann die Hochschulöffentlichkeit begrenzt oder ausgeschlossen werden."

18. November 1973



"Überprüft die Dozenten, ob sie die Beschlüsse einhalten.

Wendet Euch bei Fragen an den ASTRA."



Erklärung und Anfrage der Studentenvollversammlung an die FBK 24.11.73

"Am 14.12.73 ging der Haushalt 1973 durch die FBK. U.a. wurde beschlossen, (Antrag Meyer, Red.) ein "Desensibilisierungsgerät" für den FB anzuschaffen. Die Diskussion über die Anschaffung dieses Gerätes verlief ohne grundlegende Informationen darüber, warum dieses Gerät angeschafft werden soll und welchen Zweck es in den Studiengängen dieses Fachbereiches ausfüllen soll.



Die VV der Studentenschaft spricht sich gegen diesen Beschluß aus, solange diese Fragen nicht geklärt sind. Sie wendet sich gegen Beschlüsse, die in aller Kürze, mehr oder weniger über die Köpfe der Studenten hinweg, in der Haushaltsdiskussion gefaßt werden, im Grunde jedoch Entscheidungen über Lehrinhalte am Fachbereich darstellen.

Sie fordert daher die FBK auf, diesen Punkt erneut zu diskutieren. Dabei soll untersucht werden, was mit diesem Gerät am Fachbereich beabsichtigt wird und welche Lehrinhalte damit in das Studium aufgenommen werden. Nach der Abklärung dieser Fragen sollte die Abstimmung über die Anschaffung dieses Gerätes wiederholt werden.

Studentenvollversammlung

Fachbereich Sozialpädagogik "

(Laut Informationen soll dieses Desensibilisierungsgerät-auch Pisswarmer genannt - 1974 von Herrn Meyer gebraucht worden sein, danach nie wieder).

VERSUCH EINER ZUSAMMENFASSUNG

"Die politische Situation am Fachbereich Sozialpädagogik"

Wie aus dem Studienführer S.I hervorgeht, ist der Fachbereich Sozialpädagogik der FHS Hildesheim am grünen Tisch entstanden. Der Aufbau des FB lag in den Händen von Dozenten und Studenten. Dies wurde durch das vorgegebene Selbstverständnis der Dozenten, Herrschaft weitgehend abzubauen und Partnerschaft zu praktizieren ermöglicht. Obwohl die Interessenlagen der Dozenten und Studenten schon damals unterschiedlich waren, nahmen die Studenten die "alle sitzen in einem Boot" Ideologie dankbar auf. Die von außen kommende Bedrohung durch KM, Bürokratie (Außenfeind) wurde und wird (siehe Studienführer S.I) hochstilisiert, um interne Konflikte zu überdecken und zu verdrängen. Die Studentenschaft war in der derzeitigen Situation nicht in der Lage, dies konkret zu erkennen und zu analysieren. Daraus folgt, daß es versäumt wurde, eine eigene politische Strategie für den Fachbereich zu entwickeln.

In dieser Phase entwickelten sich in der Dozentenschaft zwei Richtungen. Eine legte das Schwergewicht auf die Anpassung an die bestehenden politischen Verhältnisse, die andere wollte primär die Lücken des Systems im Sinne der Systemüberwindung ausnutzen.

Durch die Unfähigkeit der Studenten, Probleme sachlich analysieren zu können, wurden die Richtungen auf Personen bezogen und dadurch von der eigentlichen Sache entfernt (auf eine irrationale Ebene gehoben).

Jetzt stellt sich die Lage so dar, daß die Dozenten sich ständig in persönlichen Intrigen verausgaben und versuchen, die Studenten in dieses Spiel miteinzubeziehen. Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen und um die Probleme am Fachbereich analysieren zu können, ist es notwendig, eine politische Strategie für die Studentenschaft zu entwickeln.

Für eine politische Strategie der Studentenschaft am Fachbereich müssen wir von der Erkenntnis ausgehen, daß wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, in der das Prinzip der Profitmaximierung auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreift und in der Besitz der Produktionsmittel "Herrschaft und Macht" bedeutet und Nichtbesitz "Ausbeutung und Unterdrückung".

Der Sozialpädagoge muß in diesem System arbeiten und leben. Seine Aufgabe erstreckt sich objektiv auf die Aufrechterhaltung und Absicherung des bestehenden Systems. Dies bedeutet, daß seine Position innerhalb der Gesellschaft eine äußerst politische ist.

Daraus folgern wir für unser Studium, daß es notwendig ist, dieses Gesellschaftssystem zu analysieren. Das fängt damit an, daß wir am Fachbereich beginnen, die Lerninhalte, die in den Seminaren auftauchen kritisch zu hinterfragen. Außerdem scheint es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß am

Fachbereich damit begonnen werden muß, mehr Demokratie anzustreben.
Es geht nicht an, daß nur wenige sich für den Fachbereich engagieren
und als Elite dastehen, mit der Möglichkeit, durch erhöhten Informations-
vorsprung Macht auszuüben. Weiterhin sollten wir versuchen, im Studium
Alternativen zu entwickeln, die uns unstandsetzen, in der sozialpädagogischen
Praxis Änderungen zu erzielen, die im objektiven Interesse der
werkstätigen Bevölkerung sind.

Uns ist bewußt, daß diese Analyse unvollkommen ist und den Sachverhalt nicht
im vollen Umfang darstellt. So kann dieser Artikel nur als Diskussionsbei-
trag verstanden werden.

Projektgruppe "Studienberatung" *

Sonderinfo. für Studienanfang 72/73



Bei dieser Zusammenfassung, und auch vorher, sind etliche Kapitel nicht an-
gesprochen, bzw. ausführlich behandelt worden.

- Z.B.:
- die Frage der Höhergruppierungen und Professorentitel für Dozenten
 - das Verhalten von Dozenten gegenüber den Bewerbungen neuer Kollegen
 - die landesweite Prüfungskommission
 - der Fachbereich Sonderpädagogik
 - Gesamthochschule Hildesheim
 - Numerus Clausus
 - Bafög
 - das legendäre Hotopps Hotel und dessen Zusammenbruch
 - Ton, Steine, Scherben spielten im Studentenwohnheim
(die Polizei entfernte vorher die Plakate in der Stadt)
 - das Hipetuk
 - 1000 Polizisten besetzten die Uni Heidelberg, damit Prof. Brückner dort
nicht spricht.
 - Baader-Meinhof und Jagd auf dieselben
- usw.....

Wir würden uns sehr freuen, wenn ehemalige Kommilitonen Infos, Notizen, Ar-
tikel, Fotos kurzum jegliches Material schicken würden, damit wir eine zweite
verbesserte Auflage (oder Loseblattsammlung) herstellen können.

Adresse wäre:

ASTRA FB Sozialwesen

Kaiserstr. (Bahnhofsschule) - ab 1. Okt. -

3200 Hildesheim bis dahin - Am Burghof 34

zur finanziellen Unterstützung: Stadtparkasse Hildesheim

Bankleitzahl: 259 500 01

Konto-Nr.: 117002018

Falls jemand dieses Kapitel nicht gut findet und sich vielleicht persönlich diskreditiert fühlt, was niemals unsere Absicht war, dem möchten wir noch den folgenden Artikel aus Info Nr.8 vom 25.01.73 mit auf den Weg geben.

ZUR IDEOLOGIE DER WERTFREIHEIT

In der Kritik des Leserbriefes im Info Nr. 6 wurde besonders bemängelt, daß die Infos keine Informationen enthalten würden, sondern im Wesentlichen aus anti-kapitalistischer Agitation und Propaganda, die mit Wertungen behaftet seien und damit unsachlich.

Es wurde aber unterlassen, einen Hinweis darauf zu geben, worin denn der Unterschied zwischen Informationen auf der einen Seite bestehe- oder über letztere keine "Belehrung und Auskunft" aus, was wohl erfahrungsgemäß nicht richtig ist. Dies ist auch kein Vandal, da schon die Entscheidung für sogenannte Wertfreiheit oder Nichtwertfreiheit selbst auch eine Wertung enthält.

Hinter dieser Theorie von wertfreier Information verbirgt sich eine ganz bestimmte Ideologie bzw. Propaganda der herrschenden Klasse, die Kapitalisten und deren Helfeshelfer zur Absicherung und Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Diese Ideologie gilt es im Rahmen des Infos ansatzweise darzustellen.

Die Theorie der Wertfreiheit wurde im Wesentlichen von der philosophischen Schule, dem Neopositivismus, entwickelt und auf deren Ergebnissen gerechtfertigt. Dieser Philosophie liegen zwei zusammenhängende Merkmale zugrunde, die für diese Darstellung wichtig sind. (Es kann hier nicht auf die ganze Problematik eingegangen werden)

1. Ohne sich dessen bewußt zu machen geht sie von dem metaphysischen Standpunkt aus, daß es einen Gegenstandsbereich gibt, dessen Grundeigenschaften unabhängig von möglichen wissenschaftlichen Zugriffen feststehen und sich in den wissenschaftlichen Theorien widerspiegeln. Insofern sind die Sätze der Wissenschaft "wahr", als sie diese Realität beschreiben oder annäherungsweise beschreiben.

(scheinbar paradox hatte sich diese Philosophie gerade die Zerstörung jeglicher Art von Metaphysik zum Ziel gesetzt.)

2. Der Neopositivismus läßt nur die Wissenschaften als wissenschaftliche gelten, die mathematisch - naturwissenschaftlichen genüge tun, die entsprechend exakt und formalisierbar sind. Es verhält sich aber nun so, daß Wissenschaft allgemein kein Erkennen immer seiender metaphysischer Eigenschaften ist, sondern Wissenschaft stellt einen Teilbereich praktischer menschlicher Tätigkeit dar.

Wissenschaft ist ohne ein menschliches Subjekt gar nicht denkbar, wobei Wissenschaft nicht als eine individuelle Erscheinung aufzufassen ist, sondern stets als eine gesellschaftliche. Mathematisch/Naturwissenschaftliche Tätigkeit läßt sich formal definieren durch Regelmäßigkeit der wissenschaftlichen Operation, und damit, im Sinne der intersubjektiv verbindlichen Regeln, dadurch, daß immer schon eine gesellschaftliche Gruppe als Subjekt

der Wissenschaft gedacht werden muß. Ferner liegen den mathematisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisbereich Objekte zugrunde und keine menschlich sozial handelnde Subjekte, wodurch es dem Wissenschaftler ermöglicht wird, Regeln herzustellen, die als Anweisungen dienen für mögliche Experimente, durch die Natur reproduzierbar und verfügbar gemacht wird. Außerdem wird hier verzichtet, ein Wesen der Natur zu erkennen, und in Kommunikation mit der Natur zu treten. Es geht hier ausschließlich um die technische Verfügbarkeit der Objekte.

Da die mathematisch-naturwissenschaftlichen Wissenschaften im höchsten Grade formalisiert und mathematisiert sind und in jedem Gesellschaftssystem angewandt werden können, kann man ihre Theorien im wesentlichen als wertfrei ansehen. Sobald man aber fragt, warum die jeweilige Wissenschaft betrieben und entwickelt wird und im welchem Interesse über sie verfügt wird, so sieht man sofort, daß hier keine Wertfreiheit mehr besteht, im Gegenteil, diese Bereiche gehören fast ausschließlich in den Kapitalverwertungszusammenhang, der bestimmt nicht wertfrei ist.

Anders liegt die Sache mit der Wertfreiheit in den Geistes- und Sozialwissenschaften, das Untersuchungsobjekt sind Subjekte, die als gesellschaftliche Wesen in einem Handlungszusammenhang stehen und durch diesen bestimmt werden. Nun können die Menschen nicht in diesem Handlungszusammenhang stehen bzw. handeln ohne Einstellungen und mithin auch nicht ohne Wertungen. Der Wissenschaftler, der es sich nun zur Aufgabe gemacht hat, einen Bereich aus dem Handlungszusammenhang zu untersuchen, handelt also selber in diesem Zusammenhang und steht nicht über ihm. Folgedessen kann er nicht ohne Wertungen auskommen. (Die Wertungen können ausdrücklich hervorgehoben (explizit) oder enthalten (implizit) sein).

Es bedarf schon der entsprechenden Metaphysik (s. oben) und der willkürlichen Konstruktion, wie es die wertfreien Wissenschaftler tun, um einen Menschen mit einem Stein oder einer Zahl gleichzusetzen.

Untersucht man die Ergebnisse der "wertfreien" Geistes- und Sozialwissenschaftler, für welche Menschengruppe sie in Frage kommen, kommt ganz klar heraus, daß sie hauptsächlich den Interessen der Kapitalistenklasse dienen und auch nicht anders verwandt werden können, als für die Interessen der Kapitalisten. Die "wertfreien" Wissenschaftler verhalten sich zur Frage der Interessengebundenheit wie zu ihrer Metaphysik, nach außen hin wird allen Ernstes behauptet, man sei nicht interessengebunden, obwohl es in Wirklichkeit der Fall ist (s. Bund Freiheit der Wissenschaft/ZDF Magazin).

Somit wird die Theorie der Wertfreiheit zur Ideologie, die die wahren Verhältnisse verschleiern soll und die Herrschaft der Kapitalistenklasse abzusichern hilft.

In der gleichen Richtung schlägt der o.e. Leserbrief im Info Nr.6.
Christoph Voget "





EXPANSION



AUF DER GANZEN LINIE

1974 - 1976

Das Jahr 1974 war gekennzeichnet von einem Großangriff der staatlichen Organe auf alle demokratischen Bewegungen in der Bundesrepublik. Schnüffelei, Bespitzelung und subtil versteckte Repressionen erlebten einen neuen Aufschwung und nahmen perfektere und ausgeklügeltere Formen an. Berufsverbote gab es zu Hauf, Rausschüsse und groß angelegte Hetzkampagnen ebenfalls. Es war das Jahr, als Holger Meins an den Folgen seines Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen - abgemagert bis zum Skelett - starb.

Am Fachbereich ging die Schnüffelei der politischen Polizei nicht vorbei. Die Fachbereichskonferenz blubberte vor s

Auch am Fachbereich ging die Schnüffelei der politischen Polizei nicht vorbei, sondern mitten rein. Die Fachbereichskonferenz blubberte weiter vor sich hin, Prüfungsordnungen wurden gewälzt - hin und her und, die wievielte eigentlich? - ebenso wie die beliebte Studienordnung. Und der Fachbereich wuchs, langsam aber sicher vor sich hin. Das Einzige, was nicht so recht mitwachsen wollte, waren die Zahl der Dozenten und die Räumlichkeiten.

Dazu folgende Übersicht:

	73	73/74	74	74/75	75	75/76	
Stud.	350	395	500	560	620 *	?	* geplant
BP's	-	-	7	20	50 *	100	* geschätzt
Summe			507	580	670 *	?	* geplant
Doz.	19	19	20	20	26	26	

Die Fachbereichskonferenz

Die Fachbereichskonferenz tagte wie eh und je mit den gewohnten Schwierigkeiten. Am 13.2.1974 trifft man sich zur Wahl einer neuen Fachbereichsleitung. Below schlägt alle FHS-Lehrer vor, alle lehnen die Kandidatur ab (Below, Vahsen und Engelmann mit Erklärungen, ...)" Die Arbeitsbelastung der FHS-Lehrer sei insgesamt zu hoch, meinen sie. Zur Wahl des stellvertretenden FEL erfolgt die gleiche Prozedur". Dozent Below, zu seiner Erklärung befragt, erklärt nun, daß er seine eigentlich in Aussicht gestellte Kandidatur nicht mehr aufrechterhalten könne, da ja nun auch kein Stellvertreter kandidiere. Das sei aber kein taktischer Trick. Lange Diskussionen über die "Misere des Fachbereichs" schließen sich an. Schließlich einigt man sich darauf, daß Ahlborn und R.Meyer die FEL übernehmen unter der Bedingung, daß ihre Amtszeit begrenzt sei. So wurde wieder einmal ein Problem mit Bravour gemeistert.

Ebenfalls am 13.2.74 wurde eine Resolution von der FEK verabschiedet, die man heute sicherlich sowohl von der Formulierung her, als auch inhaltlich nicht mehr für möglich halten würde.

"An die Redaktion
der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung

13.2.74



Betr.: ÖTV-Streik

hier: Resolution

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir übersenden Ihnen eine Stellungnahme der Fachbereichskonferenz vom 13.2.74 zu den Forderungen und Streikaktionen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und bitten Sie, diese in Ihrer nächsten Ausgabe zu veröffentlichen.

Resolution:

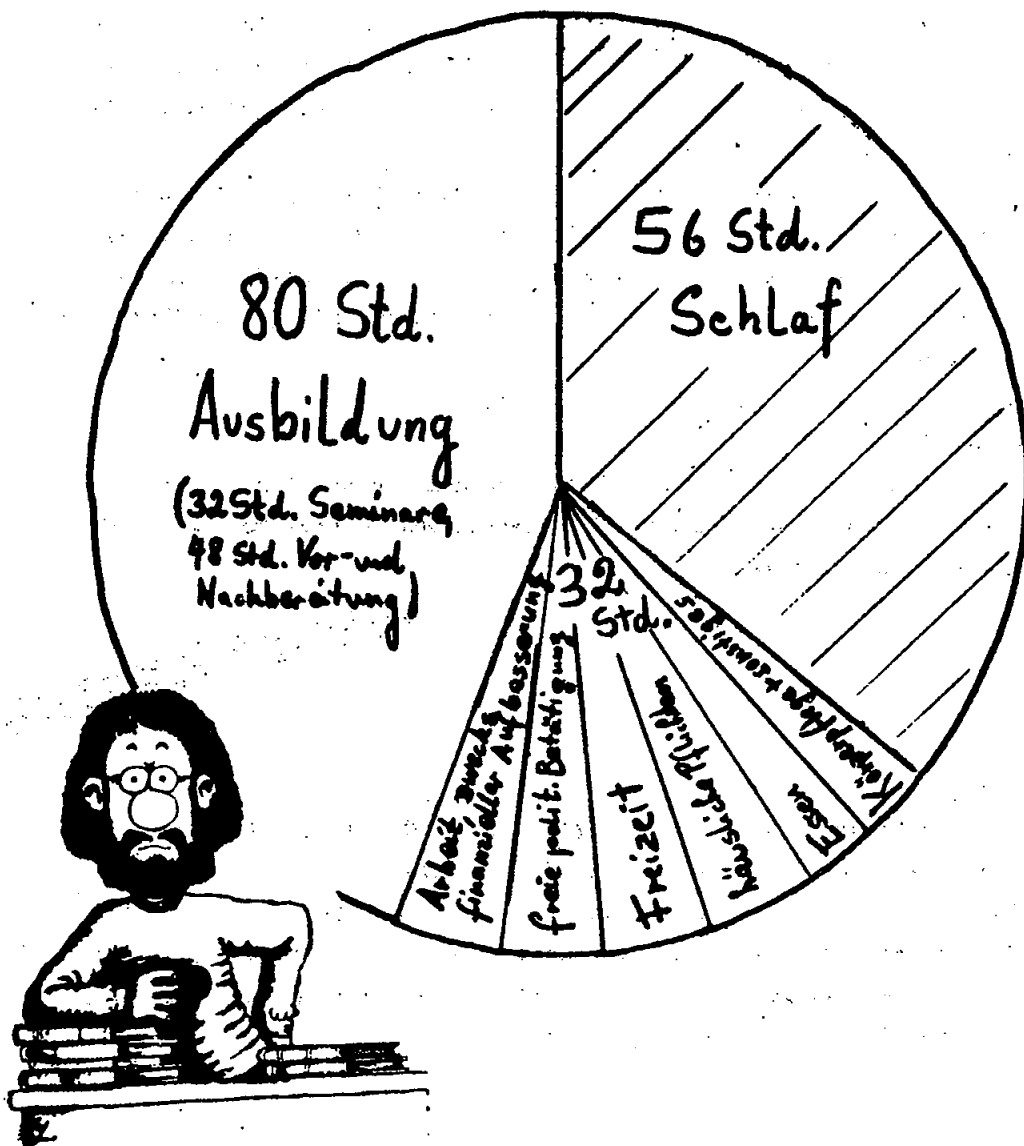
Wegen der unverschämten Freistreiberei und den Abbau des Reallohnes haben die Kollegen der ÖTV begonnen in den Streik zu treten.

Ihre Forderung nach linearer Lohnerhöhung um 185.-DM ist richtig. Die FEK von 13.2.74 solidarisiert sich mit den Forderungen und Streikaktionen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten."

Pflichtstundenzahlen

Im Mai erfährt die Studentenschaft durch Informationsblätter des Kultusministeriums und des Rektors der FHS, sowie durch die Fachbereichsleitung etwas von einer zu erwartenden Pflichtstundenzahl von 32 Stunden. Selbstverständlich erregen derartige Dinge den berechtigten Widerstand der Studenten. Bei 32 Stunden wöchentlich würde schließlich jedem das Messer in der Tasche aufgehen. Also geht ein entsprechender Beschluß und eine veranschauende Darstellung an die FBK.

"Bei einer Pflichtstundenzahl von 32 Stunden wöchentlich würde die 168-Stundenwoche (einschließlich Samstag/Sonntag) aussehen wie folgt:



Die Darstellung bleibt nicht unbeantwortet. So schreibt Below (FBL):
"Die FBL erweist ihre Referenz dem graphischen Geschick der Verfasser und erkennt an, daß der in der Graphik aufgezeigte Zustand unerträglich wäre.."

Doch Below und A.W.Meyer schreiben es in ihren Informationsschriften anders. Denn dort wird von Pflichtveranstaltungen geredet und eine Gesamtstundenzahl von 30 Stunden errechnet. Below argumentiert, daß sich die Pflichtveranstaltungen ja auf die Angebote beziehen würden, also daß davon genügend da sein müssen. Im selben Monat beklagen sich Studenten über den Ausfall von Lehrveranstaltungen. Daraus gipfelt in einem Schreiben von Rolf Zimmermann an die FEK.

"Betrifft: Unterrichtsausfall von Herrn Meyer

(...)

Die Lehrveranstaltungen von Herrn Meyer sollten am 13. Mai beginnen. Am 14. Mai sollte das erste Seminar "Verhaltensmodifikation" stattfinden. Es fiel aus, da, laut Auskunft des Fachbereichsleiters, Herr Meyer in einer "Planungskommission" mitarbeiten mußte.

(...)

2. Der Unterrichtsausfall bleibt nur, ausschließlich nur am Studenten hängen.
3. Die Familie Meyer, A.-W. und Rosi, scheinen den Fachbereich als Spielwiese zu verstehen, auf der sie machen können, was sie wollen.
4. Gegen eine "Kur" Herrn Meyers kann ich leider nichts sagen, aber diese Scheißkur wird mitten im Semester nur auf dem Rücken der Studenten ausge-
tragen.
5. erbitte ich eine Stellungnahme von der Fachbereichsleitung zu oben genanntem Unterrichtsausfall, ebenfalls eine Stellungnahme von Herrn Meyer, auf der
nächsten FEK.

(...)

P.S.: Die vielzitierten "Ordnungsmaßnahmen" der neuen Fachbereichsleitung könnten sich ruhig auch auf die Dozenten auswirken." (Brief vom 14.5.74)



Ein großer Tag in der Geschichte des Fachbereichs und eine enorme Bereicherung für denselben darf keinesfalls vergessen werden. Denn am 22.4.74 wurde Herr Sigi Jakob als technischer Angestellter in den Dienst des Fachbereichs übernommen.

PROZESS GEGEN STUDENTEN

In März hatte man eine Veranstaltung über die Prüfungsordnung am Fachbereich P. und K. geplant und beschäftigte sich mit den notwendigen Vorbereitungen. Doch der Leiter der Technikerschule Berger setzte alles daran, die Studenten an diesem Vorhaben zu hindern. So versuchte er u. a. eine Wandzeitung "Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf" abzureißen. Wohlgermerkt, versuchte. Denn zwei Studenten hinderten ihn daran und hielten das Plakat eifach fest. Folge waren die grünbemäntelten Staatsschützer, von Herrn Berger herbeigerufen. Die kamen dann mitten in die VV (kein Theaterstück, Anm.Red.) und stellten die Betreffenden vor die Wahl: selber abreißen oder die "Hüter des Rechts" entfernen die Stücke.

Die VV sprach sich gegen eine Disziplinierung aus und Berger mußte unter Polizeischutz sein Werk vollenden. Doch späte Rache ist süß - er zeigte die beiden Studenten an: schwere Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch.

Schließlich kam es zum Prozeß und zur Verurteilung der beiden Kommilitonen Weiß und Niehoff. In der zweiten Instanz wurde Wolke Weiß wegen Nötigung, Widerstand gegenüber Vollstreckungsbeamten und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 300.-DM Geldstrafe verurteilt und Eckhard Niehoff zu 800.-DM.

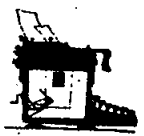
Daß auch unsere Fachbereichsleitung nicht die Interessen der Studenten vertrat, stellte die Kommunistische Hochschulkorrespondenz in einem Artikel vom 19.6.74 fest.

"Wie FBI es mit der freien politischen Betätigung hält, zeigte sich daran, daß sich Herr Below weigerte, eine Resolution, in der das Verhalten des Hausherrn Berger verurteilt wurde, ..., überhaupt in der FEK zur Abstimmung zu stellen, obwohl diese vorher in der Vollversammlung von ca. 150 Studenten einstimmig verabschiedet worden war."

Als es dann schließlich doch noch zur Abstimmung kam weigerte sich Below überhaupt abzustimmen und Herr Ahlborn stimmte u.a. dagegen. Unverschämte war das Verhalten der studentischen FEK-Mitglieder. Lediglich ein Vertreter stimmte dafür, die anderen enthielten sich der Stimme, obwohl sie zuvor von der VV ausdrücklich den Auftrag erhalten hatten, die Resolution zu vertreten.

RÄUME! RÄUME! TRÄUME?

Die Raumsituation des Fachbereichs hatte sich ja nun noch nicht verbessert. Im Gegenteil: die Studentenzahl stieg sprunghaft an und die Räume mußten eben von vielen geteilt werden.



Am 14. November 74 fand einer dieser zahlreichen Termine im Ministerium statt - zur Raumsituation. Denn der Fachbereich sollte um eine ehemalige Wäscherei bereichert werden.

Zunächst stellte Herr Barth aus dem Ministerium fest, daß die Relationen zwischen der Zahl der Studenten und den zur Verfügung stehenden Räumen es rechtfertigt, "selbst unter evtl. Anmietung der Wäscherei (ca. 300qm), an einem ordnungsgemäßen Lehrbetrieb zu zweifeln. Unter ordnungsgemäßem Lehrbetrieb versteht Herr Barth 4qm Raum pro Student". (Einem deutschen Schäferhund stehen 16qm zu, Anm. der Red.)

Barths Überlegung, daß ja vielleicht nicht alle Studienplätze ausgeschöpft werden bräuchten, erledigt sich durch die Information von Sutor, daß etwa 700 Bewerbungen für 105 Plätze vorhanden seien. Und der Fachbereich besteht darauf, so viele Studenten wie möglich auszubilden. Den Versprechungen des Ministeriums zufolge sollte schon 1976 das geplante Allgemeine Verfügungszentrum bezugsfertig sein. "Darauf baut auch das Vorhaben, das 1976 insgesamt 600 Studenten verkraften zu können." Die Studentenzahl wird man mühelos erreichen - wie sich zeigen wird - alles andere wird Schall und Rauch bleiben. (Quelle: Protokoll vom 14.11.74)

Ein ähnliches Dilemma spielt sich in Bezug auf die Stellenplanung am FB ab. Zusagen vom Ministerium werden nicht eingehalten, nur ein Bruchteil der Stellen genehmigt. Später stellt sich dann auch noch heraus, daß die genehmigten Stellen "dem Fachbereich Produkt- und Kommunikationsgestaltung zur Verfügung gestellt wurden!!!!"

Also wieder ein Blick in die Röhre und die ist groß. (Quelle: desgl.)

Doch dieses blieb nicht die einzige Panne. In den Protokollnotizen vom 10.10.74, die ein Gespräch zwischen R. Meyer, M. Rothschuh und Amtsrat Tegtmeyer (MWK) wiedergeben, kann man lesen:

GRATIS & KOSTENLOS

"vertraulich!"

I. Im dritten Rahmenplan sind im Anhang ca. 450000 DM für Einrichtung Sozialwesen vorgesehen. Wo ist das Geld geblieben?

Antwort: weitgehend in den anderen Fachbereichen. Das gilt insb. für die im Titel 813 6I vorgesehenen 125 000 DM, die voll an die anderen Fachbereiche gegangen sind, obwohl sie nur deshalb veranschlagt waren, weil unser Fachbereich neu aufgebaut wird."

Dozent Albrecht reißt Plakat herunter

Der heiße Sommer 1974 hält jedoch noch mehr Überraschungen bereit. Es kommt zu einem Briefwechsel zwischen der Kommunistischen Hochschulgruppe und Eckhard Albrecht, nachdem jener ein Plakat am FB "heruntergeholt" hatte.

Zunächst die Mitteilung, die Albrecht nach seiner "Tat" machte:

" Liebe KHG-LER !

Euer Plakat habe ich heruntergeholt, weil ich der Meinung bin, daß Plakate dieser Art dem Fachbereich einen schlechten Dienst erweisen.

Meine Stellungnahme zum Grundgesetz

- strikt einhalten !

- voll anwenden !

Beste Grüße Euer E. Albrecht " (aus: Kommunistische Hochschulkorrespondenz vom 19.6.74)

Das Plakat um das es sich dabei handelte trug folgenden Text:

" 25 JAHRE GRUNDGESETZ - 25 AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG - 25 JAHRE KLASSENKAMPF"



Unter dem Titel " HERR ALBRECHT - INTERESSENVERTRETER DER BOURGEOISIE oder Wessen Interessen vertritt Herr Albrecht ?" kam dann die Abrechnung der KHG mit dem Dozenten:

"... Wir begrüßen es, daß Herr Albrecht das Plakat nicht still und heimlich abgerissen hat,..." " Man muß sich allerdings über diese Stellungnahme schon arg wundern, denn wenn es nach Herrn Albrecht ginge, wären heute schon längst alle fortschrittlichen Organisationen verboten, gäbe es keine Meinungsfreiheit oder Organisationsfreiheit mehr..." "...Herr Albrecht ist auch für Berufsverbote. Er ist dafür, daß fortschrittliche Kräfte erst gar nicht in den öffentlichen Dienst hineinkommen. Er ist dafür, daß alle, die eine andere Gesellschaftsordnung fordern, dafür auch entsprechend gemäßregelt werden."

"...Herr Albrecht meint auch, daß ein solches Plakat dem Fachbereich einen schlechten Dienst erweist. In der Tat - denn es könnte ja jemand lesen. Es könnte ja jemand auf den Gedanken kommen, daß es wirklich so ist, wie es zu lesen steht. Dann aber würde der Zweck der Ausbildung gefährdet sein - keine angepassten Sozialpädagogen können dann nach 6 Semestern heraus, die durch allerlei Tricks es verstehen die Unzufriedenheit des Volkes mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen unter Kontrolle zu halten, sondern Sozialpädagogen die an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes bereit sind zu kämpfen gegen diese Gesellschaftsordnung, gegen diese "freiheitlich-demokratische Grundordnung, für den Sozialismus."

Noch ein Wort zum Abriß der Plakate: Trotz der kumpeligen Anrede ("Liebe KHG-LER") werden wir mit aller Schärfe gegen alle Versuche vorgehen, die darauf abzielen die freie politische Betätigung an der Hochschule in irgendeiner Weise einzuschränken. "... Herr Albrecht tat mit dem Abriß der Plakate nur seine Pflicht als Funktions-träger der Bourgeoisie - seine weitere Karriere wird ihm sicher sein."
(aus:KHK 19.6.74)

Doch Humor hat er, der Herr Fachbereich

Diese Angriffe wollte und konnte Dozent Albrecht weder auf sich noch auf der Bourgeoisie sitzen lassen. Doch mit seiner netten, ironischen Art verstand er diesen Schlag zu parieren.

"Eckhard Albrecht

Interessenvertreter
der Bourgeoisie

(...)

Als Vertreter der westdeutschen Monopolbourgeoisie bedanke ich mich zunächst einmal sehr herzlich bei der KHG dafür, daß sie mir eine Karriere voraussagt. Ich nehme diese Prognose deswegen so ernst, weil sie von einer politischen Gruppe erarbeitet wurde, von der ich aus vielen Veröffentlichungen weiß, daß sie im Besitz der richtigen Lehre ist. Insofern gehe ich davon aus, daß ein Irrtum ganz einfach auszuschließen ist und werde mich auch weiterhin an Status--Gehalts- und Beförderungsfragen soweit wie möglich uninteressiert zeigen.

Aus Eurer Stellungnahme zu meinem Plakatabriß entnehme ich, daß ihr wirklich mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf Verluste bereit seid, das Recht auf freie politische Äußerung zu erkämpfen. Ich kann daher davon ausgehen, daß, wenn ich demnächst die beiden Fassaden unseres vorderen Pavillons mit meinen Parolen zieren werde, nicht mit Sanktionen eurerseits zu rechnen habe. Am linken Flügel wird dann geschrieben stehen (in großen Lettern und für das Volk weithin sichtbar) : "DIE KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULKORRESPONDENZ IST SCHLIMMER ALS DIE BILD-ZEITUNG " und auf dem rechten : "WEG MIT DER VOLKSVERDÜMMUNG DURCH LINKE SEKTIERER". Wenn dann wider Erwarten jemand doch diese Plakate herunterholen sollte, werde ich in ihm spontan meinen Verbündeten erblicken, der bereit ist, solidarisch mit mir für die Interessen der Bourgeoisie zu streiten.

Beruhigend ist für mich , daß ihr nicht auf die kleinbürgerlichen Ideen verfallen seid, den Schutz des Privateigentums (wie im reaktionären GG vorgesehen) zu fordern. Denn wenn mir einmal mein kleiner Simca den Dienst versagen sollte, weiß ich nun , daß ich mich jederzeit an den Privatkraftfahrzeugen der KHG-Mitglieder schadlos halten kann.

Zu begrüßen ist, daß die KHG die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft fordert , und es ist ihr hoch anzurechnen, daß sie es nicht bei der theoretischen Forderung beläßt , sondern gleich ein anschauliches Beispiel für ihre neue, fortschrittliche wissenschaftsmethodische Verfahrensweise vorstellt : Die reaktionäre Prämisse bürgerlicher Wissenschaft, wonach ein wissenschaftliches Urteil sich auf einem eingegrenzten Urteilsgegenstand zu beziehen hat, hat sie nun endgültig als volksfeindlich entlarvt: Sie kritisiert das Grundgesetz nicht etwa auf dem Wege einer Analyse seiner Aussagen, wie das die herrschende Wissenschaft tut, nein, sie kritisiert daran, daß es sich nicht dagegen wehrt, eiseitig interpretiert zu werden. Das darin steht, daß niemand wegen seiner politischen oder religiösen Überzeugung benachteiligt werden darf, erweist sich für sie ganz klar als eine Finte der Herrschenden und wer die Verwirklichung dieses Verfassungsanspruchs einsetzt ist im Grunde für das Berufsverbot. Es ist nur gut, daß nun endlich auch ernst gemacht wird mit einer Revolutionierung der Logik!

Möge es Euch in Eurem politischen Kampf gelingen, nicht nur die Verhältnisse, sondern endlich auch die Logik zu zerstören. Erst dann werde ich als Interessenvertreter der Bourgeoisie endgültig resigniert haben!

Eckhard Albrecht"

(Brief an die KHG vom 29.6.74)

Im November 74 setzt sich dann die Studentenschaft verstärkt mit der Satzung auseinander, Nach Gesprächen im MWK im Sommer kam ein Satzungsentwurf vom Ministerium zurück. Der Vorschlag wurde gemacht, daß die Gesamt-VV der FHS das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft sein sollte. Das politische Mandat wurde selbstverständlich nicht akzeptiert, jedoch umschrieben: "die Förderung der politischen Bildung und des gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten..." Doch selbst wenn das Ministerium in einigen Punkten Einsicht zeigte, der Versuch die Rechte der Studenten zu beschneiden wurde schon deutlich. So hieß es dann auch, daß die ASTRA-Beiträge durch die Hochschulkasse eingezogen werden sollten. Dieses aber würde bedeuten, daß die Finanzhoheit des ASTRA's verloren wäre. FHS und Ministerium hätten jederzeit die Möglichkeit, durch Festsetzung von Geldern Druck auszuüben und mißliebige Aktivitäten zu unterbinden. Folglich besteht die Studentenschaft auch weiterhin auf der Aufrechterhaltung der Finanzhoheit.

INFO

Am 21.10.1974 erscheint die 0-Nummer des neugeschaffenen Info . Eine Geschäftsordnung wird entwickelt und durch die VVabgestimmt. Ein wichtiges Informationsmittel für den FB ist wieder aus der Taufe gehoben worden.

Betrachtet man die Entwicklung der FEK-Protokolle, so muß man feststellen, daß sie im Laufe der Jahre an Niveau verloren haben, aber auch so dürftig und teilweise ungenau (auch bewußt?) verfaßt wurden, daß es heute oftmals schwerfällt, Geschehnisse zu konstruieren. Der Übergang zu Ergebnisprotokollen hat zumindest den Nachteil, daß Diskussionen und Positionen nicht mehr nachvollzogen werden können, bzw. Entwicklungen einfach in Vergessenheit geraten müssen. Zum anderen verschleiern sie die tatsächlichen Diskrepanzen der Mitglieder des FB's. Wären nicht eine Vielzahl von Info-Artikeln gewesen, die die Situation am FB und in den FEK'en geschildert haben, es wäre schier unmöglich gewesen ein einigermaßen zusammenhängendes Bild zu bekommen.

Burg
Burgfrieden



Der Ministerbesuch

Der für November angekündigte Besuch des niedersächsischen Kultusministers Grolle löste schon vorher eine Reihe von Überlegungen aus. Vor allem die, nach wie vor, drückende Raumsituation und das mangelnde Aufgebot an Lehrstellen sollten dem Minister vor Augen geführt werden. Als er dann schließlich am 28.II.74 seinen Fuß auf Hildesheimer Boden setzt , zeigt er "Einsicht" und kündigt sogar Schritte an. Der Bau des Allgemeinen Verfügungszentrums soll nun endlich in Angriff genommen werden und man munkelt, eine Fertigstellung sei 1978 , also schon in 4 Jahren, in Sicht. Und bis dahin würde die in Aussicht stehende Wäscherei auf der Marienburger Höhe auch entlasten. Ansonsten steht der Minister - wie sollte es anders sein - samt seines Impiriums mit dem einem Bein im Grabe und nagt mit dem anderen am Hungertuch: Weder Geld für notwendige Stellen, Projekte und Tutoren, noch eine endgültige Fassung der PO. Denn der dafür zuständige Beamte im Ministerium hatte sich kurzerhand pensionieren lassen - ohne Nachfolger.

Prüfungen

Auch fachbereichsintern liefen einige unerfreuliche Dinge und die Studenten versuchten immer wieder sie ans Tageslicht zu zerrren und der öffentlichen Diskussion preiszugeben. So kam dem ASTRA "zu Ohren..., daß es bei den letzten Prüfungen nicht immer astrein zugegangen" sei. Dozenten hätten "verschlafen und kamen zu spät, während die Prüflinge mit ihrer Angst warten mußten. Das info schrieb dazu:

"ZUM PRÜFUNGSVERLAUF"

I. Prüfungsausschußsitzungen

Es fing damit an, daß der Termin zur ersten Sitzung des PA durch trüben Informationsfluß in Cohtersum, verspätet zu uns durchdrang. In der Prüfungsausschußsitzung konnte

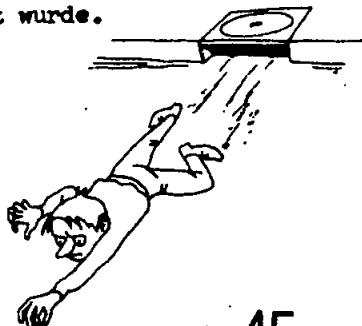
- über Clausurzensuren nicht abgestimmt werden, da einige Clausuren nicht termingerecht nachgesehen worden waren.
- Die Zensur einer Hausarbeit konnte nur verspätet der Kandidatin mitgeteilt werden, weil das Drittgutachten zu spät vorgelegt worden war, und der Erstgutachter nicht amwesend war. Dieser hielt es dann auch nicht für nötig, zur einberufenen Sitzung zur Zensurenfindung zu erscheinen.

II. Mündliche Prüfung

- Michael Freiling erschien nicht zur mündlichen Prüfung. Beim Nachholtermin verspätete er sich dann auch noch!
- Hans Ulrich Kawohl erschien, wie bei den letzten Prüfungen im SS, wieder zu spät zu den Prüfungen!
- Auch Antonius Sommer erschien zu spät zur mündl. Prüfung!"

"Weitere Schwierigkeiten waren die vielen nicht-öffentlichen Prüfungen (von 130 mündl. Prüfungen waren nur 30 öffentlich, und davon zogen noch einige kurz vor der Prüfung zurück!)"

Auch hatte man sich geeinigt, die für das nächste Semester geplanten Seminare als Vorschläge an das "weiße Brett" zu heften. Der Aufforderung der FBI kamen jedoch von 35 Lehrkräften nur 4 Dozenten nach. Doch, man legte großen Wert auf die Beteiligung der Studenten an der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen und auf deren Verbesserungsvorschläge., was sich an der Passivität der Dozenten bemerkbar machte. Überhaupt schienen sie vor allem unter einer furchtbaren unerträglichen Arbeitsbelastung leben zu müssen. Kaum eine Sitzung, auf der nicht darüber geklagt wurde.



Als der Student Rolf Zimmermann im Auftrag des Arbeitskreises Heimerziehung, Hildesheim eine Broschüre am FB verteilen wollte machte er folgende Erfahrung: "Auch dem Herrn Dr. phil. Dahlmüller bot ich ein Heft an. Seine Reaktion: ein Schritt zurück, ein freundliches Lächeln, 'Du, ich habe in der Prüfung jetzt gerade auch Heimerziehung geprüft. Ich muß gestehen, ich hab da keine Ahnung von, von dem Prüfungskandidaten konnte ich nur lernen.' 'Ja, wenn du keine Ahnung hast, dann wäre es doch gut, wenn du dich anhand von Praxisberichten informieren würdest...' 'Du, ich hab da keine Zeit für, muß jetzt erst mal reduzieren.' "Ging, und ließ Broschüre Broschüre sein. (entnommen info 4/5.5.75)

Auch die FEK muß sich gegen Vorwürfe von Studenten wehren, die das Lehrangebot für zu dürftig halten. Doch sie tun es mit Bravour: "Der Vorwurf, das Veranstaltungsangebot sei bei einigen Fächern zurückgegangen, wird mit dem Hinweis auf den fächerübergreifenden Charakter einiger Angebote beantwortet." So leicht kann man sich aus der Affäre ziehen.



Im Februar 75 wird in der FEK wieder einmal eine Studienordnung als Entwurf vorgestellt. Der Dozent Valiaparampil beschreibt sie als vorläufige Rahmenvorstellung mit dem Ziel ein qualitativ neues, kooperatives, projektorientiertes Studium mit projektorientierten Leistungsnachweisen. Man will, so einigt man sich, eine ähnliche Studienordnung haben, wie die schon praktizierte in Bremen, so wie der neue Vorschlag es auch beabsichtigt. Doch die Verwirklichung setze bei Studenten und Dozenten einen langwierigen Lernprozeß voraus, der mit "großer Arbeitsbelastung" verbunden sei. So möchte man denn im SS75 diese Studienordnung doch wenigstens schrittweise einführen. Geschehen ist dergleichen noch nicht.

Wieder stehen FBL - Wahlen an

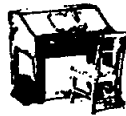
Im Februar 75 soll nun wieder eine neue Fbl gewählt werden. Die Gew-Gruppe der Dozenten schlägt den Kollegen Below für das Amt des Fbl vor, für den Stellvertreter Ahlborn - also nichts neues. Doch Below will nur mit Ahlborn zusammen kandidieren. Nachfolgend wird Below gewählt. 16 der 21 Stimmberechtigten stimmen mit ja, 5 dagegen. Für den Stellvertreter kandidieren Ahlborn und Frau Gehlmann. Die Wahl wird spannend, denn kein Kandidat bekommt im ersten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Da Ahlborn jedoch besser abschneidet, kommt er in den zweiten Wahlgang und - fällt durch. Nun verzichtet auch Below auf seine Wahl, denn ohne Ahlborn läuft nichts. Schließlich ist es schon 22.45 Uhr geworden. Nach endlosen Debatten kandidiert nun Ahlborn für den Fbl. Er wird bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen doch tatsächlich gewählt. Nun kandidiert Below für den Stellvertreter zusammen mit Gehlmann. Mit nur einer Stimme mehr entscheidet Below den ersten Wahlgang für sich und gewinnt schließlich auch im zweiten die Mehrheit. Prima, die Fachbereichsleitung hatte ein völlig neues Gesicht bekommen.

Vorher: Below als Fachbereichsleiter / Ahlborn als Stellvertreter
Nachher: Ahlborn als Fachbereichsleiter / Below als Stellvertreter

Studentenpolitik auf Bundesebene

Der RCDS schafft es im Verbund mit der CDU/CSU den SVI empfindlich zu treffen. Durch einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses (CDU/CSU, SPD, FDP) werden die Mittel aus dem Bundesjugendplan gestrichen und eine Überprüfung auf "Verfassungstreue" angestrebt. Dem vds waren schon vorher die Mittel gesperrt worden und Berufsverbote, sowie etliche Verbote ausländischer Studentenorganisationen häuften sich. Die beiden Studentischen Dachverbände (vds und svi) beschließen, einen gemeinsamen Verband zu gründen um funktionsfähig bleiben zu können. Letztlich wird der basisorientierte svi so zwangsläufig vom go-mehrheitlichen vds aufgesogen werden. Überall in der BRD verstärken sich derweil die Angriffe auf die studentischen Vertretungen der Hochschulen. Der Hamburger ASTA wird vom Oberverwaltungsgericht Hamburg dazu verurteilt, aus dem vds auszutreten, die Hessischen Jungs und Mädchen dürfen keine Beiträge an den vds mehr zahlen und in Bayern wird nun, wie in Berlin schon vor Jahren geschehen, die Verfasste Studentenschaft kurzerhand abgeschafft.

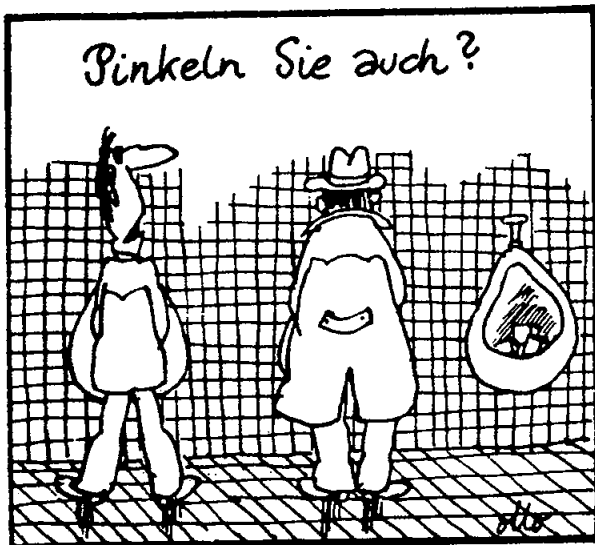
20.1.1975



Ein neuer Kreis entsteht: der "Hermann-Nohl-Kreis". Nach einem Blockseminar zum Thema "Kapitalismus in der BRD II" entstand eine so gute Atmosphäre, daß man auch weiterhin zusammenkam.

"...möchten wir (die HNK-Mitglieder, Anm.d.Red.) den Gerüchten, daß der Hermann-Nohl-Kreis lediglich eine Bumms- und Saufgemeinschaft ist, entgegentreten. Es stimmt schon, daß rein an Äußerlichkeiten gemessen (z.B. Hermann-Nohl-Gruß), solche Gerüchte aufkommen können."

Da zuckt das EKG



Doch zurück zum Fachbereich:

Das Praktikantenamt ist - wie schon seit bestehen - in Schwierigkeiten. Laut A.W.Meyer ist es "nicht in der Lage, die umfangreichen verwaltungstechnischen Arbeiten auszuführen". Von einer tatsächlichen Betreuung der Praktikanten kann in keinem Fall gesprochen werden. Der Druck, verursacht durch Unterbesetzung an Stellen, räumlichen Schwierigkeiten und der zunehmenden Studentenzahl macht sich an allen Ecken bemerkbar. Dennoch geschehen im Sommer '75 seltsame Dinge in der Verwaltung des Fachbereiches. Trotz eines schon bestehenden NC und der stetigen Beteuerung der Dozenten, man möchte so viele Studenten ausbilden wie nur möglich, werden zur Verfügung stehende Studienplätze nicht besetzt. Angeblich haben sich nicht genug Erzieherinnen (zu der Zeit hatten Erzieherinnen noch ein festes Kontingent an Plätzen) gemeldet, obwohl es aber eine Warteliste gibt. Etliche Bewerber werden zudem auf Grund eines von der Verwaltung falsch ausgelegten Erlasses abgewiesen, da ihnen angeblich wichtige Voraussetzungen fehlen.

Wieder einmal findet eine Fachbereichsvollversammlung zum Thema PO statt.

Das politische Mandat, Finanzhoheit, NC und Regelstudienzeit sind die Themen. Zum Ordnungsrecht äußert der Dozent Valiaparampil, daß es ein Rückschritt in der politischen Entwicklung der Hochschulen sei. Zur Mitbestimmung meint er: "Warum wird die 'Weisheit' der Professoren höher bewertet als die der Nichtprofessoren". Denn in allen entscheidenden Kollegialorganen haben die Professoren die absolute Mehrheit.

Die Situation in der FBK hatte sich währenddessen nicht wesentlich geändert. "Die Dozenten nehmen ihre Aufgabe mehr schlecht als recht wahr. Sofern sie überhaupt regelmäßig in der FBK erscheinen, muckeln sie dort vor sich hin und glauben, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Nur selten lassen sie in ihren Seminaren über wichtige öffentliche Angelegenheiten diskutieren, öffentliche Diskussionen erfolgen nicht. Informationen erhält nur die Insider-Group am Biertisch", schreibt das Redaktionskollektiv im info 6 / 30.6.75.

Doch auch Unmut über die studentischen Vertreter in der FBK wird laut. Sie würden durch ihr Verhalten zu dieser "fatalen Situation" beitragen, zu wenig informieren und vorbereiten. Das disziplinlose Verhalten der Dozenten - ständiges Zuspätkommen, dafür aber früher gehen - wird auch den stud. Vertretern angelastet. Gegen Ende des Jahres verdichteten sich dann die Vorwürfe gegen die studentischen Vertreter der MSB-Fraktion. Sie schienen nicht mehr viel vom imperativen Mandat zu halten, das ja deutlich in der Satzung der Studentenschaft steht. Mit der Begründung "die FBV sei nicht repräsentativ für die Studentenschaft, man habe in den vorangegangenen Seminar-Diskussionen gegenteilige Erfahrungen gemacht", stimmten die MSB-Vertreter gegen die eindeutigen Beschlüsse der FBV. - Auch Parlamentarier unterliegen ja nur ihrem Gewissen.

Die Praktikantenstelle bemüht sich zunehmend um weitere Praktikantenplätze. Dabei findet denn auch eine Suche nach ganz neuen Arbeitsgebieten statt. So will man in den Bereich der "Krankheitsprophylaxe" und vor allem in den Bereich "Freizeitpädagogik für Erwachsene". Doch von den Krankenkassen war bis zum Oktober 1975 noch keine Stellungnahme gekommen. Allerdings meldet die TUI ihr verstärktes Interesse am Einsatz von Berufspraktikanten an. So kann man schon jetzt versichern, daß die TUI ca. 50 Praktikanten pro Jahr aufnehmen könne. Die ersten Anläufe einer ganz neuen Richtung sind gemacht, und damit der Grundstein zu einer jahrelangen Auseinandersetzung um die Freizeitpädagogik gelegt. Denn wohl war Freizeitpädagogik als ein Bereich von vielen schon eh und je im Veranstaltungsangebot. Frau Oelmann bot ja auch eine ganze Reihe von Seminaren zu diesem Thema an. Doch langsam aber sicher entwickelt sich nun der Drang einiger Dozenten danach, diesen Bereich doch auf andere, "kommerziellere Beine" zu stellen.



Mai 1975
 Über 40 Studenten wohnen in Hannover.
 Große Fahrerei täglich hin und her-
 deswegen wird gegründet:
 die Mitfahrgemeinschaft
 ROTER TRAKTOR DYNAMO OCHTIERSUM 1975

SKANDAL AM FACHBEREICH



STAATSSCHUTZ IN AKTION

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die Geheimdienste und Überwachungsapparate kontinuierlich ausgebaut worden. Auch der kleine Flecken im Niedersächsischen, Ochtersum, blieb von den Auswirkungen dieser Entwicklung nicht verschont. Kursierten doch schon längere Zeit Gerüchte am Fb, daß einerseits Studenten überwacht, andererseits Kommilitonen für Spitzeldienste angeworben worden waren.

Als sich das Jahr 1975 dem Ende zuneigte, war es dann soweit. Einige Aktivitäten der Politischen Polizei wurden das erste Mal bekannt. Zu dieser Zeit waren die Dozenten Ahlborn und Below in der Fachbereichsleitung.

Wir werden im folgenden dazu einige Dokumente abdrucken, die am 12.5.76 in der "hochschulinternen Information zur Fachbereichsvollversammlung" erstmalig erschienen.

(Die Namen der Beteiligten, die mit der Popo derart in Berührung kamen sind unkenntlich gemacht, Anm.d.Red.)

Zunächst der Brief einer Mitstudentin, gleichzeitig Mitglied in der GEW, an ihre Gewerkschaft und das dazugehörige Antwortschreiben:

^betr.: Hiermit beantrage ich Rechtsschutz in folgender Angelegenheit:

Ich bin immatrikulierte Studentin der Fachhochschule Hildesheim/
Holzminden; Fachbereich Sozialpädagogik

Durch Aussagen ist mir bekannt geworden, daß die Kripo Hildesheim mit Erlaubnis des leitenden Verwaltungsbeamten (Oberregierungsrat Gerd Sutor) Einsicht in die Personalakten von politisch aktiven Studenten genommen hat.

Außerdem wurde seitens der Kripo, wahrscheinlich in Amtshilfe des Verfassungsschutzes, Erkundigungen über Berufspraktikanten eingeholt. Zusätzlich wurden verschiedenen, dem Fachbereich und seiner Verwaltung angehörigen, mir bekannten Personen Photographien mit der Aufforderung diese zu identifizieren vorgelegt. Es handelte sich hierbei um Photographien, auf denen Personen und Personengruppen zu sehen waren.

In den oben genannten Fällen liegt kein richterliches Ermittlungsverfahren vor, so daß sich eine gesetzlich erlaubte Ermittlung nicht ableiten läßt.

Mit gleichen Praktiken arbeitet die Kripo auch an anderen Schulen in Hildesheim.

Soweit die allgemeine Situation.

In Bezug auf die Einsichtnahme in die Personalakten ging die Kripo folgendermaßen vor:

Die Beamten ließen sich von der Hauptverwaltung der FHS die Erlaubnis geben, Einsicht in Personalakten nehmen zu dürfen. Anschließend suchten sie die Verwaltung des Fachbereiches auf und forderten die Sekretärin auf, ihnen die betreffenden Informationen aus den bestimmten Akten zu geben. Nach Rücksprache der Sekretärin mit der Hauptverwaltung wurde ihr die Erlaubnis bestätigt und die Beamten erhielten die gewünschten Informationen.

Ich bin der Meinung, daß der Verwaltungsbeamte hätte nicht die Erlaubnis geben dürfen.

Es ist der Kripo/Verfassungsschutzbehörde nicht erlaubt, ohne richterliches Ermittlungsverfahren Einsicht in die Personalakten zu nehmen. Von daher richtet sich die von mir angestrebte Klage gegen die Verwaltung der Fachhochschule.

Die letzte von mir bekannte rechtswidrige Ermittlung wurde am 26. Februar 76 vorgenommen.

Ich kann namentlich zehn von den Ermittlungen betroffenen Studenten benennen. Es sind mit Sicherheit jedoch mehr.

Weiterhin kann ich eine Anzahl von Personen benennen, die die von mir geschilderten Umstände durch ihre Aussagen bestätigen können. Der von mir konsultierte Rechtsanwalt, Hannover, bestätigt meine Auffassung von einer rechtswidrigen Handlung in der von mir geschilderten Sache.

Er hielt außerdem die Sache für politisch prekär, daß er mir riet, vor dem Verwaltungsgericht in Hildesheim zu klagen. Er wird mich als Klient vor Gericht vertreten.

Der Klage werden sich noch verschiedene betroffene Studenten (z.Teil GEW-Mitglieder) anschließen.

Ich möchte sie bitten, meinem Antrag so schnell wie möglich stattzugeben, da in absehbarer Zeit ein neues Verfassungsschutzgesetz für Niedersachsen verabschiedet werden wird, dessen Inhalt und denen sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen Ihnen sicher bekannt sind.

Mit der Gewissheit, daß Sie meinem Antrag
stattgeben, verbleibe ich mit freundlichem Gruß

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
Bundesstelle für Rechtsschutz

" Sehr geehrte

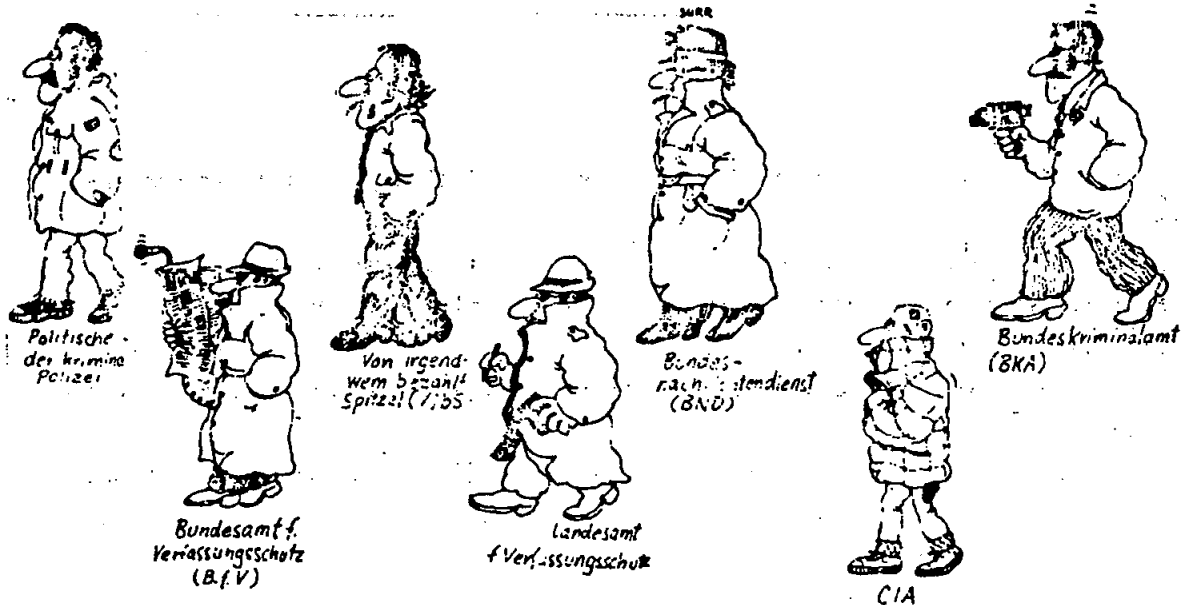
Wir haben hier keine Unterlagen darüber, wie die Aufbewahrung von Personaldaten an der Fachhochschule geregelt ist. Wir stimmen Ihnen darin zu, daß Rechtsanwalt X, Hannover, dies prüfen und uns berichten soll. Wir übernehmen dafür Rechtsschutz. Zum anderen soll RA X prüfen, ob es nachweisbar ist, daß die Personalunterlagen mißbräuchlich verwendet worden sind. Gerade diese Frage braucht genaue Prüfung, denn hier kann man sich einen Fehlschlag nicht leisten.

Ich muß auch fragen, was denn die Studentenvertretung unternommen hat.

Dann muß ich noch fragen, ob man dann, wenn man den Einstellungsstellen die Personalunterlagen erst nach der Bewerrbung zukommen läßt, nicht auch hinnehmen muß, daß die Überprüfungsstellen mit ihrer Arbeit nicht nachkommen und die Bewerber mindestens ein halbes Jahr auf Einstellung warten müssen.

Mit kollegialem Gruß"





In der "Info-mation" heißt es weiter:

" Man kann nicht sagen, daß die Hauptverwaltung die ausdrückliche Genehmigung zur politischen Überprüfung gegeben hat !

Die Kripo hat gegenüber Herrn Glombik (zuständiger Verwaltungsbeamter) vorgegeben, daß sie im Auftrag des Einwohnermeldeamtes käme. Die Studenten würden sich häufig nicht polizeilich anmelden, und von daher wolle man Adressen raussuchen.

Sie legten aber kein Schreiben einer übergeordneten Behörde vor, welches für Amtshilfe notwendig ist.

Das Argument mit dem Einwohnermeldeamt wird dadurch unglaubwürdig, da sie

- Studenten überprüft haben, die seit Jahren ordnungsgemäß angemeldet sind,
- sich nach Berufspraktikanten erkundigt haben, die nicht mehr in Hildesheim leben,
- daß sie Fotografien vorgelegt haben,
- und eine Angestellte der Schule aufgefordert haben, nachzugucken was für politische Plakate am Fachbereich hängen.

Trotz der Vorgehensweise der Kripo muß festgestellt werden, daß die Hauptverwaltung fahrlässig gehandelt hat..."

Zum GEW-Antwortschreiben heißt es:

"...Der zweite Teil im Schreiben der GEW ist ein pol. Widerspruch. Entgegen dem Kampf der GEW gegen Radikalenerlaß und Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz, werden hier die Praktiken des Staates voll anerkannt."

Und die Frage wird gestellt, was denn "die Fachbereichsleitung unternommen" hat.

"Wir wissen nur, daß sie von den Ermittlungen der Kripo informiert war, lange Zeit vor uns. Aber was hat sie unternommen ?"

Auch Herr Sutor meldet sich mit einem Schreiben an den ASTRA:

**"FACHHOCHSCHULE HILDESHEIM/HOLZMINDEN
DER LEITENDE VERWALTUNGSBEAMTE**

Hildesheim, 5. Mai

An den
A S T R A
des Fachbereichs Sozialpädagogik
der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden

Betr.: Dort. Schreiben vom 4. Mai 1976

An der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden ist sichergestellt, daß mündliche, fernmündliche oder schriftliche Auskünfte an Dritte über persönliche Verhältnisse von Studenten grundsätzlich nicht erteilt werden. Der Beschluß des Niedersächsischen Landesministeriums zu Schweigepflicht der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Landesdienst vom 28.5.1961 (Nds. MBl. D. 174) wird jedem Bediensteten vor seiner Einstellung bekanntgegeben und zu Beginn eines Jahres erneut zur Kenntnis gebracht.

Die Fachbereiche sind darüberhinaus mit Verfügungen vom 10. Juni 1974 und 9. sowie 12. März 1976 auf die Schweigepflicht besonders hingewiesen worden.

Demgegenüber ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich alle Behörden des Bundes und der Länder gegenseitig Rechts- und Amtshilfe zu leisten haben (Art. 35 Abs. 1 GG). Anfragen einer Behörde des Bundes oder eines Landes im Rahmen dieser Rechts- und Amtshilfen werden vor der Verwaltung geprüft. Die gesetzlich notwendige Auskunft wird in dem erforderlichen Rahmen erteilt.

Sutor"

Schließlich holt der ASTRA bei einem Rechtsanwalt Rechtseinkünfte ein um über eventuelle Schritte beraten zu können. Hier das Schreiben des Rechtsanwalts. (Ohne Datumsangabe)

" V e r m e r k :

Rechtlich bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Feststellungsklage gegen die Fachhochschule, wonach die Gewährung von Akteneinsicht an die politische Polizei rechtswidrig war.
2. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den leitenden Verwaltungsbeamten Herrn Sutor.
3. Auskunfts- und Herausgabeklage gegen die politische Polizei mit dem Ziel, die entnommenen Unterlagen o. ä. heraus zu bekommen.

Die Möglichkeiten 1) und 2) bergen die Gefahr in sich, daß seitens des MWK oder des angerufenen Verwaltungsgerichts festgestellt wird, daß das Verhalten der Fachhochschule rechtmäßig war. Dies würde insbesondere dazu führen, daß der Erlaß des MWK, wonach die Herausgabe von Personalunterlagen an den Verfassungsschutz rechtswidrig ist und auf den der neue Rektor nochmals hingewiesen hat, zurückgenommen wird oder zumindest seitens des Verwaltungsgerichts nicht für zwingend rechtmäßig gehalten wird.

Der Möglichkeit 3) steht zunächst einmal die Tatsache entgegen, daß äußerst unklar ist, ob und welche Unterlagen die Kripo der Personalakten entnommen hat. Abgesehen davon stünde aber zu erwarten, daß verwaltungsgerichtlich festgestellt wird, daß die Einsichtnahme seitens des Verfassungsschutzes in Personalakten - auch ohne ein Verfassungsschutzgesetz - rechtmäßig ist.

Dies würde für den Bereich der Fachhochschule effektiv ein Zurückfallen hinter die augenblickliche - sich im Erlaß des MWK niederschlagende - Regelung bedeuten.

Sinnvoll ist deshalb, daß durch ein Gespräch mit dem neuen Rektor der Fachhochschule - in Anwesenheit von DRR Sutor - die augenblickliche Handhabung der Fachhochschule bestätigt wird, wonach keine Einsicht in Personalunterlagen gegeben wird. "

Und die "Info-mation" nimmt am Ende grundsätzlich Stellung zur politischen Arbeit.

"Denn was ist Politische Arbeit, gerade für pädagogische Berufe ?

Eins muß klar sein: Politik findet nicht nur in pol. Parteien, in der Hochschulpolitik etc. statt !

Das gesamte (Sozial) Pädagogische Arbeitsfeld ist auch ein politisches Arbeitsfeld..."

" ...Gerade wenn wir an unserem Arbeitsplatz eine emanzipatorische-antikapitalistische Praxis durchzusetzen versuchen, betreiben wir Politik, weil wir diesen Staat in Frage stellen müssen.

'Erziehung kann niemals neutral sein..(denn).., es gibt keine andere als politische Pädagogik, und je unpolitischer eine Pädagogik sich versteht, desto gefährlicher sind ihre politischen, ihre Herrschaftsstabilisierenden Wirkungen.

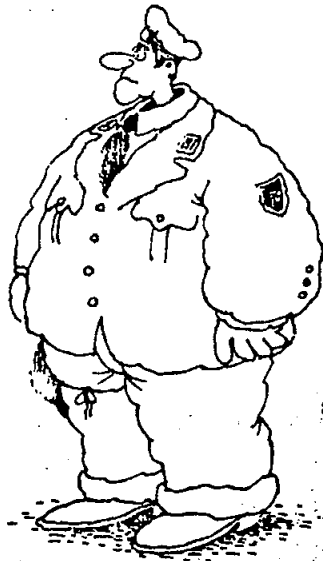
Es kann nur darum gehen, welche politik ein Erzieher macht, die der Unterdrücker oder die der Unterdrückten.' (P.Freire)"

"Welche Alternative gibt es zur emanz. Praxis? Streicheleinheiten für unsere Klienten? Wahrlich keine befreiende Praxis !

Wenn wir jetzt schon zurückweichen, dann werden wir auch später nicht in der Lage sein emanz. Theorien kritisch umzusetzen.

Und genau das will der Staat erreichen !"

" Die Macht der einen, braucht die Dummheit und Feigheit der anderen !"





DER SPION, DER AUS DER KÄLTE KAM.

Doch der "Skandal" ist noch lange nicht ausgestanden. Am 2. Juni 1976 erscheint in Ergänzung zum ersten Teil die "2. hochschulinterne Information zur Fachbereichsvollversammlung".

Daraus hier einige Auszüge:

" Die Umstände wieso die Popo Erlaubnis zur Überprüfung von der Hauptverwaltung Hohnsen bekommen konnten sind bis heute noch nicht gänzlich aufgeklärt. Weiter wurde festgestellt, daß es seit unserer Zusammenarbeit mit dem Rektorat, es zu keinen weiteren Überprüfungen dieser Art gekommen ist.

Außerdem ist klar, daß der leitende Verwaltungsbeamte im Hohnsen Herr Sutor zu keiner Zeit etwas von den Überprüfungen gewußt hat. Die Popo hat sich immer erfolgreich an Herrn Glombik gewandt.

Obwohl von verschiedener Seite unsere Ermittlungen heruntergespielt oder gar lächerlich gemacht worden sind, konnten die Ergebnisse in keinem Punkt widerlegt werden, und unsere Initiative hat zu weitreichenden Konsequenzen geführt."

"Die Hauptverwaltung überprüft gerade intern, wie es möglich gewesen ist, daß die Kripo zwei Jahre lang, ohne öffentliches Bekanntwerden Überprüfungen durchführen konnte, und welche Ausmaße diese angenommen haben.

Wir wissen, daß die Hauptverwaltung in Bezug auf unsere Personalakten in der Vergangenheit sehr leichtgläubig und fahrlässig gehandelt hat. Von daher fordern wir die bedingungslose Aufklärung über die bisherigen Praktiken am Hohnsen, nicht um einen 'schwarzen Peter' zu haben, sondern zum Schutz unserer Personalakten.

Die Kripo war am Mittwoch, 19. Mai im Pavillon am Burghof. Sie wurde von Seiten der Studenten aufgefordert die Schule zu verlassen. Auf Grund dieses Vorfalles wollen sich Studenten und Rektorat gemeinsame Schritte überlegen."

Dann endlich nimmt auch die Fachbereichsleitung in einem Flugblatt Stellung zu den Vorgängen, den Anschuldigungen und Ungereimtheiten:

Stellungnahme zur derzeitigen Diskussion über Versuche, durch die Verwaltung Auskünfte über Mitglieder des Fachbereichs zu erhalten

Damit Gerüchte und Unterstellungen durch Fakten abgelöst werden können, wurde der umseitige Fragenkatalog im Rektorat Rektor und leitenden Verwaltungsbeamten mit der Bitte um möglichst umfassende Beantwortung vorgelegt. Der Fragenkatalog wurde diskutiert und die Beantwortung zugesagt.

Unsere Nachforschungen über die herungeisternden Behauptungen und den tatsächlichen Vorfällen haben inzwischen folgendes Bild ergeben:

Vor dem Sommersemester 1974 unterlagen bereits alle Mitarbeiter im Landesdienst der Schweigepflicht. Der Erlaß vom 28.5.61 wurde bei Einstellung und bei Beginn eines jeden Jahres bekannt gegeben. Eine darüber hinausgehende besondere Dienstanweisung bestand nicht. Der Fachbereichsleitung wurde im Mai 1974 bekannt, daß seit einiger Zeit versucht wurde von polizeilichen Dienststellen, Auskünfte über Mitglieder des Fachbereichs bei den Verwaltungsangestellten zu erhalten. Um diese Versuche endgültig erfolglos zu machen, hat die Fachbereichsleitung die Verfügung vom 10.6.74 erwirkt, in der noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß alle Auskünfte an Dritte grundsätzlich nicht zulässig sind.

Auskünfte an Dritte können lediglich durch die Zentralverwaltung erfolgen und zwar lediglich in rechtlich nicht zu umgehenden Fällen.

Die rechtlich nicht zu umgehenden Fälle erstrecken sich auf:

1. schriftliche Amtshilfeersuchungen einer anderen Behörde,
2. Fälle, in denen "Gefahr im Verzuge" vermutet werden muß.

In diesen Fällen muß auch jetzt die Verwaltung Auskunft geben.

Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß nicht in allen Fällen - die genauen Zahlen sind nicht bekannt - nach dem obigen Verfahren gehandelt worden ist. In allen Fällen soll es sich um die Bekanntgabe der Hildesheimer Anschrift gehandelt haben. Das Abweichen von den getroffenen - und rechtlich nicht zu umgehenden - Vereinbarungen ist der Fbl nicht bekannt gewesen, sondern hat sich erst jetzt auf Befragen herausgestellt.

Die Fachbereichsleitung muß sich vorwerfen:

1. nicht versucht zu haben, eine größere Kontrolle über das Ver-

- fahren auszuüben, also nicht versucht zu haben, zu prüfen, ob die obigen Punkte 1 und 2 immer befolgt worden sind. Inwieweit eine solche Kontrolle - bei nur zeitweiliger Anwesenheit der Fbl, die nicht Dienstvorgesetzter der Verwaltungsangestellten ist - möglich gewesen wäre, ist eine andere Frage;
2. in einem Fall nicht energisch genug im Rektorat dagegen protestiert zu haben, daß den Verwaltungsangestellten Anweisung erteilt worden war, Auskunft zu erteilen. (Die Auskunft wurde bereits vorher vom Fachbereichsleiter Ahlborn direkt erbeten, der dies verweigerte und um Verlassen des Büros ersuchte).
 3. nicht ganz allgemein gegen Bespitzelung aktiver Stellung bezogen zu haben; gegen Bespitzelung, von dem der Versuch, Adressenauskünfte zu erhalten, nur ein Teil ist. Diesen Vorwurf muß man sich die Fbl mit allen Dozenten und Studenten teilen, die einfach verdrängt hatten, es für unwichtig oder unwesentlich hielten oder die Uni O. als eine Ausnahme erachteten, aus der hier eine politische Überwachung stattfinden könnte. Daß diese Aktivitäten im Raum stehen, mußten alle vermuten; viele wußten darüber, haben aber wohl nicht den Mut, dies zuzugeben.

b.w.

Wehren muß sich die Fachbereichsleitung gegen Verleumdungen und unwahre Behauptungen, daß sie Personalakten, Informationen und dergleichen weitergegeben habe bzw. dies gebilligt, angeordnet oder beaufsichtigt zu haben. Im Gegenteil sie hat versucht, Auskünfte dieser Art auf die nicht zu umgehenden Fälle von vornherein einzuschränken.

Merkwürdig mutet an, daß seit Dezember Informationen mit unterschiedlichem Wahrheitsgehalt und unter Auslassung wichtiger Tatbestände über das angebliche Fehlverhalten der Fbl gesammelt wird. Es wurde in der Zwischenzeit aber weder mit der Fbl gesprochen, noch ein Versuch unternommen, das sogenannte Fehlverhalten zu unterbinden, sondern lediglich vor sich hingebütet, um just Mitte Mai die Bombenseifenblase platzen zu lassen. Die Verbreiter, Urheber und Weiterträger der falschen oder aus Uninformiertheit entstandenen Behauptungen mögen mit sich selbst ausmachen, inwieweit ihr Verhalten ihren eigenen Ansprüchen gerecht geworden und wem damit gedient worden ist. Allen Mitgliedern des Fachbereichs bleibt es überlassen, Schlüsse zu ziehen, über den Sinn, den Zweck und die Absichten dieser Art von Kampagnen.

Eine andere Sache ist, daß man sich gegen ungesetzliche Bespitzelung wehrt und gemeinsam versucht, sie soweit wie möglich zu unterbinden. Derartige Versuche wurden und werden von der Fachbereichsleitung solidarisch unterstützt.

Hildesheim, 23. Mai 1976



Ahiborn

Below"

Das Flugblatt der Fachbereichsleitung blieb nicht unbeantwortet. In der Info-mation 2 folgte eine Erklärung:

"Alte" FBI Ahiborn + Below

Die alte FBI hat ein Flugblatt herausgegeben. Wir wollen hier nicht im einzelnen darauf eingehen, da in diesem Flugblatt Angriff-Verteidigung-Entschuldigung-Selbstkritik-Polemik in sehr verwirrender Form vorkommen.

Um mit den Worten der FBI zu sprechen: Allen Mitgliedern des Fachbereichs bleibt es überlassen, Schlüsse zu ziehen, über den Sinn, den Zweck und die Absichten dieser Art von Flugblatt!

Wir wollen versuchen, hier unsererseits sehr präzise Aussagen zu treffen:

1. Wir haben zu keiner Zeit Gerüchte oder Unterstellungen veröffentlicht.
2. Das Ziel der Gruppe war die Aufdeckung der Arbeit der Popo am FB bzw. an der FHS. Alle Behauptungen wir hätten in konspirativer Weise gegen die alte FBI gearbeitet, die Infos schon früher veröffentlichten können (weil wir zum Teil schon über ein

Jahr von den Aktionen der Popos gewußt haben) - den Zeitpunkt aber geschickt in Absprache mit Dozenten gewählt haben, um Wahlkampf für eine neue FBI zu betreiben sind Verleumdungen und Lügen.

3. Es ist richtig, daß die alte FBI zu keinem Zeitpunkt der Kripo Aktrneinsicht gewährt, bzw. dies unterstützt hat.
4. Es bleibt, die eingestandenen politischen Schuld zu keiner Zeit energisch genug gegen die Aktivitäten der Popos vorgegangen zu sein, bzw. sich weitere Gegenmaßnahmen überlegt zu haben.

Ein politischer Kampf gegen die repressiven Maßnahmen des Staates (dahingestellt, ob sie gesetzlich legitimiert sind, oder nicht) kann nicht mit offiziellen Anfragen und Verfügungen geführt werden. Dabei geht man von einem Staat aus, der in sich demokratisch und gerecht ist. Man muß aktive Gegenmaßnahmen ergreifen, auch hinter Bedrohung der eigenen soz. Stellung und beruflicher Position. "

4. 2. 1976 / info

"

Warum ist die Dozentenschaft gespalten ?

Wer von den Dozenten in irgendeiner Form zu diesem Thema stellung beziehen will, der soll seine Stellungnahme während der Ferien einreichen bei
Torsten Schmidt, 3200 HI, Goslarsche Str. 51 "



Initiative gegen das Verfassungsschutzgesetz

Schon im Mai bildet sich nach den aufgedeckten Vorgängen am Fachbereich und in Anlehnung an das geplante Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz eine Initiative gegen dasselbe in Hildesheim.

Die "2. Info-mation" schreibt dazu:

"Grundsätzlich wurde von Seiten des ASTRA Soz PMd erklärt, durch die Initiative keinen Gegenpol gegen die Aktivitäten des DGB und der GEW setzen zu wollen, sondern das Ziel in Gemeinsamen Aktivitäten gegen das NVerfSchG zu sehen, sowie alle Aktivitäten von Seiten der GEW voll zu unterstützen.

In der zweiten Sitzung am 28.5. verabschiedeten 14 Organisationen die GEW-Resolution mit einer Veränderung als Grundlage für eine Hildesheimer Initiative gegen das NVerfSchG.

Folgende Gruppen schlossen sich zusammen:

AKS-GEW	SHB
KB	AJLE
KHG	ASTRA P&K
KEW	Freie Schülergruppe-Scharnow Schule
Komitee § 218	ASTRA SP
Komitee § 218, Himmelsthür	MSB (er machte immerhin 15 Min. mit)



Bemerkenswert war die Rolle der JUSO's. Sie sahen sich von vorn herein außerstande, sich an der Initiative zu beteiligen. Es ging dabei allerdings nicht um inhaltliche Fragen (- mehrfach wurde geäußert, daß einzelne Formulierungen der Resolution egal seien-) als um die vorweg beschlossene Tatsache, mit dem KEW nicht zusammen gehen zu können, egal auf welcher Grundlage. (JUSO-Beschluß vom 30.4.) Der JUSO-Vertreter begründete seine ablehnende Haltung nur mit diesem formalen Grund." "Das Vorgehen des MSB war ebenso mehr als verwunderlich: Äußerte man zunächst, man würde sich nur auf die reine GEW-Resolution stellen, - da diese aufgrund der Verabschiedung auf der Mitgliederversammlung einen größeren Stellenwert habe als eine veränderte Resolution - nahm man davon offensichtlich Abstand, als selbst der Vertreter der GEW sich für die letztlich auch beschlossene Änderung aussprach. Der MSB stimmte also dieser Fassung zu und bildete damit einen Körper der Initiative."

Trat aber aus der Initiative wieder aus, nachdem es sich nicht durchsetzen ließ, daß Einzelpersonen ohne ihre Gruppenzugehörigkeit namentlich die Initiative stellen sollten.

Im folgenden soll nun die "Plattform der Initiative gegen das NVG abgedruckt werden:

Plattform der Initiative gegen das NVG

Dieses Gesetz soll die Befugnisse des Verfassungsschutzes systematisieren und ausweiten: Der Verfassungsschutz soll bei der Einstellung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst mitwirken. Er soll ferner der Rüstungsindustrie und anderen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen Informationen zustellen bei der Überprüfung der dort Beschäftigten. Alle Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehörden sollen zu gegenseitiger Rechts- und Amtshilfe verpflichtet werden. Alle diese Stellen müssen nach dem Gesetzentwurf dem Verfassungsschutz unaufgefordert alle Unterlagen über vermeintlich verfassungs-, staats- oder sicherheitsgefährdende Handlungen mitteilen.

Die Bespitzelung durch und für den Verfassungsschutz, die schon heute von vielen Menschen als bedrohlich empfunden wird, soll weiter ausgebaut werden. Die Pflicht der Vorgesetzten und Schulleiter zur Berichterstattung über Kollegen wird leicht zu Duckmäusertum und Mißtrauen untereinander führen. Dieses Klima der Einschüchterung und der Angst behindert ernsthaft die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung auch an den Schulen. Gegner und Kritiker der Herrschenden gesellschaftlichen und politischen Zustände sollen mundtot gemacht werden. Das gewerkschaftliche Eintreten beispielsweise für das Streikrecht für Beamte soll unmöglich gemacht werden.

Der geplante Ausbau des Verfassungsschutzes und seiner fragwürdigen "nachrichtendienstlichen Mittel" (abhören, beschatten usw.) dienen keinesfalls der Demokratie, sie behindern vielmehr die Herstellung demokratischer Verhältnisse. Kollegen, Eltern und Schüler können sich auf Grund ihrer Interessen und Erfahrungen selbst ein Urteil über die sogenannten "Verfassungsfeinde" bilden.

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!



FBK HÄLT SICH AUS ALLEM HERAUS

Am 2.7.1976 reicht der ASTRA dann schriftlich einen Antrag für die FBK-Sitzung am 7.7.76 ein. Beantragt wird die Verabschiedung einer Resolution, bzw. Presseerklärung zu den Vorfällen der Bespitzelungen.

In der Pressemitteilung heißt es:

" Seit ca. 2 Jahren werden am Fachbereich Sozialpädagogik mit unterschiedlicher Intensität Bespitzelungen durch die Politische Polizei Hildesheims durchgeführt. Überprüft werden in erster Linie Studenten, die für Kollegialorgane oder den Studentenrat kandidiert haben, oder sich sonst aktiv für die Interessen der demokratischen Studentenbewegung eingesetzt haben.

Diese Gesinnungsschnüffelei steht in engem Zusammenhang mit dem gerade verabschiedeten Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz und der allgemeinen Tendenz in der BRD, eine Situation der Einschüchterung und des Denunziantentums zu schaffen.

Diese Bespitzelungen sind Vorbereitungen, um fortschrittliche Studenten mit einem späteren Berufsverbot zu belegen.

Die Dozenten- und Studentenschaft wird sich gegen diese Praktiken und den Abbau der demokratischen Rechte aktiv zur Wehr setzen."

In der FBK am 12.7.1976 kam diese angestrebte Presseerklärung dann auf Punkt 3 der Tagesordnung. Doch die FBK mochte sich dem diesem Text doch nicht anschließen und lehnte ihn ab. Lapidare Begründung laut Protokoll :

... wird auf Grund formaler Mängel nicht einhellig angenommen. Abstimmung über bisherige Form :

2 - 5 - 4 - "

(Ja - nein - Enth. , Anm.d.Red.)



Info 3.6.75

AUFRUF

Seid dem volksfeindlichen Verfassungs-
urteil ist der Kampf gegen den § 218
noch dringender geworden. Durch Aktio-
nen und Veranstaltungen müssen breite
Massen des Volkes über die Hintergrün-
de des Abtreibungsverbotes aufgeklärt
werden.

Als Denkanstoß möchte ich den Vorschlag
machen, diese Kampagne durch eine
Straßentheatergruppe zu unterstützen."

Berufspraktikantin gefeuert

In denselben Zeitraum fallen noch andere Dinge, die nicht weniger bedenklich stimmen und den vorher genannten Text der Presseerklärung nur noch unterstreichen. So wird die Berufspraktikantin Doris Kowalewski zusammen mit drei ihrer Kollegen gefeuert. Sie hatten versucht, sich in einer ÖTV-Betriebsgruppe zu organisieren.

Sie bekamen Unterstützung von den Studenten am Fb durch folgende Resolution, diesmal auch von den Dozenten positiv beschieden:

Die Fachbereichsvollversammlung (Dozenten und Studenten) des Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule Hildesheim/Holzminen fordert

die sofortige Wiedereinstellung

und Weiterbeschäftigung der Berufspraktikantin Boris Kowalewski und ihrer drei Kollegen, die wegen des Versuches, sich in einer ÖTV-Betriebsgruppe zu organisieren, gekündigt und beurlaubt worden sind.

Die Kündigung ist aus sozialen und pädagogischen Gründen nicht zu rechtfertigen. Den Kindern des Erziehungsheimes Ellnerhof, Bremen, entstehen durch den Entzug ihrer pädagogischen Betreuer ein nicht abzusehender Schaden. Die betroffenen Kollegen werden durch diese Maßnahme in ihrer Ausbildung und beruflichem Werdegang wesentlich behindert.

Da auch im Bereich der sozialen Dienste eine freie gewerkschaftliche Betätigung gewährleistet sein muß, dürfen Kündigungsmöglichkeiten nicht zur Disziplinierung mißbraucht werden.

Hildesheim, den 2.6.76 (einstimmig angenommen)

An die

- Betroffenen Kollegen
- Erziehungsleitung und Vorstand Ellner Hof
- Fachhochschule Bremen
- Senator für Jugend und Sport, Bremen

Deutsche!
Wehrt Euch!
Kauft keine Bücher von
Matten und Schneißliegen!
(Dr. C. Weiber)

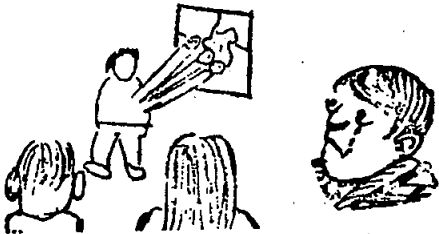
aus info I6

ERSTSEMESTER - EINFÜHRUNGSTAGE

"Den zweiten Hammer lieferte uns "unser" Fachbereichsleiter Michael Rothsuh-Wanner, der eigenmächtig, ohne mit uns in Verbindung zu treten, eine Einführung der Fachbereichsleitung für Erstsemester am Immatrikulationstag angesetzt hatte.

Was M.R.W. in dieser 3/4 Stunde bot, konnte weder meine Oma noch einen Erstsemester in Begeisterungstürme ausbrechen lassen. M.R.W. wirkte total konzeptlos und konfus. Er versuchte auf einem winzigen Stadtplan die Lage der Räumlichkeiten der FHS zu zeigen und berichtete ausführlich über die Schwierigkeit, Termine mit Maurern.

Dieses wird uns sicherlich noch ausführlich im Studium beschäftigen."



M.R.W. aus der Sicht eines Erstsemesters in der letzten Reihe, die Lage der Räumlichkeiten demonstrierend.

Aus Protokoll zur FEK vom 20.9.76

"7. Herr Vahsen berichtet: An den Vorbereitungen zum Industriepraktikum hat nur I Student teilgenommen. Herr Vahsen lehnt eine Unterschriftenvergabe an solche Kommilitonen ab, die nicht an der Vorbereitung teilgenommen haben."

"4. Grundstücke:

Die Grundstücke, die ursprünglich zur Errichtung des Fachhochschulzentrums gekauft worden waren, werden derzeit parzelliert und veräußert. Herr Vahsen fordert die FEK auf, nähere Einzelheiten zu ergründen."

Das Protokoll des Jahres (1976)

Um aber zu belegen, daß trotz aller Ereignisse und Angriffe, der Fachbereich, besonders die Vollversammlungen der Studenten, nicht unter Traurigkeit zu leiden hatten, soll folgendes Protokoll der VV vom 16.6.76 erwähnt sein.

"Das Astra-Mitglied Jürgen Landmann begrüßt die Mitglieder der VV . Unter frenetischem Beifall betritt der Protokollant den Sitzungssaal.

Jürgen ist doof, weil er glaubt, ein falsches Protokoll vorlesen zu müssen.

1. Verabschiedung des Protokolls vom 15.5.76

1.a. Thorsten Schmidts Antrag, sein Telefongespräch vom ... mit Ahlborn, betreffs Richtigstellung seiner Handlungsweisen nachträglich ins Protokoll vom 15.5.76 aufzunehmen, wird einstimmig angenommen.

2.a. Von Astra wird wiederholt die Bitte an die Ausschußmitglieder herangetragen, wichtige Informationen unverzüglich weiterzuleiten.

2.b. Das Senatsmitglied Olli Oelschläger berichtet über die Senats-sitzung vom 25.5.76 . Es wurde die Raumsituation des FB Soz. Päd. nebst dem Txt für eine Unterschriftensammlung besprochen bzw. verlesen.

Weiter wurde die umstrittige Frage der Doppelqualifikation als Zugangsvoraussetzung zur FHS erläutert.

Ein weiterer Punkt war die Errichtung einer Informationszentrale zur Erleichterung von Verwaltungsaufgaben an Hochschulen. Jürgen hatte Bedenken wegen der politischen Polizei.

2.c. Es folgte eine 20minütige Debatte über Riverboat-Fahrt oder Camp-Party. Bei der Meinungsumfrage stimmten 3 Leute für die Dampferfahrt und 21 Leute für die Camp-Party.

Als Alternativvorschlag wurde von ca. 3 VV-Leuten eine Fahrt von Flensburg mit einem Kanonenboot vorgeschlagen.

13.41 Uhr. Ein Mädchen mit rotem Pullover verläßt die VV.

2.d. Berichterstattung über die Vorfälle an der Uni München. Spontan wurden 49,32 DM gesammelt, die Cord freiwillig auf 49,50 DM aufrunden wollte.

Der Spendentopf sollte eine Woche lang am FB aushängen.

2.e. Olli berichtet über Cyankali.

2.f. Alle wurden aufgefordert, zur Info-Sitzung, Mi. 10.30 Uhr, zu erscheinen.

Danach klagte Ester vom MSB-Spartakus darüber, daß nicht alle Veröffentlichungen vom VIS und VDS ausliegen würden.

Jürgen: "Ich versuche immer, an aller heranzukommen!"

"Ich kümmere mich um alles!"

Anfrage von Alex vom MSB, wo denn die Poster vom VDS für die Aktionstage geblieben wären.

Olli vom SHB bemerkt dazu ganz richtig, daß er nicht dazu befugt wäre, Plakate am FB auszuhängen.

Lothar fragt, ob man ein Plakat von der PH zum FB herüberholen sollte und schlägt Ester Binder als Plakatreferent beim Astra vor.

Weiterer Plakatdiskussionsverlauf konnte nicht protokolliert werden und muß deshalb wiederholt werden.

3. Auf der Fete vom 26.5. wurden 462,50 DM eingenommen. 15-minütige Sinnlos-Diskussion, ob auch weitere Initiativen von dem Erlös der Fete unterstützt werden sollten.

GO-Antrag auf Schluß der Debatte.

Ergebnis: Dafür: 31

Dagegen: 10

Enthltg.: 20



Antrag, dem Nordstadt-Kinderclub 231,25 DM zu überlassen, wird mit 59 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und ohne Gegenstimme verabschiedet.

Weitere Anträge auf finanzielle Unterstützung sollen trotzdem schriftlich beim Astra eingereicht werden.

Jürgen kann eine Frage nur ungenügend beantworten.

4. Es entsteht eine ernste und sachliche Diskussion, ob die Astra Vorlage oder der inhaltsschwere Doppelbogen der Koalitionspartner MSB/SHB, als Diskussionsgrundlage genommen werden soll. Für die Astra-Vorlage stimmten 31 VV-Mitglieder, für das Papier der Koalition 18 eigene Mitglieder. 13 Anwesende enthielten sich der Stimme.

Generelle Diskussion über Studentenpolitik.

Ester Binder: "Wir müssen nach draußen gehen!"

Lothar: "Das Fenster ist doch offen!"

Ester Binder: "Grrr Harrr!"

Alex zu Lothar: "Spinnkopf!"



Olli Ohldigs zu Lothar: "Bei dir kommen nur Worthülsen heraus!"
Lothar zu Olli: "Bei dir nicht einmal das!"
Lothar stellt dem zweilichtigen GO-Antrag, die VV auf Freitag,
den 4.6.76, 9.00Uhr zu vertagen.

SCHAINERWERB



"Scheinerwerb

Hier sei noch einmal auf die Möglichkeiten des Scheinerwerbs hingewiesen. Wenn ihr in ein Seminar geht, müßt ihr den Dozenten fragen, wie der Schein erworben werden kann. Es gibt nur diese 5 Möglichkeiten:

1. Referat oder eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit,
2. Literaturbericht, kommentierte Bibliographie, kommentierte Dokumentation oder eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit
3. Praxisbericht, Arbeitsbericht, Feldstudie oder eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit oder Abschlußbericht
4. problematisierendes Protokoll, Kurzreferat, Thesenpapier oder eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit,
5. Betreuung einer Sitzung, mündliches Referat oder eine entsprechende wissenschaftliche Arbeit.

Dann einigt man sich mit den anderen Kommilitonen auf 3 Möglichkeiten, z.B. Referat, Protokoll und Betreuung einer Sitzung. Die Scheine werden nicht zensiert, sondern lediglich hinten im Studienbuch am Semesterende vom Dozenten abgezeichnet. Wenn der Dozent Anwesenheitslisten oder Klausuren anbietet ist das abzulehnen und sofort der ASTRA, die INFO-Redaktion und die Studentenvollversammlung darüber zu informieren !!!"

(Info I6)

BERUFS PRAKTIKANTEN

Am 5. Mai 75 wurde im Info ein kritischer Bericht zur Situation der BP veröffentlicht.

"In der augenblicklichen Durchführungspraxis des Anerkennungsjahres ist die Frage nach dem Sinn und der Effektivität des Berufspraktikum zu stellen, da diese nur in den wenigsten Fällen angeleitet wurden, bzw. angeleitet werden konnten. Die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der AG der Berufspraktikanten sowie des Colloquiums ist in diesem Semester unbefriedigend und mangelhaft verlaufen. Dabei sollte bedacht werden, daß die FHS den Auftrag und den Anspruch einer praxisorientierten Ausbildung hat. Daß die AG trotzdem befriedigend verlaufen ist, lag nur am Interesse und an der Initiative der Berufspraktikanten. Dies zeigt, daß ein echtes Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch vorhanden ist.

Forderungen und Anregungen für die zukünftige Gestaltung des Studiums und des Berufspraktikums

a. Studieninhalte

Bei den Theoretischen Lehrinhalten ist darauf zu achten, daß sie praxisnah sind und nicht im luftleeren Raum beziehungslos nebeneinander stehen. Umgekehrt dürfen die Medienangebote nicht nur Anleitung zum instrumentellem Handeln sein, sondern müssen in einem theoretischen Zusammenhang gestellt werden. Um zu gewährleisten, daß Lehr- und Lehrtätigkeit von Dozenten und Studenten sich nicht unverbindlich, d.h. ohne Konsequenzen vollzieht, sind Organisationsformen zu entwickeln, die eine Umsetzung von theoretischen Inhalten in die Praxis möglich machen.

b. Berufspraktikum

Das jetzige Berufspraktikum wurde von der FHS schlecht vorbereitet. Für uns ergibt sich daraus die Forderung nach mehr Praxisdozenten die ausschließlich für die Berufspraktikanten und die übrigen Praktikanten tätig sind (keine Lehrveranstaltungen von diesen Dozenten).

Die Praxisbetreuer müssen sich als Anwälte der Berufspraktikanten verstehen und nur Kontrollfunktion gegenüber den Institutionen ausüben. Bei der Einstellung von Praxisdozenten muß darauf geachtet werden, daß diese eine mehrjährige sozialpädagogische praktische Tätigkeit möglichst in mehreren Bereichen nachweisen können.

(direkte pädagogische Arbeit, Verwaltungsarbeit und Leitung einer Praxisstelle)

Für die theoretische Aufarbeitung sollten vierteljährige Praxis AGs stattfinden, nach Möglichkeit im Block, zu Beginn und zum Ende des Semesters (Vorteile: Ausweisung im Vorlesungsverzeichnis, interessierte Dozenten und Studenten können teilnehmen, Praxisbezug). In der Struktur der Praxisveranstaltungen sollen folgende Gesichtspunkte vorhanden sein:

Informationsaustausch, Analyse der jeweiligen Institution in Bezug auf pädagogisches Handeln, Probleme in der Zusammenarbeit mit Mitarbeitern, Entwick-

lung von Strategien zur Umsetzung von Theorie in die Praxis am Beispiel der gemachten Erfahrungen, Erstellung einer Kartei über die Institutionen, Berichte der Dozenten über ihre Erfahrungen mit den Praxisberichten der Berufspraktika in den Seminaren (Das bedeutet, daß die Praxisberichte auch verwendet werden!) Einrichtung eines regelmäßigen Informationsdienstes für Berufspraktikanten (Info-Zeitung). Hierin sollten Informationen über Richtlinien, Erlasse, Praxisberichte u.a. enthalten sein."



1977 hat sich die Berufspraktikantenstelle "eine Neuregelung einfallen lassen, um die Berufspraktikanten-Fortbildung effektiver zu gestalten" (Info I9) Es sollten Kompaktseminare eingeführt werden, die die bislang praktizierenden von allen besuchten BP-Treffen ablösen sollten.
(Info I9)

"Berufspraktikantentreffen vom 14. April - 21. April

Vor etwa einem halben Jahr hat die Berufspraktikantenstelle sich eine Neuregelung einfallen lassen, um die "Berufspraktikanten-Fortbildung effektiver zu gestalten".

"I. Die Neuregelung, BP - Treffen nur 2 mal im Jahr durchzuführen, ansonsten sog. Kompaktseminare zu belegen, wurde von allen Anwesenden als ungeeignet abgelehnt. Begründung:

Halbjähriges Treffen bedeutet noch mehr Vereinzelung und Zersplitterung, weil auf aktuelle Vorkommnisse nicht mehr reagiert werden kann (z.B. Entlassungen, siehe Corny).

Die Kompaktseminare wurden zum einen kritisiert, weil nur ein geringer Teil der BP jeweils mitfahren können, und in der Regel auch sehr teuer sind zum anderen die inhaltliche Ausrichtung nicht von den aktuellen Problemen der BP bestimmt ist, sondern vielmehr Ersatzseminaren gleichen, nachholen was man während des Studiums nicht geschafft hat. (das kann nicht klappen) Bei folgendem Vorschlag herrschte weitgehend Übereinstimmung:

BP-Treffs sollten alle zwei Monate stattfinden und sich nicht mehr über 5 Tage lang hinziehen, sondern auf 2 Tage gestrafft werden. Die Treffs sollen in Hildesheim stattfinden und nicht in der Wallachei, und allgemein verbindlich sein. Für BP, die sehr weit von Hildesheim entfernt wohnen, muß eine befriedigende Regelung gefunden werden. Auch über die finanzielle Frage muß noch diskutiert werden!!

Inhalte: z.B. Stellung der BP, aktuelle "Geschehnisse", Tarifrunde, Entlassungen, Arbeitsmarkt usw..

2 mal 5 Tage Kompaktseminare können bzw. sollen zusätzlich besucht werden.
BP, die noch arbeitslos sind, sollen ebenfalls zu den Treffen geladen werden.

WICHTIG!

Die jetzigen Examenskandidaten sollten, obwohl sie vom Praktikantenamt keine Einladung erhalten haben möglichst an diesen Treffen im April teilnehmen, denn

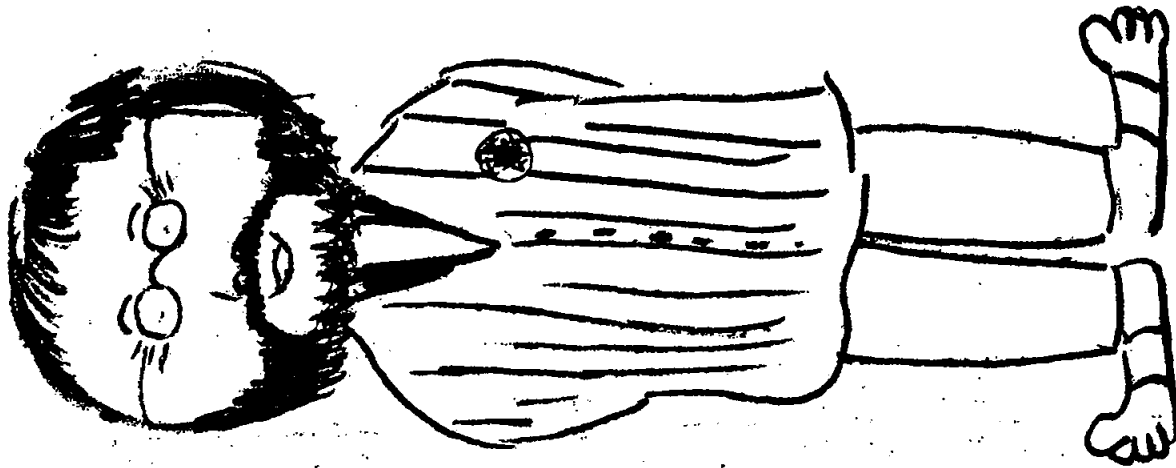
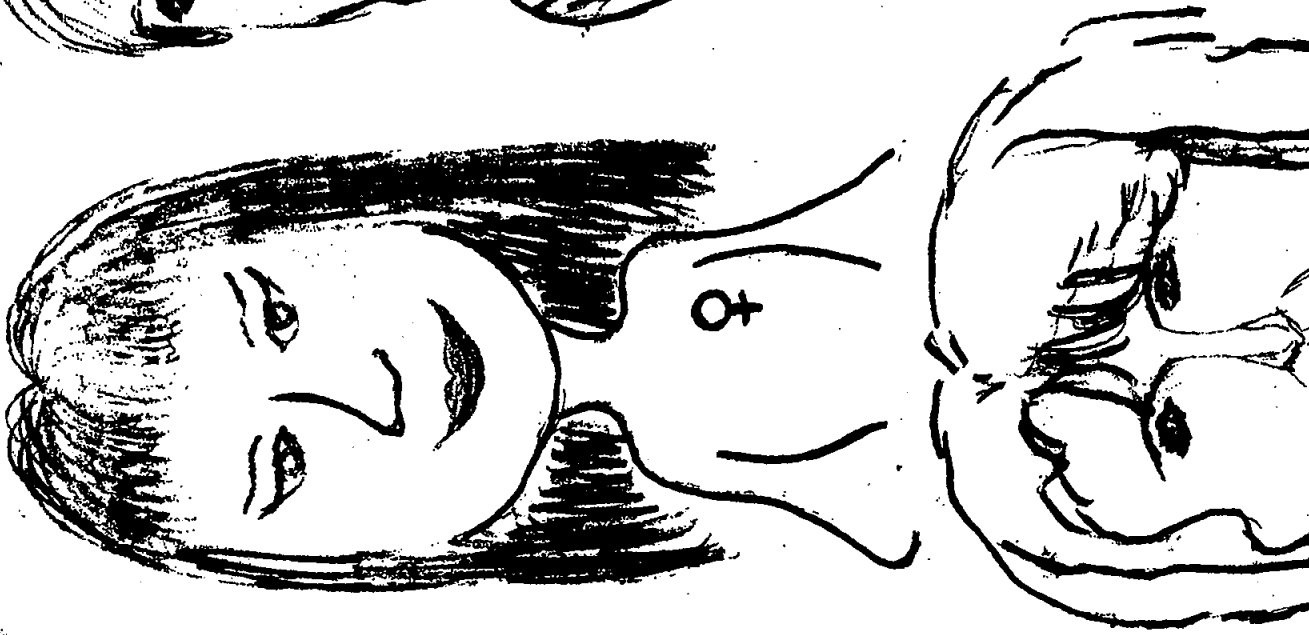
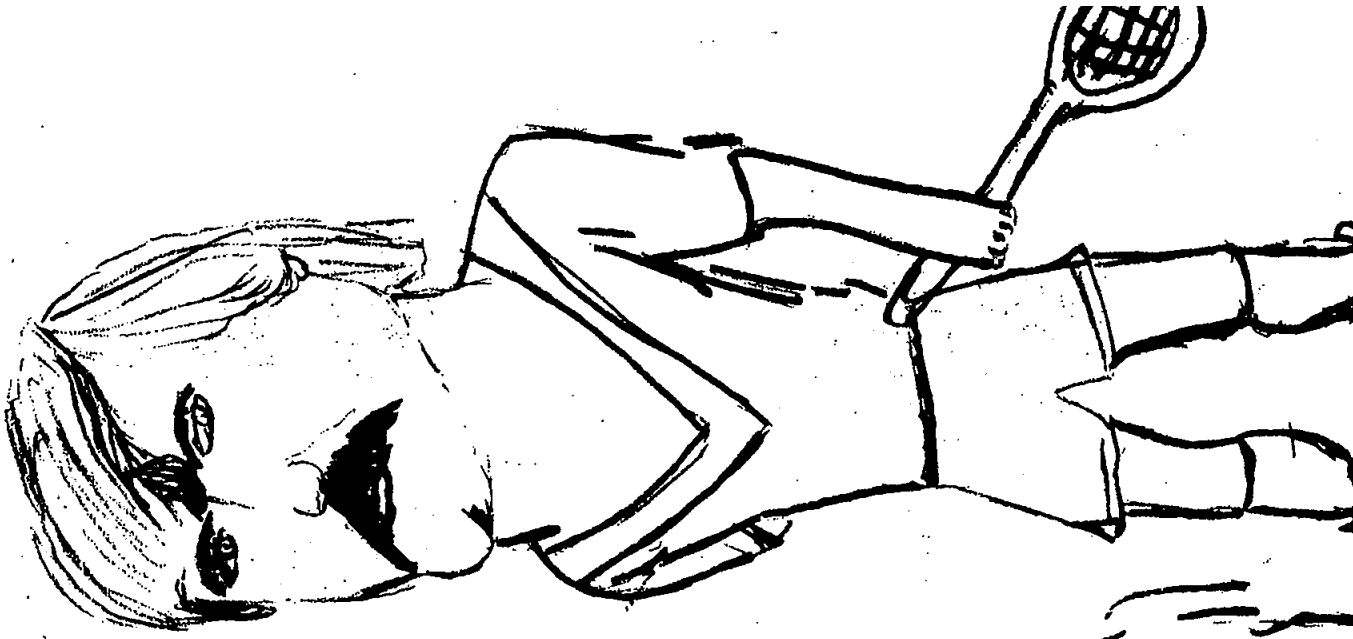
...

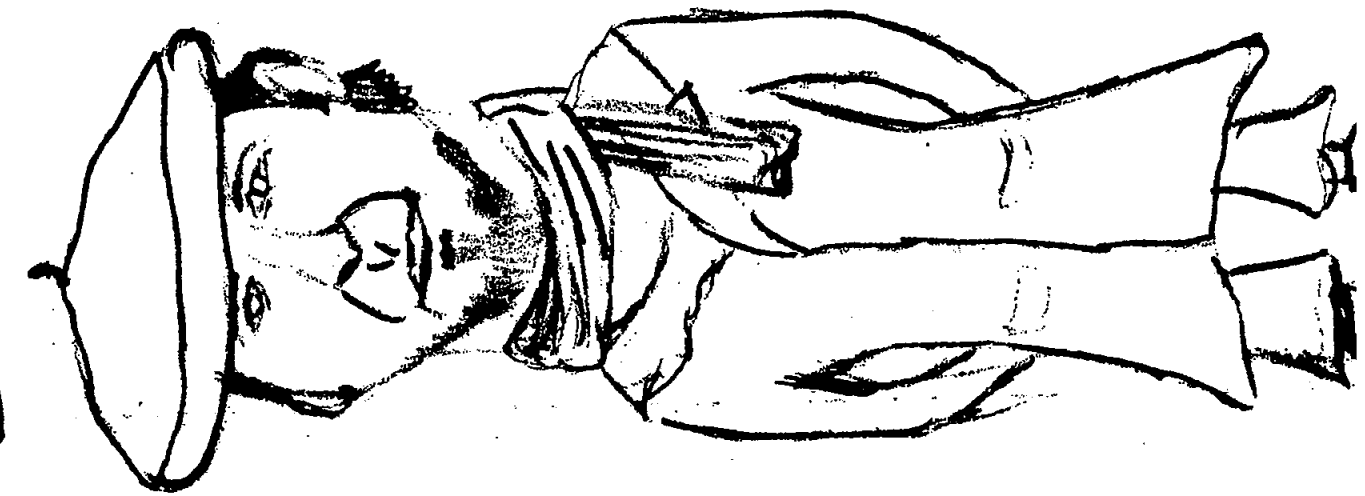
das nächste Berufspraktikantentreffen ist erst im Herbst dieses Jahres vorgesehen!

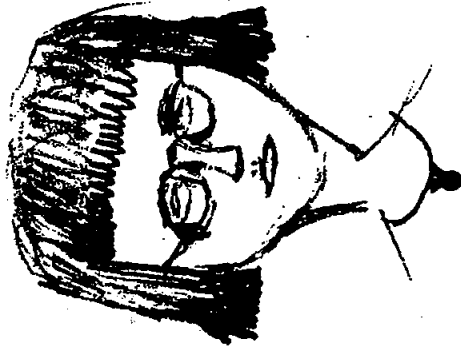
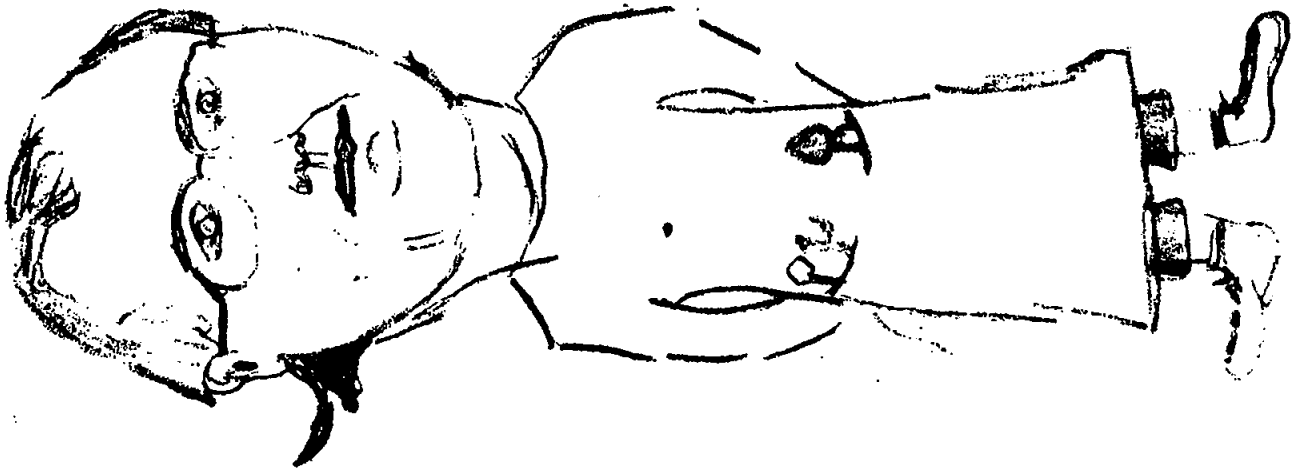
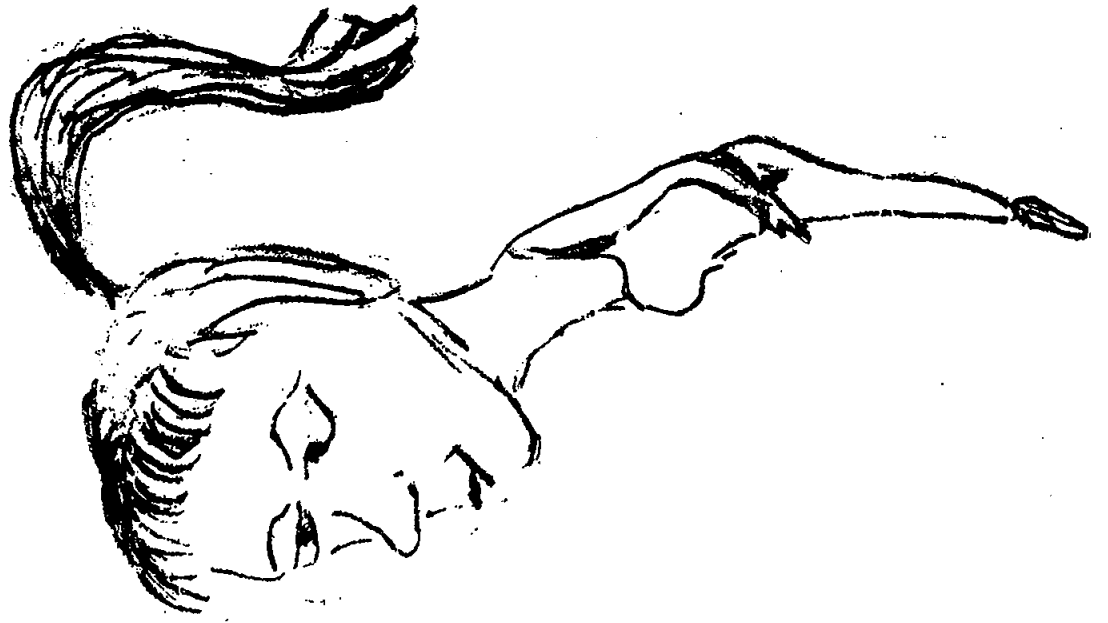
Vorgesehen sind bisher folgende Punkte:

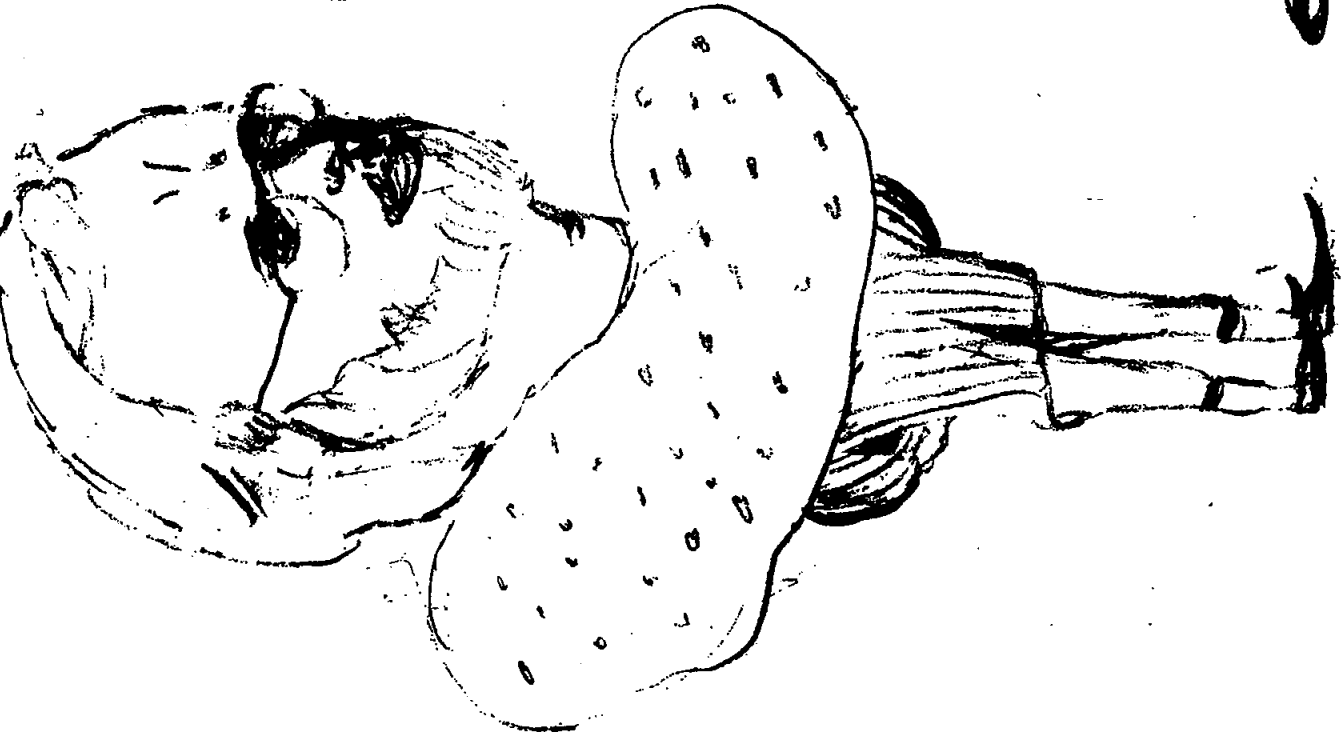
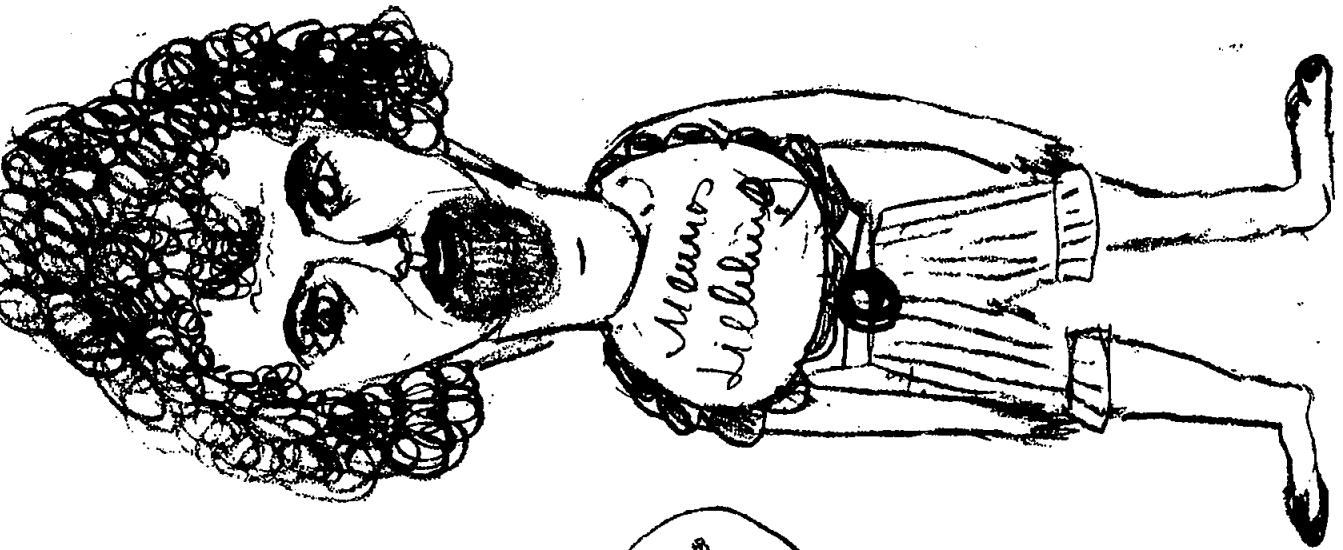
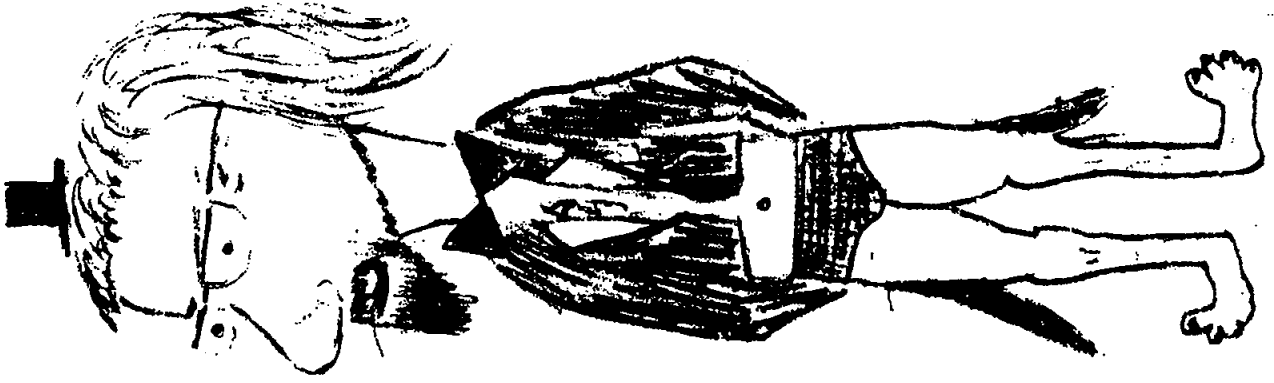
- Art und Organisation der BP -Fortbildung (Große Treffen und Kompakt-Seminare)
- Funktion und Wahl der BP Beirates
- Einrichtung eines Referates beim ASTRA
- Gewerkschaftsfragen
- Probleme der Zusammenarbeit Berufspraktikanten-Mitarbeiter











SHB unter Beschuß



Schon während des Sommersemesters 1977 gerät der ASTRA, bestehend aus 4 Mitgliedern des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und einem Vertreter der Basisgruppe, unter Beschuß. Besser gesagt, die SHB-Fraktion kann sich kaum noch Überzeugend gegen die kommenden Angriffe verteidigen. Der Basisgruppenkollege wird eh kaum an Entscheidungen beteiligt. Das info Nr. 14 im SS 77 nimmt zu den "Verfehlungen" der SHB-Mitglieder im ASTRA Stellung:

"...So stellten sie (die SHB'ler, Anm.d.Red.) auch auf der VV vom 8.2.77 den Antrag auf Erhöhung der ASTRA-Erschädigung von 50.- auf 100.- DM. Der Basisgruppenvertreter im ASTRA schlug jedoch der VV vor, den Betrag bei der alten Höhe zu belassen. Dieser Antrag wurde dann auch von der VV angenommen. Schon damals erklärte der Basisgruppenvertreter, das der SHB auf der KNS (Konferenz Nieders. Studenten) einen Antrag auf Unterstützung für seine Mitglieder im ASTRA gestellt habe. Diese Aussage wurde vom SHB kräftig abgestritten! Doch lesen wir im Protokoll der KNS-Sitzung vom 7.2.77..."

"... Antrag: gestellt von B. Oldigs (SHB, Anm.d.Red.)

am 7.2.77 - Punkt 4

...' um die Wahrnehmung der politischen Interessen und den Erhalt der Verfassten Studentenschaft zu gewährleisten, wird es notwendig die Genossen materiell zu unterstützen. Wir bitten die Nieders. Asten entsprechend ihrer Größenordnung und Verhältnisse finanzielle Solidarität zu beweisen.

4000 DM sind notwendig um 2 Genossen mindestens für ein halbes Jahr zu unterstützen.'

Im Protokoll der KNS-Sitzung wird dann weiter ausgeführt:

...' Widrigenfalls wären die beiden Kommilitonen genötigt, vorzeitig wieder zurückzutreten!'

Dann folgt am Schluß dieser Aussage die Konto-Nr. 100 133 987 Stadtparkasse Hildesheim, Hans-Georg Weers SHB-Vertreter im ASTRA !!!" (bitte nichts überweisen, Anm.d.Red.)

"... Auch mit ihrer Informationspflicht gegenüber dem Basisgruppenvertreter im ASTRA und den Studenten des FB, ist es ja man auch nicht weit her. Dies ist an vielen Dingen feststellbar. So wurden oft ASTRA- 'Entscheidungen' getroffen, die immer 4 : 1 ausgingen. Dies scheint aufgrund des Kräfteverhältnisses für alle verständlich zu sein, doch diese 'Beschlüsse' fanden in keiner öffentlichen und angekündigten ASTRA-Sitzung statt, sondern 'irgendwo' im internen SHB-Kreis! Der Basisgruppenvertreter wurde dann 'später' davon unterrichtet, oder erfuhr es überhaupt nicht. Hierzu sagte der SHB ASTRA-Hansi Weers folgendes aus: wir wissen sowieso wie du deine Stimme abgibst und da brauchen wir erst überhaupt nicht zu diskutieren. Wir nutzen unseren Spielraum so weit aus, wie wir wollen. Noch steht das Kräfteverhältnis günstig für uns!"

Und ein Stückchen weiter steht dann:

"... bei der AKW-Demonstration in Brokdorf. Hier wurde wieder mit dem 'sagenumwobenen' 4 : 1 Ergebnis (ohne jegliche ASTRA-Sitzung) der Bürgerinitiative Hildesheim gegen die AKW's für eine Kundgebung in Hildesheim das Megaphon verweigert. Begründung:



Jede Null glaubt, der wichtigste Teil einer Million zu sein.

Das Megaphon könne kaputtgehen, weil die Bevölkerung gegen eine Demonstration von 'Chaoten' in Brokdorf sei! Deshalb blieb das Megaphon gleich in einer privaten Wohnung. Die SHB-Leute hatten sich für die von der Regierung ins Leben gerufene Veranstaltung in Itzehoe entschieden und dorthin verschwand dann auch das Megaphon und mit ihm 15.-DM für Batterien.

Seltsam war bloß, daß ein großer Teil der aktiven Studenten des FB in Brokdorf war. Wahrlich, wirklich seltsam."

Soweit der info-Artikel. Doch in der Folgezeit erschienen zudem auch noch einige seltsame Flugblätter, deren genaue Herkunft bis heute nicht geklärt werden konnte, die den Fachbereich dafür aber in schallendes Gelächter versetzte.

Das erste Blatt veranlaßte eine Studentin auf einer VV sogar danach zu fragen, ob denn der MSB sich für diese Erklärungen nicht rechtfertigen könne:

MSB MARXISTISCHER
STUDENTENBUND



SPARTAKUS

pressemittellung

Betr.: Streikplanung für die kommenden Jahre

Die positiven Erfahrungen mit den 5- bzw. 10-Jahres-Plänen unserer sozialistischen Freunde in der UDSSR, DDR, Polen usw. hat uns veranlaßt, auch für die Streiktermine, der Studenten, für die nächsten 5 Jahre einen Streikplan zu erstellen.

Dazu legen wir folgenden Terminplan fest:

SS 78	1.4.	- 15.4.78
WS 78/79	1.11.	- 8.11.78
SS 79	6.5.	- 10.5.79
WS 79/80	3.11.	- 25.11.79
SS 80	25.4.	- 5.5.80
WS 80/81	29.11.	- 5.12.80
SS 81	11.5.	- 15.5.81
WS 81/82	24.12.	- 3.1.82
SS 82	15.5.	- 22.5.82

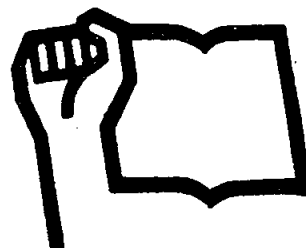
Begründung:

Nicht nur die Erfahrungen unserer sozialistischen Freunde, sondern auch die Erfahrungen mit der demokratischen Gegen-Hochschule, besonders mit der DGH-Hamburg, hat uns veranlaßt, diesen 5-Jahres-Plan für die studentischen Streiks zu erstellen. Wir sehen darin einen Vorteil, daß als Alternative zu der langfristigen Ferien-Planung der ständigen Kultusminister-Konferenz dieser Streikplan steht. Der Student kann neben den Ferien auch die Streikzeit (vorlesungsfreie Zeit) einplanen. Ferner bietet sich die Möglichkeit, daß der Streiktermin im Vorlesungsverzeichnis veröffentlicht werden kann. Für Professoren und Dozenten ist dadurch eine bessere Urlaubsplanung möglich. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Urlaubserhöhung der Dozenten.

Vorwärts mit der Streikbewegung!

MSB MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS



Pressemitteilung Nr. 3

Betr.: Besuch beim Genossen Honecker

Der Besuch des Bundesvorstandes des MSB Spartakus beim Genossen Vorsitzenden Honecker in der Deutschen Demokratischen Republik, Anfang April, war ein voller Erfolg.

Genosse Honecker erzählte uns von den positiven Erfahrungen der russischen Studenten im Großen Vaterland der Proletarischen Revolution und den anderen sozialistischen Bruderländern. Im Oktober 77 konnten wir ja mit allen fortschrittlichen Kräften in der BRD den 60. Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, zur Unterdrückung der Arbeiter, feiern.

Unser Großer Lehrmeister, der geliebte Genosse Breschnew, erzählte bei den Feiern zum 60. Jahrestag dem Genossen Honecker folgende Anekdote, die sich in den sozialistischen Bruderländern genau solcher Beliebtheit erfreut, wie mancher Schriftsteller oder Sänger.

Breschnew war gestorben und kommt in der Unterwelt an, wo er den letzten Zaren, Nikolaus II., trifft. "Wie geht's dort oben?", fragt Nikolaus, "Ist Rußland noch eine Großmacht?" Breschnew: "Ja, natürlich." Nikolaus: "Hat das Land immer noch seine ruhmreiche Armee?" Breschnew: "Sicher." Nikolaus: "Und seine glorreiche Flotte?" Breschnew: "Die ist viel größer als zu Ihren Zeiten!" Nikolaus: "Erstreckt sich Rußland immer noch vom Baltikum zum Stillen Ozean?" Breschnew: "Selbstverständlich." Nikolaus: "Hat die Geheimpolizei das Volk noch im Griff?" Breschnew: "Jawohl!" Nikolaus: "Schickt sie politische Hitzköpfe immer noch nach Sibirien?" Breschnew: "Auch das." Nikolaus: "Trinkt mein Volk immer noch Wodka?" Breschnew: "Nach wie vor." Nikolaus: "Ist er immer noch 38prozentig?" Breschnew: "Nein, jetzt hat er 40 Prozent Alkohol." Nikolaus: "Na hören Sie mal, hat sich denn das gelohnt, eine Revolution für zwei Prozent zu machen?"

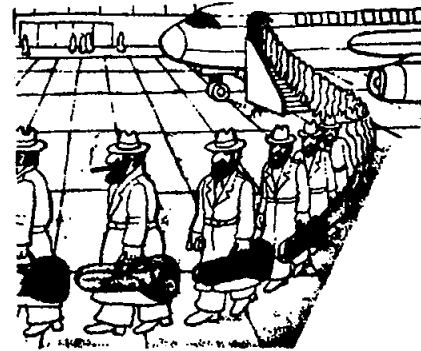
Verantw.: U. Bandes

Ernst-Thälmann-Zentrum, Sachsenring

Wir wollen aber nicht nur von der mißlichen Situation bei den Studenten sprechen, sondern auch die Krise der Dozentenschaft, schon beinahe permanent, behandeln. Wie schon seit Bestehen des Fachbereiches kommt es immer wieder zu peinlichen Vorfällen auf den FBK's, vor allem, wenn es sich um Wahlen für die Fachbereichsleitung handelt. Diesesmal gibt es eine Wahlanfechtung von - man höre und staunend dem Dozenten Eckard Albrecht. Das Info I4 nimmt sich auch dieser Sache an.

aus: Info I4 SS77

FORMALES HICK-HACK POLITIK DER DOZENTEN!



Wieder einmal erleben am Fachbereich, wie aus kleinsten Anlässen heraus ein großer Knall gemacht wird.

So z.B. erhob Eckhard Albrecht (E.A.) Einspruch gegen die FBK Ende des letzten Semesters, u. z. weil der Wahltermin willkürlich verkürzt und so geändert wurde, daß zumindest E. Albrecht sein Recht zu wählen nicht wahrnehmen konnte. Anstatt jetzt dieser einsichtigen, gerechtfertigten Eingabe zu entsprechen und so schnell wie möglich zu einem erneuten Wahltermin zu kommen, erging man sich auf Seiten der Dozentenschaft in ein formales Hick-Hack, daß für sich spricht.

1. Ende letzten Semesters:

Wahlanfechtung von E.A.

2. Anfang März

Der Hauptwahlausschuß empfiehlt dringend dem FB-Wahlausschuß eine Neuwahl dringend durchzuführen.

3. Der FB-Wahlausschuß reagiert nicht.

4. Ende März

Erneute Beschwerde E.A., seinen Einspruch zu behandeln.



5. Ende März

Brief von P.Vallap. mit der Aufforderung, die Beschwerde bis spätestens 1.4. zu behandeln.

6. am 14.4.

Endlich Entscheidung des FB-Wahlausschusses: Neuwahl bei den Dozenten.

7. 14.4.

Verärgerte Reaktion M.Rothschuhs an Au-Wi .Meier.

8. Die Wahl wird jetzt Mitte bis Ende Mai stattfinden.

Eine Sache, die noch Ende letzten Semesters hätte erledigt werden können, ist nun also bis Mitte des Sommersemesters verschleppt worden (ca. 4 Monate).

Es ging dem Wahlausschuß anscheinend gar nicht darum, Albrechts Beschwerde ordnungsgemäß zu prüfen und zu seiner Entscheidung zu gelangen, sondern zu versuchen, die neugewählte FBI mit Hilfe formaler Tricks im Amt zu behalten, da ja nun auch selber ein Wahlausschußmitglied eine wesentliche Position am Fachbereich inne hat.

Merkwürdig, wenn man aus derselben Ecke bei der letzten FBK-Wahl als Studentenschaft zu hören bekommt, das formale Hick-Hack sein zu lassen und zu sachlicher Politik zu gelangen.

ES ÄNDERT SICH HALT ALLES IM LEBEN !

- L.S./Red. - "



Überhaupt erweist sich dieses Jahr 1977 als ein ziemlich turbulentes. Und unter den Dingen, die die Fachbereichswelt bewegten, durfte natürlich die allseits so beachtete TUI (Touristik Union International) nicht fehlen. So beschloß der letzte ASTRA, gestellt von drei Mitgliedern der LDK (Liste Demokratischer Kampf) und 2 SHB-Vertretern, ein ASTRA Mitglied zusammen mit einem Dozenten in den "sonnigen Süden" fahren zu lassen. Zu TUI nach Mallorca.

*LDK und SHB - ASTRA
Was treibt ihn?!
Oder das "Gemauschele"*



Der letzte ASTRA gestellt von 3 Mitgliedern der LDK und 2 Mitgliedern des SHB, beschloß, daß eines ihrer Mitglieder gemeinsam mit einem Dozenten für 3 Tage in den "sonnigen" Süden zu TUI fliegen sollte. So ist es dann auch geschehen. Doch wie kam es nun dazu? TUI hatte einen Dozenten eingeladen, sich die Arbeitsbedingungen für Berufspraktikanten anzusehen. Flugs beschloß der ASTRA sein Mitglied zur "Kontrolle" mitzuschicken. Doch was gibt es dort eigentlich zu kontrollieren? Ferner sollte er dort noch weitere Informationen einholen. Einen Haken hatte jedoch die ganze Sache, wurde doch die Studentenschaft des FB in diese "Sache nicht eingeweiht". Hätte sie sich doch leicht für das Gegenteil entschieden, denn sie es und war es, die den Kampf gegen TUI bisher erfolgreich führen konnte. Was soll nun dies Verhalten, hinter dem Rücken der Studentenschaft. Leider hält und hielt der LDK/SHB - ASTRA nicht sehr viel davon, die Studenten in solchen Dingen zu informieren. So wurde auch nichts von der Anhörung in Hannover bekannt, an der auch Vertreter wie die IHK usw. teilnahmen. Ging es dort doch auch schon um ähnliche Fragen. Auch hier war ein ASTRA-Mitglied anwesend. Daher fordern wir den ehemaligen ASTRA auf, hierzu Stellung zu nehmen.

Denn der ASTRA darf nichts losgelöstes von der Studentenschaft sein, sondern das Gegenteil, er muß das Werkzeug der Studenten sein!

Schließen wir uns zusammen und führen wir gemeinsam den Kampf: 'Weg mit TUI und seinen Handlangern am Fachbereich!' "

- R.B. -

Info 14 SS 77

MR. NITZE

PHI

S II Dienstreise

FLUGSCHEIN

F II Haupturlaub

Zweiturlaub

Kurzurlaub

Tagesflug

S II
F II

Anmeldedatum 24 01 19 77

Melden Sie sich bitte 60 Minuten vor Abflug bei der TUI-Flughafenstation und geben Sie Ihren Flugschein dort ab. Die Abfertigung erfolgt durch unser Abfertigungspersonal bei der jeweiligen Fluggesellschaft.

Die Regelung gilt für den Hinflug sowie für den Rückflug.

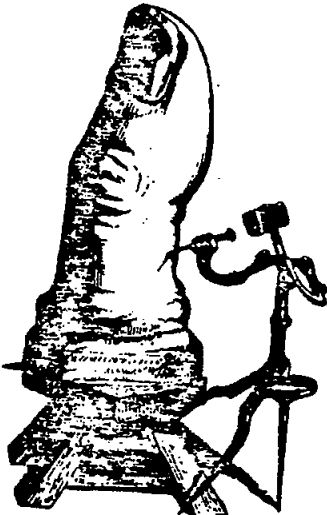
Flughafensteuern außer in Spanien, Portugal und Frankreich sind vom Passagier selbst zu tragen.

1977

TOURISTIK UNION INTERNATIONAL GMBH KG



MACHT MIT IM KURLADEN
Bad Salzdetfurth
(AUFBAU EINES FREIZEITCLUBS FÜR KUHENDE)
KONTAKTADRESSE: F. Vahsen



Wir versuchen jetzt, aus dem umfangreichen Material noch einmal einige wichtige grundlegende Positionen darzustellen.

II. Funktion der Sozialarbeit/Sozialpädagogik heute

SA/SP hat unter den bei uns herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen zwangsläufig einen Integrations- und Nothilfcharakter. (= Sozialklempner). Sie versucht die entstandenen sozialen und ökonomischen Notstände durch "korrigierende Eingriffe" zu beseitigen. Sie reflektiert nicht die gesellschaftliche Bedingtheit der Miß- bzw. Notstände, sondern reagiert auf die gesellschaftlichen Konflikte mit der Beseitigung der Symptome, die das Bild des sozialen Rechtsstaates nicht wahren.

Diese Gegebenheiten kennzeichnen folgerichtig die Tätigkeitsmerkmale der SA/SP

- a) Materielle und persönliche Unterstützung der aus dem Produktionsprozeß herausgefallenen oder in ihn nicht voll integrierten Personen.
- b) Die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft.
- c) Die Angleichung von nicht anpassungsfähigen bzw. nicht (gesellschaftlich) anpassungswilligen Jugendlichen, oder auch Erwachsenen an gesellschaftliche Normen durch Erziehungsheime, Jugendstrafanstalten etc. ...
- d) Der Versuch, bisher versäumte Lernprozesse nachzuholen z.B. durch eine "Kompensatorische Erziehung".

III. Ausbildungssituation heute

Die heutigen Ausbildungsziele orientieren sich an unzeitgemäßen starren, historisch begründeten Berufsbildern. Die jeweiligen Ausbildungsabschlüsse berechtigen lediglich dazu, an einer vorbestimmten Stelle des hierarchischen Systems der Berufe zu arbeiten.

(dieser hierarchischen Unterteilung entsprechen auch die unterschiedlichen Ausbildungsgänge).

Nicht die kritische Reflektion der Funktion SA/SP durch eine praxisbezogene wissenschaftliche Ausbildung, nicht die Entwicklung von grundlegenden Verhaltensweisen, Problembewußtsein und Methodenkenntnis ist das Ziel bisheriger Lernformen, sondern die Ansammlung von vorstrukturiertem Wissen zu einem Datenschatz, der dem Studenten kaum ermöglicht, das "Gelernte" in einem Zusammenhang zu bringen und auf die Praxis zu beziehen.



IV. Anzustrebende Aufgaben der SA/SP

Als Hauptaufgabe der SA/SP in einer Neukonzeption des Berufsbildes ist die Vorbeugung neben der Beseitigung sozialer Mißstände zu sehen. Voraussetzung ist das Erkennen der Ursachen und gesellschaftlichen Bedingtheiten der Mißstände, weiter die Wahrung von Erziehungsaufgaben, die das herkömmliche Erziehungssystem nicht zu lösen in der Lage ist.

V. Forderungen, die an ein entsprechendes Studium gestellt werden

Um die in Punkt IV formulierten Ziele zu erreichen, ist eine wissenschaftliche Ausbildung notwendig.

Eine wissenschaftliche Ausbildung darf aber nicht den Wissenschaftsbegriff einengen, sondern muß permanent gewährleisten, daß ein gesellschaftlicher Bezug hergestellt wird. Ein derartiger Bezug muß ein Erkennen der gesellschaftlichen Ursachen sozialer Mißstände zur Folge haben und Wege zur Beseitigung der Ursachen aufzuzeigen vermögen.

Dem Erkennen muß dann - ansonsten wäre dieser Prozeß nicht erforderlich - das Handeln folgen. Neben der Forderung nach Wissenschaftlichkeit ist also auch die Forderung nach einer Politisierung des Studiums zu stellen.

Letzteres muß sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientieren.

1. Kommunikationsfähigkeit

- Fähigkeit zu sprachlicher, symbolischer und grafischer Darstellung
- Kritisches Sprachbewußtsein
- Bereitschaft und Fähigkeit zur Diskussion
- Interesse am Abbau von Informationsvorsprüngen
- Interesse am Auflösen von Informationsmonopolen.

2. Kooperationsfähigkeit

- Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen
- Bereitschaft, eigene Ergebnisse der Kritik durch andere zu stellen
- Kenntnisse über Gruppenarbeit und -dynamik

3. Fähigkeit zum selbständigen Wissenserwerb

- Technik der geistigen Arbeit

4. Kontroll- und Kritikfähigkeit

5. Fähigkeit zur Durchsetzung und Entwicklung von Strategien

- Strategien zur Problemlösung entwickeln können
- Strategien durchsetzen können, dabei Reflexion der praktischen Anwendung, Konsequenzen und gesellschaftliche Relevanz

6. Fähigkeit zur Kreativität

- Offenheit für und Streben nach Veränderungen

7. Fähigkeit zur Spontaneität

- Selbständigwerden und Selbstbestimmung d.h. Handeln aus eigenem Antrieb mit eigener Zielsetzung

8. Fähigkeit zur Autonomie

- Bemühung um Unabhängigkeit von Personen, Institutionen und herrschenden Auffassungen in der Wahl, Formulierung und Auswertung wissenschaftlicher Fragestellung

9. Fähigkeit zur Flexibilität

- Fähigkeit, sich in neuen Situationen zurechtzufinden
- Erfassung von Beziehungen

10. Fähigkeit zur Mobilität

- Wechsel sozialer Positionen
- Verwirklichung neuer Ideen und andersartiger Wertsysteme

VII. Soll ich mich auf ein Seminar vorbereiten oder die ganze Initiative dem Lehrkörper überlassen?

Wir bereiten uns natürlich nicht vor?

Wir behalten die in der Schule gelernte verblödende Konsumhaltung bei, denn der Lehrkörper wird ja bezahlt. Wozu sollen wir uns noch anstrengen?

Wir können also bedenkenlos die ausgewählten Fakten und Ansichten des Seminarleiters übernehmen? ! Zu vieles Denken ist sowieso schädlich !

Falls einige von Euch stutzig geworden sind: Denkt doch einmal an die Parole: Eigeninitiative ist etwas Befriedigendes !!!

IX. Grundriß der Geschichte der Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Die gesellschaftliche Funktion der SA/SP tritt am deutlichsten hervor, indem man sich ihre Geschichte vergegenwärtigt, d.h. indem man die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung, Entwicklung und gegenwärtigen Ausbildung reflektiert.

Zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse zwingen zunächst das Bürgertum, dann den bürgerlichen Staat, Strategien zur Integration der Außenseiter der kapitalistischen Ordnung auszuarbeiten und anzuwenden.

1847 Centralausschuß der Inneren Mission

1880 Deutscher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit

1897 Caritas

- 1899 Gruppe für soziale Hilfsarbeit organisiert einjährige Ausbildungskurse
- 1905 I. Schule in Hannover (ev.)
- 1907 2. Schule in Heidelberg (kath.)
- 1908 Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin
- 1917 10 neue Schulen: Gründungsfieber aufgrund neuer Aufgaben durch den Krieg
- 1917 Zentralwohlfahrtsausschuß der deutschen Juden
- 1919 Maria Juchacz (Arbeiterwohlf.) Clara Zetkin (rote Arbeiterhilfe)
- 1920 Paritätischer Wohlfahrtsverband
- 1921 DRK
- 1920 Allgemeine Prüfungsbedingungen von Helene Weber
2 Jahre Ausbildung und I Jahr Berufspraktikum
Differenzierung nach drei Schwerpunktfächern:
a) Gesundheitsfürsorge
b) Jugendfürsorge
c) Wirtschafts- und Berufsfürsorge
- 1925 Deutsche Akademie für Soziale und Pädagogische Frauenarbeit
- 1927/32 Berufsbezeichnung: Wohlfahrtspflegerin
Vor allem Frauen, seit 1925 auch Männer ergreifen diesen Beruf,
später auch wachsende Anzahl aus der Arbeiterklasse
- 1933 N.S. Volkshilfe
- 1947 I. Konferenz der Wohlfahrtsschulen
- 1959 Höhere Fachschulen für SA/SP (bzw. Fachschulen oder Akademien)
3 Jahre Ausbildung und I Jahr Berufspraktikum
Wegfall des Vorpraktikums
Kolloquien und Staatsexamen
Wegfall der traditionellen Schwerpunktfächer
- 1962 Erste offizielle Einbeziehung der 3 Methodenlehren
- 1968 Akademien und H. Fachschulen werden durch KMK (Kultus-Minister-Konferenz) Beschluß in Fachhochschulen umgewandelt
Übergangseinrichtungen zur Gesamthochschule





X. Grundsätzliches

I. Sieht man von der Aktivität ab, die zweifelsohne vorhanden war, als Studenten und Dozenten diesen Fachbereich aus dem Boden stampften, so ist bis heute nicht viel geschehen, um dem Rahmen Sozialpädagogik einen wenigstens teilweise real-gesellschaftlichen Inhalt zu geben.

Zwar gab es im vergangenen Semester erste zaghafte Ansätze in dieser Richtung, doch macht eine Schwalbe noch keinen Frühling.

Jedenfalls ist es dringend notwendig, den sich in persönlichen Intrigen auslassenden Lehrkörpern unseres Fachbereichs einmal einen gemeinsamen Hut zu verpassen.

Und zwar sollte der Hut folgende Größe haben: die Einsicht, daß erst nach Erarbeitung eines politisch theoretischen Rahmens strategische Vorstellungen für eine alternative Sozialpädagogik/Sozialarbeit entwickelt werden können. Alles Andere, nämlich weiterhin bewußtlose Caritas zu betreiben und kleine Sozialklempner auszubilden, was logischerweise sehr bequem und apolitisch ist, muß verhindert werden.

Denn es gibt keine ewigen Wahrheiten, sondern nur ein den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechendes Denken, und die beste Garantie für "Hansaplast-Sozialpädagogen" mit einer Almosenideologie sind die system-immanenten Denker.

Hier in Hildesheim scheint sich die alte deutsche, idealistische Tradition besonders lange zu halten, die besagt, daß es auf den inneren moralischen Wert eines Menschen ankommt, mit dem man pädagogischen Umgang pflegt.

Nimmt man dazu noch die Tugenden eines "guten" Arbeiters hinzu, nämlich Fleiß, Redlichkeit, Ausdauer und Bescheidenheit, dann hat man die charakteristischen Eigenschaften derjenigen, die im unterprivilegierten Bereich der öffentlichen Erziehung arbeiten müssen.

Mit pädagogischen Heroismus und den genannten Tugenden kann die SA/SP natürlich nur Feuerwehr an den Symptomen spielen, wo die Erkennung der Ursachen und ihre Veröffentlichung einer gesamtgesellschaftlichen Sozialisierung wesentlich dienlicher wäre.

XI. SA/SP und ihre Aufgabe im kapitalistischen System

SA/SP ist gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Erhaltung (teilweise auch Ausbildung) der Ware Arbeitskraft. Da der Kapitalismus auf die reibungslose Verwertung der Ware Arbeitskraft angewiesen ist, beobachten wir im Verlauf der letzten Jahrhunderte eine immer stärkere Vergesellschaftung der SA/SP

die als ihre immer stärkere Institutionalisierung, Verstaatlichung und Professionalisierung zum Ausdruck kommt. Dabei sind die gesellschaftlichen Funktionen der SA/SP zu differenzieren: zum einen erfüllt sie allgemeinmaterielle Aufgaben, die eine jede Gesellschaft im Hinblick auf die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft (im Sozialismus allerdings nicht mehr als Ware Arbeitskraft!) wahrzunehmen hat (Sozialversorgung, Gesundheitsfürsorge, Vorschule, Kindergarten u.ä.): zum anderen erwachsen ihr Aufgaben, die sich als institutionalisierte Reaktionen auf Phänomene verstehen lassen, die sich direkt oder indirekt aus den spezifischen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ableiten lassen: so die materielle Unterstützung derjenigen, die aus dem Produktionsprozeß herausfallen oder nicht voll in ihn integriert sind: so die disziplinatorische Integration derjenigen, die die vorgängigen Erziehungsinstitutionen (Familie, Schule) nicht zu den gewünschten "normalen" Verhaltensweisen gebracht haben (Prophylaxe, Abschreckung).

Wenn aber SA/SP auch gesellschaftlich notwendige Aufgaben erfüllt, so sind ihr durch den kapitalistischen Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung doch materielle Grenzen gesetzt: da die Kapitalisten aus Gründen nationaler und internationaler Konkurrenz gezwungen sind, den größten Teil des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums wieder in die Produktion zu investieren (Akkumulation des Kapitals), müssen die sogenannten infrastrukturellen Bereiche (Ausbildung, Gesundheit, Verkehr, Umweltschutz ect.) notwendig materiell vernachlässigt werden.

Dieser Widerspruch schlägt sich in der SA/SP in chronischer Mittel- und Personenknappheit, mangelhafter Ausbildung, schlechten Arbeitsbedingungen (Überbelastung und unzureichende Bezahlung) und der ideologischen Idealisierung des Berufs (Hilfe, Opfer, Verzicht) nieder.

Das bedeutet aber, daß die SA/SP ihre positiven gesellschaftlichen Aufgaben erst voll und ganz zum Nutzen des Menschen (nicht nur der Ware Arbeitskraft) wahrnehmen können, wenn sie von Beschränkungen, die ihr der Kapitalismus auferlegt, befreit sein wird.

Von daher sind die Interessen der Sozialarbeit und Sozialpädagogen, denen an einer solchen Entfaltung ihrer Arbeit gelegen ist, objektiv und langfristig mit den Interessen derjenigen Klasse verbunden, deren Befreiung das Ende des Kapitalismus bedeutet.

Nur im Bündnis mit dem Proletariat und seinen Organisationen wird auch die SA/SP sich selbst befreien und jenen "Dienst am Menschen" tun können, den sie bisher zwar ideologisch für sich in Anspruch genommen, aber nie verwirklicht hat.

Entnommen aus: "Geschichte und Funktion der SA"
Arbeitskreis Kritische Sozialarb. "
Frankfurt 1971 "

(aus ES Info, SS 73)

"Zur Notwendigkeit der Studieneinführung

(aus ES WS 77 /78)

Die Situation des Studienanfängers ist durch Unsicherheit gekennzeichnet. Diese ist durch mehrere Faktoren bedingt:

- a) Für viele ist der Beginn des Studiums mit Wohnortwechsel verbunden. Man/Frau muß sich in einer neuen Stadt einleben, Neue Bekanntschaften, Freundschaften müssen geknüpft werden.
- b) Durch den Rollenwechsel vom Schüler oder Berufstätigen zum Studenten verlieren bisherige Verhaltensmuster und Bezugssysteme an Bedeutung. Neue müssen gefunden und aufgebaut werden.
- c) Die Situation am Fachbereich erscheint undurchschaubar und ist verwirrend. Die Erstsemesterbetreuung soll Euch unterstützen. Wir wollen uns bemühen, Euch einen Einblick in das Studium zu verschaffen und Euch bei dessen Aufbau Hilfestellung geben.

Von einem fächerübergreifenden Studium kann bei uns noch nicht die Rede sein. Viele Seminare laufen beziehungslos nebeneinander her. Deshalb muß jeder Student lernen, einen roten Faden für sein Studium zu finden, es zu strukturieren.

Selbständiges Arbeiten muß erlernt werden. Diejenigen, die direkt aus der Schule kommen, wird das Schwierigkeiten bereiten.

~~Maximaler~~ Überbelegung des Stundenplans bringt nichts. Durch dauernden Wechsel der Lerngegenstände ohne nennenswerte Pausen verliert der Studienanfänger leicht die Orientierung. Mutlosigkeit und Apathie machen sich breit. Seminare werden nur noch mitgeschrieben. Die Haltung reiner Rezeption ist bei einer solchen Veranstaltungsfolge ein bloßer Akt des Selbstschutzes. Der Versuch, dem Zeitdruck durch Schwänzen der Veranstaltungen zu entgehen, erzeugt Schuldgefühle. Wenn auch die Teilnahme an den Veranstaltungen wenig befriedigt, so vermittelt doch der regelmäßige Besuch das beruhigende (?) Gefühl der Pflichterfüllung. Wir schlagen Euch vor, lieber weniger Seminare zu belegen und Euch stattdessen die Zeit zu nehmen, diese gründlich vor- und nachzubereiten (z.B. Arbeitsgruppen). Ihr verhindert so einen mißglückten Studienanfang, der solche Folgen haben kann:

- a) Unfähigkeit zu methodischem, rationellem und eigenständigem Wissenserwerb
- b) Unfähigkeit zur Kooperation
- c) Orientierung an Prüfungsanforderungen: sachbezogene Motivation wird ebenso verschüttet, wie die Reflexion des Gelernten auf die zukünftige Berufspraxis. Die Studenten sind in der Regel nicht in der Lage, ihr Studium kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls ihre Situation zu verändern.

Die Erstsemestereinführung soll Euch einen Einblick in die politische Situation am Fachbereich geben. Wir wollen über die historische Entwicklung der Themen, die zur Zeit am Fachbereich diskutiert werden, informieren. (z.B. Hochschulrahmengesetz (HRG), Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG), Satzung, Prüfungsordnung, u.a.)

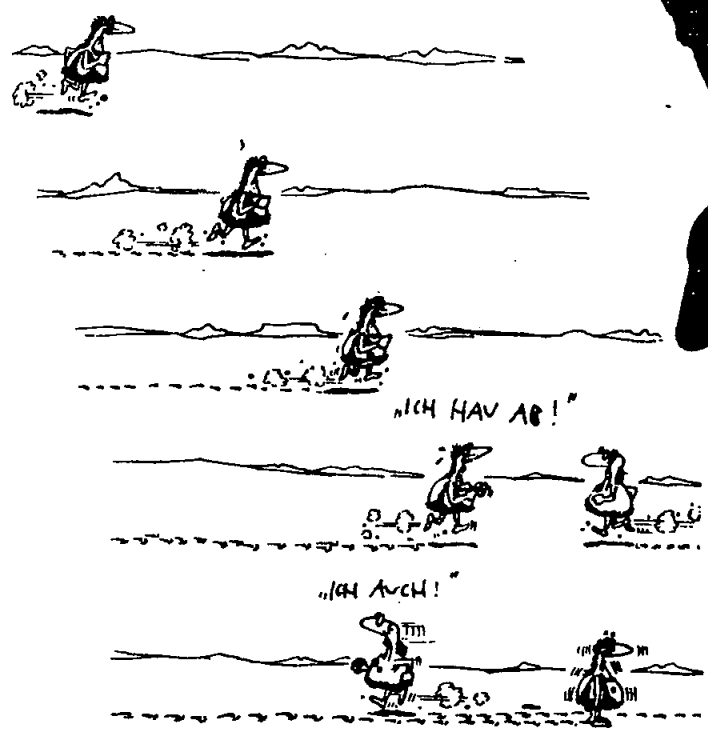
Wir wollen mit Euch die Forderungen der Studentenschaft diskutieren:

- Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft
- Anerkennung der Finanz- und Satzungshoheit der Verfaßten Studentenschaft,
- Anerkennung des politischen Mandates
- Wahrnehmung des imperativen Mandats,
- u.s.w.

Die Studiensituation ist nicht isoliert von den gesellschaftlichen Bedingungen zu sehen. Wir wollen unsere Studieninhalte und die Studienform selbst bestimmen. Deshalb stellen wir die Forderungen auf. Geht auf die Vollversammlungen (VVs). Die Vollversammlung ist unser oberstes beschlußfassendes Organ. Dort vertreten wir unsere Interessen. Scheut Euch nicht, Fragen zu stellen. Die Informationen kommen nicht von selbst. Setzt Euch mit der Situation am Fachbereich auseinander, um die studentische Politik aktiv mitbestimmen zu können.

Das Erkennen der Notwendigkeit unserer Forderungen ist die Voraussetzung für ein verantwortungsbewußtes Studium!

WIR WOLLEN'S ANDERS



Doch auch im Vorfeld der Prüfungen kommt es zu himmelschreienden Dingen, die der Fachbereich im Sinne einer korrekten Ausbildung und Betreuung sicherlich weit von sich weisen würde. Oder?

Drei Studentinnen berichten nachfolgend von ihren Erfahrungen beim Erstellen der schriftlichen Hausarbeit und deren Betreuung.

Info 15 / SS 77



Studenten in Ochtersum --- ein bißchen dumm, aber fleißig!

"Im Anschluß an das Seminar von F.Vahsen 'Einführung in die Sozialpädagogik' schrieben wir unsere Hausarbeit und gaben sie zu Beginn des SS 77 F.Vahsen zur Korrektur. Nachdem F.Vahsen zweimal nicht zu einem vereinbarten Rückgabetermin erschienen, war, wollte er uns die Hausarbeit ohne Besprechung zurückgeben, da er sämtliche Anmerkungen an den Rand geschrieben habe. Als wir jedoch eine Rücksprache mit ihm verlangten, willigte er schließlich ein.

Beim Lesen, der von F.Vahsen geschriebenen Anmerkungen, erwies sich die Besprechung als äußerst notwendig; denn er hatte für seine Kritik den ironischen Stil gewählt, der sich für uns wie folgt darstellte:

- Textauszug der Hausarbeit:

'Je schwieriger ein Fall ist, je länger ist der Instanzenweg'.

- Kommentar zu F.Vahsen:

'Welch eine Aussage'!

- Textauszug der Hausarbeit:

'So wird der Klient in viele einzelne Teile zerstückelt'.

- Kommentar von F.Vahsen:

'Geschieht wohl nur in der Anatomie'!

Wir wenden uns gegen eine derart unsachliche Kritik durch F. Vahsen und fühlen uns diskriminiert durch unverschämte Randbemerkungen wie z.B.:

- Textauszug der Hausarbeit:

'Ist er's noch nicht leid...'

- Kommentar von E. Vahsen:

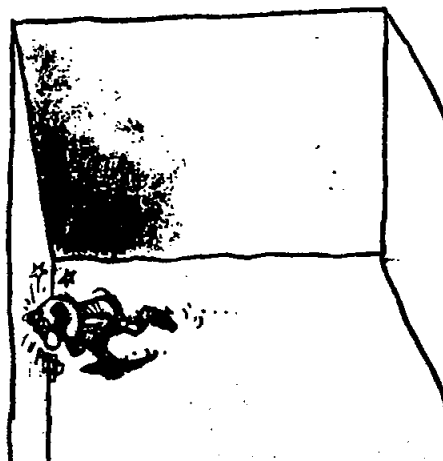
'Ich bin euer Geschwafel auch leid!.'

Während der Besprechung der Hausarbeit rechtfertigte sich F. Vahsen, indem er erklärte, er habe sich durch unser 'Werk' verarscht gefühlt und dementsprechend reagieren wollen!

Außerdem wären die Studenten wohl der Meinung, in der 'Ochtersumer Idylle' würde selbst derartige Hausarbeit akzeptiert. (bezogen auf Stil und Form). Er habe sich von seiner Art der Kritik einen Lerneffekt für uns erhofft.

Wir erklären uns nicht bereit, diese ironische Kritik von F. Vahsen anzunehmen und fordern ihn auf, sachliche und konstruktive Kritik zu leisten. In einem anschließendem Gespräch stellte sich heraus, daß er dazu durchaus in der Lage war. Den Schein für die Hausarbeit wollte uns F. Vahsen aushändigen, da wir fleißig waren. Anmerkung in der Hausarbeit: 'Den Schein bekommt ihr für euren Fleiß'. Wir meinen, daß Quantität (Fleiß) kein Kriterium für eine Scheinvergabe sein kann und lehnten deshalb den Schein ab.

Gudrun, Brigitte, Rita "



*PRÜFUNGEN - ein leidiges Thema
immer dasselbe*

Irgendwie ist es schon (fast) langweilig, daß bald in jedem Semester dieselben Probleme zu den Prüfungen auftauchen. Doch man kann ja auch eine gewisse Kontinuität darin entdecken und nicht zuletzt muß es auch einmal deutlich gesagt werden: Viel Zeit ist vergangen - 10 lange Jahre - doch geändert hat sich in dieser Beziehung gar nichts.

Bericht des PA aus dem info I4:

" I. Klausur

II. mündl. Prüfungen

III. Zensurenkonferenz

I. Die Klausur ist formal korrekt gelaufen.

Auf der Zensurenkonferenz hat ein Student die Benotung seiner Klausur angefochten und verlangte einen Zweitgutachter. Nach der Beurteilung des Zweitgutachters wurde die Zensur um eine Note gehoben.

II. Leider haben in diesem Semester nur etwas mehr als die Hälfte der Prüflinge ihre mündliche Prüfung öffentlich bzw. öffentlich für PA-Mitglieder gemacht. Aus Gesprächen mit Studenten die ihre Prüfungen nicht öffentlich gemacht haben ging hervor, daß mehrere mit dem Verlauf ihrer Prüfungen nicht einverstanden waren."

"...Positiv ist zu bemerken, daß die mündlichen Prüfungen gut organisiert waren. (Prüfungsplan) Dennoch ist zu bemängeln, daß einige Prüfer und Protokollanten erst gar nicht erschienen. Schwierigkeiten gab es mit der Vorbereitungszeit, (Prüflinge bekamen ihre Themen zu spät) und mit der Bezeichnung der Prüfungsfächer. Erstaunlich ist, daß einige Studenten der Sozialpädagogik nach 6 - 7 Semestern Studium nicht in der Lage sind, Prüfungsformalitäten zu erledigen, sich über den Prüfungsverlauf zu informieren und den Rahmen des Prüfungsthemas mit den Prüfern abzusprechen."

"... AUF DER ZENSURENKONFERENZ ZEIGTE SICH WIEDER EINMAL DEUTLICH DIE FUNKTION DER STUD. MITGLIEDER DES PA. AUSSER ETNER KRITIK AN DEN VERSÄUMNISSEN (VERSÄTUNGEN) VON PRÜFERN UND PROTOKOLLANTEN HABEN WIR KEINE MÖGLICHKEIT AUF DEN PRÜFUNGSVERLAUF EINZUWIRKEN. PA "



Und, um das Maß nun endgültig voll zu machen, erstellte man eine Dokumentation.

"Prüfungssemester 77/78, Nr. I", war der einfache Name des Schriftsatzes.

Daraus zwei beachtenswerte Auszüge.

I. Die "Chronologie eines Abbruchs"

II. Das "Unterberg'sche Prüfungsverfahren"

ABBRUCH

„Chronologische Entwicklung:

SS 77 kurze Absprachen mit dem Dozenten G. Dahlmüller über Schwerpunkte der Hausarbeit mit dem Thema "Die Bedeutung des Aufbaus von Betriebsgruppen im Zusammenhang der gewerkschaftlichen Organisation im Sozialbereich"

Ende Übergabe meiner schriftlichen Gliederung

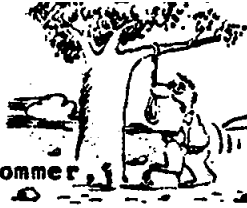
Sept.

6.10. Zweistündige Diskussion mit Dahlmüller. Hauptstreitpunkt:

1977 der Aufbau meiner Arbeit wäre falsch, meine Vorstellungen von "Objektivismus" durchtränkt. Ich sollte von subjektiven Interessen ausgehen und die subjektiven Widerspiegelung Bewußtsein des Sozialpädagogen untersuchen. Ein Beispiel für die Kontroverse:

In dem ebenfalls von mir mit ausgearbeitetem Papier, das als Grundlage für die gewerkschaftliche Arbeit der Fachgruppe Sozialarbeit der GEW/ÖTV in Hildesheim dient, steht sinngemäß drin: Der Aufbau von Betriebsgruppen in sozialpädagogischen Einrichtungen soll auch anhand der allgemeinen Interessen (und hieraus wurde der Vorwurf des "Objektivismus" abgeleitet) ausgerichtet werden, d.h. die konkreten wirtschaftlichen Interessen - Tarifrunde - , die politischen Interessen (freie politische Betätigung, Verfassungsschutzgesetz usw.) sollen die Inhalte der Arbeit in den Betriebsgruppen bilden.

Nach Dahlmüllers Ansicht, sollte ich die subjektiven Interessen behandeln.



- 6.10. Schreiben an den Prüfungsausschuß-Vorsitzenden Kommer,
1977 in dem die Sachlage dargelegt wurde.
4 Tage In einem Gespräch mit Kommer einigten wir uns darauf, daß
später die Angelegenheit mit Dahmüller im Prüfungsausschuß (PA)
behandelt werden soll.
- Geplante Prüfungsausschußsitzungen werden verschoben -
25. Die offizielle 6-Wochen-Frist für die schriftliche Haus-
Okt. arbeit beginnt. In einem Gespräch mit Dahmüller, Fach-
1977 bereichsleiter Rothschiuh und Kommer wird die Ablehnung der
Betreuung nun sehr allgemein mit dem Hinweis "unwissen-
schaftlich" wiederholt.
- Rotschiuh und Kommer beschließen, daß Rothschiuh zunächst
einmal als Erstgutachter zu meinem gewünschten Thema ein-
gesetzt wird.
- Durch die z.Zt. bestehende Prüfungsordnung haben wir
Studenten kein Recht auf die freie Wahl des Prüfers noch
des Prüfungsthemas!!
- PA-Sitzungen werden weiterhin "verschoben", so daß weder
die Forderungen der Examenskandidaten noch das Problem
Dahmüller behandelt werden.
- 16.11. PA-Sitzung. Das Problem Dahmüller und die Forderungen nach
1977 freier Wahl des Prüfers und des Prüfungsthemas werden wegen
Abwesenheit von Dahmüller nicht behandelt.
- Daraufhin sandte ich am gleichen Tag Herrn D. einen Ein-
schreibebrief mit der Aufforderung, am 23.11, auf der
FBK zu erscheinen und mir vorher eine schriftliche Be-
gründung der Ablehnung zukommen zu lassen.
- 17.11. Brief an die Fachbereichsleitung mit einem Dringlichkeits-
antrag für die nächste FBK: "Der Dozent Dr.phil.Prof.

G, Dahlmüller wird verpflichtet, die Betreuung des Examenskandidaten K.Klimkeit zur schriftlichen Hausarbeit wahrzunehmen. Begründung: Die Beschneidung der freien Wahl des Prüfers kann von der FBK nicht akzeptiert werden. Die inhaltliche Ablehnung ... der schriftlichen Arbeit führt in letzter Konsequenz zur inhaltlichen Zensur! D.h. entweder muß der Examenskandidat sich den inhaltlichen Wünschen des Dozenten ... unterwerfen, oder er wird gezwungen, einen anderen Dozenten - der natürlich auch ablehnen kann - zu finden. ..."

23.11. Die FBK findet nicht statt. In der stattdessen 1977 stattfindenden Dienstbesprechung (interne Sitzung) der Dozenten, soll das Problem im Beisein von mir und den studentischen Mitgliedern des PA (dies wurde erst durch Antragstellung erreicht) behandelt werden. Nach einer kurzen Darlegung der Positionen von G.Dahlmüller und mir (Dahlmüller: Sie sind examensunreif!) stellte der Dozent P. Valiapampil den Antrag auf Ausschluß meiner Person von der Diskussion. Der Antrag wird von den Dozenten mehrheitlich abgelehnt. Anschließend beantragt Valiapampil den Ausschluß aller studentischen Teilnehmer. Dieser Antrag wurde von den Dozenten mit großer Mehrheit angenommen. Nach 15minüter Debatte Antrag Valiapampils auf NICHTBEHANDLUNG meiner Anträge (Verpflichtung von Dahlmüller zur Betreuung) und Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.



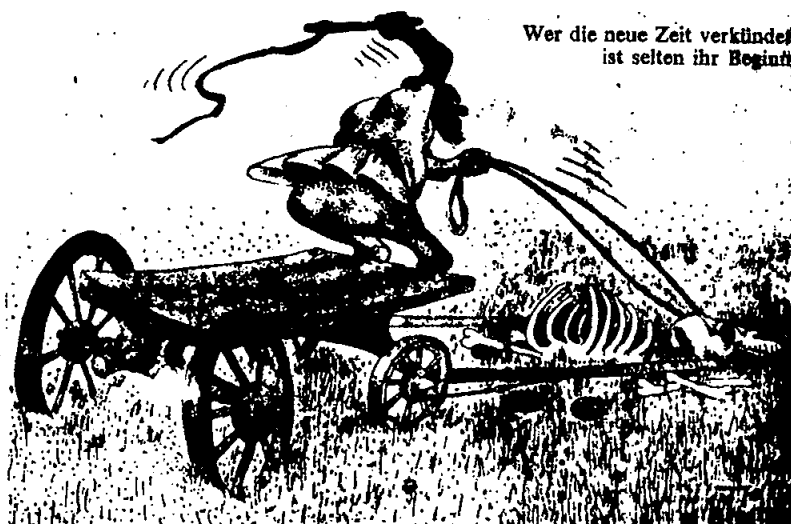
Anschließend verstärkte Verhandlungen mit M.Rothschuh als Betreuer. Wir konnten uns inhaltlich nicht einigen. Er kritisierte: alles zu syndikalitisch, zu wenig sozialpädagogischer Bezug (dann in der Arbeit habe ich u.a. kritisiert, daß der sozialpädagogische Bezug bisher überwogen hat), die Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft bliebe unberücksichtigt (ist auch nicht Thema der Arbeit)!...

Ziel der Kritik war, mir klar zu machen, daß ich mit einer schlechten Note zu rechnen hätte.

Aufgrund der Auseinandersetzung mit Dahlmüller und Rothschild, dem Problem des Zweitgutachters usw. beschloß ich die Nichtabgabe der Arbeit im WS 1977/78.

Ich werde die fertige Arbeit bei anderen Dozenten im SS 1978 abgeben.

- Klaus - "



DAS "UNTERBERG'SCHE

PRÜFUNGSVERFAHREN"

1. Semester

Pro bestandener Klausur erhält jeder Student einen "token" (Münze).

2. und 3. Semester

Der Student erhält pro Referat zwei token; bei Gruppenarbeiten je Student 1/2 token.

Hauptstudium

Zulassungsbedingung sind mindestens zwölf token.

Abschlußprüfung

Mit "systematischer Desensibilisierung" werden Studenten behandelt, die noch immer gegen die Prüfungsbedingungen arbeiten.



Improvisationsfähigkeit erreichbar durch Überraschungsprüfungen, aus aversionstherapeutischen Gründen sind bei zu hoher Fehlerzahl Elektroschocks anzuwenden.

[Sozialpädagoge (grad.)
Sozialpädagoge (aplis.)*

*grad. = gradlinig

aplis. = alle probleme
im Individuum sehend.

"SINN & UNSINN VON PRÜFUNGEN

Psychische Funktion und Wirkung von Prüfungen!

a) Prüfung als Ritual

Den Ursprung von Prüfungen (Mitproben) findet man in grausamen Pubertätsriten primitiver Völker. Das erfolgreiche Bestehen dieser Mitproben wurde mit der Anerkennung der "Reife" belohnt. Es ist klar, daß es einzig und allein dem Zweck dient, die jüngere Generation zu zwingen, sich der Älteren zu unterwerfen und sich deren Herrschaftsstrukturen anzupassen. Wer nicht bereit war, sich zu unterwerfen, dem drohten Repressalien (Verachtung, Nichtaufnahme in den Kreis der Erwachsenen) und Aggressivitäten (Hautabziehen, Spießrutenlaufen und andere Quälereien). Sogar noch im Mittelalter wurden sadistische Praktiken, z.B. empfing der Geselle nach der Prüfung von seinem Meister eine Ohrfeige, beim Ritter nannte sich dies Ritterschlag. Viele Redewendungen haben sich bis heute erhalten wie "Reifeprüfung", "sich vor der Prüfung abschinden" und "durch die Prüfung kommen".

Deutlich wird auch, warum Ältere Menschen keine Prüfungen mehr abzulegen brauchen. Z.B. müßten in sehr schnell entwickelnden Fächern wie Naturwissenschaften, Politikologie., Pädagogik usw. (sollten Prüfungen tatsächlich nur Fähigkeiten nachweisen) laufend Prüfungen für z.B. Professoren über ihre Lehrfähigkeit und ihr Wissen abgehalten werden. Aber wer einmal "durch die Prüfung gekommen ist", egal wie, ist für die Gesellschaft über jeden Zweifel erhaben.

So zeigt sich, wozu Prüfungen eigentlich dienen: zur Legitimation von Autorität, zum Aufbau von Macht und Herrschaft !

b) Problematik der Prüfung

Mit der heutigen Prüfung sind wichtige Rechtsfolgen und Berechtigungen verknüpft. Z.B. nur wer das A-bitur oder Fachabitur bestanden hat, in letzter Zeit sogar nur wer mit "gut" bestanden hat, darf studieren, darf mehr Geld verdienen, darf die Leiter zum sozialen und finanziellen Aufstieg besteigen. Diese Bedeutung erzeugt in dem Prüfling Angst, die die intellektuelle Leistungsfähigkeit nicht nur während der Prüfung, sondern auch in der Vorbereitungszeit ganz enorm hemmt. Dazu Dr. Michael Lukas Möller (Leiter der psychotherapeutischen Beratungsstelle in Gießen): "die entscheidende psychische Wirkung der Riten war, Angst zu erregen, ihre entscheidende Funktion war, Angst zu ertragen. Es ist offensichtlich, daß die jetzige Form der Prüfungen diese ursprüngliche Eigenschaft Angst zu erregen, aufgrund ihrer Struktur und nicht nur aufgrund von Prüflings- oder Prüferneurosen bewahrt hat. Wegen der Wechselwirkung dieser heute noch induzierten Angst mit dem dadurch besonders gestörten intellektuellen Funktionen ist die jetzige Prüfung für die Messung von Kenntnissen und der Fähigkeit

mit ihnen umzugehen, ausgesprochen ungeeignet. Sie hemmt die Leistung die sie messen soll. Die Evolution von der ursprünglichen Mitprobe zu einer Situation der Messung intellektueller Leistung hat kaum stattgefunden. Die Reform muß diesen Evolutionsrückstand nachholen, d.h. die angsterregenden, mit den heutigen Aufgaben der Prüfung nicht mehr zu belegenden Komponenten der Prüfungsordnung müssen aufgehoben werden. Das führt zu Vorschlägen mit dem Ziel, 1. die Bedeutung, 2. die Unsicherheitsfaktoren der Prüfung für den Prüfling zu reduzieren."

Welche Auswirkungen haben die körperlichen Symptome wie Herzklopfen, Fieber, trockener Mund und feuchte Hände vor dem Examen, die durch die Prüfungsangst auftreten, auf die Denkfähigkeit? Zahlenmaterial v.d. psychotherapeutischen Beratungsstellen Gießen:

Konzentrationsfähigkeit	in 75 %
Gedankenblock	in 68 %
Verlust des Überblicks	in 64 %
Neigung zu Zweifeln	in 63 %
leichte Vergesslichkeit	in 55 %
automatisches Denken	in 55 % der Fälle

Wie kann man da noch von Prüfung der tatsächlichen intellektuellen Leistung sprechen?

Psychoanalytische Untersuchung der Prüfungsangst aus "Hemmung, Symptom und Angst" von S.Freud

Angst ist eine Gefahrensituation, ein Zustand der Hilflosigkeit, in der die eigene Vernichtung droht. Angst vor einer Prüfung ist eigentlich normal. Diese reale Prüfungsangst ist jedoch der realen Gefahr angemessen, in die der Prüfling kommt. (Berufsaussichten, materielle Sicherheit etc.) Die oben aufgeführten Angsterscheinungen in 75 % der Fälle wirken der Bewältigung der realen Gefahr entgegen. Die Prüfungsangst wird zur neurotischen Angst d.h. daß zur normalen Angst vermehrte Ängste, die in der Kindheit eine ernste Gefahr darstellten, jetzt aber unbewußt geworden sind, hinzutreten. Unbewußt wird die Gefahr aus der Sicht eines Kindes eingeschätzt und die Reaktion ist die entsprechend eines Kindes, das der Gefahr gegenüber hilflos ist und keinen Ausweg findet.

Nach einer Untersuchung einer Frankfurter Medizinergruppe erfolgen 20 % aller Arztbesuche wegen psychischer Störungen jedoch 30 % davon im Examenmonat und 50 % am Examenstag.

Ich hoffe, mit diesen und anderen folgenden Artikeln Interesse zu wecken, um das Problem Prüfung und somit Prüfungsordnung wieder erneut in der Studentenschaft zu diskutieren. Dadurch, daß demnächst an unserem Fachbereich über eine Studienordnung abgestimmt wird, wird die künftige Prüfungsordnung für uns wichtiger denn je." (R. Krüger)



PRÜFUNGSORDNUNG

(ES 77/78)

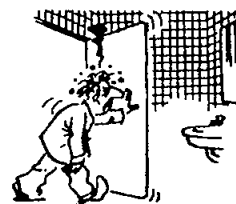
"Im Folgenden stelle ich den Status quo der Prüfungspraxis an der Uni-Ochtersum und die historische Entwicklung und den neuesten Stand des Kampfes für eine PO, in der unsere studentischen Forderungen enthalten sind, dar.

Die momentan noch für uns gültige PO ist die PO der Höheren Fachschulen für Erzieher (erhältlich im Astra), die durch zahlreiche ministerielle Erlasse erweitert wurde. Laut § I dieser PO soll die Ausbildung die SP in der öffentlichen und freien Jugendhilfe zur selbständigen Erziehungstätigkeit in allen sozialpädagogischen Einrichtungen befähigen. Aufgabe der Prüfung soll es sein (§ 7), daß der Prüfling nachweist, daß er das Ausbildungsziel gemäß § I erreicht hat. Durch den zur Zeit schwammigen Zustand der Prüfungspraxis (rechtloser Zustand) kann es für den einen oder anderen Kommilitonen zu einer "legeren" Durchführung der Prüfung kommen. Wir können uns aber nicht der Illusion hingeben, eine "liberale" Prüfungspraxis zu haben. Dieser Illusion erliegen hieße, die objektiven Klassengegensätze die Funktion von Hochschulen, deren Abschlußprüfung im Sinne der Klassenunterdrückung und die individuellen Folgen der Prüfung wie Konkurrenzdruck, Prüfungsangst usw. zu leugnen.

Zur Änderung dieser schwammigen Prüfungsordnung wurde im Jahre 1973 vom MWK eine Landeskommission (ihr gehörten Vertreter der FHS HI, Braunschweig, Emden, Hannover und Vechta (Beobachter) an) zur Erarbeitung einer ordentlichen PO eingesetzt. Dieses Gremium war (ist) paritätisch besetzt und erarbeitete auf Grundlage des Emdener PO-Entwurfs den sogenannten Iako-PO-Entwurf.

Wesentliche Forderungen waren:

- Einphasigkeit des Studiums
- Zusammenlegung von SA/SP
- integrative Gruppenarbeit
- Prüfungsbestandteile: Hausarbeit und Colloquium
- Mindeststudiendauer: 6 Semester
- "Paritätische" Besetzung der Prüfungsgremien, als da sind Prüfungsausschuß, der für die Organisation der Prüfungen zuständig ist und auf die Einhaltung der Bestimmungen der PO achtet, ferner die Prüfungskommission, die für die Abnahme der Abschlußprüfung aufgrund des Vorschlages der Prüflinge (Gruppen) zuständig sind.



Bereits in dieser Phase der Auseinandersetzung für eine fortschrittliche PO wurden die Forderungen der Studenten hintergangen. Aus "taktischen" Überlegungen wurde uns von den Lako-Vertretern nahegelegt, auf die volle paritätische Besetzung der Prüfungsgremien zu verzichten, um die Verhandlungen mit dem MWK nicht zu gefährden, da das MWK auf eine solche Forderung nicht eingehen würde und somit den gesamten PO-Entwurf ablehnen würde! So wurde der studentische Kampf abgewiegelt in ein Taktieren hinter, für den Großteil der Studenten, verschlossenen Türen. Welch eine Traumtänzeri dieses Taktieren mit den Organen des bürgerlichen Staates war, hat die weitere Entwicklung gezeigt.

In diesem Zusammenhang sind besonders die Dozenten Rothschuh-Wanner und P. Valiaparampil zu nennen, die es prächtig verstanden, die Studenten niederzuhalten und einen Teil (MSB/SHB) auf ihre Seite zu ziehen.

Die Antwort auf den Lako-Entwurf vom MWK kam im Oktober 1976. Bis auf die Zusammenlegung SA/SP und eventuellen integrierten Berufspraktikum wurden alle anderen Forderungen mit Verweis auf das HRG abgelehnt.

Etwas zur Zeit des alljährlichen Streiks im Ws 76/77 wurde ausgehend vom Info-Kollektiv eine grundsätzliche Kritik am Lako-Entwurf in die Studentenschaft getragen. Einerseits hatte man es satt, sich dieses Taktier-Geschwätz noch länger anhören zu müssen, andererseits konnten bei Nichtbeachtung der "taktischen" Gründe weitestgehende Forderungen aufgestellt werden. Die Kritik am Lako-Entwurf wurde folgendermaßen begründet:

Im § 8 wird ausdrücklich eine Vorprüfung gefordert. Mit dieser Vorprüfung hat der Student nachgewiesen (§ 9, Abs. I), daß er die zur Weiterführung des Studiums erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat.

Nach Vorlage der Leistungsnachweise wird dem Studenten vom PA die Vorprüfungsbescheinigung ausgestellt, die vom Vorsitzenden des PA unterschrieben wird (§ 9, Abs. 4)

In ähnlicher Weise wird die Zulassung zur Abschlußprüfung (§ 10) bestimmt. Ein weiterer Kritikpunkt war die Zusammensetzung der Prüfungsgremien. Leistungskontrolle durch bürgerliche Organe sowie halbe Parität in den Prüfungsgremien können nicht das Interesse fortschrittlicher Studenten sein und wurden somit aktiv bekämpft.

Noch im Verlauf des WS 76/77 wurden auf gemeinsamen Treffen aller FHS Soz, Päd. Niedersachsens eine grundsätzliche Kritik am Lako-Entwurf erarbeitet und mit weitestgehenden Forderungen in einem Resolutionsentwurf



vorge stellt. Dieser Resolutionsentwurf wurde bei uns per VV-Beschluß angenommen und enthielt folgende Forderungen:

- ein mindestens 8-semesteriges Studium mit integriertem Berufspraktikum (und zwar an allen nied. FHS/Soz.wes.)
- keine Zwischenprüfungen, d.h. generell: gegen Benotung von Leistungsscheinen und Prüfungsbestnadteilen - gegen Klausurarbeiten und Vorprüfungen
- integrative Gruppenarbeit (keine erkennbaren Einzelergebnisse)
- freie Wahl der Prüfer und Prüfungsthemen
- für Öffentlichkeit von PA/PK/Prüfungen
- Zusammenlegung von SA/SP mit einheitlichem Abschluß
- Anerkennung der Organe der Verfassten Studentenschaft als Vertreter der Studenten
- keine Änderung der Studien- und Prüfungsordnung ohne Zustimmung der Verf. Studentenschaft
- Gesetzliche Anerkennung des Einspruchsrechts der Verf. Studentenschaft, d.h. :
 - a) halbparitätische Besetzung von PA/PK mit Einspruchsrecht der stud. Vertreter in diesen Prüfungsgremien, um den Einfluß der Verf. Studentensch. auf Prüfungsangelegenheiten zu garantieren.
 - b) Wahl und Abwahl der stud. Vertreter durch das höchste beschlußfassende Organ der VS, der VV, vermittels imperativem Mandat in Prüfungsgremien
 - c) Recht der VS auf Teilnahme an Prüfungen
 - d) Recht der VS auf Einsicht in sämtliche Prüfungsunterlagen

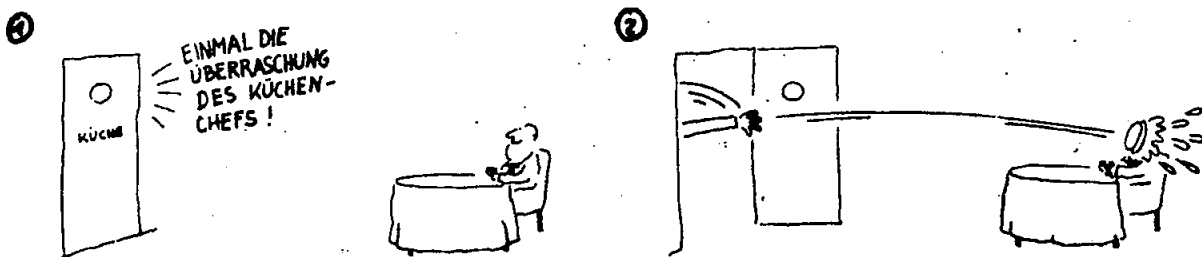
Neu in diesem Forderungskatalog war unter anderem die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung des Einspruchsrechtes der VS, da wir hierin die Möglichkeit sehen, Verschärfungen der Prüfungs- und Studienbedingungen zu verhindern. Es besteht die Möglichkeit, Erlasse des MWK zurückzuweisen, da die VS zustimmungspflichtig sein muß. Die volle Parität in den Prüfungsgremien muß gesichert sein. Weder in der z.Zt. gültigen PO noch im Lako-Entwurf ist dieses politische Recht der VS verankert. Zudem sollen die Studentenvertreter laut Lako-Entwurf nicht direkt gewählt werden, sondern über die FBK, wo wir als Studenten keine Parität haben. Dies ist ein Angriff gegen das imperative Mandat (Basisdemokratie), da die studentischen Vertreter nicht von der VV gewählt bzw. abgewählt werden können. Diese oben beschriebenen berechtigten Forderungen konnten allerdings nur teilweise in der Studentenschaft verankert werden, da die MSE/SHB-Fraktion den Lako-Entwurf zur Grundlage ihres "Kampfes" nahm (nimmt) und ständig versucht, diese Forderungen zu bekämpfen, da sie dem "Verhandlungsklima" mit dem MWK abträglich sind.

Wie wenig Sinn es hat, sich mit dem MWK auf Verhandlungen einzulassen, mag aus dem Folgenden hervorgehen:

Am 10.6.77 ging in sämtlichen nieders. FHS/Sozialwesen ein Prüfungsordnungs-Entwurf (PO-Entw.) des Ministeriums f. Wissensch. u. Kunst. (MWK) ein. Wie schon in der Stellungnahme des Ministeriums zum Landeskommissions-Entwurf (Lako-Entw.) im Okt. 76 eine Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) angedroht wurde, zeigt sich dieser jetzt eingegangene PO-Entwurf dann auch als konkreter Vorgriff auf das Nieders. Hochschulgesetz (NHG). Denn diese Neuregelung der PO verschärft nicht nur Vor- und Abschlussprüfungen, sondern wirkt sich negativ auf den gesamten Studienablauf, speziell auf Lehrinhalte, sowie Lehr- Lern u. Arbeitsweise im Sinne des HRG/NHG aus. Die Vorprüfung und Teile der Abschlussprüfung werden durch studienbegleitende Prüfungsleistungen abverlangt, d.h. konkret: Hausarbeiten, Klausuren, Referate, mündliche Prüfungen (vor Prüfer und Beisitzer) vom ersten bis letzten Semester. Damit weitet sich der Prüfungsdruck auf das ganze Studium aus. Die Festlegung von Pflicht- und Wahlpflichtfächern, sowie die generelle Benotung aller Prüfungsbestandteile bedeutet:

- vorgeschriebener Studienverlauf
- Ausrichtung der Seminarinhalte auf die Prüfung, d.h. Vermittlung von abfragbarem Wissen.
- Kontrolle dieser Inhalte durch die Prüf.

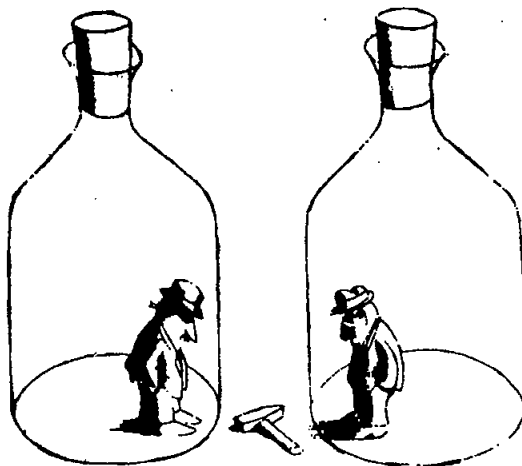
Bei Nichtbestehen insbesondere der Vorprüfung, folgt die Exmatrikulation ! Die dadurch bedingte unkritische Annahme der verlangten Lehrinhalte verschärft sich mittels der festgeschriebenen Regelstudienzeit, die die Abschlussprüfung im sechsten Semester vorschreibt. Regelstudienzeit in Verbindung semesterweise festgesetzten Terminen der geforderten Leistungsnachweise funktionieren im Sinne des Verschulungsprinzips. Damit wird nicht nur ein selbstbestimmter Studienablauf, sondern gerade auch eine kontinuierliche politische Arbeit gänzlich verhindert und somit die Interessenvertretung der Studentenschaft fast unmöglich."



" Hier wird Überdeutlich, was auch mit dieser PO bezweckt wird: Verhinderung von:

- solidarischen kooperativen Lernen
- kritischer Auseinandersetzung in den Seminaren
- Reflektion und Kritik der Studieninhalte
- interdisziplinäre Kritik bürgerlicher Wissenschaften
- Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge, sowie
- Stellung und Funktion der SA/SP innerhalb der Gesellschaft
- politischer Arbeit und Wahrnehmung eigener Interessen
- Klientenorientiertem Lernen u. Arbeiten.

Zudem verschärft die vorgesehene Benotung jeglicher Prüfungsbestandteile Leistungsdruck und Konkurrenzverhalten innerhalb der Studentenschaft und trägt dazu bei, daß systemstabilisierende, angepasste Sozialpädagogen produziert werden."



STUDIENORDNUNG

Die Studienordnung regelt die Inhalte des Studiums. Die PO muß dann den formellen Rahmen dafür schaffen. Es hat genauso wie für die PO eine landesweite Kommission für die STO gegeben. Der Witz ist, daß zwar 1975 (28. Mai) eine STO in I. Lesung von der FEK verabschiedet wurde, diese aber bis heute in irgendeinem Schreibtisch im MWK schmort. In den letzten 4 Jahren hat dann M. Rothschuh regelmäßig versucht, "seine" STO durch den FER zu jagen, was ihm allerdings bis heute nicht gelungen ist, d.h. es gibt immer noch keine gültige STO und damit eine klare politische Stoßrichtung.

Zu guter Letzt noch ein Flugblatt, das sich inhaltlich mit dem Vorlesungsverzeichnis und den Seminaren auseinandersetzt:

"Mit diesem Flugblatt wollen wir die Vorschläge zum Vorlesungsverzeichnis kritisieren und unsere Wünsche und Vorstellungen aufzeigen.

Uns fällt auf, daß viele Seminare über mehrere Semester laufen. Die Teilnahme an diesen Seminaren wird oft von formalen Kriterien (z.B. erst ab 3.Semester) und nicht von inhaltlichen (z.B. Anführung der erarbeitenden Lektüre) abhängig gemacht.

Wir wollen, daß jeder Student (jede Studentin) die ihn (sie) interessierenden Seminare besuchen kann, sofern er (sie) den behandelnden Stoff schon erarbeitet hat.

Zwischen den angebotenen Seminaren soll eine inhaltliche Verbindung bestehen, um den Studierenden den Zusammenhang zwischen den einzelnen Wissenschaften aufzuzeigen, zu verdeutlichen und so ein umfassendes Verständnis zu vermitteln.

Die Vorschläge im Vorlesungsverzeichnis scheinen die augenblickliche Situation am Fachbereich zu bestätigen:

Seminare laufen beziehungslos nebeneinander her (trotz z.B. ähnlicher Inhalte).

Die Vielfalt des Angebots (Stahlmann: "... ein Ragout sozusagen") vermag nicht über die Abgehobenheit der Seminarinhalte hinwegzutäuschen. Bei fast allen Seminaren fällt uns eine "Wissenschaftlichkeit" auf, die losgelöst ist von den realen gesellschaftlichen Bedingungen und auf diese nicht eingeht.

Wir vermissen den praktischen Bezug zu unserer späteren Arbeit. Wir wissen, daß Sozialpädagogen und Sozialarbeiter die Funktion haben, die kranken Symptome unserer Gesellschaft zu lindern. Unser Studium sollte uns dazu verhelfen, deren Ursachen kritisch zu erkennen, damit wir sie beseitigen können.

Im Folgenden werden wir kurz einige konkrete Vorschläge machen, die von Euch allen ergänzt werden sollen.

BRINGT EURE VORSCHLÄGE IN DIE FBV UND FBK AM 6_7.1977!



1. Allg. Pädagogik
Seminare zum pädagogischen Modell Makarenkos
(Theorie und Praxis)
2. Soziologie
Parallelangebote zu den Einführungsveranstaltungen, um
Mammutseminare zu verhindern.
3. Empirische Sozialforschung
Seminarangebote nicht nur über Datenverarbeitung!
4. Psychologie
Entstehung und Hintergründe der Psychiatrie
Vergleich: Psychoanalyse - Verhaltenstherapie
Psychiatrische Praxis in der BRD!
Drogenseminare
5. Recht
Mehr Stahlmann-Seminare?
6. Politik
Einführung in die politische Ökonomie
7. Musikerziehung
Musiktherapie
8. Rhythmik
nicht nur Seminare zur Vorschul- und Geistigbehinderten-Pädagogik!
9. Kunsterziehung
keine Seminare, die ausschließlich der individuellen künstlerischen
Entwicklung dienen, ohne jegliche sozialpädagogische
Relevanz!
10. Werkpädagogik
die alte Forderung: mehr Plätze!
11. Heimerziehung
praxisnahe Angebote
12. Erstsemesterbetreuung
bis auf Harry Stütz hat kein Dozent Erstsemesterbetreuung im
Vorlesungsverzeichnis angegeben?!

Wir fordern alle Lehrbeauftragten auf, ihre Seminare ordnungsgemäß
am Fachbereich abzuhalten und nicht auf Wochenendseminare zu redu-
zieren

Fuchs, Therese, Sibylle "

Info 15 SS 77

"Vertreter vom Fachbereich "K" berichteten über den Angriff der Fachbereichsleitung, die eine Wandzeitung und Astra-Informationen herunterriß. Dieser Angriff auf das POLITISCHE MANDAT der Verfaßten Studentenschaft wurde zurückgeschlagen. Rektorin Keuntje deutete an, daß mit polizeilichen Maßnahmen zu rechnen sei... Dies reiht sich ein in die Übergriffe des Staates auf die Verfaßte Studentenschaft; Göttingen: Polizeiüberfall z.B. auf das Asta-Büro, Braunschweig: Strafverfahren gegen einen Studenten..., Lüneburg: ..., Hildesheim: bei "K" und PH/N probt man Zensur/Ordnungsrecht; FB SOZ-PAD: ??????

Hinzu kommt: Auf Beschluß des MWK geht jetzt der Landesrechnungshof daran, die Kassenberichte aller Asten in Niedersachsen zu überprüfen. Ausspittel will der Staat, ob Gelder für 'hochschulfremde' politische Aktionen (im Sinne des POLITISCHEN MANDATS) verwendet wurden, was B E S T R A F T werden soll!

Eine solche 'KASSENPRÜFUNG' steht auch unserem Astra bevor.

DAS WERDEN WIR AKTIV VERHINDERN!

Auch Albrecht droht massiv mit der Aberkennung des Wintersemesters für alle Studenten im Falle des S T R E I K S . Was anderes als die Umsetzung des N.H.G. wird hier betrieben?

Dagegen schließen wir uns zusammen: So verabschiedeten die anwesenden Studenten einstimmig eine SOLIDARITATSADRESSE an die Studentenschaft des Fachbereichs "K". Dieselbe Resolution wurde später in die FBV eingebracht und gegen/ohne die Stimmen von Dozenten und SHB/MSB angenommen! (Ein Dozent stimmte dafür)

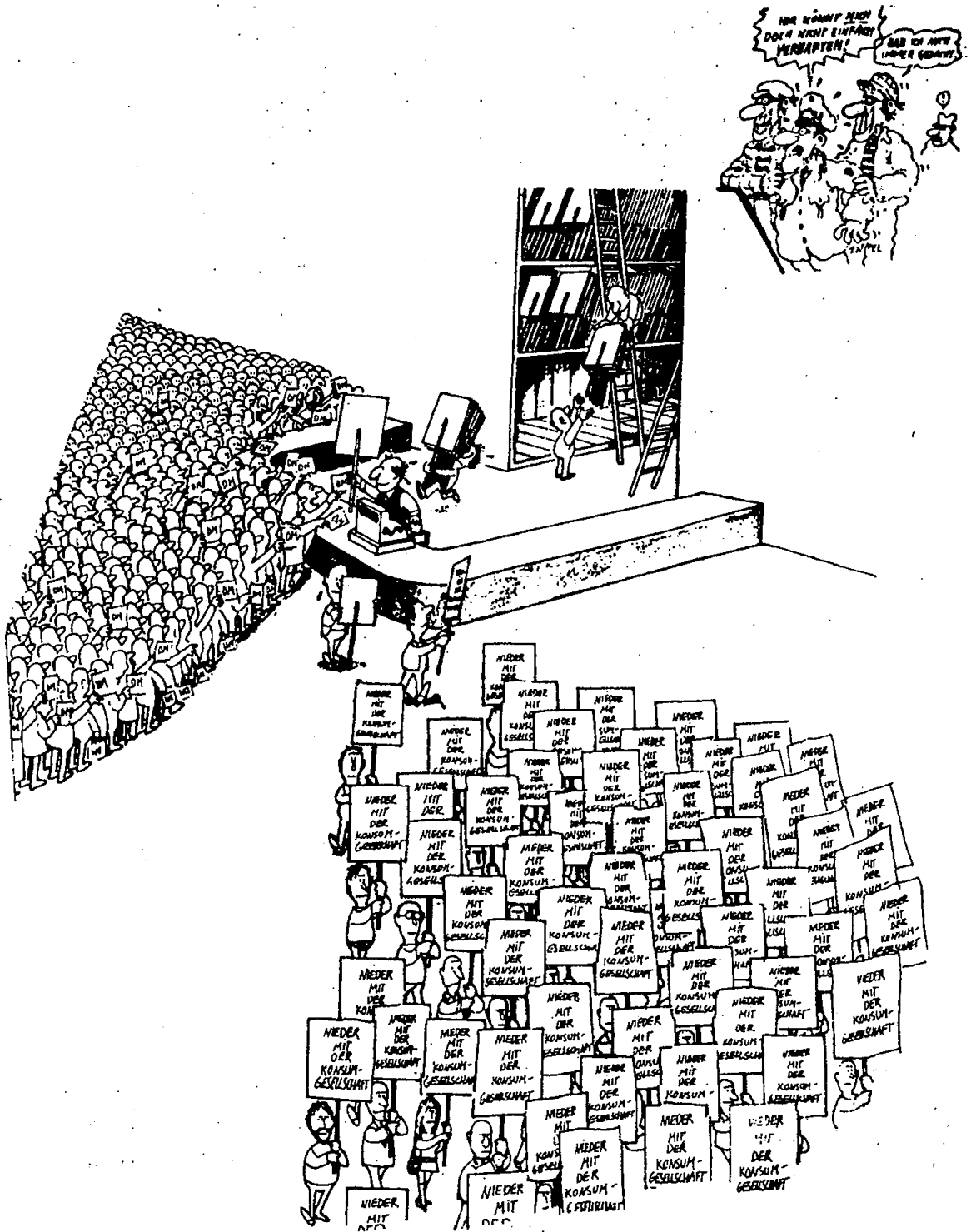
MUß DIE POLIZEI ERST ZUM FB KOMMEN?

N E I N ; Schon seit langem führen wir den Kampf gegen alle Formen politischer Unterdrückung (Verfassungsschutz, NHG, Plakatierungen am FB, etc.).

Dies alles bewies uns ständig auf's Neue die Notwendigkeit einer Satzung, d.h. die gesetzliche Anerkennung von Rechten der Studentenschaft auf Zusammenschluß (Koalitionsrechte!) mit politischem und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

Gerade heute zeigt sich die ENGE V E R B I N D U N G zwischen dem Zurückschlagen aller Angriffe auf elementare studentische Rechte und dem Kampf zur Durchsetzung dieser Rechte mittels der Satzung.

INDEM wir uns das Recht nehmen, zu allen politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, führen wir offensiv den Kampf um die Satzung. Einer der nächsten Schritte ist der Vorbereitung der Urabstimmung der Satzung am Fachbereich in der nächsten Woche. Zusammen mit den Astra-/östa-Vertretern von Fachbereich "K" und der PH/N beschlossen wir die Vorbereitung gemeinsamer Aktionen."



HRG & NHG

Hochschulrahmengesetz (HRG) und Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG)

(aus ES WS 77/78)

Sicher habt ihr schon mal was in der Zeitung vom HRG und NHG gelesen. Wenn, waren die Informationen sehr spärlich. Wir wollen Euch einen Einblick in die für unser Studium sehr wichtigen Gesetze geben.

Kurze knappe Geschichte

1962/63 wurde der Öffentlichkeit die Situation an den bundesdeutschen Hochschulen als "Bildungskatastrophe" verkauft.

Teile der Industrie brauchten mehr qualifizierte Hochschulabsolventen, die ihren Vorstellungen nach in relativ kurzer Zeit ihren Abschluß machen sollten (sogenanntes Regelstudium, höchstens 8 Semester für alle Studiengänge).

Die Studenten hingegen forderten, daß die hierarchisch und Universitätsautoritäre Struktur abgeschafft und dafür eine Selbstverwaltung an deren Stelle treten sollte.

Ab 1965 gingen die Studenten auf die Straße, um ihren berechtigten Forderungen Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen (sogenannte Studentenrevolte).

Nachdem in den 50er Jahren mit Billigung und Unterstützung der Bundesregierung Demonstrationen stattfanden (z.B. gegen die "SBZ" oder "DDR" - für die Brüder und Schwestern "drüben"), fanden nun Demonstrationen gegen die Politik der BRD statt (zB gegen die Unterstützung des Vietnamkrieges und Staatsbesuche von Faschisten wie der Schah von Persien). Das konnte die herrschende Klasse und ihr Staat natürlich nicht dulden und versuchten die Studenten und Hochschulen wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Dieses Bestreben der BRD soll gesetzlich durch das HRG abgesichert werden. Das HRG ist das erste Bundesgesetz das die Hochschulen betrifft. Bisher war die Regelung der Hochschulbelange Aufgabe der einzelnen Bundesländer (Kulturhoheit der Länder). Wegen der bis dahin im Grundgesetz (sogen. "freiheitlich demokratische Grundordnung") verankerten Länderhoheit mußte 1969 das Grundgesetz geändert werden, damit das länderübergreifende Hochschulgesetz nicht verfassungswidrig ist.

Wenn man den Hebeln der Macht sitzt, ist so eine Änderung wie man sieht, kein Problem, und im Dezember 1975 konnte gegen den Widerstand der Studenten das HRG verabschiedet werden. Gleichzeitig müssen in jedem Bundesland Länderhochschulgesetze (sogen. Vorschaltgesetze) erlassen werden, damit dann das HRG in dem entsprechenden Bundesland in Kraft treten kann. Dies muß laut HRG innerhalb von 3 Jahren geschehen.

Es folgen jetzt einige Paragraphen, die unser Studium besonders einschränken:

Im HRG § 10, Abs. 2ff wird die Regelstudienzeit festgelegt, d.h., es wird

festgelegt, wie schnell wir durch die Maschne der Ausbildung uns durchpauken müssen. Natürlich hat dieses auch Auswirkungen auf die Studien- und Prüfungsordnung (Lest unbedingt den Artikel über die Prüfungsordnung). Ein Studium, welches bereits nach 3 oder 4 Jahren zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führt, obwohl in den selben Studiengängen z.Zt. der Durchschnitt bei 10 bis 12 Semestern liegt, kann nur eingebettet sein in einem fest vorgegebenen, stumpfsinnigen Eilstudium, in dem kein Platz mehr ist für engagierte Studenten, die in Selbstverwaltungsorganen oder -gremien der Hochschule oder der Studentenschaft mitarbeiten, in dem kein Platz mehr ist für ein nach eigenen Vorstellungen aufgebautes wissenschaftliches und kritisches Studium. Ausgebildet werden "Fachidioten" die aus dem Kampf nach Bestnoten für das Abitur kommend in den Kampf mit der Zeit bis zum Studienabschluß geschickt werden, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die eigene Umwelt kritisch zu betrachten und die Konsequenzen aus dieser Betrachtung zu ziehen. Von dem unmöglich zu schaffenden Arbeitsaufwand soll hier gar nicht erst gesprochen werden. Die Einführung der Regelstudienzeit wird u.a. aus den eben angeführten Gründen die Quoten der vorzeitigen Studienabbrüche noch mehr in die Höhe schnellän lassen, nur noch die Elite im Kampf um Zensur, Seminaren und die finanziell abgesicherten Studenten werden dann diese Fabrik zum Studienabschluß erfolgreich durchlaufen können.

Im HRG § 22 bis § 25 wird die Drittmittelforschung behandelt, d.h. in der Praxis, ein Unternehmen gibt der Hochschule den Auftrag, die Lehrmittel und die nötige Kohle, um im Interesse des Auftraggebers (des Unternehmens) zu forschen. Es wird für Kriegswaffen, chemische Vernichtungsmittel und für den Bau von Atomkraftwerken in den Hochschulen geforscht.

Auf der einen Seite fällt der Industrie der Nutzen und der Profit in die Hand, auf der anderen Seite wird die Hochschule von den privaten Unternehmen politisch und wirtschaftlich abhängig.

Bei uns am Fachbereich bestand bzw. besteht diese Gefahr auch. Ein großes Touristikunternehmen (TUI = Touristik-Union-International), das in den Händen der Deutschen Bank AG und der Dresdner Bank AG ist, wollte mit Unterstützung einiger Dozenten einen Modellversuch starten, in dem TUI die Inhalte festgelegt hätte. Wir Sozialpädagogen sollten als "Unterhalter" auf Mallorca und anderen Ferienorten die Touristen beschäftigen.

Nach energischen Protesten und Widerstand der Studenten konnte dieses Projekt an unserem Fachbereich nicht verwirklicht werden.

Nach § 28 HRG kann ein Student bis zu 2 Jahre (!) von Studium zwangsbeurlaubt werden, d.h. er darf an keiner Uni in der BRD die nächsten 4 Sem. studieren. Gründe für die Zwangsbeurlaubung können u.a. sein: die Anwendung

von Gewalt, die Aufforderung dazu oder die Bedrohung damit. In der Praxis sieht das dann so aus, daß in Baden-Württemberg Studenten zwangsbeurlaubt (relegiert) wurden, die Flugblätter verteilten (!) oder daß die Polizei sogenannte "Störer" aus den Seminaren heraus verhaftete (!) weil sie dem Professor unangenehme Fragen gestellt hatten.

Im HRG § 41 wird die Verfasste Studentenschaft zur Kann-Bestimmung. Wenn die Verfasste Studentenschaft zugelassen wird, darf sie nur hochschulpolitische Belange vertreten und wird vom Kultusministerium kontrolliert und zensiert. D.h. die momentane Situation am Fachbereich mit der Vollversammlung als höchstes beschlußfassendes Organ der Studentenschaft, der ASTRA, der durch das imperative Mandat an Vollversammlungsbeschlüsse gebunden ist und nicht "frei nach seinem Gewissen" wie die Parlamentarier entscheiden kann, mit politischem Mandat (Stellungnahme zu gesellschaftlichen Ereignissen), mit Satzungshoheit (wir bestimmen selbst wie wir unsere Vertretungsorgane wählen) und Finanzhoheit (wir bestimmen selbst, was wir mit unserem Geld machen), kann jederzeit verboten werden.

D.h., die direkte Demokratie an unserem Fachbereich wird von unseren (un) abhängigen Volks(ver)tretern abgelehnt. Ein wahrhaft demokratischer "Rechts" Staat.

SATZUNG

Im SS 77 wurde an der Uni-Ochtersum die Satzung der FHS-Hildesheim/Holzminden/Göttingen nach langen Verhandlungen und Vorbereitungen urabgestimmt. Nun stellt sich die Frage, warum die Satzung für uns Studenten an der FHS so notwendig ist. Die Antwort auf diese Frage liegt in unserem Selbstverständnis, da wir uns als Verfasste Studentenschaft verstehen und unsere Grundlage in einer selbsterarbeiteten Satzung besteht. Die Selbsterarbeitung ist notwendig, da die VS Selbstverwaltung bedeutet und wir die Basis unserer Arbeit festlegen wollen. In unserer Hand muß die Entscheidung liegen, wie wir unsere Organe wählen, wie wir Beschlüsse fassen.

Diese Forderung ist notwendig, um unsere demokratischen Rechte als Studenten wahrnehmen zu können.

Die Regierung, die ruhige, brave Studenten lieber sieht als Studenten, die sich Gedanken machen, zu dem was sie betrifft und auch zu allgemeinen Fragen versucht uns in unseren Rechten einzuschränken (HRG). Um die FHS-Hildesheim/Holzminden nicht spalten zu können, wurde eine allgemeingültige Satzung für die Fachbereiche der FHS erarbeitet. Diese Satzung regelt die Situation der

selbstverwalteten Studentenschaft und legt die Aufgaben und Rechte fest. So z.B. die Rechtsstellung der VS, die Selbstverwaltung mit Finanzhoheit, das politische und imperative Mandat, außerdem legt die Satzung die Organe der selbstverwalteten Studentenschaft fest.

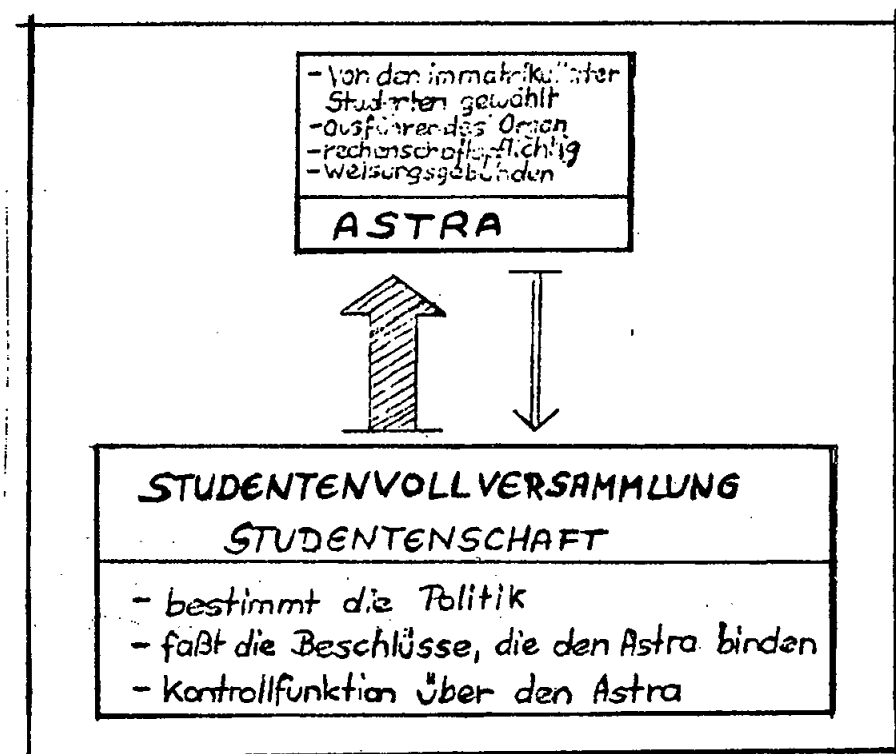
Das politische Mandat bedeutet, daß sich die Studentenschaft zu allgemeinpolitischen Fragen äußert, zu Aktionen aufruft und auch Veranstaltungen macht. Dieses ist insofern notwendig, um zu verhindern, daß die Studentenpolitik (ein Teil der allgemeinen Politik) zu einer reinen Standespolitik der Studenten wird.

Seit 1972 läuft die Aktion und Diskussion um eine allgemeine Satzung an der FHS. Hauptpunkte der Auseinandersetzung um die Satzung waren der Aufbau der VS mit seinen Organen, das imperative Mandat und das politische Mandat. Die Organe der Studentischen Selbstverwaltung sind:

- die Vollversammlung (VV)
- der Standortstudentenrat (Astra)
- die Gesamtvollversammlung (GesVV)
- der Gesamtstudentenrat (Asta)

Die Diskussion um diese Organe läßt sich erklären durch die zwei verschiedenen diskutierten Organisationstypen der VS.

Typ A: Im Sinne der direkten Demokratie bleibt die Beschluß- und Entscheidungsmöglichkeit bei den Studenten selbst, Durch das oberste beschlußfassende Organ, die Vollversammlung wird die Politik am Fachbereich bestimmt und seine Vertretungsorgane (Astra) gewählt. Der Astra (Standortstudentenrat) ist an die Vollversammlungsbeschlüsse gebunden (imperatives Mandat). Diese Organisationsform garantiert die direkte Demokratie der VS und zeigt den Willen der Mehrheit der Studenten. (dafür haben wir uns entschieden)



Typ B: Im Sinne der repräsentativen Demokratie wählt die Studentenschaft ein Studentenparlament. Das Studentenparlament wählt (in der Regel aus seiner Mitte) den Astra. Es soll kein imperatives Mandat zwischen VV und Astra bestehen, d.h. daß der Astra nach eigenem Gewissen und politischer Einstellung die Politik am FB bestimmt. (das lehnen wir ab)

Auf gleicher Grundlage verlief die Diskussion um die Gesamtvollversammlung und den Gesamtstudentenrat.

Die Diskussion um das "Für und Wider" des politischen Mandates, der Verfaßten Studentenschaft mit seinen Organen und des Imperativen Mandates (s.o.)

lief über viele Semester und wurde an jedem FB immer wieder diskutiert.

Die Meinungen um diese Punkte gingen an den FB weit auseinander, so daß lange Verhandlungen notwendig waren, um eine einheitliche Grundlage zu finden.

Im SS 77 wurden die letzten Änderungen der Satzung diskutiert und bis zum Anfang der Semesterferien an einigen Fachbereichen urabgestimmt.

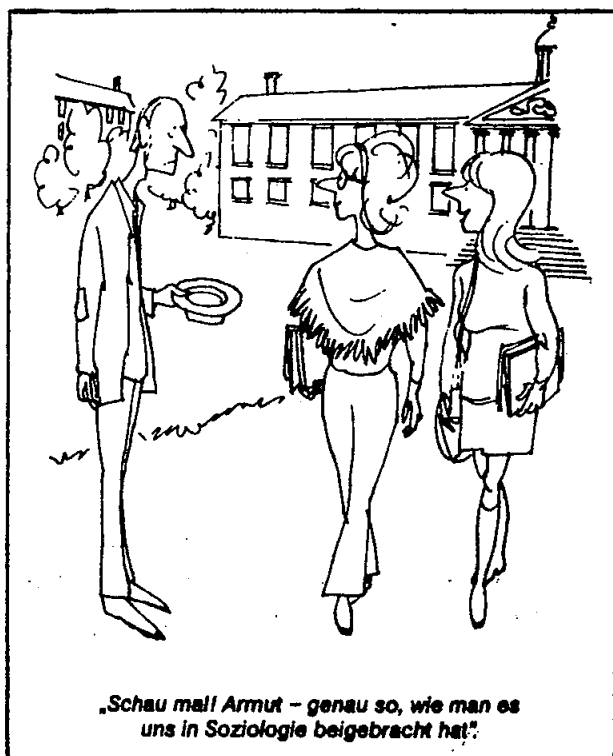
Auch am FB Soz.Päd. wurde nach Verzögerungen und endlosen Diskussionen die Satzung urabgestimmt.

Obwohl gegen Semesterende nur noch wenige Studenten am FB anwesend waren ist die Wahlbeteiligung und das Abstimmungsergebnis als positiv zu bewerten: Von 527 immatrikulierten Studenten gaben 321 (61%) ihre Stimmen ab.

263 49,9 % stimmten für

54 10,3 % stimmten gegen die Satzung. Nur 4 Stimmen waren ungültig."

Die Abstimmungen an den anderen FB waren auch positiv, so daß wir die Satzung beim Ministerium eingereicht haben. 6 Wochen danach erlangte sie für uns automatisch Gültigkeit, womit wir wieder unsere eigenen Forderungen in die Praxis umgesetzt haben!



Info 17 WS 77/78
Streiknachbereitung

STREIKLICHTER AUS NIEDERSACHSEN

Streiks waren schon seit geraumer Zeit die Lieblingsformen einiger hauptsächlich gewerkschaftsorientierten Studenten. Und ganz gewiß war jeder Streik ein voller Erfolg. Obwohl da auch immer die Frage auftauchte - für wen eigentlich? Auch Ende 77 kam es wieder zu Streiks im ganzen Bundesgebiet und Hildesheim, der Fachbereich fehlte nicht. Doch im Unterschied zu vielen derartigen Aktiönchen vorher, setzten sich dieses Mal einige Studenten sehr kritisch mit dem Gewesenen auseinander. Um diese Auseinandersetzung auch allen zugänglich zu machen und eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen, wurde ein Artikel im info 17, WS 77/78 veröffentlicht. Und der Artikel kann sicherlich für eine ganze Reihe von Streiks stehen.

Info 17 / WS 77/78



Streik - aus und vorbei?

" In der Urabstimmung für den "aktiven Streik"(Urabstimmungstext) vom 28.11. - 9.12. stimmten am Fachbereich von

562 immatrikulierten Studenten 100%
316 dafür 56,2%
84 dagegen 15%
15 ungültig 2,7%

Vollversammlungen:

Für 14 Tage Streik waren 4 VV's (!) angesetzt (Streik-info 1), davon ist eine abgesetzt worden, weil da eine Gesamt-VV, mit den anderen Fachbereichen und der PH-Hi, stattfand. Macht nur 3 VV's. - Wie sahen diese aus?



1. VV am Montag den 28.11.

Anwesend waren ca. 180 Kommilitonen

Beschlüsse: Streikplan verabschiedet. Die Gesamt-VV beschließt über eine Demonstration in Hildesheim. Brigitte und Martin werden beauftragt am Demo-Vorbereitungstreffen teilnehmen.

2. VV am Dienstag den 6.12. (schon über eine Woche Streik)

Anwesend ca. 60-70 Kommilitonen

Streitpunkt: Demo in Hildesheim oder Hannover. Entscheidung für Hannover. SHB/MSB wollen, daß der Fachbereich in Hannover ohne Imperatives Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie unter "einheitlichen Forderungen" marschiert. Dies wurde abgelehnt. Der FB Ochtersum marschiert unter den Forderungen, die die VV verabschiedet hat, also mit Imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie.

3. VV am Freitag den 9.12. zur Streikauswertung

Nicht beschlußfähig mit ca. 30 Kommilitonen (!!!)

Der Kommilitone von Architektur und Bauwesen aus Holz Minden hat berichtet, daß bei ihnen jeden Tag eine VV stattfindet, auf der mindestens 30% der immatrikulierten Studenten anwesend sein müssen, sonst wird der Streik abgebrochen (ist auch bei uns jederzeit möglich, da VV oberstes beschlußfassendes Organ).

Wenn man konsequent und realistisch wäre, hätte der Streik bei uns am Dienstag, dem 29.11., allerspätestens jedoch auf der 2.VV am 6.12. mit 70 Kommilitonen abgebrochen werden müssen.

Der SHB/MSB möchte natürlich keine VV's, damit seine Politik nicht kontrolliert wird und das Streikkomitee und der ASTRA abgehoben von den Ochtersumer Verhältnissen vor sich hinwurschteln können (mit den Massen).

Der Basisgruppenvertreter im ASTRA und Teile des Hammers im Streikkomitee, waren anscheinend nicht in der Lage (?) diesem Vorgehen von SHB/MSB entgegenzutreten.

Streikkomitee

Bei der VV am 23.11. wurden 15 Leute gewählt, die das Streikkomitee (SK) bilden sollten.

Dieses SK sollte die Aufgabe übernehmen, den Streikablauf zu gewährleisten, d.h. Veranstaltungen koordinieren und so weit wie nötig auch vorzubereiten, Kontakt zu den anderen Fachbereichen und Hochschulen halten, die Studentenschaft informieren und mobilisieren, die

Öffentlichkeit ansprechen u.ä.

Zu diesem Zweck waren seit dem 24.11. täglich Sitzungen angesetzt und zwar jeden Morgen um 8.00 Uhr; die Sitzungen waren öffentlich. Von diesen 12 Sitzungen haben die Hälfte nicht oder nur mit minimaler Beteiligung stattgefunden, mit der Tendenz, die den gesamten Streik wohl auch charakterisiert; am Anfang gut, am Ende nichts mehr.

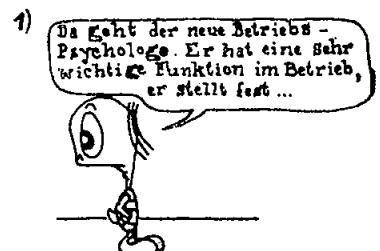
Vollzählig war des Streikkomitee nie, einige der Mitglieder waren so gut wie nie vertreten.

Das Angebot, daß das SK öffentlich tagt, wurde auch so gut wie nicht wahrgenommen.

Das SK war ungefähr gleich stark von der GO-Fraktion (Gewerkschaftliche Orientierung, SHB/MSB) und dem Hammer und anderen besetzt. Die Arbeitsatmosphäre war trotzdem zumindest bis zu dem Tag, an dem der Hammerfraktion deutlich wurde, daß sie in ihrem Bemühen, eine starke Demo in Hildesheim auf die Füße zu stellen, von SHB/MSB ausgetrickst worden ist, ganz gut.

Über die Arbeitsteilung kann man nichts mit Bestimmtheit sagen, d.h. einige Leute haben sich ganz schön in die SK-Arbeit hineingekniet, andere wisseb wohl nur selber, was sie gemacht haben. Die Schwierigkeit bei der Einschätzung zu diesem Punkt liegt allerdings darin, daß einige SK-Mitglieder auch noch durch die Veranstaltungen, deren Vorbereitung sie übernommen hatten, stark in Anspruch genommen waren. Andere übernahmen Funktionen, die sie auch während des Semesters haben (z.B. Wahrung des Informationsmonopols), und bei einigen gab es wohl auch vordringliche private Probleme, die man nicht beliebig für 2 Wochen ausschalten kann. Insgesamt führte das dazu, daß die anfallende Arbeit teilweise sehr spontan und individualistisch geleistet worden ist. Man muß dazu wohl auch noch bemerken, daß das SK in seiner Arbeit kaum von der restlichen Studentenschaft unterstützt worden ist.

Was das SK zustande gebracht hat, war erstmal, daß Wandzeitungen geschrieben worden sind, daß AG's initiiert worden sind, daß alle AG's am ersten Tag von SK-Mitgliedern besucht waren (trotzdem 2 nicht stattgefunden haben), daß 2 Infos herausgegeben worden sind (von den Hammer-Leuten), 2 Flugblätter für Öffentlichkeitsarbeit





(von SHB/MSB), und daß ihre Verteilung geklappt hat. Was nicht, oder nur teilweise geglückt ist, war die Studenten an den FB zu bringen (Antimensa, Musik), eine vorher beschlossene Aufforderung an die Dozenten herauszubringen, eine Gesamtinfo zu erstellen, die Streikveranstaltungen mit den anderen FB's und der PH vorzubereiten, eine Demo in Hildesheim auf die Füße zu stellen, Streikposten zu stellen, eine anständige Streikfete zu organisieren, die AT's zu fördern, die für einige Veranstaltungen nötigen Leute nach Hildesheim zu holen und die Öffentlichkeit anzusprechen.

Seminare

Wie uns aus halbamtlichen Quellen mitgeteilt wurde, haben während des Streiks (=Vorlesungsboykott) Seminare teilweise stattgefunden. So sollen viel SHBler zu ihren Gewerkschaftsseminaren gegangen sein, weil sonst die Kollegen aus dem Betrieb denken, sie seien unzuverlässig (siehe auch Verhalten auf der Gesamt-VV zur Solidaritätsadresse mit den Druckern).

FBVV

Mittwoch dem 30.11. fand eine FBVV (Fachbereichsvollversammlung) statt, die ca. von 70 bis 80 Leuten besucht wurde. Es wurde mal wieder über Prüfungsordnung geredet, und wie man am besten mit dem Ministerium verhandelt. Man beschloß es mit dem Landeskommissionentwurf (LaKo) zu versuchen, obgleich da wohl einige vergessen haben (?!), daß der LaKo-Entwurf mit dem Hinweis auf das HRG vom Ministerium abgelehnt worden ist. Schizophrenie?

Gesamt.-VV

In den Gesamt-VV's sind alle 8 Fachbereiche der Fachhochschule Hildesheim/Holzmanden und die PH-Hildesheim vertreten (ca. 3.000 immatrikulierte Studenten). Sie kann lediglich Empfehlungen geben. Es fiel uns auf, daß besonders die Kommilitonen von der PH sich gegen jegliche Beschlüsse der Gesamt-VV wendeten. Es waren 2 Gesamt-VV's angesetzt, von denen die 2. am 8.12. nicht stattfand. Macht eine Gesamt-VV. Diese fand am Donnerstag den 1.12. statt, wo ca. nur 200 Kommilitonen ! anwesend waren.

Der FB Produktgestaltung hat auf seiner Vollversammlung eine Solidaritätsadresse an die Drucker verabschiedet, die gerade im

im Tarifikampf stehen. Diese sollte auch auf der Gesamt-VV verabschiedet werden. Erste Reaktion der Gewerkschaftlich Orientierten (GO = SHB/MSB):

"Was soll das denn? Das bringt doch nichts!"

Als der Vertreter von P dann erzählte, daß die schon mit dem Betriebsratsvorsitzendem von Gerstenbrg gesprochen hätten und er diese Initiative begrüßte, wurden die GO'ler auf einmal sehr leise. Dann wollten sie die Forderung heraushaben, die nicht auf ihrer Parteilafne steht (vertragliche Regelung, der finanziellen Unterstützung der Studenten). Was ihnen auch gelang.

Der zweite Streitpunkt war wieder:

eine Demo in Hildesheim oder Hannover.

Wobei mal wieder herauskam, daß eine SHB-Vertreterin im ASIRA Soz. päd. den Aufruf für die Demo in Hannover mitunterzeichnete, wobei die Forderungen: Imperatives Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie, die bei uns am Fachbereich von der VV verabschiedet sind, merkwürdigerweise nicht vorkommen (wahrscheinlich hatte Brigitte das vergessen). Die VV wurde jedenfalls nicht von ihr informiert, auch nicht das SK, sondern es kam wohl mal wieder durch einen dummen Zufall heraus.

Arbeitsgruppen

Es wurden 11 Arbeitsgruppen am 1. Streiktag angeboten, von denen vier auf eine Veranstaltung hinarbeiteten.

HRG/NHG teach in

Hochschule und Terrorismus

Verfaßte Studentenschaft und pol.Mandat

Heimkampf

Die anderen Arbeitsgruppen waren:

Öffentlichkeitsarbeit

Abbau demokratischer Rechte

Studieninhalte

Bildungsseminare

Raumsituation

Prüfungsordnung und Studienordnung

Praktika und Projekte

3) Wenn sie nicht schneller wollen werden sie sofort entlassen, und wenn sie nicht schneller können...





noch:

Öffentlichkeitsarbeitsgruppe mit ca. 15 Leuten

Bafögarbeitsgruppe mit ca. 6 Leuten

Arbeitsgruppe für Studieninhalte mit ca. 8 Leuten

Praktika-/Projektbereichsgruppe mit ca. 6 Leuten

Diese AG's wollen auch noch nach Strelende weiterarbeiten, was sehr zu begrüßen ist.

Demonstration

Wie schon geschildert ist der SHB/MSB erfolgreich gegen eine Demo in Hildesheim eingetreten.

1. Nichtinformieren der VV am 28.11., daß eine Demo in Hannover stattfindet.
2. Obwohl die SHB'Astra-Vertreterin gegen "eine Demo in Hildesheim ist" (Unterstellung), läßt sie sich in die Demonstrationsvorbereitungsgruppe wählen (Begründung: "ich bin für eine erfolgreiche Demo").
3. Beschluß der VV, daß die Gesamt-VV über die Demo entscheidet, obwohl SHB/MSB genau wissen, daß die Gesamt-VV lediglich Empfehlungen aussprechen kann.
4. Auftrten auf der Gesamt-VV : die Gesamt-VV kann nicht darüber beschließen, da die PH dabei ist und wir (SHB/MSB) uns an die Satzung halten; Vertagung auf die nächste VV die 2 Tage vor der Demo stattfindet.
5. Erfolgreiche Abstimmung für die Demo in Hannover.
6. Unter den Forderungen des FB also mit imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie, entgegen dem Aufruf der KNS.

Wie wir hörten, waren auf der Demo in Hannover ca. 6000 Leute.

Einige "Radikale" schmissen Farbbeutel gegen den Landtag. Pfui, davon mußte man sich gleich distanzieren.

Dafür marschierte der FB unter der Fahne des MSB-Spartakus.

Frauengruppe

Dazu läßt sich nicht viel sagen, da 2 von 3 Veranstaltungen die die FB-Frauengruppe angeboten hatte nicht hochschulöffentlich(!), d.h. es bestand ein Teilnahmeverbot für Männer, waren. Vielleicht sind ein paar Frauen so gütig und informieren uns.

Öffentlichkeitsarbeit



- 2 kurze Notizen in der HAZ
- 1 Veranstaltungsplan im "Kehrwieder"
- 28.11. 5000 Flugblätter in Briefkästen gesteckt,
- 2.12. ca. 50 Leute auf dem "Hohen Weg", : Flugblätter verteilt, Musik gemacht, Tee gekocht.
- 6.12. von 3 Orten, Ochtersum
Bahnhof
Drispenstedt,
wo agitiert werden sollte, fanden Aktivitäten nur in Drispenstedt statt.

Veranstaltungen

- 28.11. - keine
- 29.11. - Thema Studentenbewegung ca. 30 Kommilitonen
 - Frauenfilm (auch für Männer!) ca. 60 Besucher
 - Thema Prüfungsordnung
 - NHG-teach-in ca. 50 Besucher
- 30.11. - Wallraff-Film ca. 130 Besucher
 - Anti-AKW-Film ca. 60 Besucher
- 1.12. - keine
- 2.12. - keine
- 5.12. - Sozialpädagogen im Beruf, ausgefallen wegen Nicht-Vorbereitung
 - Hochschule und Terrorismus, ca. 100 Besucher davon ca. 50 von FB Soz.päd,
 - CISNU ca. 300 Besucher
- 6.12. - Abbau demokratischer Rechte ca. 70 Besucher
- 7.12. - Film zur Verfaßten Studentenschaft, ca. 40 Besucher (siehe Artikel s.19)
 - Heimkampf ca. 70 Besucher
- 8.12. - Gewerkschaftsprojekt
 - Fete
- 9.12. - Thema: Albanien ca. 30 Besucher

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Beteidigung für einen "aktiven Streik" mäßig bis saumäßig war. Lediglich die CISNU-Veranstaltung und der Wallraff-Film waren gut besucht und sind positiv aufgenommen worden.

Perspektive

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß weder die Streikvorbereitung noch der eigentliche Streik Mobilisierungseffekt hatten. Dies ist auf das alljährliche Streikprogramm des VDS zurückzuführen. Auf abgehobenen VDS' MV's werden von Funktionären willkürlich Streiktermine mit irgendwelchen gerade aktuellen Forderungen gesetzt, die dann von einzelnen Hochschulen, Fachbereichen etc. nur noch aktualisiert und ausgefüllt werden sollen(dürfen). Wenn aber Unruhe in der Basis entsteht, (BWB) wird diese Bewegung gespalten, isoliert und als Sektierertum bezeichnet, nur weil eine solche Bewegung die bürgerliche Organisationsstruktur der VDS in Frage stellt und nicht um Unterstützung bittet, sondern diese fordert. In der Vorbereitungszeit wurde von allen Hochschulgruppen der Uni-Ochtersum das Argument der bundesweiten Streikes vorgebracht, ohne zu hinterfragen, ob die Ziele des Streikes auch von der Studentenschaft getragen und aktiv verfochten werden. Eine sehr fragwürdige Position bezogen hierbei die Basisgruppe und Teile des "Hammers", als sie aus opportunistischen Gründen von ihrer ursprünglichen Position abrückte und den aufgesetzten Streik ab 28.11. unterstützten. Perspektive war: Streik um jeden Preis, daß das dialektische Verhältnis von Form und Inhalt nicht berücksichtigt.

Hierbei wurde die irrije Meinung vertreten, daß Streik das schärfste Kampfmittel der Studenten ist. Dies ist einerseits idealistisch andererseits demoralisierend, da wir ausgehend von unserer Stellung zum Produktionsmittelbereich keinen ökonomischen Druck ausüben können (wir schaffen keine ökonomische Krise, auch wenn wir ein Semester streiken). Ferner, was machen wir, wenn das schärfste Kampfmittel mittlerweile stumpf geworden ist und keine Spuren weder im Gesicht von Pestel noch der Bourgeoisie hinterläßt? Was bringt ein bundesweiter Streik der Uni-Ochtersum, wenn die Be-



teildung eine Tendenz von 150 auf 30 Streikende aufweist (zeitweise strahlte der FB durch gähnende Leere). Es gehört eine gehörige Portion Verblendung dazu, diesen Streik als Erfolg zu werten. Erfolg kann es für diejenigen sein, denen sowieso daran liegt, jede Bewegung für parteipolitische Ziele zu nutzen und andersorientierte Empörung zu isolieren, und zu bekämpfen. Für diese Leute ist es sicherlich ein Erfolg, wenn 500 Kommilitonen nicht zur letzten Streik-VV erschienen.

Insgesamt war der Streik in unseren Augen unnötig, um die Veranstaltungen, AG's, Öffentlichkeitsarbeit usw. durchzuführen. Der gelaufene Streik ist bei uns über den Stellenwert von schlecht besuchten Veranstaltungen nicht hinausgekommen. Es waren von der Umsetzung des Begriffes nicht einmal "Aktionstage"! Es ist eine politisch nicht zu legitimierende Perspektive, lediglich 2 mal im Semester Flugblätter auf dem Hohen Weg zu verteilen, statt dessen muß Öffentlichkeitsarbeit permanent ablaufen (s.u.).

Eine Weiterführung des Lehrbetriebes hätte auch die Wissenskonflikte des SHB/MSB vermieden, den Streik durch Weiterführung ihrer Gewerkschaftsseminare zu boykottieren. In Bezug auf Gesamsta und Gesamtinfo und gemeinsamer politischer Perspektive sind im Streik keine entscheidenden Impulse gegeben worden. Eine wichtige Rolle spielt hierbei der SHB-ASTRA. So stand z.B. schon vor dem Streik fest, daß unserer ASTRA für eine Demo in Hannover mitverantwortlich zeichnet. Dies wurde allerdings den Studenten zu keiner Zeit bekanntgegeben. Trotzdem ließ sich Brigitte Pothmer von der VV zur Vorbereitung einer Demo in Hildesheim bestätigen, obwohl sie zu keiner Zeit diese Aktion unterstützen wollte.

Als ein Kommilitone sie bei der Gesamt-VV darauf ansprach, antwortete sie, daß der ASTRA auf einer politischen Plattform gewählt wurde. Für sie bedeutet dies sicherlich, daß dies den ASTRA von jeder Informationspflicht entbindet. Stellvertretend für die gesamte SHB-Fraktion versuchte sie, die Studentenschaft in Ochtersum zum Objekt ihrer bürgerlich verlogenen Politik zu degradieren. Es ist aber sicherlich zu einfach, das Scheitern des Streiks an der Perspektive des MSB/SHB oder anderer Kaderleichen festzumachen. Hierbei spielten noch andere Fakten eine wichtige Rolle.

1. die Zahl der Studenten, die nicht aus dem Produktionsbereich kommen, steigt ständig. War die Zahl der Kommilitonen die über den 2. Bildungsweg zur FHS mit einem politischem Bewußtsein kamen, früher höher, so steigt heute ständig die Zahl derer, die direkt von der Schule kommen. Die Situation an Gymnasien



und FOS ist gekennzeichnet durch Leistungsdruck und verstärkte politische Unterdrückung. Dies bewirkt eine erhöhte kritiklose Anpassung an das bestehende System. Somit ist es auch erklärlich, daß die bürgerlich orientierten Hochschulgruppen in den letzten Semestern einen verstärkten Zulauf bekamen, während sich bei vielen eine neurotische Angst vor links der GO-Linie stehenden Gruppierungen breitmachte.

2. Der politische Druck, das Klima der Unterdrückung, hat keinen nennenswerten Widerstand an den Hochschulen geschaffen, sondern durch die verbreitete Angst werden Anpassungstendenzen verstärkt. Dies macht sich auch dadurch bemerkbar, daß die Grenzen des eigenen Handelns sich innerhalb der durch den Staat festgesetzten Grenzen bewegen. Wir denken an das Abstimmungsergebnis, als ein Kommilitone den Antrag stellte, das Flugblatt des "18. Oktober" nachzudrucken.

Lediglich 1 Mädel und 5 Jungs stimmten für den Antrag.

3. Ein Fehler, der schwer ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß bei vielen die Fähigkeit fehlt, Perspektiven mit anderen Kommilitonen zu erarbeiten. Dies ist z.T. auf die Unwissenheit aber auch auf dogmatisches Vorgehen der verschiedenen Hochschulgruppen zurückzuführen, die die Kommilitonen nicht als Subjekte des Handelns annehmen, sondern zu Objekten ihrer Richtung machen. Neben den Kaderleichen SHB/MSB und Basisgruppe ist auch der "Hammer" gemeint, der es auf seine Fahne geschrieben hat, eine Politik zu machen (nicht zu lehren!), die möglichst vielen offen ist!!! Dieser Anspruch ist bisher nicht umgesetzt worden, führte somit zu einer forcierten Objektbehandlung der Kommilitonen, und damit zu einer weiteren Isolierung vieler.

Hier ist zu fragen, ob nicht einige Kommilitonen in den Hochschulgruppen "aktiv" sind, um andere "passiv" zu halten und banal ausgedrückt "rumwachsen"!!

Es wäre unbefriedigend, den Streik und deren Hintergründe zu kritisieren, ohne zu versuchen, eine andere Perspektive darzulegen.

Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Streik aus; sondern gehen davon aus, daß Streik an sich im Hochschulsektor kein schärfstes Kampfmittel ist. Dies kann er nur dann sein, wenn er gefüllt ist mit konkreten Aktionen. Es wird aber nur dann möglich, wenn die Ziele



möglichst breit so verankert sind, daß auch das Bewußtsein vorherrscht für diese Ziele einzutreten, und zwar auf einer anderen Ebene als nur per Abstimmung auf VV's oder an der Wahlurne!!! Dies war nämlich im letzten Streik der Fall. Es ist notwendig, die Ziele, die wir uns gesetzt haben, in einer anderen Form in die Studentenschaft zu tragen. Diese Ziele ob es nun HRG, NHG, PO, Verfaßte Studentenschaft usw. betrifft, dürfen nicht einfach durch VV's durchgepeitscht werden und Flugblätterbombardements erscheinen. Hiermit besteht keine Chance, den Informationsrückstand aufzufangen und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. Wenn diese Ziele abgesteckt sind, kann man nach Bündnispartnern Ausschau halten und nicht umgekehrt.

Unsere Studentischen Forderungen können nicht durch einzelne Kampfschritte (Streik, danach Ruhe!), sondern nur durch die mittlerweile viel zitierte und mancherorts belächelte (von wem?) "permanente Unruhe" erreicht werden. Diese "Permanente Unruhe" würde einen qualifizierten Sprung in der Bewegung nach sich ziehen, die bisher auf sporadische Alibi-Streiks reduziert war. Permanente Unruhe bedeutet für uns: laufende Veranstaltungen am FB, d.h., daß zu aktuellen Themen nicht nur die herkömmliche Seminarinformation läuft, sondern daß gerade während der Seminarzeit Veranstaltungen sind und durch Medieneinsatz wie Video-Filme usw. Leute informiert werden.

- das bedeutet für uns, Kritik an den bürgerlichen Wissenschaften zu praktizieren und nicht zu predigen, d.h. daß jeder in seinen Seminaren Kritik am Seminarinhalt übt und es anderen Kommilitonen solidarisch ermöglicht, Hintergründe der bürgerlichen Wissenschaft zu erkennen und inhaltlich zu hinterfragen.
- kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, d.h., wir müssen die Situation an den Hochschulen in allen Stadtteilen publik machen und die Öffentlichkeit nicht nur informieren, sondern diese auch in unsere Aktionen mit einbeziehen. Hierzu schlagen wir vor, an festen Punkten Informationen über Stelltafeln, Wandzeitungen usw. zu vermitteln. Hier müssen die Projekte in den jeweiligen Stadtteilen wesentlich stärker in Erscheinung treten. Um die Öffentlichkeitsarbeit besser und hochschulöffentlich vorzubereiten, fordern wir die Einbringung eines Seminars "Öffentlichkeitsarbeit", (wie an der FHS-Braunschweig).
- "Öffentlichkeitsarbeit" (wie an der FHS-Braunschweig) in das offizielle Lehrprogramm.

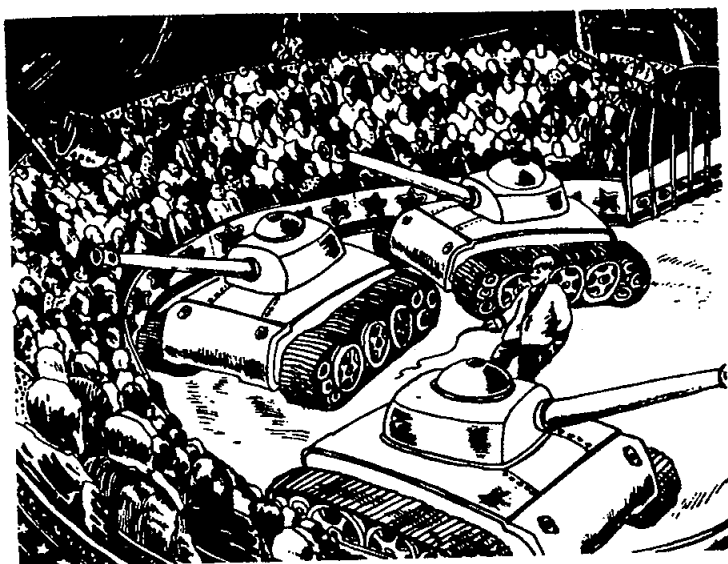
- Empörung in Demos, Besetzungen und andere Aktionsformen umzusetzen , d.h. , daß die Studentenschaft sich über die durch den Staat festgesetzten Handlungsspielräume hinwegsetzen muß, um über die herkömmlichen Schweigemärsche hinaus neue Aktionsformen gemeinsam zu entwickeln.

Wir fordern alle auf, über diesen Artikel zu diskutieren und neue Wege der Befreiung und neue Formen des Zusammenschlusses zu praktizieren. Dies ist nur möglich, wenn unsere Politik durchschaubar, kritisierbar und veränderbar gestaltet wird!!!!

Heinrich

Fuchs

Ulli "



Im Vorfeld zu den ASTRA - Wahlen

Im Vorfeld zu den Wahlen im Frühjahr 1978 kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen der verschiedensten politischen Gruppierungen. Nachdem die sogenannte "GO-Liste" (gewerkschaftsorientiert) erstmalig die Mehrheit im ASTRA hatte, setzte nun herbe Kritik an deren Verhalten ein. Das Redaktionskollektiv des Info wirft ihnen denn auch vor:

"permanente Verletzung des Imperativen Mandats, unnötige Geldausgaben, sozialdemokratische Scheingefechte gegen (mit) den (dem) Staat, abgehobene, nicht kontrollierbare Politik, Abbau der VV als oberstes beschlußfassendes Organ der VS, Propagierung von uneffektiven Streiks usw. ., usw.,..." (Info 18, WS 77/78)

Weiter heißt es zu der neu erstellten Wahlplattform der "GO-Liste" und zu der neu gebildeten "Sozialistischen Liste":

"In der diesjährigen Wahl pl a t t form fiel uns besonders auf:

- 1.) Äußerungen zum Imperativem Mandat wurden "vergessen" (?). Durch die Negierung des I.M. soll die Einführung eines Stupa (Studentenparlament) vorbereitet werden.(s.u.)
- 2.) Der MSB schlägt eine "AG-Öffentlichkeitsarbeit" vor. Ist dies auf seinem eigenen Mist gewachsen? Nein!!! (siehe Streikauswertung im letzten INFO!)
- 3.) Es soll eine neue Satzung kommen, um die "undemokratische" Weisungsgebundenheit des Astras aufzuheben und die "uneffektiven" VV's durch eine "kontinuierliche" Mitarbeit im Stupa zu entlasten.(Diese beabsichtigte Degradierung der Studenten zur Ja - Sager - Funktion werden wir nicht hinnehmen.
- 4.) Bezüglich PO werden keine klaren Positionen bezogen.(siehe S.7)
- 5.) Das INFO-RK soll nun endlich nach 4-semesterigen Anlauf abgeschlossen werden.
- 6.) Die GÖler distanzieren sich mal wieder von der Ultra-Linken
- 7.) Es wird vieles über "grundgesetzfeindliche" Berufsverbote geschrieben, über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD gar nichts vergessen?? Wohl kaum!!

Wir wollen an dieser Stelle die GO-Plattform nicht unnötig strapazieren und empfehlen jedem einzelnen diese Lektüre nach seinem Gutdünken zu verwenden...!

Diese Liste können wir in keinem Fall unterstützen.

Wenn aber nicht die GOler, dann SLer? Stellt diese Liste eine Alternative dar?

Sie setzt sich zusammen aus 2 (eventuell Ex?)-Hammer- Mitgliedern und 1 Unorganisiertem.

Bemerkenswert in Wahlplattform ist:

- 1.) Es wird einmal wieder die Kritik bürgerlicher Wissenschaft zitiert (Seite 6)
- 2.) Bezüglich der PO tritt die SL für die gesetzliche Anerkennung der Organe der Verf. Stud. in allen Prüfungsangelegenheiten ein (Einspruchsrecht)
- 3.) Sie fordern die gesetzliche Anerkennung der Verf. Stud. mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.
- 4.) In Sachen Bafög fordern sie die vertragliche Regelung. Es bleibt aber abzuwarten, ob in der SL die alte KBW- Position durchdringt und das Hauptaugenmerk des studentischen Kampfes auf materielle Forderungen reduziert wird, wodurch alles andere in den Hintergrund gedrängt wird!?

Es ist klar, daß von sich neu konstituierten Gruppe keine detaillierten Angaben über die Ausrichtung des studentischen Kampfes gemacht werden können, dies ist auch angesichts des Anspruchs an die Wahlplattform kaum möglich. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Gruppe über die banalen Sprüche (z.B. Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft hinaus eine Perspektive entwickeln kann. Die SL ist eine speziell zur ASTRA-Wahl zusammengeflückte Gruppe. Es ist nicht abzusehen, ob diese Truppe eine wirkliche Alternative ist. Da aber keine andere Liste aushängt, würde die Ablehnung dieser Gruppe und/oder der Aufruf zum Ungültig-Wählen die Mehrheit der GO'ler im ASTRA nach sich ziehen. Was dies bedeuten würde, ist in der GO-Wahlplattform nachzulesen!"

BILDUNG VON STUDENTISCHEN ARBEITSGRUPPEN

Im Winter 77/78 wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, in denen sich einige Studenten mit den Studienbedingungen beschäftigten. Eine notwendige und wichtige Arbeit wurde angefangen, die leider im Laufe der nächsten Jahre wieder sehr zurückging und heute an einem bisher nicht dagewesenem Nullpunkt angelangt ist. Damals gab es vor allem zwei Arbeitsgruppen:



"Nicht nur im Streik aktiv

AG - Projekte - Praktika

Die AG hat sich zur Aufgabe gemacht, die derzeitige Situation der Praktika und Projekte am FB zu analysieren und Alternativen hierzu zu erarbeiten.

In der Diskussion beschränkten wir uns hauptsächlich auf die beiden 4-wöchigen Informationspraktika im Grundstudium. Die Info-Praktika sollten u.a. leisten:

- Institutionen und spätere Arbeitsfelder kennenzulernen u.
- den Studenten die Möglichkeit zugeben, eigene Fähigkeiten zu erproben.

Dies ist jedoch im Verlauf eines 4-Wochen- Praktikums fast unmöglich, sowohl von der Vorbereitung der Studenten, als auch seitens der Institutionen, die in Praktikanten oft nur billige Arbeitskräfte sehen. Hier zeigte sich auch die Unzufriedenheit der Kommilitonen (mangelnde Vor- und Nachbereitung, Isolation im Praktikum, mangelnde, oder keine Anleitung, nur billige Arbeitskraft, etc.). Eine Alternative zu den Praktika ist die Mitarbeit in Projekten. Vorteile sind:

- Die Möglichkeit exemplarischen Lernens an einem Arbeitsfeld
- Alternative zum praxislosen Lehrbetrieb
- Herstellen eines Zusammenhangs von Theorie und Praxis
- Abbau von Vereinsamung u. Individualismus
- Solidarisches Handeln, Kommunikation, Organisation
- Lernende u. Lehrende in "kooperativer Gemeinschaft" etc."



und die "AG Studieninhalte"

(beide Zitate aus info 18 WS 77/78)

"Ziele sind z.B.:

Planung und Verbesserung einer demokratischen Sozialpädagogenausbildung

Erarbeitung von Alternativvorschlägen zum jetzigen Studienangebot und Verbesserungsvorschläge zum Vorlesungsverzeichnis

Bisher haben wir uns mit den Erwartungen unserer späteren Anstellungsträger und den sich daraus ergebenden Forderungen fürs Studium auf der Basis des Papiers der kommunalen Spitzenverbände vom 14.9.76

beschäftigt. Weiterhin haben wir eigene Praktika- und Berufserfahrungen ausgetauscht. 2 Berufspraktikantinnen berichteten über ihre Situation als Berufspraktikanten in Hannoverschen Jugendzentren und über ihre Erfahrungen beim Übergang vom Studium in praktische Arbeit (Praxisschock).

Im Zusammenarbeit mit der AG Praktika/Projekte wollen wir versuchen Vorschläge für eine mehr projektorientierte Ausbildung zu erarbeiten."

Auch in der FBK gibt es Bestrebungen sich Neues einfallen zu lassen. Doch denkt man da nicht an Verbesserung der Studienbedingungen, sondern schien sich zu überlegen, wie man den Studenten am Besten einige Knäpkel zwischen die Beine werfen konnte.

In der FBK am 21.12.77 ging das folgermaßen vonstatten.

(info 18)

Gremien, FBK, Gremien

FBK vom 21.12.77

"Zum ersten Mal seit Bestehen des Fachbereichs wurde die Erstsemesterbetreuung (für WS 77/78) nicht als Orientierungspraktikum anerkannt!!! (gegen die Stimmen der Studenten und eines Dozenten)

Begründung: Es hat keine 'ordentliche' Vor- und Nachbereitung durch Dozenten stattgefunden und war dadurch nicht "wissenschaftlich".

Anmerkung: Es machen momentan jedes Semester ca. 250 Studenten ein Orientierungspraktikum, die von 2 (!) Dozenten betreut werden (sollen) "Ordentliche" Vor- und Nachbereitung???

Für das SS 78 besteht, durch das Angebot eines Dozenten, wieder die Möglichkeit die Erstsemesterbetreuung als Orientierungspraktikum anerkannt zu bekommen.

Vom Studienordnungsausschuß wurde ein Antrag gestellt, daß es ab dem SS 78 für Erstsemester Pflicht-Nahpflichtfächer gibt.

Jeder Dozent versuchte dann sein Fach so gut wie möglich zu verkaufen (meins ist wichtiger).

Da alles sehr chaotisch ablief, wurde der Antrag dann zurückgezogen. Ein ähnlicher Antrag von Michael Rothsuh aber blieb bestehen. Die studentischen FBK-Mitglieder forderten dann eine Auszeit, um sich zur



Beratung zurückzuziehen. Diese Auszeit sollten sie auch bekommen, allerdings erst nachdem über den Antrag abgestimmt wurde. Daraufhin verließen die stud. Mitglieder die FBK, die dann wegen beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte!!!

ANZEIGE

'UNS MICHAEL'

Nach schwerer Geburt wurde Michael Rothschuh-Wanner und sein Spezi Helmut fast "EINSTIMMIG" zur neuen Führung unserer erlauchten Hochschule gewählt !

Nur einer (das große Raten kann beginnen) hat es gewagt, sich der Stimme zu enthalten !!

Für das richtige Erraten gibt es besondere Überraschungspreise !!!

Abstimmungsergebnis :

Rothschuh-Wanner 12 ja / 1 Enthaltung / 0 nein

H. Kommer 12 ja / 0 Enthaltung / 0 nein

Nach diesen Ereignissen kann man nur sagen, auf zum fröhlichen Jagen !!!!"



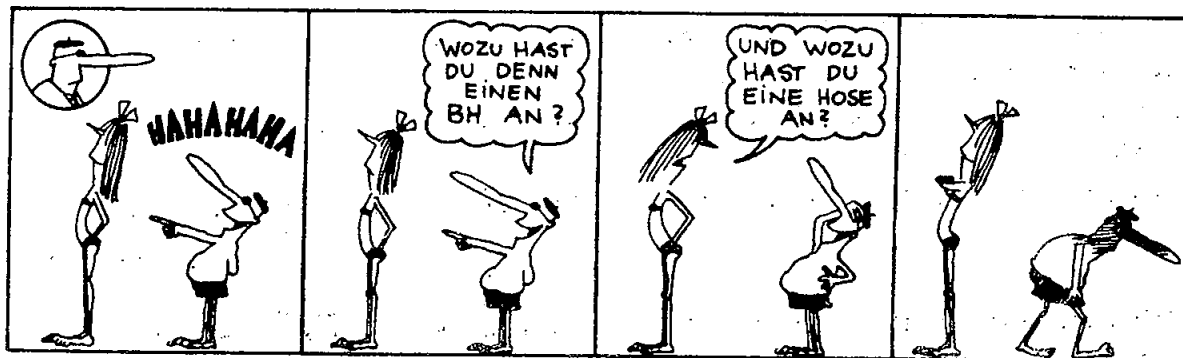
Und auch im Sport kam die Fachhochschule zu ungeahnten Ehren: Unser Fachbereich wurde Hildesheimer Wheinachtswasserballmeister!!!

Einziger Gegner war die PH, der aber so vor unseren Recken graute, daß nur ein einziger von der Ph kam. -

Wir danken unseren TAPFEREN Recken, die die Fahne der Fachhochschule siegreich vorwärts führten. -

Die Mannschaftsaufstellung war:

Roland, Dieter und Fuchs



ANTI - AKW - KAMPF



Hierzu einen ausführlichen Bericht zu schreiben würde den Rahmen sprengen, deshalb nur kurz ein paar Stichworte

Im WS 76/77 fanden die beiden bundesweiten Demos, wo zur Bauplatzbesetzung in Brokdorf aufgerufen wurde, statt. Viele Kommilitonen fuhren dorthin und engagierten sich in der Hildesheimer BI gegen AKWs. (Flugblätter, Wandzeitungen, Veranstaltungen, Artikel im Info usw.)

Für die Brokdorf III Demo (19.2.77) verweigerte die SHB-Fraktion die Herausgabe des ASTRA Megaphons und rief als Minderheit zur staatstreuen Spaltdemo in Itzehoe auf.

Im SS77, nach der Grohnde-Demo, wo der als unüberwindbar geltende Zaun auf breiter Front fiel und die Polizei die AKW-Gegner auf den Rückzug hinterwärts überfiel, wurde das Kühlturmgelände besetzt.

Viele Kommilitonen unterstützen diese Aktion (u.a. fuhr eine Erstsemestiergruppe dorthin).

Auch im Lauf der nächsten Jahre spielten der Anti-AKW-Kampf eine wichtige Rolle: Kriminalisierung durch die Grohnde Prozesse (78) nur als Stichwort. Zu dem Thema wollen wir noch einen Bekennerbrief der in Info Nr. 22 (4.7.) erschien, abdrucken.

Zu dem Artikel über die Aktionswoche gegen das AKW Esenshamm gibt es noch einen Nachtrag, den wir als Dokument abdrucken:

"Erklärung der Gruppe, die versucht hat, den Mast "umzulegen"

Heute, in der Nacht von Montag, dem 5.6.78 auf Dienstag den 6.6.78 haben wir versucht, einen Masten der NWK umzulegen, der direkt an das Umspannungswerk des AKW Esenshamm angeschlossen ist. Wir hoffen, daß uns das geglückt ist. Wir würden niemals eine radioaktive Verseuchung der Bevölkerung und der Umwelt riskieren, indem wir das AKW Esenshamm direkt beschädigen. Wir haben viel geübt und gerechnet und mußten es jetzt an dem genannten Objekt ausprobieren. Diese Aktion ist Ausdruck unserer Erfahrungen, daß wir auf unsere eigenen Kräfte vertrauen und unsere Forderungen selber durchsetzen müssen. Diese Ausschöpfung aller legalen Formen des Widerstandes und die Entwicklung verdeckter und militanter Widerstandsformen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille - nämlich Kampf gegen Atomanlagen. Das eine ersetzt nicht das andere. Deshalb organisiert Euch in kleinen Gruppen, die entschlossen und in der Lage sind, illegale Aktionen durchzuführen, ohne den legalen Rahmen der Auseinandersetzungen aus der Praxis auszuschließen. - Ernten wir gemeinsam die Früchte revolutionärer Blüten. Gruppe: So manches fällt aus der Reihe".

Wir fordern: . Sofortige Veröffentlichung des Katastrophenplanes

- das AKW Esenshamm darf nie in Betrieb gehen
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren
- Freilassung von Karl Winter (einer der Grohnde Angeklagten)"

TERROR UND TERRORISMUS

In SS 77 wurde Herr Buback erschossen, worauf in der Göttinger Uni-Zeitung ein Nachruf auf ihn erschien.

Dies wurde zum Anlaß genommen eine Pressehetze zu entfachen. Der "Buback-Nachruf" soll angeblich den Mord an demselben billigen. Dazu werden einzelne Zitate aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen,

Viele andere Studenten solidarisiert sich gegen diesen Angriff auf den Göttinger ASTA und es wird bundesweit - vor allem von Basisgruppen - der "Buback-Nachruf" in voller Länge zur Dokumentation abgedruckt - auch bei uns am FB.

Schon am 10. August 77 fällte das Amtsgericht in Düsseldorf ein Urteil zum Nachdruck des Göttinger "Buback-Nachrufes", das zum Ergebnis hatte, daß die Herausgabe "nicht strafbar ist und darum auch keine strafbaren Inhalte enthalten sind". (GN-Dokumentation)

Trotzdem reichen die Folgen bis heute, so ist z.B. in diesem Zusammenhang der hannoversche Professor Brückner immer noch vom Dienst suspendiert.

Dann wurde Herr Ponto erschossen und schließlich Herr Schleyer, der auch im 3. Reich schon sehr aktiv war, entführt und erschossen.

Es war der berüchtigte "Deutsche Herbst" wo ein Gesetz angewendet wurde bevor es verabschiedet war (Kontaktsperregesetz).

Am 18.10.77 kamen in Stuttgart Stammheim die seit Jahren inhaftierten Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin ums Leben. Irmgard Möller überlebte schwerverletzt. Die Ereignisse überschlugen sich. Staatliche Stellen redeten sofort von Selbstmord und in Hildesheim geschahen zwei Sachen.

Am FB tauchte ein Flugblatt der Gruppe 18. Oktober auf, daß wir hier aus dokumentarischen Gründen noch einmal abdrucken, genauso wie den daraufhin erschienenen Artikel in der HAZ vom 28.10.77 und Kehrwörter 6.11.77.

Am 18.10.77 sind die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin gestorben. Irmgard Möller ist lebensgefährlich verletzt. Die Meldung des Stuttgarter Innenministeriums sagen dazu aus, daß Andreas Baader mit einer Pistole "Heckler und Koch" Kal. 7.65, Jan Carl Raspe mit einer Pistole gleichen Fabrikats vom Kaliber 9mm erschossen wurden, Gudrun Ensslin habe sich am Fensterkreuz erhängt, Irmgard Möller soll sich mit einem Brotmesser die Halsschlagader aufgeschlitzt haben.

Seit mehreren Wochen leben die Gefangenen der bewaffneten Linken in totaler Isolation, nachträglich durch das Kontaktsperregesetz legalisiert. Sie können keine Anwaltsbesuche empfangen, erhalten

keine Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen sind ihnen weggenommen worden. Ständige Überwachung und Zellendurchsuchungen haben sie schon vorher über sich ergehen lassen müssen. Unter diesen Bedingungen sind folgende Darstellungen des Innenministeriums mindestens unwahrscheinlich:

1. daß 2 Gefangene zwei Waffen beschaffen können,
2. daß die Gefangenen akustisch (durchs Fenster) über die neuesten Entwicklungen informiert sein sollten, die Wärter aber Schüsse nicht hörten.
3. Schon nach dem Tod von Ulrike Meinhof wurde bekannt, daß in den Gefängniszellen keine Fensterkreuze sind.

Mindestens diese drei auffälligsten Punkte legen die Vermutung nahe, daß die Gefangenen nicht selbst Hand an sich legten.

Nachdem die Vernichtungsstrategie, die unter anderem unter dem Stichwort "Zwangsernährung" öffentlich wurde, Schleyer-Klau und Flugzeugentführung nicht verhindert hat, ist der Angriff des Staat mit dem Mord von Stammheim offensichtlich in die Endlösungsphase eingetreten. Diese Phase läutet eine neue Qualität des Angriffes gegen die gesamte Linke, den "trockenzulegenden Sumpf" ein.

Bezeichnend ist, daß die ersten Polizeiaktionen zu Schleyer in Berlin gegen Buchläden, Drucker und Verleger geführt wurden. Da hilft kein Distanzieren und Anbiedern, Schleyer wird für sämtliche Verfolgungen der nächsten Zeit herhalten müssen.

Die physische Liquidierung der Gefangenen soll zur Einschüchterung der gesamten Linken führen, zur Isolation der Kerne des Widerstands und diesedann anschließend zu kriminalisieren und zu vernichten. Es ist ein tragischer Irrtum zu glauben, daß der Staat die Taktik der Stadtguerilla hier und heute für wirklich gefährlich hält und mit der Vernichtungsstrategie vor dem nichtmilitanten Teil der Linken haltmacht. Die BRD braucht für ihre imperialistischen Ziele Friedhofsruhe im eigenen Land. Sie ist dabei, diese Ruhe herzustellen.

"Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen:

ich war ja kein Kommunist!

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen:

ich war ja kein Sozialdemokrat!

Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert:

ich war kein Katholik!

Als sie mich hielten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

(Martin Niemöller)

Man darf Solidarität nicht mit politischer Strategie verwechseln. Solidarität ist unteilbar. Wer heute nicht gegen das Kontaktsperre-

gesetz kämpft, kann morgen schon selber in totaler Isolation ein sitzen. Wer heute nicht die Informationen rausschreit, wird morgen genauso schonungslos diskriminiert werden. Wer sich heute nicht gegen den staatlichen Terror wehrt, wird morgen der nächste sein. Die gesamte Linke steht auf der Abschußliste. Unsere einzige Chance liegt in der einheitlichen, gemeinsamen Abwehr des staatlichen Angriffs.

ZIEHT DIE MÖRDER VON ANDREAS, JAN CARL UND GUDRUN ZUR VERANTWORTUNG!

SOLIDARITÄT MIT ALLEN POLITISCHEN GEFANGENEN!
KAMPF DEN TERRORGESETZEN UND MASSNAHMEN!

(Gruppe 18. Oktober)"

Terroristen an der Fachhochschule?

Die Hildesheimer Staatsanwaltschaft ermittelt im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden gegen die noch unbekannteren Verbreiter von Flugblättern, die offenbar aus der "Terroristen-Szene" stammen.

Der Selbstmordversuch, bzw. die Selbstmorde von Stammheim werden in diesem Pamphlet als Mörder bezeichnet und es wird darauf hingewiesen, dass diese Mörder zu verurteilen sind. Abwehr des Naziterrorismus.

Die Staatsanwaltschaft Hildesheim stellt den Strafbestand der üblen Nachrede und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole fest.

Die Unterzeichner dieser Publikation, eine „Gruppe 18. Oktober“ gehören zum engen Sympathisantenkreis der Roten Armee Fraktion (RAF), was von staatlichen Stellen bestätigt wurde. Auch im Zusammenhang mit der Entführung des holländischen Geschäftsmannes Caransa bezeichnete sich eine Bewegung 18. Oktober verantwortlich.

Am 18. Oktober hatten die Stammheimer Häftlinge, Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord verübt.

In der Fachbereichsleitung des Fachbereiches Sozialpädagogik kennt man jene Gruppe nicht. Es wird hier angenom-

men, daß es nur das großsprecherische Etikett einzelner sei. Von Seiten der Fachbereichsleitung wurde mit Nachdruck betont, daß es widersinnig sei, alle künftigen Sozialpädagogen mit Terroristen in einen Topf zu werfen.

kehrwieder 6.11.77

HAZ

28.10.77

Staatsanwalt ermittelt im Fachbereich Sozialpädagogik

Flugblätter bezeichnen staatliche Stellen als Mörder

In der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden, Fachbereich Sozialpädagogik, sind Schriftstücke verbreitet worden, deren Inhalt den Strafbestand der üblen Nachrede und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole erfüllt. Deshalb ermittelt seit gestern die Staatsanwaltschaft gegen Studierende des Fachbereichs. Das bestätigte der Leitende-Oberstaatsanwalt Dr. Joachim Schulz auf Anfrage.

Unter der Überschrift „Todesstrafe vollstreckt“ behauptet eine „Gruppe 18. Oktober“ in einem Flugblatt, das bis einschließlich Mittwoch öffentlich im Fachbereich Sozialpädagogik in Ochtersum ausgelegt hat: staatliche Einrichtungen hätten die Stammheimer Häftlinge Baader, Ensslin und Raspe ermordet. Wörtlich heißt es in dem Schriftstück:

„Nachdem die Vernichtungsstrategie, die unter anderem unter dem Stichwort Zwangsernährung öffentlich wurde, Schleyer-Klau und Flugzeugentführung nicht verhindert hat, ist der Angriff des Staates mit dem Mord von Stammheim offensichtlich in die Endlösungsphase eingetreten. Diese Phase läutet eine neue Qualität des Angriffs gegen die gesamte Linke ein.“

Weiter: „Die physische Liquidierung der Gefangenen soll zur Einschüchterung der gesamten Linken führen, um

diese dann zu kriminalisieren und anschließend zu liquidieren.“ Es sei tragisch zu glauben, daß der Staat „vor dem nicht militanten Teil der Linken haltmacht“.

Das Pamphlet endet mit dem Aufruf: „Die gesamte Linke steht auf der Abschußliste. Unsere einzige Chance liegt in der einheitlichen gemeinsamen Abwehr des staatlichen Angriffs. Zieht die Mörder von Andreas, Gudrun und Jan-Carl zur Verantwortung...“

Ein Sprecher des Wissenschaftsministeriums in Hannover erklärte dazu gestern auf Anfrage, solche „abscheulichen Schriften“ seien auch an der Technischen Universität Hannover und in Braunschweig aufgetaucht, die erforderlichen Maßnahmen seien eingeleitet.

Die unterzeichnende „Gruppe 18. Oktober“ gehört nach Angaben des Ministeriums zu den „publizistischen Sympathisanten um die RAF“. Polizei

und Staatsanwaltschaft ermittelten bereits.

Der Sprecher des Ministeriums betonte weiterhin, die Rektoren der Hochschulen, die das Hausrecht in ihren Einrichtungen ausüben, seien verpflichtet, solche Schriften zu konfiszieren und eine weitere Verbreitung zu verhindern.

Wenn die Hochschuleinrichtungen, wie bei der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden an acht verschiedenen Stellen untergebracht sind und vom Rektor nicht ständig überwacht werden könnten, sei es „selbstverständlich auch Aufgabe des Fachbereichsleiters oder jedes anderen Dozenten“, solche Schriftstücke zu entfernen.

Rektorin Gisela Keuntje betonte dazu gegenüber der HAZ: Selbstverständlich müsse mit allen Mitteln verhindert werden, daß solche Produkte in der Fachhochschule ausgelegt und verbreitet werden. Ihr sei es jedoch nicht möglich, die verschiedenen Einrichtungen, von denen sich eine sogar in Holzminden befinde, ständig zu überwachen.

Die Rektorin der Fachhochschule äußerte die Überzeugung, daß sich nur ein „verschwindend geringer Prozentsatz von Studierenden des Fachbereichs Sozialpädagogik“ mit den Meinungen einverstanden erklären könnte, die in diesem Flugblatt verbreitet werden.

Diese Gruppe bereite der Hochschule seit langem erheblichen Ärger. Fachbereichsleiter Professor Michael Rotschuh: „Die Blätter kommen von einer Gruppe, die im Fachbereich nicht bekannt ist.“

Er habe die Schriftstücke bereits am Mittwochnachmittag - wenige Stunden nachdem sie von einem HAZ-Redaktionsmitglied zufällig gefunden wurden, konfisziert.

Das andere Ereignis war ein Artikel gegen eine Wohngemeinschaft in Salzgitter-Bleckenstedt. Am 23. Oktober 77 erschien im Kehrwieder unter der Überschrift "gefährliches Terroristennest vor den Toren unserer Stadt?" "Kommune Bleckenstedt verbreitet Schrecken" "Terroristin Vera Becker zu Besuch!" "BM-Anwalt Croissant Stargast!" Ein Artikel, der sich auf "besorgte Informanten" und "Kenner der unheimlichen Szenerie" beruft. Die Behörden sollten "endlich aufräumen", obwohl die Kripo auf Anfrage des Kehrwieders zugeben mußte, daß keine strafbare Handlung von Mitgliedern der WG vorliegt. So muß man dann auch schreiben, daß die WG-Mitglieder in einschlägig bekannte Kneipen "huschen" und zum Schluß schreiben:

"Ob Verbindungen bestehen oder nicht: Im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer wurde angeblich auch ein Auto mit Salzgitter-Kennzeichen fotografiert. Die Kommune Bleckenstedt gehört zur Stadt Salzgitter."

Aufgrund dieses Artikels trafen sich viele WG's in Hildesheim und versuchten eine Kampagne gegen den Kehrwieder und das Jagdfieber auf alles, was anders als "normal" war, zu starten. Es kam zu 2 Demonstrationen und das Thema beherrschte noch Wochen Hildesheim. Wir drucken hier noch einmal die Presseerklärung vom 25.10.77 des Vereins zur Förderung von Kultur und Kommunikation e.V. ab.

Presseerklärung vom 25.10.77

"Terror auf dem Lande!

"Kommune verbreitet Angst und Schrecken", "Gefährliches Terroristennest in den Mauern unserer Stadt"? Mit dieser Schlagzeile eines sogenannten Sonntagsanzeigers (kostenlos an jeden Haushalt, 153000 Auflage) wurde zur offenen Menschenjagd in Salzgitter geblasen. Die Behörden sollten hier "endlich aufräumen", "... Croissant hält in der Kommune Schulbuben ab", "... Terroristin Becker kommt zu Besuch...", usw.. Es gipfelt in der Vermutung, daß wir den Schleyer mitentführt haben.

Schlagartig entwickelte sich unsere Wohngemeinschaft zu einem Sonntagsausflugziel. Wir wurden zeitweise wie die Affen im Zoo bestaunt. Anhand von Informationsstellwänden versuchten wir mit den Leuten in ein Gespräch zu kommen.

Die Wohngemeinschaft war bereits lange vorher ein Gesprächsthema der örtlichen Bevölkerung. Seit der Schleyer-Entführung wurde von der politischen Polizei zur wöchentlichen Hausdurchsuchung geblasen. Bei den letzten beiden Hausdurchsuchungen wurden jeweils

Leute zur erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommen. Die Nachbarn wurden aufgefordert, Türen und Fenster zu schließen, "da es gefährlich werden könnte".

ANGST SOLL SICH BREIT MACHEN !

Parallel zur Kriminalisierung der Wohngemeinschaft laufen auch die Aktionen gegen das "WILDE HUHN" auf vollen Touren.

Erstmalig wurde in der Nacht zum Donnerstag, dem 20.10.77 zwischen 0.30 - 2.00 Uhr das Vereinsheim des "Vereins zur Förderung von Kultur und Kommunikation" ohne Hausdurchsuchungsbefehl und ohne Anwesenheit von Vereinsmitgliedern von ca. 10 Polizisten, zumeist zivil, durchsucht. Vor der Tür stehende Mitglieder wurde der Zutritt verwehrt, mit der Begründung, sie seien nicht im Vorstand und somit auch nicht verantwortlich. Ein Grund für die Durchsuchung wurde nicht genannt.

Ein zweites Mal wurde das Vereinslokal "WILDES HUHN" am Vormittag des 20.10. von 4 Polizeibeamten, 2 Vertretern der Stadtverwaltung, einem Feuerwehrmann und einigen Männern der städtischen Reinigungsabfuhr durchsucht. Ein Vorstandsmitglied war anwesend. Abgesehen von der eingetretenen Eingangstür hält sich der Sachschaden in Grenzen. Hingegen waren sämtliche Plakate, Broschüren, schriftliche Unterlagen und Aufzeichnungen zerstört oder beschlagnahmt. Zu den beschlagnahmten Gegenständen gehörten Plakate zu Chile, Atomkraftwerken, Streiks u.a. .

An Broschüren wurde folgendes beschlagnahmt: ca. 50 Infos des "WILDEN HUHN", 8 Exemplare der Braunschweider Sponti-Zeitung "Guten Morgen", Iran Reporte, Atomexpress und sonstiges.

Bei der zweiten Untersuchung wurde das Lokal von innen und außen fotografiert und drei Fensterläden aus Holz, auf denen Parolen zu politischen Gefangenen u.ä. beschrieben waren, mitgenommen. Zwei Vorstandsmitglieder wurden vorläufig festgenommen und ED behandelt. Ein Mitglied befand sich ca. 4 Stunden auf dem Revier. Der Vorwurf lautete auf Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung". Die Stimmung auf der Wache war teilweise von wüsten Beschimpfungen und Drohungen bestimmt. Für einige Stunden war das "WILDE HUHN" versiegelt.

Was ist das WILDE HUHN eigentlich?

Das Huhn ist das einzige öffentliche und selbstverwaltete Zentrum in Salzgitter, in dem linke Politik unzensuriert angeboten, diskutiert und verbreitet wird. Es begreift sich als Alternative zu den gängigen Diskotheken und Jugendzentren, in denen das Alkohol-Drogen- und Musikprogramm fast ausschließlich dem privaten Kommerzinteresse

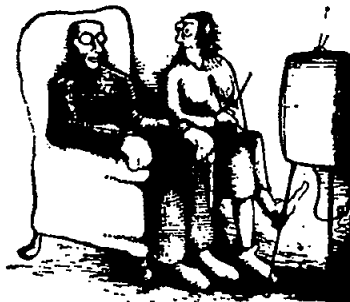
der Eigentümer dienlich ist.

Im Schußfeld der Presse und der Polizei befinden sich in Salzburg all jene, die dem "WILDEN HUHN" nahe stehen und bei nicht gesellschaftskonformes Verhalten vermutet wird, die Kritik an bestehenden Verhältnissen üben und auch bemüht waren, ein differenziertes Bild über die Politik der Stadtguerilla zu vermitteln. Seit Schleyer werden im Rahmen der Terroristenhatz all diejenigen verhaftet, verfolgt und denunziert, die nicht in das "Kopf ab" Gebrüll gegen die Guerilla mit einstimmen.

Daß die Aktion des Staates zur Schließung des "WILDEN HUHN"s und zur Kriminalisierung seiner Mitglieder erst ein Anfang (und bestimmt nicht die Spitze) in der Liquidierung jedweder relevanten Opposition gegen ein System ist, das menschliches Leben zum Objekt von Egoismus, Eigentum, Karriere, Konsum und Manipulation verkommen läßt sei besonders denjenigen gesagt, die da meinen, es ginge sie alles nichts an.

Außerdem entfernte Herr Rothschuh einen anonymen Aushang, "der eine unzulässige Polemik im Zusammenhang mit der Terroristenfrage enthielt." (FBK 26.10.77) - Überschrift war: "Kehrwieder auf Menschenjagd" -

"Jetzt, wo sie die Terroristen geschlappt haben, wird die Inflation wohl bald aufhören oder?"



Sprengung der FBK durch Dozenten

FB unterstützt keine "anarchistische Brutstätte"

Seit dem 16.6.76 war der Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation anerkanntes Projekt im Bereich der Freizeitgestaltung (Antrag Below).

Jetzt schickte der Regierungspräsident der FBL einen Brief über die dortigen Aktivitäten, woraufhin die FBK am 26.10.77 feststellte, daß im Verein "kein Projekt des Fachbereichs besteht und dort nicht mehr die Möglichkeit besteht, ein Praktikum zu machen."

Als dann im Auftrag der VV eine Presseerklärung verlesen werden soll, wird der Antrag auf Nichtbefassung gestellt, der ganz knapp mit 6 / 5 / 0 Stimmen abgelehnt wird. "Daraufhin verlassen Meyer und Rothschuh die FBK, so daß die FBK aufgelöst werden muß."



Im Laufe des Jahres 1978 geschehen noch so manche Dinge. Doch der nächste Hammer kommt per Schreiben am 13.9.78 von besagtem Herrn Leugner, dem Rektor.

Darin wird unter Verweis auf das NHG und die "Verordnung..." vom 21.8. die Beitragspflicht festgestellt und unter Androhung der Exmatrikulation für den Fall der Nichtzahlung bis zu der Rückmeldung für dieses Semester die Beitragshöhe für die FH/ Standort Hildesheim mit 12.- DM festgesetzt. In Pestels Verordnung wird die Fälligkeit mit spätestens 1.11. angegeben.

Bei der 1. Info-VV dieses Semesters am 11.10. stimmten dann die anwesenden über 200 Studenten unseres FB einmütig (bei einer Enthaltung) für den Beitragsboykott, auch die am gleichen Tag stattfindende FEK wurde ein gleichgerichtes Votum abgegeben. Es bildete sich eine Initiativgruppe die weitere Aktionen koordinieren soll. Ihre jeweiligen Treffs werden durch Aushänge und im ASTRA rechtzeitig bekanntgegeben.

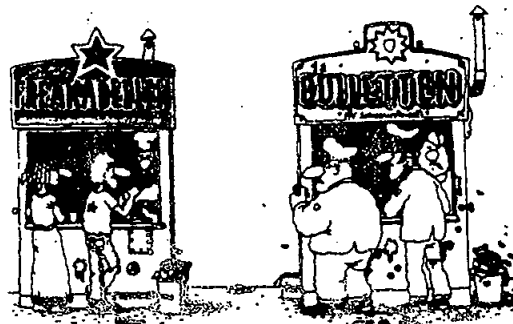
Die vorläufig durchgeführte Unterschriftenaktion ergab bis jetzt schon über 300 Unterschriften gegen die Zwangsbeiträge.

Weiter wurden Informationen an die HAZ (veröffentlicht 20.10.), den 'Kehrwieder' und den NDR verschickt, um die Öffentlichkeit zu unterrichten. Weitere aktuelle Meldungen, wie über die FB-übergreifende Unterstützung, werden durch die Aktionsgruppe veröffentlicht. Öffentlichkeitsarbeit, über deren Form noch nicht beschlossen wurde (aber vielleicht einmal mehr als nur am Hohen Weg), ist geplant. Für den Fall, daß wir einen Mahnbrief bekommen sollten, ist es geplant, alle Schreiben zu sammeln und in einem Protestmarsch Rektor Leugner zu überreichen.

Zur Abklärung der rechtlichen Situation hat der ASTRA Kontakt zu einem Rechtsanwalt aufgenommen.

Bis jetzt sind diese Zwangsbeiträge erfreulicherweise nur von sehr wenigen Studenten bezahlt worden: An unserem FB haben von ca. 560 sich bis jetzt nur ca. 10 - 15 Leute einschüchtern lassen, bei P haben von ca. 120 Studenten von 100 gezahlt, bei K von 120 waren es 20, bei A+B 100 von 600, an die Studenten von A+B /Holzminden wurde keine Beitragsforderung gestellt, in Göttingen ist die Studentenwerkssituation eine andere. Somit haben von den betroffenen FH-Studenten bis jetzt über 90% nicht gezahlt!!! "

info WS 78/79



Und die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses haben durch die letzten Prüfungen wieder Material bekommen, das sie nun veröffentlichen.

"Zensurenabschlußkonferenz" info 23 vom 25.10. 78

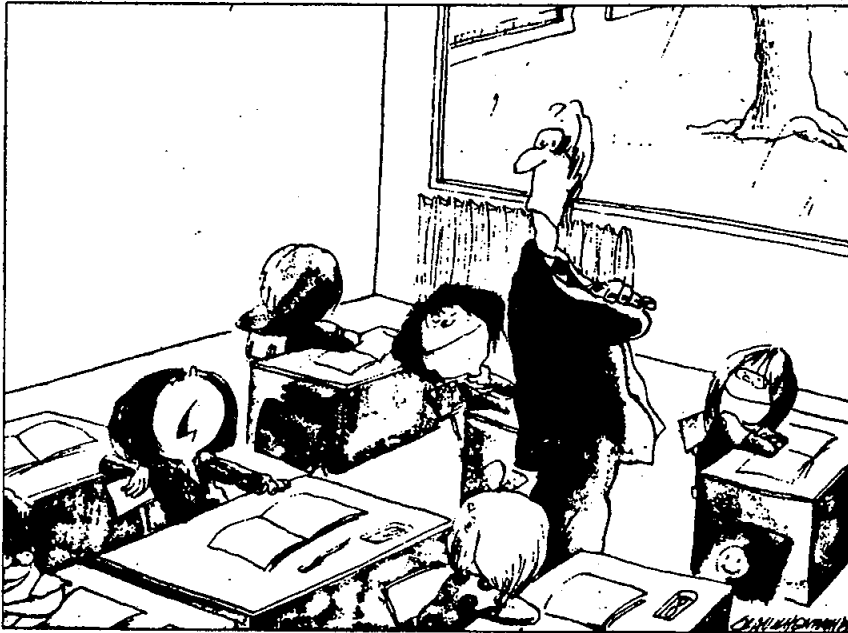
(Auszüge)

"Den Antrag ihres Ministers für Wissenschaft und Kunst, die Studenten mit Hilfe von Noten auszulesen und miteinander konkurrieren zu lassen, erfüllen unsere Dozenten pflichtgemäß, auch wenn sie bei der Begründung ihrer Noten häufig Schwierigkeiten haben oder sogar einander widersprechen. So meinte Frau Rosi Meyer z.B. nach einer Prüfung beurteilen zu können, daß ein Student nicht in der Lage sei, "vernünftige Arbeit in der Praxis" zu leisten. Herr Klaus Below dagegen begründete seine Note demselben Prüfling zwei Tage später, mit der Fähigkeit, seine praktische Arbeit auch theoretisch analysieren und begründen zu können.

Ebenso rücksichtslos ist das Verhalten von Dozenten zu werten, die den Prüflingen die Vorbereitungszeit verweigern. So Herr Unterberger und Herr Wilken.

In diesem Punkt zeigte sich allerdings, daß sowohl Dozenten wie Studenten unter den Prüfungsbedingungen leiden:

es war nicht geheizt und deshalb arschkalt!!!"



„Anstatt sich so aufzuspielen, sollten Sie froh sein, daß Sie überhaupt einen Job haben!“

M.R.W. MACHT LEERE VERSPRECHUNGEN

Auf der FEK vom II.I.78 kam es zu einem fast gewohnten Schauspiel, eine dieser kleinen Aufführungen, die das Leben so heiter und beschwingt aussehen lassen. Dozent Rothschuh wollte einen neuen Posten haben, doch es kam alles ganz anders:

"Michael Rothschuh -Wanner entgegen seiner Aussage als Fachbereichsleiter immer noch nicht zurückzutreten"

Michael Rothschuh - Wanner hatte uns schriftlich "angedroht" als FB-Leiter zurückzutreten, bzw. als FBK- Mitglied, dessen Vorsitzender ja der FB-Leiter ist.

Leider scheinen sich die Dozenten nicht einmal an ihre schriftlichen Äußerungen zu halten. Michael ist jedenfalls bis heute nicht zurückgetreten. Anscheinend haben die FEK-Beschlüsse, Geschäftsordnungen und schriftliche Äußerungen für einen Teil der Dozenten genauso einen Wert, wie die Wahlkampfreden für die Politiker. "

"Anhand der FEK-Protokolle ereignete sich folgender Sachverhalt:
17. FEK vom II.I

(In Abführungsstrichen Zitate aus dem FEK-Protokoll)

Michael Rothschuh will für die Studienreformkommission kandidieren. 'Die Nominierung muß bis zum 13.I. erfolgen'. 'Und heute ist schon der II.I.' Die Studenten erklären, daß sie die Studienreformkommission für ein Instrument des NHG ansehen und deshalb gegen jegliche Mitarbeit sowohl von Dozenten wie auch von Studenten sind.

Ergebnis der Abstimmung : 8 : 5 : 0

Die Studenten machen von ihrem relativem Vetorecht Gebrauch. 'D. h. , die Abstimmung wird auf die nächste FEK verschoben.' Als Konsequenz davon verliest M.Rothschuh eine Erklärung.

Aus der Erklärung:

'3. Wenn durch das studentische Veto - bei gegebener Mehrheit der FBK für die Entsendung - die Entsendung jetzt nicht zustande kommt, besteht die Gefahr, daß es niemanden gibt, der von Niedersachsen insgesamt benannt ist, so daß Niedersachsen nicht in der Kommission vertreten ist.'

4. Ein Fachbereichsleiter muß die Position seines Fachbereichs einschätzen können, Wenn ich in diesem Falle also einer Fehleinschätzung unterlegen bin, fñllt es mir schwer, den Fachbereich in Zukunft gegenüber anderen Fachbereichen zu vertreten.

Ein Verzicht durch den Fachbereich auf eine mögliche Mitarbeit in der Kommission würde nicht meinen Grundvorstellungen von einer Politik des Fachbereichs entsprechen.

Aus diesen Gründen stehe ich bei einem Inkrafttreten des Vetos nicht als Kandidat für die FBK 78/79 zur Verfügung.'

Nach dem Verlesen dieser Erklärung gibt es eine Wiederholung der Abstimmung.

Ergebnis: "8 : 5 : 1 (stud. Veto)"

Damit wurde laut Protokoll das stud. Veto wieder eingelegt. -

Michael Roths Schuh -Wanner ließ sich inzwischen wieder als FB-Leiter wählen und ist Mitglied der FBK, bzw. Vorsitzender. -

Wie ernsthaft werden von manchen Erklärungen abgegeben???

Ernst drohen und dann noch nicht einmal die Drohung einlösen!!!

Schade - aber man kann sich wohl auf das Wort von manchen Dozenten eben nicht verlassen.

- R K - "

Jules Feiffer

Das andere Geschlecht

ALS KIND SIEHT MAN IN DEN MÄDCHEN HASSWERTES WESEN.



ALS TEENAGER SIEHT MAN IN DEN MÄDCHEN WESEN, ÜBER DIE MAN SEINEN FREUNDEN LUGEN ERZÄHLT.



ALS JUNGER MANN SIEHT MAN IN DEN MÄDCHEN WESEN, MIT DENEN MAN SPIELT UND DIE MAN SCHNELL WIEDER VERLÄSST.



ALS ERWACHSENER MANN SIEHT MAN IN DEN MÄDCHEN WESEN, DIE FÜR DIE KARRIERE NÜTZLICH SIND.



ALS MANN MITTLEREN ALTERS SIEHT MAN IN DEN MÄDCHEN WESEN, DIE MAN VERGESSEN MÖCHTE, ABER NICHT KANN...



... WEIL MAN ZU ROMANTISCH IST.



ENTWICKLUNG PO MAI 78 - JAN. 79

Die Studentenschaft hatte die Verhandlungen, im Gegensatz zu unseren Po-Spezialisten Rothschuh und Valiaparampil, die des öfteren scharf kritisiert wurden, langsam aber sich satt. Im Juni 78 spitzte sich die Situation wieder zu. (Zitat Info 7.6.78):

"Der treibende Wind kam aus dem Wimi, das fast täglich Ergüsse von neuen Verordnungen, Erlässen, Reglementierungen und PO-Entwürfen über unseren FB schüttet. Diesmal kam ein Angebot:

Der Fb könne sich entscheiden

- die neue seit Jahren in den Geburtswehen krampfende PO ab WS 77/78 zu übernehmen oder
 - die jetzigen Prüfungsbedingungen beizubehalten und in 2 Jahren eine neue vom Wimi im Rahmen des NHG zusammengewürfelte PO vorgesetzt zu bekommen.
- Die Studenten waren sich ausnahmsweise einig und quer durch die Fraktionen waren sie für das Beibehalten der jetzigen Prüfungspraxis."

Für die neue PO war aber Experte Michael, der sich auf der FEK nicht durchsetzen konnte, die mehrheitlich beschließt keine neue PO zu beantragen.

Über nicht ganz geklärte Hintergründe beschließt das Ministerium entgegen ihrem eigenem Angebot und dem FBK-Beschluß mitten in den Semesterferien die neue PO die zum WS 78/79 in Kraft treten soll! Die VV, der ASTRA und die Erstsemester beschließen konkrete Maßnahmen gegen die PO, was versucht wird mit Seminararbeit, Unterschriftenlisten, Öffentlichkeitsarbeit usw. durchzusetzen. Im Info von 28.II.78 gibt es einen Bericht über eine der ereignisreichsten FEK den wir den Lesern nicht vorenthalten wollen:

"Im Anschluß an die VV fand wohl eine der ereignisreichsten FEK's in der Geschichte des FB statt. Sie begann mit dem Zusammenbruch aller Hoffnungen auf eine baldige und reibungslose Umsetzung der neuen PO, da ihr jegliche organisatorische, inhaltliche, verwaltungstechnische... Grundlage fehlt. Der studentische Antrag auf Aussetzung wurde zugunsten des Antrags von E. Prachtel zurückgezogen. Der Antrag auf einstweilige Verfügung vor dem Verwaltungsgericht wurde mit 5:5:4 abgelehnt.

Der Gipfel der FEK waren der Rücktritt der FEL(s.u.) und des PA (mit Ausnahme von E. Albrecht).

MICHAEL "ROADSHOW" - WANNER'S NEUESTER COUP SPRENGT DIE FEK-SPIELBANK

Wie wir alle wissen sollten, ist Michael Roadshow einer der eifrigsten Verfechter der neuen PO.

In der FEK am 8.II. stellte E. Prachtel einen Antrag, der fordert, daß die neue PO solange ausgesetzt und nach der alten PO verfahren wird, bis einige Bedingungen (u.a. Bestzung der Planstellen) von Ministerium erfüllt worden sind.

Dieser Antrag wurde von der FEK gegen einen Antrag von M. Roadshow angenommen, der forderte, daß die neue PO im SS79 in Kraft tritt. Daraufhin trat Michal sofort zurück und forderte das Ministerium auf, ihn nicht mit der Leitung der FB-Geschäfte zu beauftragen.

Jetzt hätte der FEK eine kommissarische FB-Leitung wählen müssen. Da aber schlug die Show wieder zu. Mit Unterstützung von U.Ahlborn, der Michaels Antrag stellte, wurde auf der FEK am 15.II. niemand benannt sondern Michael. wird die Geschäfte des FB's weiterführen, damit dieser weiterhin geschäftsfähig bleibt.

Der Trick dabei ist, daß Michael einige Bedingungen stellte, die von der FEK angenommen wurden. Eine davon ist, daß der FEK -Beschluß zur Aussetzung der neuen PO von ihm nicht umgesetzt werden braucht!

Michael vertritt den FB also nicht politisch außen. Das geschieht erst wieder wenn jemand von der FEK(oder dem Ministerium) kommissarisch benannt wird, was ja alles bekanntlich dauert.

Was heißt das ?

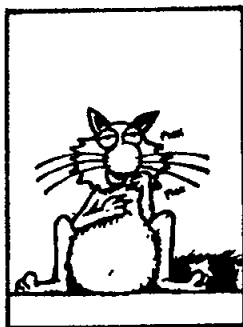
Michael will die neue PO durchboxen und müßte als FB-Leiter sich an den FEK-Beschluß halten und allen Dozenten und Lehrbeauftragten Weisung geben, nach der alten PO zu verfahren.

Dadurch, daß Michael zurückgetreten ist und jetzt die Geschäfte(ausgeklammert den PO-Beschluß) weiterführt, braucht er das nicht zu tun. Michael kommt also nicht in Identitätskonflikte mit seiner Person.

Gleichzeitig herrscht weiterhin Unsicherheit im weiteren Verfahren, da das Ministerium Anweisung gegeben hat, die neue PO umzusetzen und im Gegensatz

dazu, die FEK als höchstens Selbstverwaltungsgremium des FB's beschlossen hat, nach der alten PO zu verfahren und sich der FB-Leiter jeglicher Verantwortung entzogen hat. H.Kommer wird aufgrund des FEK Beschlusses Verhandlungen mit dem Ministerium führen, die sich sicherlich einige Zeit hinziehen werden. Für uns Studenten kommt es jetzt darauf an, in den Seminaren nach der alten PO zu verfahren, d.h. das Seminar muß über die Scheinmöglichkeiten und- vergabe wie bisher entscheiden.

Nach Verhandlungen mit dem Ministerium wird die neue PO ausgesetzt. (Argumentationsbasis der Dozenten war Arbeitsüberlastung).

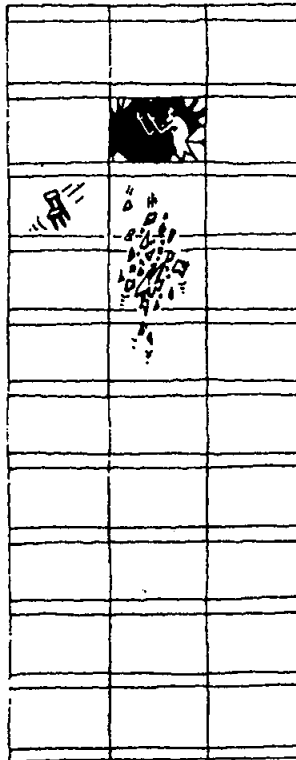


DER FÜR
GESTERN
ANGEKÜNDIGTE
WELTUNTERGANG
HAT SICH AUS
UNVORHERSEHBAREN
GRÜNDEN LEIDER
VERSCHOBEN.
BITTE BEOBACHTEN
SIE DEN HIMMEL
BEZÜGLICH
WEITERER
ENTWICKLUNGEN.

Aus Rechenschaftbericht der SL-ASTRA Fraktion:

"Aus den Auseinandersetzungen um die PO lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Die Dozentenschaft ist in keiner Weise bereit die Forderungen der Studenten gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen zu unterstützen. Im Gegenteil, sie sind an einer raschen Umsetzung der PO interessiert. (Abschicken des Zensurenspiegels an das Ministerium, Ablehnung der Öffentlichkeit bei der Zensurenfindung in den Prüfungen, Mitarbeit bei der Erstellung der PO, Ablehnung der integrativen Gruppenarbeit).
2. Die Politik des MSE/SHB, die neue Po zu bekämpfen, indem man die alte Prüfungsordnung verteidigt, richtet sich gegen die Beschlüsse der Studentenschaft. Die VV hat betont, daß allein die studentischen Forderungen Inhalt einer PO sein können.
3. Beim Kampf gegen die Prüfungsordnung müssen wesentlich Schritte angegangen werden, die auch die alten Prüfungsbedingungen im Sinne der studentischen Forderungen verändern. Konkret: Die Seminarteilnehmer entscheiden zum Beispiel selbst über die Vergabebedingungen der "Scheine" und die Inhalte der Seminare. An dieser Entscheidung ist der Dozent zu binden.
4. Das Ergebnis der Protestfahrt zum MWK und zum Landtag hat dem Kampf der Studenten nicht viel genutzt.
Ziel dieser Fahrt sollte es sein (nach den Vorstellungen vom MSE/SHB), Politiker zum Gespräch zu bewegen oder zumindest bei ihnen (insbesondere bei der SPD-Landtagsfraktion) Gehör zu finden.
Auf eine Antwort warten wir noch immer. Diese Politik, nämlich das Vertrauen auf jene zu setzen, die schließlich für die Hochschulgesetzgebung verantwortlich sind, schadet dem studentischen Kampf."



PROJEKTE

Nicht unerwähnt bleiben dürfen sicherlich die Anzahl von Projekten, diees am Fachbereich gegeben hat und teilweise - in geringem Maße - heute noch gibt. Doch würde es den Rahmen sprengen, zu jedem einzelnen Projekt eine Beschreibung der Entwicklung zu liefern. Aus diesem Grunde sei hier ein wenig zur allgemeinen Situation und Entwicklung von Projekten gesagt.

Zu Beginn des Entstehens von sogen. Projekten lassen sich die Thematiken und Inhalte, die auch am FB behandelt wurden, nicht von der Hildesheimer Scenerie, von der Situation verschiedenster Gruppierungen der Stadt, der Politik des Rates und den städtischen Gremien trennen. Die Politik der Stadt Hildesheim, vor allem in punkto Jugendarbeit, spielt denn auch bei allen erstmalig entstandenen Vorhaben am FB eine große Rolle. Die Hildesheimer Jugendlichen hatten sich (wie auch heute noch) mit einem einzigen Haus zu begnügen, in dem sie - unter Aufsicht - einen sehr minimalen Teil ihrer Interessen, der jeweiligen parteipolitischen Richtung untergeordnet, umsetzen durften. Doch dieses "Haus der Jugend" an der Steingrube hätte schon von je her eher den Namen "Hütte der Jugend" verdient gehabt. An den wirklichen Brennpunkten der Stadt geschah währenddessen nichts. Die Stadt versprach zwar permanent immer wieder, etwas für die Jugend tun zu wollen. So wurden vor allem die Jugendlichen der Nordstadt, Drispenteds und der Stadtmitte immer wieder mit leeren Versprechungen besänftigt und hingehalten. Doch ungeachtet der jeweils regierenden Partei im Rat - in diesem Punkt war man sich einig: Es gab keine Verbesserungen für die Jugendlichen.

Schließlich bildeten sich Initiativen in der ganzen Stadt. Die Jugendlichen der einzelnen Stadtteile schlossen sich zusammen und versuchten ihren berechtigten Bedürfnissen und Forderungen nach selbstverwalteten Jugendzentren und mehr Möglichkeiten Nachdruck zu verleihen. In diesem Zusammenhang entstanden u.a. der Nordstadt Kinderclub, der Arbeitskreis Jugendzentrum Drispentedt (AJD) und die Jugendzentrumsinitiative Stadtmitte, um einige zu nennen. In diesen Initiativen arbeiteten fast zu jeder Zeit auch Studenten (oder zukünftige) des FB's mit. Doch betrachteten sie diese Arbeit nicht als einen Teil des institutionalisierten Studiums. Es ging weder um anerkannte Leistungsnachweise, nicht um vorgegebene Lernziele und festgesteckte Arbeits-

einheiten. Weder Supervision noch Verhaltenstherapie waren notwendig. Es ging um die Interessen der Menschen, der Jugendlichen - der Bewohner dieser Stadt, in der sie lebten und arbeiteten. Klar, daß am Anfang die Bestrebungen groß waren, sich nicht in irgendein Abhängigkeitsverhältnis zu einer Institution bringen zu lassen. Betreuungende Dozenten oder die "schützende und vereinnahmende Hand" des FB's waren nicht gefragt. Es entstanden Projekte, mit den heutigen kaum noch vergleichbar, in denen Studenten durch eigene Betroffenheit zusammen mit anderen Betroffenen gleichberechtigt arbeiteten. Das Lernen war keine didaktische Einheit, sondern basierte eher auf einer für jede konstruktive Arbeit notwendigen Folge von bewußtem Erkennen und betroffenem Handeln - gemeinsamem Handeln. Die weitere Entwicklung, sowohl der Initiativen, als auch der Projekte ist ebenfalls abhängig von der Betrachtung der Ratspolitik. Denn die Hildesheimer Politiker, in dieser Scenerie hat sich bis heute nichts geändert, haben es grandios verstanden, eine Politik der Leere zu betreiben. Die großen Rethoriker und die kleinen Schwätzer hatten eines gemeinsam: sie redeten viel und taten nichts. Sie ließen die Initiativen, jedes Engagement ins Leere laufen. Sie kümmerten sich nicht um die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Jugend und "wehrten" sich notfalls auch in Form von Polizeiaktionen. Und währenddessen die Damen und Herren Kommunalpolitiker fest auf ihren Stühlen einer kleinen Macht saßen - im Wissen auch die nächsten 10 Jahre unbeschadet zu überstehen -, zerplatzten die Träume einer ganzen Generation wie Seifenblasen an den Mauern ihrer verknöcherten Bürokratie. Doch hierzu sei nur gesagt, daß die Schwäche von gestern noch lange kein Garant dafür ist, daß es so bleiben müsse. Während also die Polit-Profis ihren Alltag mit wichtigem Nichtstun auf der einen Seite und geschäftigem Treiben bei der Stadtverschandelung auf der anderen verbrachten, fand am FB eine stete Integration der Projekte und Initiativen statt. Hatte man doch festgestellt, daß die Arbeit der Studenten in den Projekten einen Praxisbezug - wie immer wieder vom deutschen Städtetag gefordert - zum späteren Beruf herstellte. Und dieses Aufsaugen und Institutionalisieren von Initiativen hatte ja auch gleich den "Neben"-Effekt, daß da eine gewisse Kontrolle über die sich anbahnenden Schwierigkeiten vorhanden war. Dieser Prozeß scheint heute so gut wie beendet, Projekte scheinen den Stellenwert von Medienseminaren angenommen zu haben, oder haben sich totgelaufen. Teils sicher aus mangelndem Interesse der

Studenten, denn nun ging es um Scheine, Leistungsnachweise und Stundenabreißen. Eine Kontinuität der Mitarbeit war kaum noch zu erreichen, denn viele begrenzten ihr Engagement auf das geforderte Minimum. Schließlich tat die Verbürokratisierung ihr übriges dazu. Heute ist man auf dem Stand angelangt, wo man von Teilnahmepflicht an Projekten spricht. Es ist noch nicht so weit, doch scheint es eine Frage der Zeit zu sein. Die Bedrohung gegen die verfestigten Strukturen, die von diesen Initiativen ausging - durch den Veränderungs willen der Betroffenen und ihren Einsatz für IHRE Interessen - ist kompensiert durch die Quasi-Verschulung. Einige wenige haben aus ihren Erfahrungen und ihrer Arbeit in Projekten gelernt, haben diese Entwicklung erkannt und sich wieder aus der Hochschule herausgelöst um freier und unabhängiger arbeiten zu können. Während andere die immer noch reichlich vorhandenen Freiräume am FB ausnutzen um sich in eine unwirkliche Land- (oder Stadt-) idylle zurückziehen und sich von allem - auch sie selbst betreffenden Sachen - zurückziehen.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt jedoch noch eine andere, weitaus gefährlichere Tendenz auf. Scheint man doch davon auszugehen, daß, wenn ein großer Teil der Bevölkerung schon so sehr an den Strukturen dieses Systems erkrankt sind (unmenschliche Arbeit, Arbeitslosigkeit, psychische Belastungen, Wohnghettos, Umweltbelastung, Medienüberfütterung, Volksverdummung,...), man ihnen wenigstens einen schönen Lebensabend bescheren möchte - und sei es mit zwanzig. Viele sog. Projekte laufen darauf hinaus, nicht mehr die Betroffenheit der Menschen bewußt zu machen - oder gar sich selbst auch als Betroffener mitz. sehen -, sondern die Menschen zu befrieden, ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, die das Leben scheinbar verbessern. Es geht nach dem Motto: Sicher, das Leben ist schlimm, die Dinge sind menschenunwürdig und machen kaputt. Doch wenn die Menschen auch noch verstehen, das es so ist und vielleicht auch noch sehen, woher das kommt, dann wird es ihnen noch schlechter gehen als vorher. Es gibt eine ganze Reihe von Verbal-Veränderern, die sich an den Analysen dieser Gesellschaft aufteilen aber durch ihre eigene Angst vor tatsächlichen, umwälzenden Veränderungen zu den ärgsten Bremsern werden. Jene werden nicht hilfreich sein, denn sie sind es, die die Geschichte aufhalten wollen. Sie gehen mit Menschen um wie mit Schafen. Sie machen uns Glauben, sie wüßten um die Probleme und doch verweigern sie Anderen durch ihre Befriedigungsarbeit sich selbst zu befreien.

- Und von derartigen Projekten, sie schossen wie Pilze aus dem Boden, gibt es mehr denn je. Um nur einige zu nennen: Kurladen, Staatsbad Pyrmont, Auwi Meyer Rad-, Fluß-, Mallorcafahrten, TUI-Reisen, usw., usw. Von einer negativen Veränderung des sozialpädagogischen Berufsfeldes ganz zu schweigen. Liegt es doch nicht im Interesse von Anstellungsträgern, wie TUI, Ferien- und Kurorten pädagogische Konzepte umzusetzen, sondern sie haben sich in erster und wichtigster Linie den Profitmaximierungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen. Von daher bestimmen sie ihr Handeln.



8.2.78

"Nach Beschluß der FEK sind alle Ausschüsse berichtspflichtig bis zum 8.2.78"

Daraufhin geben Below und Ahlborn ihre Berichte ab.

Anlage zu TOP 9.I. der
22 FBK

Hildesheim, den 27.I.1978

Bericht der Bau-und Planungskommission
Berichtszeitraum SS 77 und WS 77/78

Die Arbeit der Kommission war von Anfang an dadurch belastet, daß die Studentenschaft - aus sicher triftigen Gründen - weitere nicht beschickte. Dank des herausragenden Einsatzes und selbstlosen Bemühens der Kollegen Ullrich und Below kam die K. zu Ergebnissen und Scheinerfolgen. Selbige mußten naturgemäß fehlerhaft sein, zu ihnen zählen insbesondere:

- Nichtdurchsetzung des AVZ
- Planung, Herrichtung und Übernahme des Nordflügels (des sog. "grauen" Flügels) der LGS
- Projektierung des restlichen Teils der LGS (sog. "gelber" Flügel) und der vereinigten Hospitäler

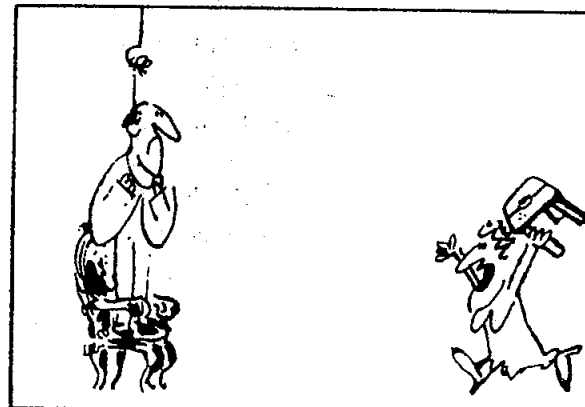
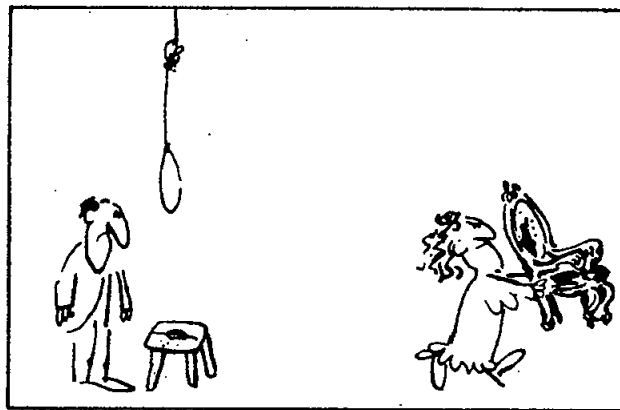
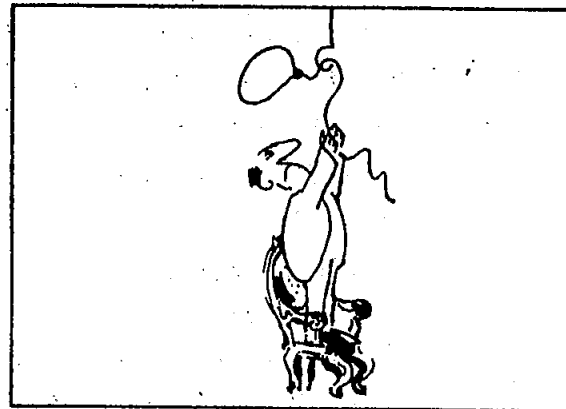
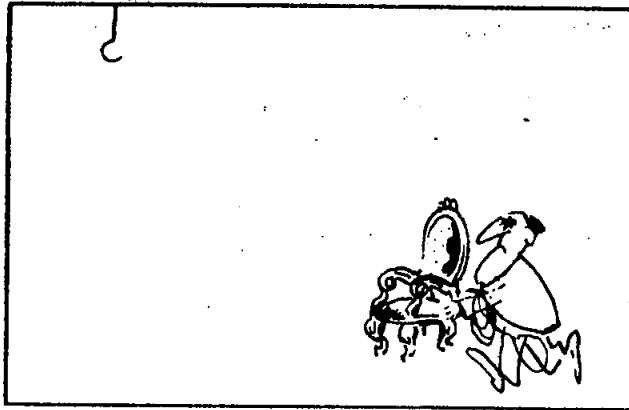
Diese rückschrittlichen Entscheidungen wurden dadurch kaschiert und forciert, daß die K. auch Eingebungen des Rektorats willig aufnahm.

Die Rückgratlosigkeit der K. wird zur Folge haben, daß im nächsten Semester mehr Raum zur Verfügung stehen wird, was auch nicht dadurch ausgeglichen werden kann, daß - wie die Drei-Standort-Theorie behauptet - alles etwas unübersichtlich wird.

Im Rahmen des angegliederten Generalrevirements werden im Pavillon-Viertel künftig weniger musikalische Darbietungen zu hören sein. Das wird teilweise für dieses Viertel dadurch ausgeglichen werden, daß man hier künftig auch keine Bücher mehr lesen kann. Eine weitere Verschlechterung bedeutet das Exodus der FBI samt Troß. (In Kreisen des Hammer-Zirkels soll dafür schon das Wort "Fahnenflucht" geäußert worden sein.) Im grauen Flügel ist vorläufig also eine Konzentration unter den Gesichtspunkten MPB zu sehen. Teilweise kann das dadurch ausgeglichen werden, daß die hervorragende Fachkraft U. in permanenten reformistischen Auseinandersetzungen eine lebensfrohe Bemalung und Ausstattung der Räume erreichen konnte. Der hamburgische Experte hat hiermit - ohne Beteiligung der Massen - Signale in Weltformat gesetzt. Die Studiensituation im Bollwerk W. bekommt dadurch neuen Auftrieb, daß nunmehr soz.päd. Zeichen

und Kasperltheater den Tonkünstlern zur Seite springt. Die demgegenüber fortschrittliche Fraktion der Knipser entschloß sich deshalb, den grauen Flügel zu unterstützen. Besonders Lob verdient in diesem Zusammenhang Chefplaner Below, der in nächtelanger Arbeit die Raumausstattungsliste abschrieb und auch sonst überall herumschleimte und Interessen verriet, und schließlich - typisch - eine Mindestausstattung akzeptierte anstatt sie vor dem Leineschloß auszukippen. Resümiert: Der Fachbereich sollte täglich stundenlang auf den Knien herumrutschen und lobpreisen, daß es ihm gelungen ist, diesen Ausschuß mit so außergewöhnlichen Leuten zu beschicken.

gez. Below "



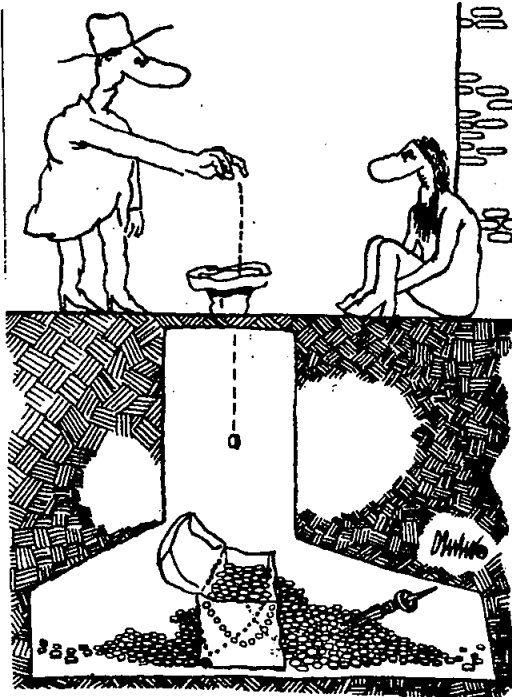
KULT (UR)

"Ein Bericht"

Ein Ausschuß, versteht mich,
tagt und vertagt sich
nur deshalb so oft,
weil immerfort
das gegebene Wort
auf Teilnahme, die man erhofft,
sich umkehrt: in Abstinenz
gegenüber denjenigen,
ach, viel zu wenigen,
die den sonnigen Lenz
als Utopie des Nichtstuns vor sich hertragen.
Das will besagen:
ein Ausschuß, versteht mich,
tagt und vertagt sich
hin bis zum FEK-Beschluß,
einem Gremium Bericht zu erstatten,
sich quasi selbst zu begatten⁺
besagt: Vivat, St. Bürokratius!

+ (gemeint: befriedigen)

im Auftrage des Studienordnungsausschusses
Hans-Ulrich Ahlbörn "



PO 79 - 81

Im WS 79/80 trat die neue PO in Kraft, nachdem es im SS 79 noch einige schriftliche Änderungen seitens der FBK gegeben hat.

" Von dem FBK - Beschluß des letzten Semesters, d.h. Ablehnung, da die materiellen Voraussetzungen für eine Umsetzung (sprich, zu wenig Dozentenstellen, zu wenig Verfügungsstunden ...) nicht vorhanden waren, ist nichts zu spüren! " (ASTRA-Info).

Die Dozenten sind grundsätzlich für die neue Po, bzw. haben nichts gegen sie.

So waren es mal wieder die Erstsemester, die die neue PO, sprich Fachprüfungen im 1. Semester, gleich auszubaden hatten, da der Widerstand so ziemlich zusammengebrochen war.

Es wurden da verschiedene Untersuchungen gemacht (WS 79/78 und SS 80), die die uralten Forderungen und Inhalte der vorherigen Studentengenerationen als richtig belegten.

Die Mehrheit sagte, daß die Prüfungsleistungen den inhaltlichen Ablauf der Seminare negativ beeinflussen.

Alle Befragten schätzten die Gruppenarbeit durchweg positiv ein (mittlerweile sind ja die integrativen Gruppenprüfungen abgeschafft worden).

Das unsolidarische Verhalten unter den Studenten nimmt immer mehr zu. Im SS 81 wurden nun die ersten benoteten Scheine nach der neuen PO gemacht.

Der Prüfungsdruck hat sich wie schon vor Jahren vorausgesagt, durch die studienbegleitenden Prüfungen, vom Examen auf das 4. bzw. 3. Sem. vorverlagert, bzw. verlängert.

Aufgabe für das kommende Semester muß es sein, zu allererst die benoteten Prüfungen wieder abzuschaffen. Dies kann nur auf Grundlage einer breiten, solidarischen Grundsatzdiskussion der Studenten über Sinn und Unsinn der Prüfungen, Konkurrenzdruck, Notengebung und Studienaufbau erreicht werden.

Von daher werden sich die formalen Konsequenzen wie z.B. Prüfung am Schluß (oder dauernd Prüfungen), integrative Gruppenprüfungen, (oder Kennzeichnung), Scheinvergabe, Umfang der Arbeiten ^{usw.} ergeben.



AUWI MEYER ZEIGT ASTRA AN

Am 30.10.79 erschien ein offener Brief des Astras. (Damals waren gerade nur 2 Leute im Astra - Viola und Stephan)
Wir veröffentlichen auszugsweise den Artikel, der im Info vom Nov. 80 erschien.

"Strafprozess gegen ehemalige Astramitglieder !!!

Zum ersten mal in der Geschichte des Fachbereichs Sozialpädagogik wurden Studenten von einem Dozenten verklagt.

Die bisher übliche Praxis, politische Meinungsverschiedenheiten fachbereichsöffentlich auszutragen, gerät nun in ein neues Stadium.

Ein Dozent, Prof. A.W. Meyer, eingestellt für den Schwerpunkt Sonderpädagogik, den meisten Studenten aus der KEBAL-Affäre bekannt, ist sich nicht zu schade, gegen zwei Studentenvertreter unseres Fachbereichs einen Strafantrag zu stellen.

Dieser Strafantrag ist eine Folge der Aufklärungs- und Informationspflicht des ASTRAS.

Stephan und Viola, die als von der Studentenschaft gewählte Vertreter unsere Interessen wahrgenommen haben, verstanden ihr Mandat nie als Möglichkeit, objektive Politik zu machen.

Stephan und Viola handelten stets parteilich im Interesse und im Auftrag der Studentenschaft. So ist es zu verstehen, daß Astra-Stellungnahmen eindeutig parteilich waren.

In diesem Sinne wurde ein Brief an den Rektor der Fachhochschule verfaßt, der sich mit gewissen Auffälligkeiten eines dozentischen Funktionsträgers befaßte.

Nun sind die beiden ehemaligen Astra-Mitglieder von diesem Dozenten A.W.Meyer privat verklagt worden, nicht etwa zivilrechtlich, sondern gleich "richtig" nach dem Strafrecht.

Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu erfahren war, sollen sie gegen eine ganze Latte §§ des Strafgesetzbuches verstoßen haben: §§ 52, 185, 186, 194 und 200.

Die schärfste Klamotte ist die Tatsache, daß nicht etwa der Staat (Staatsanwaltschaft) Anklage erhoben hat, sondern Herr Meyer selbst. Es handelt sich um Antragsdelikte, die nur verfolgt werden, wenn ein Privatmensch einen Strafantrag stellt. Herr Meyer ist solch ein Privatmensch.

Strafprozess

Der ASTRA befaßte sich damals mit KEBAL (siehe KEBAL-Dokumentation). Es wurde u.a. starke Kritik geübt an der Informationspolitik. Außerdem gab es übles Hickhack um die Verlängerung des Arbeitsvertrages eines von den Studenten geschätzten Dozenten, Andreas Geiger, der damals Mitarbeiter der Projektgruppe KEBAL war.

In diese Angelegenheit platzte dann eine Berufspraktikantin, die über ungeheuerliche Vorfälle im Berufspraktikantenamt berichtete (siehe Brief an Rektor).

A.W.Meyer war damals Projektleiter von KEBAL, außerdem noch Leiter des Berufspraktikantenamtes. Der ASTRA sah sich veranlaßt, die Mißstände, die sich um A.W.Meyer rankten, öffentlich zu machen und verfaßte einen Brief, in dem die Absetzung Meyers von seinen Funktionen gefordert wurde.

Der ASTRA sah sich gezwungen, eindeutig Stellung zu nehmen, um möglichst zukünftigen Fällen dieser Art einen Riegel vorzuschieben.

Es geht nicht um A.W.Meyer als Privatmensch!

Es geht um A.W.Meyer als Funktionsträger!

Der ASTRA hätte genauso gehandelt, wenn es sich um einen anderen Menschen gehandelt hätte.

Herr Meyers Reaktion auf den Brief: er beantragte beim Minister gegen Kunst und Wissenschaft eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen sich selbst, die dann aber irgendwo versandete.

Anfang Dezember 79 erhielten Stephan und Viola (ASTRA) einen Brief von Meyers Rechtsanwalt. Meyer wollte einen außergerichtlichen Termin. Stephan und Viola schrieben daraufhin zurück, daß ihr eigener Anwalt im Urlaub sei und baten um einen neuen Termin.

Daraufhin nannte Meyers Anwalt einen neuen, obwohl bekannt war, daß der nun genannte Termin nicht einhaltbar und wahrzunehmen ging von Viola und Stephan.

Auf einen neuen Terminvorschlag von Stephan wurde dann gar nicht mehr reagiert:

Am 28.12.79 kam dann die Klagschrift. Merkwürdig daran ist, daß die Klage nicht von Meyers Dienstvorgesetzten eingereicht wurde, sondern von Meyer selbst, obwohl dieser Beamter ist.

Meyer hat auch gleich einen Antrag auf Nebenkläger gestellt, dieser wurde durch einen Beschluß aufgehoben.

In seiner Unbotmäßigkeit verklagte Meyer die Berufspraktikantin, der er so übel mitgespielt hat, gleich mit. Das ist eine politisch sehr markante Aussage, da hier keine Mandatsträgerin betroffen ist.

Eine weitere Merkwürdigkeit stellt die Tatsache dar, daß Meyer nie bereit war, in öffentlichen Veranstaltungen Stellung zu nehmen.

Wir sind auch irritiert, daß Meyer gleich Strafgerichte einschaltete. Was aber dem Faß den Boden ausschlägt, ist Meyers Behauptung, er hätte nie einen Strafantrag gegen Studenten gestellt bzw. diesen wieder zurückgezogen. (!) Erinnerst du dich noch an die letzte KEBAL-Info-Veranstaltung, AuWi Meyer ?

Das Plenum der Berufspraktikanten verfaßte folgende Resolution

R E S O L U T I O N

DAS PLENUM DER BERUFSPRAKTIKANTEN VOM 8.2.80
VERURTEILT DAS VERHALTEN VON PROF. A.W. MEYER
IN SACHEN KARIN M. SOWIE SEINEN STRAFANTRAG GE-
GEN DEN DAMALIGEN ASTRA UND DIE BERUFSPRAKTIKANTIN.

WIR BERUFSPRAKTIKANTEN, UNMITTELBAR ABHÄNGIG VON
DER PRAKTIKANTENSTELLE SIND EMPÖRT ÜBER DIE VOR-
FÄLLE UND ERKLÄREN UNS SOLIDARISCH MIT DEN ANGEKLAGTEN.

AUCH IN DIESEM PUNKT WIRD DEUTLICH, WIE WICHTIG EIN
FUNKTIONIERENDES VERTRETUNGSORGAN IST, ZUMAL DIE
BERUFSPRAKTIKANTEN AUFGRUND IHRER SITUATION DIE
PRAKTIKANTENSTELLE NICHT SELBST KONTROLLIEREN KÖNNEN.

WIR FORDERN DIE VOLLSTÄNDIGE AUFKLÄRUNG UND OFFEN-
LEGUNG DER VORFÄLLE SOWIE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN
DIE DREI ANGEKLAGTEN UND REHABILITATION !

Die Richtigkeit der Vorgehensweise des damaligen ASTRAS wurde durch einstimmige Vollversammlungsbeschlüsse bestätigt."

Der 1. Teil des ASTRA Briefes befaßte sich mit dem Schwerpunkt Kebab/Freizeit. Der 2. Teil war der Abdruck eines Briefes einer Berufspraktikantin, in dem sie ihre Schwierigkeiten zum Erlangen einer Praktikumsstelle schildert.

Wir drucken ihn hier noch einmal ab.

" Mitte Februar beantragte ich auf Grund eines ärztlichen Attestes beim Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst für den Antritt des Berufspraktikums eine Verlängerungsfrist von 6 Monaten.

Am 7.9.79 erhielt ich vom Minister für Wissenschaft und Kunst den Bescheid über die Verlängerung bis zum 8.10.79.

7.5.79 bewarb ich mich schriftlich bei der Bezirksregierung Hannover über die Fachhochschule und unter Einhaltung des weiteren Dienstweges (d.h. unter Einschaltung des Schulleiters der Ganztagschule Drispensstedt, Herrn Rössig, und des Schulrates des zuständigen Schülaufsichtskreises Hildesheim Stadt II) um die Berufspraktikantenstelle im Hort der Ganztagschule Drispensstedt.

Ein Vorstellungsgespräch bei der Praxisanleiterin Frau Hammeke im Hort der GTS Drispensstedt und ein anschließendes Vorstellungsgespräch beim Schulleiter Rössig erfolgten Mitte Mai 79.

Die Einverständniserklärung der Schulleitung wurde der Fachhochschule vorgelegt.

22.Mai 79 Um die Notwendige Zustimmung der Fachhochschule zu erreichen und um zu erreichen, daß die Fachhochschule meinen Fall als Härtefall ansieht, habe ich Herrn A.W. Meyer am 22.Mai 79 aufgesucht. Als Beleg für mein Anliegen habe ich Herrn Meyer ein ärztliches Attest, das besagte, daß ~~ich~~ meine 3jährige Tochter dreimal wöchentlich krankengymnastisch behandelt werden muß, vorgelegt. Dazu kommentierte Herr Meyer folgendermaßen: " Diese Masche zieht nicht bei der Bezirksregierung , soziale Härtefälle werden zur Zeit nicht berücksichtigt." Im selben Gespräch auf meine Anfrage hin, ob alle notwendigen Unterlagen in meiner Bewerbungsangelegenheit der Bezirksregierung vorlägen, sagte Herr Meyer, daß die Zustimmung der FHS bereits erfolgt sei.

31.5.79 Vorstellungstermin beim Schulrat des Schulaufsichtskreises der Stadt Hildesheim, Stadt II, Herrn Frischmuth, verlief positiv. Herr Frischmuth erwähnte, daß seines Wissens keine weitere Bewerbung vorliege.

Vom 16.7.79

bis 20.7.79 habe ich versucht, Herrn Krüger in der Bezirksregierung telefonisch zu erreichen. Leider ohne Ergebnis.

Am 23.7.79

teilte Herr Krüger in einem Telefongespräch mit mir mit, daß ich auf der obersten Stelle der Warteliste stehe und unmittelbar nach dem Ausscheiden von Herrn Klünkeit die Stelle antreten könne.

Die Stelle wurde zum 1.8.79 vorzeitig frei.

Um nun zu erreichen, daß ich meine Tätigkeit so schnell wie möglich antreten kann, versuchte ich, Herrn Meyer in seinen offiziellen Sprechstunden zu erreichen.

Leider war Herr Meyer nicht zu erreichen, noch wurde mir ein Stellvertreter von ihm benannt, an den ich mich hätte wenden können.

31.8.79

Zu meiner Überraschung erfuhr ich am 31.8.79, daß die o.g. Stelle einer anderen Berufspraktikantin zugewiesen worden sei. Daraufhin habe ich versucht, am 31.8.79 Herrn Meyer in seinem Büro zu erreichen. Wiederum vergeblich. Auf mein Drängen hin mußte Frau Dirkes mir mitteilen, daß diese vorgenommene Umbesetzung auf ein Telefongespräch zwischen Herrn Meyer und Herrn Krüger zurückzuführen sei. Laut Frau Dierkes hat Herr Meyer Herrn Krüger angerufen, und gebeten, meine Bewerbung zurückzustellen, weil er wollte, daß Frau S. diese Stelle besetzt. Daraufhin fuhr ich noch am selbigen Tage nach Hannover und habe ein Gespräch bei Herrn Krüger gesucht. Herr Krüger fand sich bereit, ein Gespräch mit mir zu führen, und stellte eindeutig fest, daß die Bevorzugung von Frau S. auf die Intervention von Herrn Meyer zurückzuführen sei. Herr Krüger sagte mir sehr deutlich, daß sich Herr Meyer die letzte Entscheidung vorbehalten habe, um zu entscheiden, welcher Berufspraktikant zu

welcher Stelle kommen soll. Um dieses zu untermauern, habe Herr Meyer rechtliche Positionen vorgebracht. Bei dieser Gelegenheit kam heraus, daß im Gegensatz zu der Zusicherung von Herrn Meyer mir gegenüber, die notwendigen Unterlagen bei der Bezirksregierung gar nicht vorlagen. Insbesondere hatte Herr Krüger keine Informationen über das von mir vorgelegte ärztliche Attest!

Bei meinem Gespräch mit Herrn Krüger und bei meinen Nachforschungen stellte sich heraus, daß Frau S. in der Ganztagschule Drispfenstedt schon arbeitete, obwohl bis zum 17. Sept. die notwendigen Bewerbungsunterlagen weder bei der Bezirksregierung Hannover, noch bei der GTS Drispfenstedt vorlagen. Es ist zweifelhaft, ob diese Unterlagen selbst bei der FHS zu diesem Zeitpunkt vorlagen.

Es ist überflüssig, zu erwähnen, daß ich die Praktikantenstelle in der GTS Drispfenstedt nur durch die Einschaltung eines Rechtsanwaltes bekomme und habe erhalten können, denn auch nach Beginn meiner Tätigkeit an der GTS Drispfenstedt haben Professoren der FHS auf die Schule Einfluß ausgeübt und erreicht, daß mir Hausverbot erteilt wurde, welches nur durch die massive Androhung einer Klage meinerseits vom Schulleiter zurückgenommen wurde." K.M.

REAKTIONEN

Der ASTRA entschuldigte sich gleich auf der FBK und der VV über den Stil des offenen Briefes, und sagte, daß ihm nicht daran läge, Herrn Meyer persönlich zu diffamieren oder in seiner Ehre anzugreifen. Der Stil mußte verstanden werden, da er aus einer hektischen Situation und der persönlichen Betroffenheit entstanden wäre. Inhaltlich wäre der Brief richtig.

Herr Meyer trat dann von dem Posten des Leiters des Berufspraktikantenstelle zurück und erklärte, daß es immer zwei verschiedene Praktikantenstellen an der GTS gegeben hätte.

Festzuhalten ist, daß die Praktikantenstellen nicht etwa bestimmten Schulen zugeordnet sind, sondern die Praktikantenstellen werden entweder schulbezirks- oder regierungsbezirkszentral verwaltet. Die Darstellung über die Aussage von Frau Dierkes erwies sich insofern als nicht richtig, als daß diese von dem damals zuständigen Sachbearbeiter der Bezirksregierung behauptet worden sein soll. Festzuhalten ist ferner, daß der Vorwurf gegen Herrn Meyer niemals verbindlich aufgeklärt worden ist. Herr Meyer hat zwar ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt (Beamtenrecht), dieses ist aber nie eröffnet worden.

Festzuhalten ist aber,

daß die Darstellung von zwei festen Planstellen nicht richtig ist, daß, laut Bezirksregierung, Herr Meyer für sich das Recht in Anspruch genommen hat, zu bestimmen, welcher Berufspraktikant welche Stelle bekommt,

daß Herr Meyer nicht sämtliche Unterlagen von Frau Medau an die Bezirksregierung geschickt hat,

daß dadurch in der Bezirksregierung nicht bekannt war, daß Frau M. ein sozialer Härtefall gewesen ist.

Daß, laut Aussage aus der Bezirksregierung, Frau S. die Stelle nur aufgrund der Intervention von Herrn Meyer bekommen hat!

Der Prozess

Am 16.12.80 fand der Prozeß gegen den ASTRA im Amtsgericht statt.

Der Saal war mit über 200 Studenten und Dozenten knüppeldicke voll. Es gab verschiedene Einstellungsanträge von Seiten der Staatsanwaltschaft und Herrn Meyer. Die anwesenden Studenten stimmten darüber ab, ob der Prozeß weiterlaufen, d.h. die Haltlosigkeit der Anklage geklärt werden sollte, oder ob er eingestellt werden sollte. Die Studenten waren für Aufklärung der Vorwürfe gegen den ASTRA, aber das Gericht war verständlicher Weise nicht in der Lage, sich in der kurzen Zeit Klarheit über so viele Vorfälle und Ereignisse (u.a. 5 Jahre Freizeit) zu verschaffen.

So mußte der Prozeß vertagt werden.

Mittlerweile ist er eingestellt worden.

" Dieter Nordsieck
Verwaltungsamt

3200 Hildesheim, II. Mai 1980
Am Burghof 15 Tel.: 261558

Stadt Hildesheim
Ordnungsamt
z.Hd. Herrn Scheide
Am Marktplatz
3200 Hildesheim

FÊTEN

Betr.: Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hildesheim, Am Burghof

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon seit längerer Zeit beobachte ich die Aktivitäten verschiedener Gruppen in den Räumen der o.g. Fachhochschule mit Sorge.

In letzter Zeit haben sich aber die nächtlichen Ruhestörungen durch Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik gehäuft.

In der Nacht vom 7. zum 8.5.80 hielten hundert und mehr Autos in Bereich der Straßen Am Burghof und Eilers Teich (im Morgengrauen stellten wir sogar fest, daß auf den Höfen der Anwohner geparkt wurde). Lauter Disko-Musik schallte aus den Räumen der Fachhochschule. vor der Schule balgten sich bellende Hunde, so daß ich mich um 23.15 Uhr erstmals an die Polizei gewandt habe (Einsatzleiter POK Illeemann). Die Besetzung eines Streifenwagens ermahnte die Studenten zur Ruhe, mußte aber angesichts der Übermacht den Rückzug antreten. Ich hatte den Eindruck, daß nach Abzug der Polizei, die Ruhestörung in offene Provokation ausartete (Hubkonzerte, Gekreische von sich verabschiedenen Gruppen, ständig aufheulende Motoren und lautes unnötiges Türenschielen). Der nächste Anruf bei der Polizei erfolgte gegen 2.30 Uhr. Von dort erklärte der Einsatzleiter, daß man machtlos sei und wir wurden an das Ordnungsamt der Stadt Hildesheim, den Leiter des Außendienstes der Polizei und an die Rektoren der Fachhochschule verwiesen. Die Lärmbelästigung hielt bis zum Morgengrauen an (um 4.20 Uhr - täglich - muß ich mich auf meinen Dienst vorbereiten, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß ich in Hannover tätig bin).

Am 8.5.80 rief meine Frau alle o.g. Dienststellen an (Herrn Prüfer, Herrn Scheide und die Herren Sutor und Glomnich von der FHS).

Wie uns von allen Stellen mitgeteilt wurde, handelte es sich um eine nicht genehmigte Veranstaltung (ein Bus mit Gorleben-Emblemen stand die ganze Nacht

auf einem Privatgrundstück neben der FHS, so daß ich davon ausgehe, daß es sich um die Planung neuer Protestaktionen handelt). Die benachbarten Häuser liegen alle ca. 20-100 Meter von der FHS entfernt. Außer uns haben sich noch andere Mieter zwecklos beschwert. Eine Beschwerde der anliegenden Hausbesitzer ist nicht zu erwarten, da sie Angst vor der Verschmutzung ihrer Hauswände - wie bereits geschehen - durch farbige Parolen haben.

Vom 9.5. auf den 10.5. wurde wiederum eine Fete (diesmal genehmigt) durchgeführt. Um 1.00 Uhr wurde die Polizei wegen des unerträglichen Lärms gerufen. Der Schichtführer (Herr Brotzeit) war zunächst nicht bereit, bei einer genehmigten Fete einen Streifenwagen zu entsenden. Erst nachdem ich ihn anbot, eine Entscheidung des Pol.Dir. Lüdecke einholen zu wollen, wurde ein Streifenwagen entsandt, dessen Besatzung es innerhalb von 10 Minuten gelang, die Ruhe herzustellen.

Wie ich soeben festgestellt habe - 16.10 Uhr am 11.5.80 - strömen z.Zt. Unmengen von Ausländern - offensichtlich Türken - in die Räume der Fachhochschule, um sich dort zu treffen. Ich bin der Meinung, daß dort Aktivitäten entwickelt werden, die politischen Charakter haben.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß die Straße Am Burghof eine reine Wohnstraße ist. Andere Straßen im Ortsteil Ochtersum (St.Godehard-Str.) wurden mit dem Hinweis darauf, daß es sich um reine Wohnstraßen handelt, für den Durchgabverkehr gesperrt, während die Anwohner der Straßen Am Burghof und Eilers Teich seit Jahren durch die Studenten der FHS Sozialpädagogik belästigt werden.

Ihrer Antwort sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen "



Fig. 9. Romm mit.

"FACHHOCHSCHULE HILDESHEIM/HOLZMINDEN
Fachbereich Sozialwesen
- Dekan--

Hildesheim, den 13.5.1980
RM/2/31

An den
ASTRA
des FB Sozialwesen
im Hause



Für eine Veranstaltung am 7.5.80 habe ich "meinen Kopf hingehalten", ich hatte jedoch in meinem Schreiben vom 29.4.80 konkrete Auflagen formuliert. Diese Auflagen sind nicht richtig eingehalten worden.

1. Der hintere Pavillon war nicht abgeschlossen, am nächsten Morgen stand die Tür offen
2. Tische weisen Brandflecken auf
3. Die Fußböden weisen Spuren ausgetretener Zigaretten auf
4. Die Raumpflegerin war nicht informiert worden
5. Die Aufräumarbeiten begannen erst am Nachmittag, so daß Seminare behindert wurden
6. Die Anwohner haben Anzeige erstattet wegen unerträglicher Lärmbelästigung
 - a.) ständiges Hin- und Herfahren von ca. 500 Autos
 - b.) besoffene Frauen
 - c.) Dauer der Veranstaltung bis 4.30 Uhr

Die Angelegenheit wird im Ochtersumer Ortsrat und im Hildesheimer Stadtrat diskutiert werden.

Unter diesen Bedingungen übernehme ich keinerlei Verantwortung für weitere Veranstaltungen in diesem Semester, auch nicht für die bereits angekündigte Veranstaltung am 20.6.80.

Ich weise nochmal daraufhin, daß Hausherr auch für die Gebäude des FB S der Rektor ist. 2)

(R. Meyer)
Dekan "



Santen & huren

KEBAL

MODELVERSUCH

FREIZEITPÄDAGOGIK

Das Thema Freizeitpädagogik ist sicherlich ein leidiges und schon oft besprochen, beschrieben und kritisiert worden. Und doch ist es unerklärlich zumindest einige wenige Worte dieser Problematik zu widmen, ist sie doch - zu unserem Leidwesen schon fester Bestandteil der Auseinandersetzungen am Fachbereich geworden. Vorweg möchten wir jedem den Vorschlag machen, sich doch noch etwas intensiver mit der Freizeitpädagogik auseinanderzusetzen und die im September 1980 erschienene "DOKUMENTATION -5 Jahre FREIZEIT... .. leiter , ...anleiter,...berater, ...pädagoge. AN DER FHS HILDESHEIM/ HOLZMINDEN , FACHBEREICH SOZ.PÄD." zu lesen . Es lohnt sich und bereichert ungemain.

Übrigens ist dies nicht die einzige aufklärende Schrift zum Thema gewesen, denn im Januar 1976 gab es ein "EXTRA-INFO zu TUI". Schon damals setzten sich die Studenten sehr kritisch mit den Aktivitäten auf dem Sektor "Freizeit" auseinander.

Doch nun etwas zur jüngsten Entwicklung:

Der einschneidendste Schritt wurde am 5.6.1980 in der Fachbereichsrats-Sitzung getan, Nachdem in der Sitzung eine Woche vorher noch darauf beharrt wurde, daß der Modellversuch am Fachbereich angebunden bleiben sollte, wird nun ein neuer Antrag von Michael Rothsuh -Wanner gestellt. Der Modellversuch soll an den Senat angebunden werden, somit würde der FB seine Kontrollfunktionen verlieren .

Dieser Antrag wurde dann angenommen.

Dafür stimmten :

Dr. Vahsen
Dr. Gehlmann
Dr. Engelmann
Dr. Ahlborn
Prof. Keuntje

Dagegen stimmten:

Prof. Valiarampil

Enthaltungen:

Prof. Prachtel
Schütz

Aus der DOKU - 5 Jahre ...: " Wie kam es dazu? Wir können uns nur auf die Äußerungen beziehen, die auf der FBR-Sitzung gefallen sind. wo M.R.-Wanner sagte, daß wir zwar unsere Rechte gegenüber dem Ministerium aufgeben, dafür aber der MV weiterläuft. Frau Kauntje sagte sinngemäß, das sie wider besseren Wissens den Freizeitpädagogen noch einmal 2 Jahre Vertrauensvorsprung geben würde, worauf Herr Vahsen, wie es schien etwas gönnerhaft sagte, daß er ja eigentlich aufgrund dieser Äußerungen die Fortführung seiner Arbeit in Frage stellen müßte, schließlich sich aber doch - wie so oft - eines besseren besann."

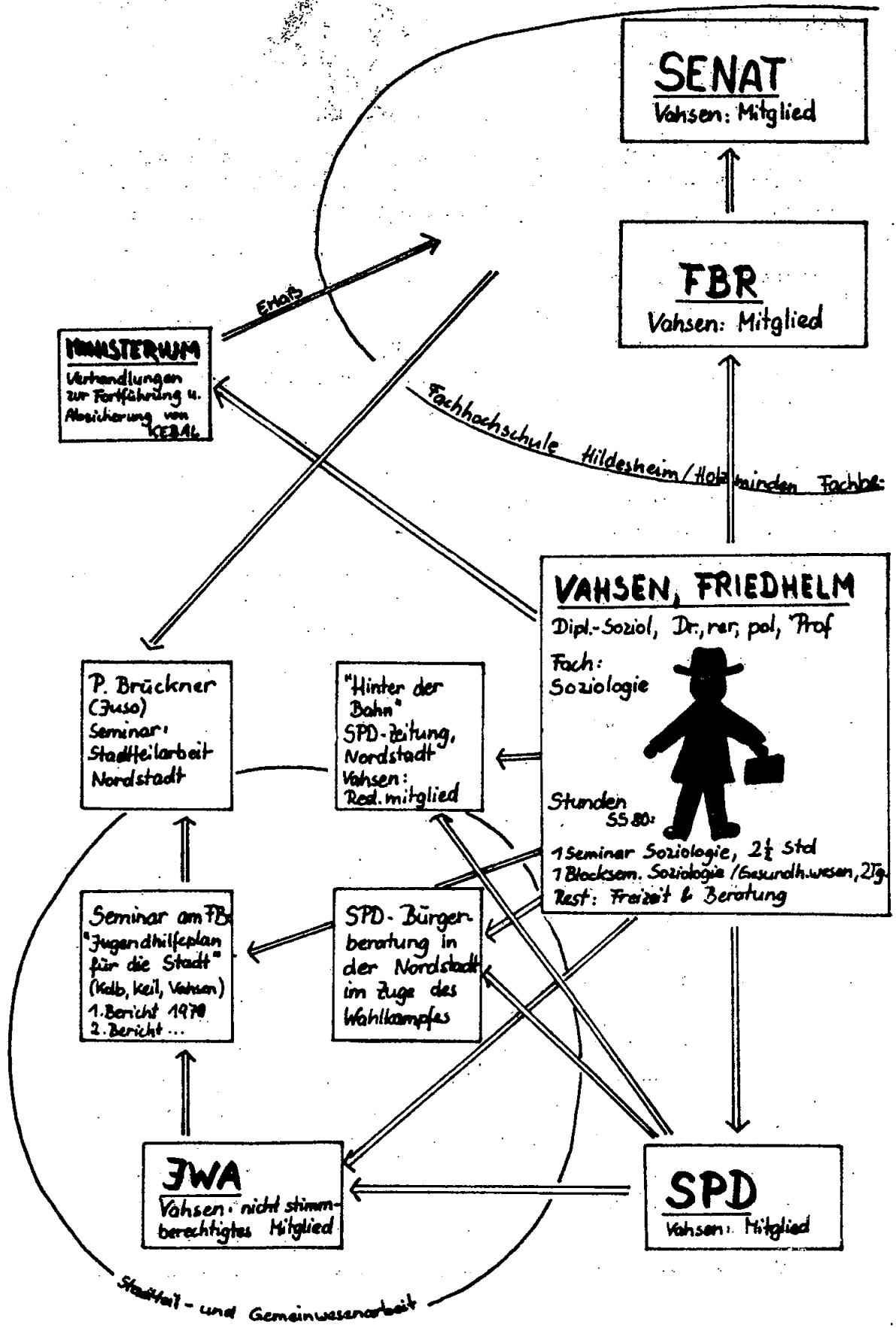


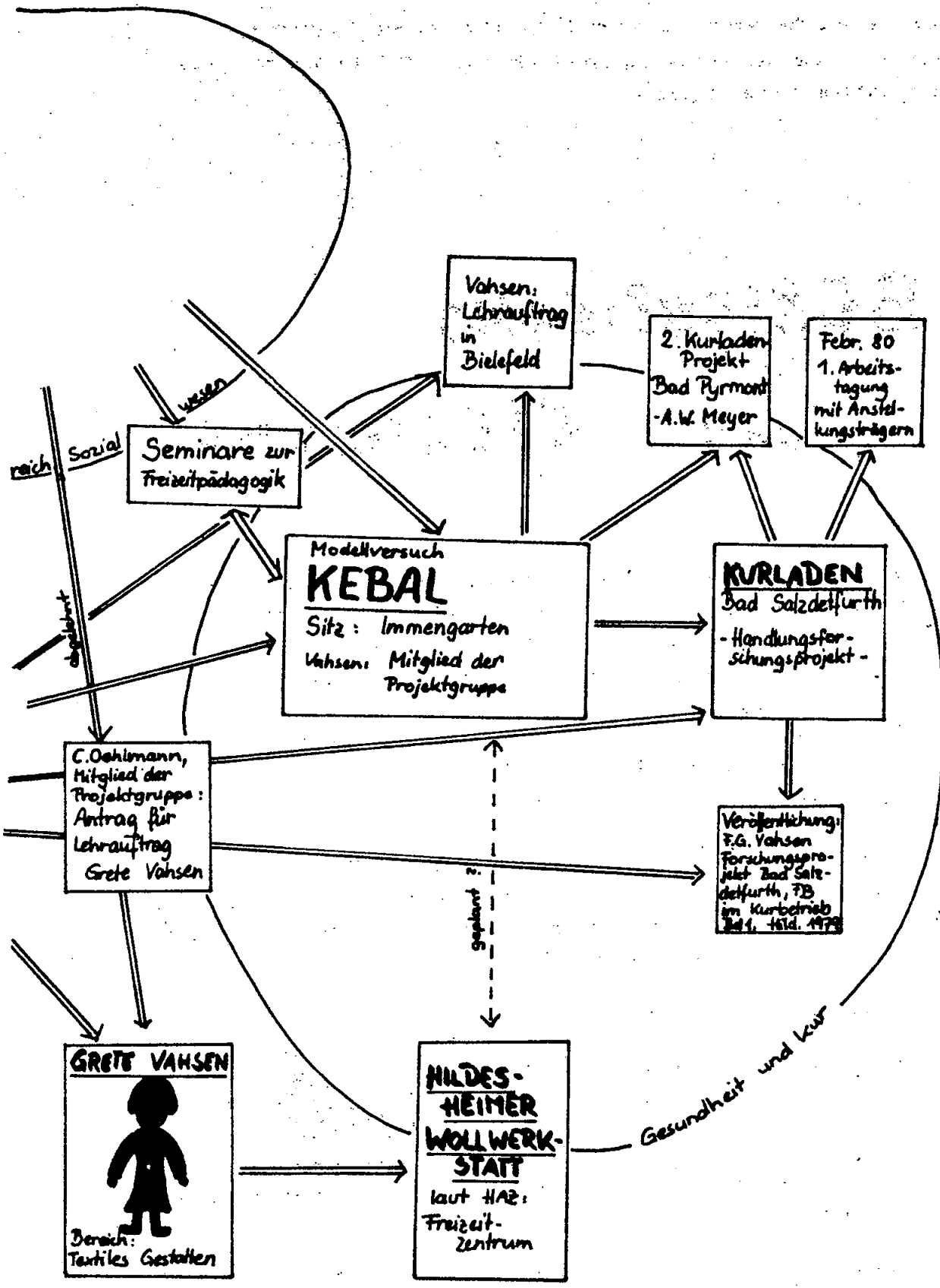
Im Anschluß an die Veröffentlichung der Dokumentation schien der Teufel los zu sein. Die Verfasser (zur Klarstellung; auch die Verfasser dieses Buches) fanden ihre Wohnungstüren mit Plakaten vollgekleistert - geziert mit einem roten Aufkleber mit der Aufschrift "FRAUENFEINDLICH". Wir wußten überhaupt nicht, was wir bei der Dokumentation denn nun eigentlich frauenfeindliches geschrieben hatten. Doch es mußte etwas Schlimmes gewesen sein, denn man drohte uns auch mit einer Klage (auf einer kleinen Karte im Briefkasten). Doch dann stellte sich schnell heraus, was der Stein des Anstoßes war: ein zweiseitiges Schaubild am Ende der Dokumentation.

Raum für Notizen:

(das zwei-Seiten-Schaubild kann vom Lay-Out nur auf der nächsten Seite kommen! - Sorry)







Nach nervenaufreibenden Gesprächen in der Hildesheimer Wollwerkstatt
(Urheber der Kleberei) einigten wir uns auf folgende gemeinsame
Berichtigung und Erklärung:

BERICHTIGUNG und ERGÄNZUNG

Die von uns aufgestellte Vermutung und Assoziation, daß die Fraueninitiative der Hildesheimer Wollwerkstatt eventuell etwas mit "Herrn Vahsen/KEBAL" plant (in der Grafik dargestellt durch die gestrichelte Linie und 'geplant?') ist nicht richtig.

Die Fraueninitiative der Hildesheimer Wollwerkstatt will mit Freizeitpädagogik nichts zu tun haben und will weder mit KEBAL noch mit F.G.Vahsen in Verbindung gebracht werden.

Außerdem möchten wir uns an dieser Stelle für die "frauenfeindliche" Darstellung von Grete Vahsen (dargestellt durch eine weibliche Figur) entschuldigen und nehmen sie mit einem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Hildesheim, d. 2.10.80

V.i.S.d.F.: U.F. Furas
L. Mulert



Dann meldete sich Herr Vahsen, mit einem Flugblatt, das er in Windeseile am Fachbereich drucken ließ.

VAHSEN, FRIEDHELM

Dipl.-Soziol, Dr., rer. pol, Prof

Fach: Soziologie

30. September 1980



KEBAL informiert in eigener Sache
=====

Zwei ihrem eigenen Bekunden nach kritische Studenten haben sich die Mühe gemacht, in einer sog. Dokumentation sich mit der Geschichte der Vertiefungsrichtung Freizeitpädagogik und insbesondere auch meiner Person auseinandersetzen. Das Unterfangen ist nicht so ungeschickt angelegt. Es werden Assoziationen hergestellt, so z.B. zwischen Drittmittelforschung und den Aktivitäten von KEBAL. Es wurden Hildesheimer Presseorgane zitiert, es werden Protokolle von FbR-Konferenzen und sonstigen Sitzungen miteinbezogen und das alles zu einem Brei verkocht mit dem Ziel der Erkenntnis, das ja von vornherein feststand: Friedhelm Vahsen als bezahlter Agent des Großkapitals TUI. Aber nicht nur diese Verflechtung ist nach Auffassung der "Dokumentatoren" vorhanden, ER steuert als SPD-Mitglied - was wohl in den Augen der Autoren eine Schande ist - weitgehend seinen sozialen Kontext. So wird z.B. die Fraueninitiative der Hildesheimer Wollwerkstatt zu einem letztlich von dem "Macher" gesteuerten Freizeitzentrum. Eine weitere Aussage der Dokumentation ist, neben der Unterstellung der "Agentenfunktion", die Aussage, daß speziell meine Person nicht mehr Studenten für Sozialpädagogik ausbildet, sondern nur noch für Freizeitpädagogik. Dabei ist den Autoren jedes Mittel recht; zum Nachweis meiner nicht-soziologischen Tätigkeit wird das Seminar Jugendhilfeplanung als eigenes Seminar ausgewiesen, um den Anschein zu vertiefen, daß ich meine Ausbildungsaufgaben vernachlässigen würde. Man merkt also, das Ganze hat Methode: Man nehme eine Prise richtiger Zitate, ein anonymes Flugblatt, "Presse"-Veröffentlichungen der bürgerlichen und sog. linken Presse, lasse die Stellungnahmen der anderen Seite weg, einschließlic eines 2-stündigen Interviews mit dem Unterzeichner, um dann zu dem Ergebnis zu kommen, eine kleine Gruppe verkauft den Fachbereich, die "reine" Lehre Sozialpädagogik und dient den "unter Profitmaximierung stehenden Interessen der privat-kommerziellen Touristikunternehmen" (S. 9). Aber wie gesagt, das Ganze wird ja nun nicht so direkt und klar unterstellt, nein, nein, denn man will ja nicht diffamieren und nicht "den Strafbestand der Verleumdung und üblen Nachrede" erfüllen.

Für die gewünschte Aussage sorgt allerdings die angesprochene Selektion des Materials, die geschickte Montage, so z.B. auf S. 34 ein Zitat aus der "verfügbaren Literatur am Fachbereich" und der auf der übernächsten Seite folgenden Darstellung meiner "gesellschaftlichen" Stellung. Ich möchte hier klar und deutlich erklären, daß der von den Verfassern der Dokumentation behauptete "sozialpädagogische Anspruch" (S.9) nicht der meinige ist. Wenn Kritik zu dieser Form der Auseinandersetzung mißrät, wenn das die Vorstellung der Verfasser von notwendiger sozialer Kontrolle Andersdenkender (siehe Mitgliedschaft in der SPD) darstellt, dann möchte ich dieser Art von Sozialpädagogen nie ausgeliefert sein. Dies tritt besonders deutlich hervor, wenn ein Mitverfasser der "Dokumentation" auf der FbK am 5.6.1980 sinngemäß erklärt, er werde dafür sorgen, daß, solange er am Fachbereich sei, kein Student an KEBAL teilnehme. Ich meine, das aus dieser Aussage deutlich werdenden Gedanken- gut spricht für sich.

Fredrich Vahsen

(F.G. Vahsen)

Und wir gestatten uns d drauf zu antworten, ebenfalls in Flugblattform:

ANTWORT

Zu „KEBAL informiert in eigener Sache“ 2. Oktober 1980

1. Das Papier von F.G. Vahsen sollte lieber eine andere Überschrift haben. Nicht "KEBAL informiert in eigener Sache", sondern Herr F.G. Vahsen informiert in eigener Sache und meint sich rechtfertigen zu müssen.
2. Selbstverständlich sind wir als Studenten am Fachbereich dazu verpflichtet kritisch zu sein. Aber vielen Dank für die Anerkennung!

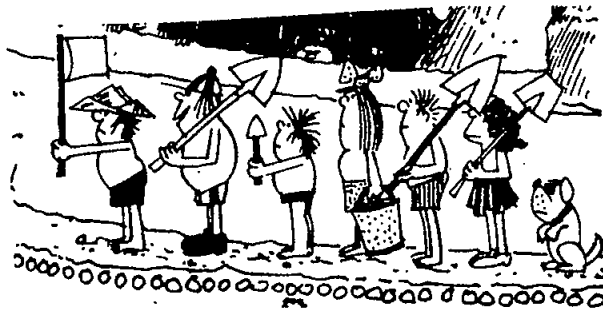
3. Ohne Assoziationen geht es nicht. Verdeckte und nicht sogleich sichtbare Zusammenhänge einer Sache müssen dargestellt, erhellt und auch assoziiert werden.
4. Es ist verwunderlich, daß F.G. Vahsen sich selbst als bezahlten Agenten des Großkapitals TUI versteht. Wir haben solches nie behauptet.
5. Es ist "keine Schande", daß Herr F.G. Vahsen "SPD-Mitglied" ist. Dasselbe hätte in der Doku stehen müssen, wenn er CDU- oder auch KBW-Mitglied wäre.
6. Wir wissen nicht, ob F.G. Vahsen die "Fraueninitiative der Hildesheimer Wollwerkstatt" steuert. Wir haben das auch nie behauptet. Wir wissen auch nicht, wie er dazu kommt, solche Schlüsse zu ziehen.
7. Wir sind mit Informationen sehr vielfältig ausgestattet. Also haben wir selbstverständlich nicht nur die "bürgerliche Presse", sondern auch die "sogenannte linke Presse" zitiert.
8. Wie verarbeitet eigentlich die KEBAL-Gruppe ihre Informationen? Werden denn nicht Infos selektiv wiedergegeben, z.B. in den offiziellen Informationen aus dem Hause KEBAL? Dort ist es schon nicht so einfach, sein Informationsdefizit abzudecken. Wir haben keine Geheimnisse. Unsere Informationen stehen jedermann zur Verfügung und sind jederzeit einsehbar.
9. Das wir von verschiedenen "sozialpädagogischen Ansprüchen" ausgehen ist doch keine Seltenheit. Wir arbeiten nicht bei KEBAL.
10. Die Form der Auseinandersetzung der letzten 5 Jahre ist doch wohl maßgeblich von den Mitarbeitern des Modellversuchs bestimmt worden. Herrn F.G. Vahsen ist doch auch so manch anderes Mittel der Auseinandersetzung recht gewesen. Warum nicht dieses, doch sehr offene, Mittel einer Dokumentation?
11. "Notwendige soziale Kontrolle" ist sicherlich das, was wir wollen, nicht nur bei "Andersdenkenden". Warum hat sich Herr F.G. Vahsen zusammen mit KEBAL aus der "sozialen Kontrolle" des Fachbereichs herausgezogen? Es ist wahrscheinlich einfacher, wenn man von Leuten kontrolliert wird, die einem genehmer sind und die die Sache forcieren, als kritisch nachzufragen und auch unbequeme Entscheidungen zu treffen.
12. Keiner der presserechtlich Verantwortlichen hat auf der FBK vom 5. 6. 1980 auch nur "sinngemäß" erklärt, "er werde dafür sorgen, daß, solange er am Fachbereich sei, kein Student an KEBAL teilnehme".

Soweit zur Richtigstellung des o.a. Flugblattes.
Wir finden es sehr begrüßenswert, daß eine so schnelle Reaktion zu der Dokumentation erschienen ist. Doch wir finden es sehr bedauerlich, daß Herr F.G. Vahsen nicht mit einer Silbe inhaltlich darauf eingeht. Er betonte an so mancher Stelle die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung über dieses Thema. Auch wir wollen diese Auseinandersetzung. Doch ist es dazu notwendig Stellung zu konkreten Sachen und Aussagen zu beziehen und sich nicht hinter pauschalen Abqualifizierungen zu verstecken.



V.i.S.d.P.: U. Furas, L. Mulert

„Kritik soll zur rechten Zeit erfolgen. Man darf sich nicht angewöhnen, erst dann zu kritisieren, wenn etwas passiert ist.“ M.T. Tung



Kurze Zeit später, im Oktober, scheint dem Modellversuch fast die Luft ausgegangen zu sein. Denn am Fachbereich kursiert ein Pappter, das einige Kollegen zu einem Gespräch im Innengarten mit Herrn Vahsen einlädt:

HERAUS AUS DER FREIZEITPÄD.SACKGASSE

Dieses "Geheimpapier" wird veröffentlicht - mit einem dazu passendem Statement:

HERAUS

AUS DER FREIZEITPÄDAGOGISCHEN SACKASSE ???

Folgendes Papier kursiert bei uns am Fachbereich:

F.G. Vahsen

Hildesheim, 28. Oktober 1980

Herrn Prof. Dr. Klaus Below
und Herrn Prof. M. Rothsuh-Wanner
und andere interessierte Kollegen

im Hause

Liste Kollegen!

Da einer der Punkte in dem sog. "Positionspapier" zum Modellversuch KEBAL der Bereich der Fort- und Weiterbildung war, würde ich Euch gern zu einem Gespräch einladen, um den Stellenwert der Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Ausbildung von Sozialpädagogen an der Fachhochschule Hildesheim/Holzlingen klären zu können. Fort-, Weiterbildungs- und Aufbaustudiengänge erscheinen mir als mögliche Ansatzpunkte, aus der rein freizeitorientierten Sackgasse herauszukommen und dem Modellversuch vielleicht (nochmals) Leben einzuhauchen.

Als Termin schlage ich Mittwoch, den 12. 11. 1980, 16.00 Uhr, Immengarten 3 (Eingang im Hof) vor.



(Friedhelm Vahsen)

Ich werde am Mittwoch, 12. 11. 1980, 16.00 Uhr, an der Besprechung im Immengarten 3 teilnehmen.

.....
Name/Unterschrift

Zurück an:
Friedhelm Vahsen



Wir begrüßen dieses Papier von Friedhelm Vahsen, kommen aber trotzdem nicht umhin, mal wieder Kritik zu üben (immer das gleiche, der Drucker).

WARUM WURDE DIESES PAPIER NICHT VERÖFFENTLICHT ?

D.h., warum wurde die Studentenschaft und unser Vertretungsorgan, der ASTRA, nicht informiert?

• • • • •

Was ist mit der von Friedhelm Vahsen und August Wilhelm Meyer angekündigten Informationsveranstaltung zu KEBAL?

Findet sie jetzt nicht mehr statt, da nicht mehr von Nöten?

• • • • •

Wir finden auch, daß man aus der "rein freizeitorientierten Sackgasse" (F. Vahsen) herauskommen sollte und fordern daher:

- ➔ Beendigung des Modellversuchs KEBAL!
- ➔ Einen Fachbereich Sozialwesen ohne Sonderrechte für irgendjemand!
- ➔ Sofortige Besetzung aller Planstellen!
- ➔ Ausbau und Erweiterung des Lehrangebots im Sommersemester!
- ➔ Mehr Gelder für den Fachbereich Sozialwesen!



Hildesheim, 10. 11. 80

Dann geschah lange Zeit überhaupt nichts. Jedenfalls hätte man das annehmen können oder auch sollen (?). Denn in der Öffentlichkeit wurde nicht mehr viel gesprochen von den "Freizeit-Aktivitäten" der MV-Dozenten. A.W. Meyer ließ sich am Fachbereich überhaupt nicht mehr sehen und verlegte seine Seminare in den Immengarten. Friedhelm Vahsen machte zwar hin und wieder Schlagzeilen in der Lokalpresse, doch damit hatte es sich dann.

Doch im Stillen schien fieberhaft gearbeitet worden zu sein. Denn schon im "INFO '81 für Studienbewerber" konnten die Kebalesen auf knapp 4 Seiten ihren "Studiengang" darstellen - wie übrigens sonst keine andere Richtung. Auffallend war, daß man sich jetzt wieder leistete von einer Zusammenarbeit mit kommerziellen Trägern zu sprechen. So wurden auch die TUI (touristik union international) und NUR aufgeführt. Bis dort hin hatte man es tunlichst vermieden den Modellversuch im Zusammenhang mit derartigen Institutionen zu nennen. Doch bei Studienanfängern, die ja noch keinen Überblick über die Situation am FB hatten, konnte man es ja mal wieder versuchen.

Der nächste Schlag kam dann zu Beginn des SS 81, als die Keba-Gruppe ein eigenes Vorlesungsverzeichnis nur für Freizeitpädagogik drucken ließ. In DIN-A 5 Format und in hoffnungsvollem Grün. Dort erfuhr man dann auch etwas über die Gruppenzusammensetzung des Modellversuchs und von neu eingestellten hauptamtlichen Mitarbeitern:

G. MODELLVERSUCH FREIZEITPÄDAGOGIK

Projektleitung: Rektor Klose

Fachgruppenmitglieder:

Prof. O. Almstadt	Fachbereich Produktgestaltung
Prof. G. Canzler	Fachbereich Architektur
Prof. Dr. P. Christow	Fachbereich Sozialpädagogik
Prof. Dr. H. Köpp	Fachbereich Forstwirtschaft
Prof. Dr. A.W. Meyer	Fachbereich Sozialpädagogik
Prof. Dr. H.F. Müller	Fachbereich Kommunikationsgest.
Prof. Dr. Chr. Oehlmann	Fachbereich Sozialpädagogik
Prof. Dr. G. Unterberger	Fachbereich Sozialpädagogik
Prof. Dr. F.G. Vahsen	Fachbereich Sozialpädagogik

Hauptamtliche Mitarbeiter:

C. Lenkeic, Dipl.-Psych.
G. Weipert, Dipl.-Päd. (ab 1.4.1981)
W. Préval, Schreibkraft

Inhaltlich gab es nicht viel Neues.

Doch dieses interne Vorlesungsverzeichnis wurde nicht jedem Studenten gegeben, sondern nur Interessierten, die mal zum Immengarten kamen. Und es wurde am Hohnsen in anderen Fachbereichen ausgelegt.

Dann wieder Stille, bis Ende April dann eine alte Geschichte wieder auf den Tisch kam und ein erneuter Versuch geschah, aus der "freizeitorientierten Sackgasse" endlich herauszukommen.

Neues von KEBAL

SCHLEICH SCHLEICH
SCHLEICH



...UND GESUNDE
AUF SEM OFFEN
DU LAURET



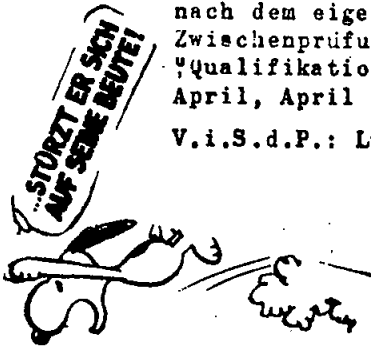
Ende April fand im Immengarten, der Höhle der Freizeitlöwen wieder einmal eine kleine Sitzung besonderen Inhalts statt. Beteiligt waren, neben dem Oberhaupt der KEBAL-Familie F.G. Vahsen, zwei Vertreter des Landesarbeitsamtes Hannover (LAA), zwei KEBAL-Mitarbeiter und drei Studenten. Worum ging's ?

Ein altes, lange nicht erwähntes Lieblingskind von Auwi Meyer wurde wieder hervorgekramt: der "Aufbaustudiengang". Und das soll nun, fest in den Händen der Freizeitpädagogen in Hildesheim ablaufen. In einem 3-semesterigen Studium sollen Soz.päd's und Soz.arb's mit dreijähriger Berufspraxis (auch Hausfrauentätigkeit) aus der berufspolitischen Sackgasse heraus in "freizeitspezifische Arbeitsfelder und Einrichtungen" hineingelehrt werden. Man merkt schon, der Arm ist lang. Wenn man im Studium schon nicht viele Studenten erwischte, dann doch vielleicht drei Jahre danach. Freizeit hat Zeit. Dennoch wird die ganze Geschichte nichts mit dem FB zu tun haben - zumindest auf den ersten harmlosen Blick: Das LAA wird nach dem "Arbeitsförderungsgesetz" (AFG) die Lernwilligen (von 20 ist zur Zeit die Rede) abdelegieren. Und zwar an den noch zu bildenden Verein "Institut für sozialpädagogische Fort- und Weiterbildung e. V. Hildesheim". Als Gründungsmitglieder sind der Kurdirektor von Bad Salzdetfurth, Prof. H. Opaschewski, hildesheimer Kommunalpolitiker aller Couleur ("politische Prominenz") und der Rektor der FHS im Gespräch. Beginn der Aktion ist für das WS 81/82 geplant. Räumliche Engpässe sollen durch den "Freizeit- und Gesundheitsladen" der SPD in der Nordstadt (bisher schlicht "Bürgerberatungsstelle" genannt) abgedeckt werden. Doch auch der Immengarten, dann vergrößert, kommt in Frage. Zudem möchte man Räume in der Bahnhofsschule, der Annenstrasse oder dem Praktikantenamt bekommen. Die zunächst 20 Teilnehmer dieser Maßnahme sollen schon einige Voraussetzungen mitbringen. Engagiert sollen sie sein. Und zur Nachprüfbarkeit werden Anwesenheitskontrollen durchgeführt. Auch Lernzielkontrollen (Prüfungen) und eine Abschlußprüfung mit Leistungs differenzierungen möchten's sein. Wie, das weiß keiner so genau. Es gibt keine Prüfungsordnung für die Abschlüsse. Überhaupt ist der Abschluß völlig unklar, vielleicht wird man ein Zertifikat als "Obersozialpädagoge" bekommen. Genausowenig wurden inhaltliche Aussagen über dieses Studium gemacht. Grundsätzlich aber erhebt sich die Frage danach, daß wieder einmal eine Reihe von Kapazitäten vom FB abgezogen werden könnten. Dozenten, die an dieser Maßnahme beteiligt sind, werden - wie schon an anderen Stellen - immer weniger ihren eigentlichen Aufgaben gerecht werden können. Also: Abzug von Lehrangeboten.

Denn schließlich möchte man auch, daß die späteren Prüfungen von FB- Dozenten abgenommen werden. Ebenfalls wird man auf Lehrmittel und Räume vom FB gerne zurückgreifen, was gleichfalls eine Einschränkung unseres Studiums bedeuten würde. Mittel vom FB, sicherlich nicht so offen, für ein totgeborenes Kind. Und die entsprechenden Dozenten werden wieder einmal versuchen sich daran gesundzustoßen. Planen - und sei es noch so ein Unsinn - erscheint wichtiger als Lehren. Und außerhalb des FB's (im Verein kann man sich auch besser der Kritik, Kontrolle und Auseinandersetzung mit den Kollegen entziehen. Und die Verschaukelung der zukünftigen "Aufbaustudenten" scheint vorprogrammiert. Weder Lerninhalte (was soll denn nach dem eigentlichen Studium eigentlich Neues vermittelt werden?), noch Zwischenprüfungen, noch Abschlußprüfungen sind klar. Schön gar nicht die "Qualifikation" hernach.

April, April - kann machen was er will ?

V.i.S.d.P.: Lutz Mulert



Doch dann geschahen wahrhaft unheimliche Dinge.

Man munkelte, daß das Ministerium in Hannover gar nicht so recht einverstanden sei mit der Idee, daß der Modellversuch nun auch noch einen Verein gründen wolle zur Fort- und Weiterbildung. Eckhard Albrecht, z.Zt. noch Dekan des Fachbereichs, sprach gegenüber einem Studenten davon, -nachdem er einen Tag zuvor mit Klose und Sutor im Ministerium war - daß er das verhindern werde, und gar nicht damit einverstanden sei. Währenddessen wurden im Rektorat fieberhaft Unterlagen über das Vorhaben gesucht und man sprach davon, daß man die geplante Gründungsversammlung am Freitag dem 12.6.1981 auf jeden Fall verhindern wolle und die an eine Vielzahl von Leuten verschickte Einladung zu diesem Treffen rückgängig gemacht werden solle. Das ist inzwischen geschehen, dann die Gründungsversammlung fiel ins Wasser.

Zur gleichen Zeit hörten wir davon, daß der Senat nun endlich einmal einen Bericht über den Modellversuch angefordert habe, und zwar einen inhaltlichen. Aus diesem Grunde lud man sehr schnell zu einer Versammlung am 15.6.81 im Immengarten ein. Wie man sage, um zu sehen, wie der Modellversuch vor dem Senat zu retten sei.

Damit hat man sicher nicht gerechnet, daß nachdem man sich erfolgreich der Kontrolle des einen Gremiums entzogen hatte (dem FBR), man sich nun mit der Kontrolle und dem berechtigtem Anspruch nach Information und Berichterstattung des anderen (Senat) auseinandersetzen muß.



Titanie sinkt im Hohnsensee ?

Mal hü mal hot - manchem kommt's im Schweinsgalopp

Am Montag, dem 15.6.1981, also kurz vor Redaktionsschluß der Festschrift, trafen sich im Immengarten, dem Domizil der Freizeitpädagogen, einige ausgewählte Dozenten unseres Fachbereichs. Friedhelm Vahsen hatte zu einer zwanglosen Runde bei Wein - übrigens privat bezahlt - eingeladen. Erschienen waren neben den Dozenten Roths Schuh, Below, Österwitz, Keuntje, Prachtel und Wilken, die beiden hauptamtlichen Mitarbeiter bei KEBAL, Frau Lenkeit und Herr Weipert, sowie - zum Erstaunen der Eingeladenen und des Hausherrn - drei Studenten. Man gewährte ihnen, trotz anfänglicher erheblicher Bedenken, Einlaß und ließ sie der Sitzung beiwohnen. Doch wie Friedhelm Vahsen später in lockerer Manier gestand, geschah dies nicht ohne ein schlechtes Gefühl, da er befürchtete, daß nun wieder etwas nach außen dringen könnte, die Studenten das Gehörte zu einem Flugblatt verwenden könnten.



Worum ging es:

Zunächst stellte Friedhelm Vahsen drei sensationelle neue Bereiche seines Wirkungsfeldes vor: - Gesundheit und Kur (auch mit Vor- und Nachbereitung)

- Stadtteilarbeit

- Reisen, Erholung und Umwelt

Während Stadtteil- und Gesundheits-(Kur-) arbeit nichts neues sind, hatte man sich aber beim dritten Teil (früher schlicht Urlaub und Reisen) einen Bonbon ausgedacht.-Durch die Einfügung des Themenbereichs "Umwelt" sollen wohl nun die ortansässigen "Grünen" und die progressiven Studenten angelockt werden.-Dann stellte Friedhelm Vahsen eindeutig fest, daß es wohl mit dem eigenen Fachbereich Freizeitpädagogik endgültig aus und vorbei sei. (Wieso, weshalb, warum ?)

Woraufhin er den Kollegen folgende 3 Vorschläge unterbreitete:

I. Eine Studienrichtung innerhalb des
Fachbereiches mit dem Studienschwer-
punkt Freizeit- und Kulturarbeit.
(Zuständigkeit liegt beim FB)

II. Zentrale Einrichtung
gem. § 105 NHG
Studienangebot für die ges. FHS
(Zuständigkeit beim Senat)

III. Fort- und Weiterbildung

- a.) gemäß NHG
(Zuständigkeit beim Senat)
- b.) gemäß AFG
(Gemeinnütziger Verein)



Anschließend wurde über die verschiedenen "Lösungen" geredet. So meinte Roths Schuh, daß eine "integrierte Lösung am FB" erstrebenswert sei, vor allem im Hinblick auf den evtl. zu erwartenden Abzug an Stellen und dem NC, der dadurch entstünde, daß weniger Stellen vorhanden seien. -Es ist schon sehr unverständlich, daß ausgerechnet Roths Schuh derartiges befürwortet, war er es doch, der mit seinem Antrag vor über einem Jahr dem Modellversuch aus dem Fachbereich herauslöste. Andererseits mutet es seltsam an, was man doch alles mit dem Argument des Stellenabzuges und der zu erwartenden Einschränkung im Lehrangebot machen kann. Roths Schuh scheint vergessen zu haben, daß die Studenten das schon seit über 5 Jahren sagen - und das er es war, der mit demselben Argument die Abtrennung der Freizeitpädagogen vom Fachbereich befürwortete. - Herr Wilken vertrat die Auffassung, daß die Schaffung eines Schwerpunktes Nr. 4 "Freizeitpädagogik" überhaupt nicht notwendig sei. Man solle doch diesen Punkt in einen schon bestehenden Schwerpunkt eingliedern. Während Frau Keuntje eher einer Zentrallösung positiv gegenüberstand, sie aber für unrealistisch hielt. Edith Prachtel hingegen hegte vor allem die Befürchtungen, daß diese Sache nun wieder an die große Glocke kommen könne und dem Fachbereich eine neue Flugblattwelle bevorstünde. Below seinerseits machte den Vorschlag, doch die "Vereinslösung" der Hildesheimer Volkshochschule zu unterbreiten.

Herr Vahsen wies letztlich darauf hin, daß eine Lösung gefunden werden müsse, da er sonst einen Abschlußbericht schreiben könne. Er selber tendiere zur Lösung "zurück zum FB".- Es ist schon sehr obskur, was da geschieht. Da wird versucht, einen Verein zu gründen, in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Hannover. Viele Persönlichkeiten aus Hildesheim werden angeschrieben und eingeladen zur Gründungsversammlung. Unterdessen jedoch stellt sich heraus,



daß sowohl das Ministerium, als auch das Rektorat der FHS keineswegs begeistert von diesem Vorhaben sind, vor allem zeigt man sich uninformiert. Schließlich wird der Gründungstermin zurückgezogen, die Sitzung verschoben. Andererseits meldet der Senat, dem KEBAL jetzt untergeordnet ist, sein Verlangen nach einem inhaltlichen Bericht über die Arbeit des Modellversuches an. Und dies soll bis zur nächsten Senatssitzung geschehen, die noch in diesem Monat stattfindet. Und just in dieser Situation werden Kollegen zu einem zwanglosen Gespräch (vorher wurde gemunkelt, daß es sich um eine Art "Rettungsaktion für den Modellversuch" handele) eingeladen und man redet über die eventuelle Wiedereingliederung in den Fachbereich. Was gefällt den Mitgliedern des Modellversuchs nicht mehr am Senat? Hat sich die Stimmung geändert? Als 1980 der FBR den Beschluß faßte, der MV solle dem Senat angegliedert werden, schien man erfreut darüber, denn der Senat stand KEBAL wohlwollender (unkritischer?) gegenüber, Heute hat sich wohl das Blatt wieder gewendet und man möchte zurück in den "heimischen" Hafen. Es bleibt abzuwarten, wie Friedhelm Vahsen und seine Mannschaft das sinkende Schiff durch die Kontrollinstanzen manövrieren wird - am Ende, so sieht es aus, wohl zum Abwracken.

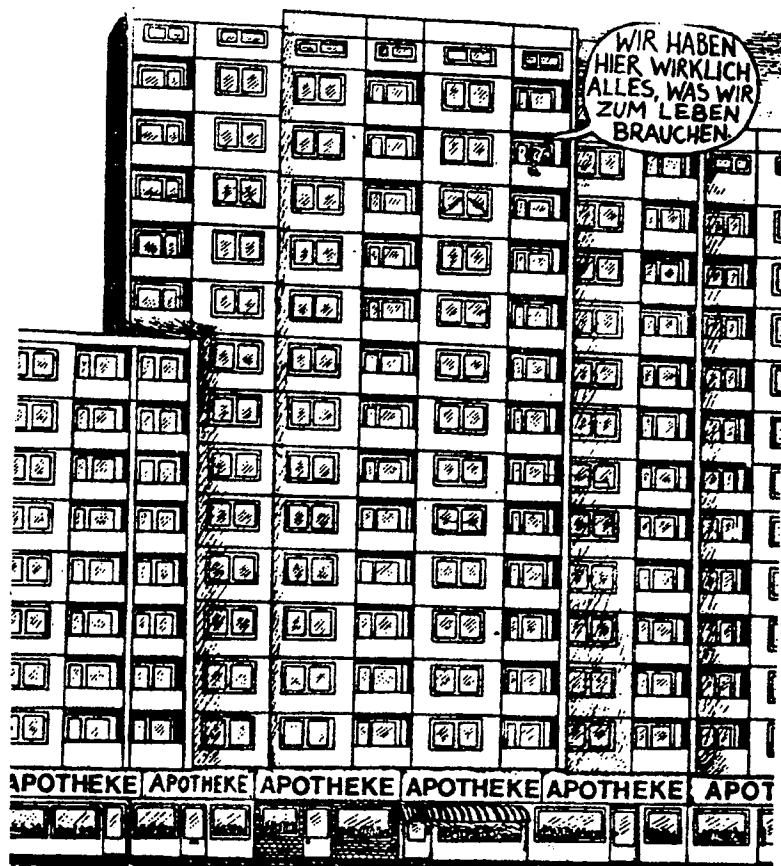
Festzuhalten ist, daß der Vorschlag 1 vor einem Jahr von den Kebalesen selber abgelehnt worden ist. Bei Vorschlag 2 käme die inhaltliche Arbeit zur Sprache, was anscheinend nicht in jedermanns Interesse zu liegen scheint, und Vorschlag 3 ist ein totgeborenes Kind. Von daher müßte man dem Schrecken ein Ende setzen:

Sofortige Beendigung des Modellversuchs KEBAL

Freizeitpädagogik soll unter einem bestehenden Schwerpunkt gelehrt werden!

Mit allem anderen würden sich die Dozenten, die vor einem Jahr für die Abtrennung vom Fachbereich stimmten (Dr. Vahsen, Dr. Deßmann, Dr. Engelmann, Dr. Ahlbom, Prof. Keuntje - Enthalten hatten sich Prof. Prachtel und Schütz, dagegen war Prof. Valiaparampil) ein Armutszugnis ausstellen.

Wie sagte doch Frau Keunte damals sie würde, wider besseren Wissens, den Freizeitpädagogen noch einmal 2 Jahre Vertrauensvorsprung geben.



Nachwort

An diesem Buch haben wir ca. 400 Stunden (2 Wochen) gesessen. Während im Takt die Maschine klapperte, seierte die Musik bis zum frühen Morgen. Dabei haben wir :

10 Päckchen schwarzen Krausen

8 Päckchen DRUM

12 Schachteln Marlboro

7 Schachteln CAMEL

etliche geschnorrte Zigaretten

4 Pfund Kaffee

etliche Portionen Pmmes Majo,

Bock- Brat- Currywürste

(wer kennt sie nicht, die

Würstchen mit dem grünem Strich)

ca. 50 Flaschen Cola

reichlich Wasser

7 Packungen Aufputzmittel

12 Packungen Beruhigungsmittel

(im freien Handel erhältlich)verbraucht.

und vier Deckel bei Hilde gemacht.

Unsere abgehärtete sozialpädagogische Natur bescherte uns :

7 schlaflose Nächte

2 Nervenzusammenbrüche

ein Kreislaufkollaps

etliche dumme Bemerkungen

mindestens 20 Erklärungen, was wir hier eigentlich machen würden

und die Bescheinigung eines staatlich geprüften Psychotherapeuten,

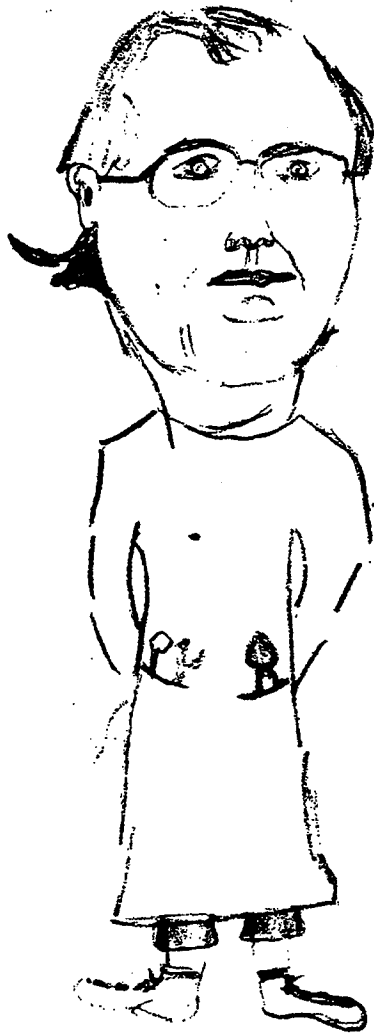
daß wir erstens von allen guten Geistern

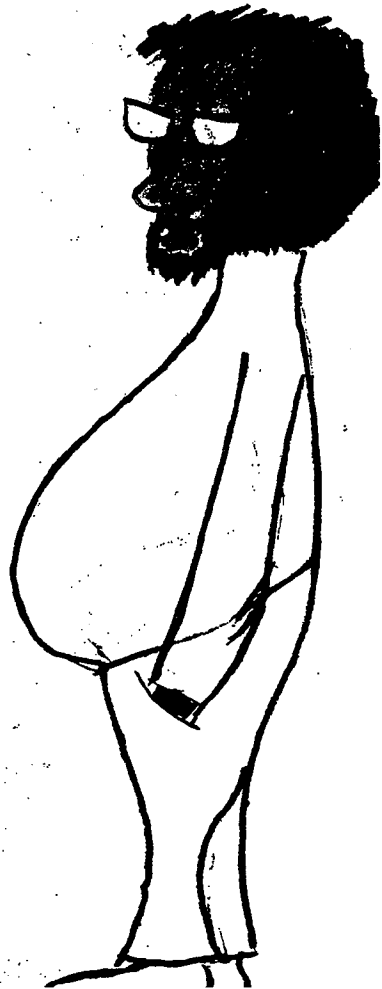
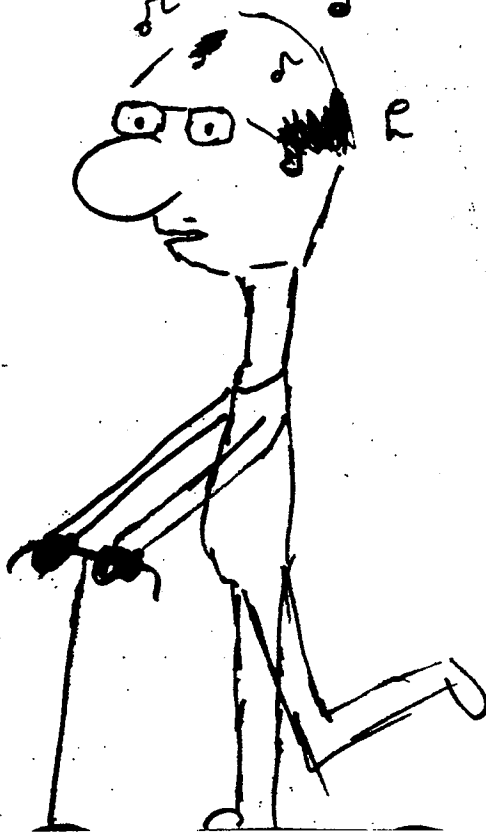
und zweitens von jeglicher Vernunft verlassen worden sind.

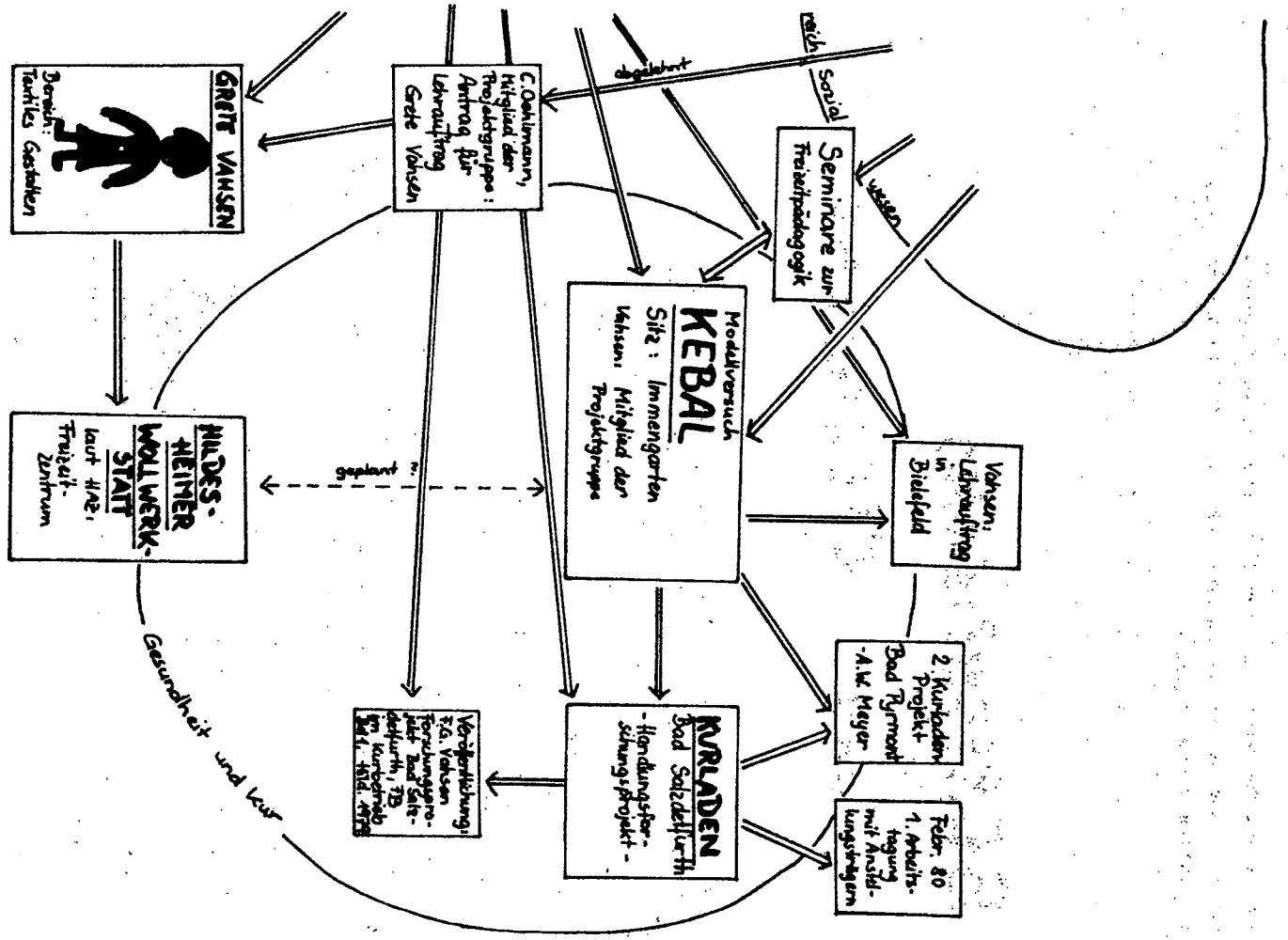
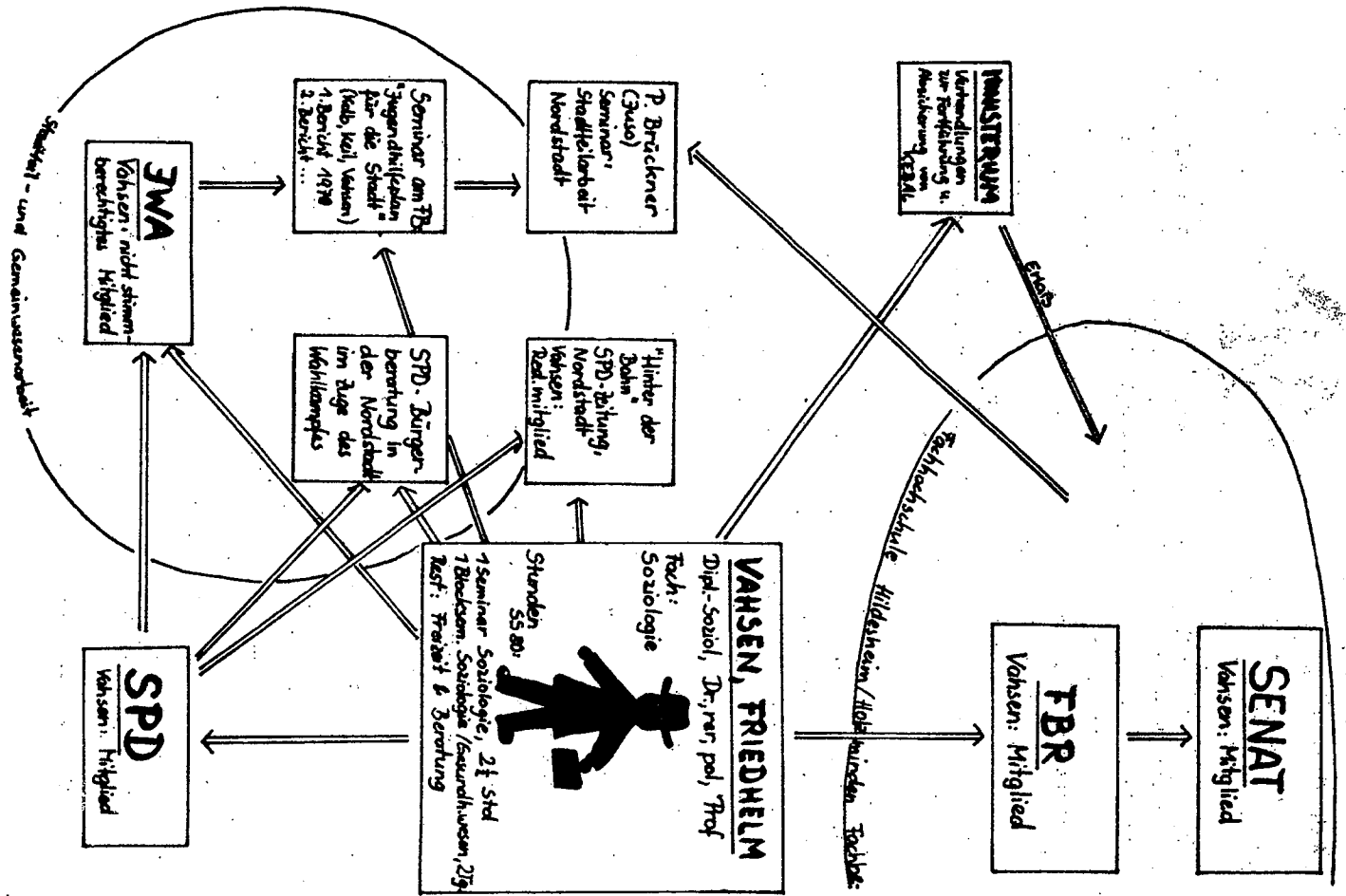
Zusätzlich werden einige sicherlich noch sagen, daß das besser nicht erschienen wäre.

Das finden wir auch, aber nun ist es zu spät.

Mit freundlichen, kollegialen, brüderlichen und hilflosen Grüßen!







An alle
hauptamtlich Lehrenden

Betr.: Erlaß des MWK vom 23.4.81 bezüglich des Lehrbetriebs
am Fachbereich Sozialpädagogik

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im folgenden möchte ich Euch die wesentlichen Ergebnisse meines
Gesprächs mit dem Fachreferat "Fachhochschulen" im MWK mitteilen:

Im MWK war - möglicherweise aufgrund des dort vorliegenden Vorlesungs-
verzeichnisses - der Eindruck entstanden

1. daß einzelne am Fachbereich Lehrende weniger Lehrveranstaltungen abhalten als nach der Regellehrverpflichtung auf sie entfallen,
2. daß einzelne Lehrende ihr gesamtes Lehrdeputat an zwei Wochentagen, ein Lehrender des gesamte Lehrdeputat an einem Wochentag ableisten,
3. daß zusätzlich zur Lehrverpflichtung anfallende dienstliche Aufgaben vom Lehrdeputat abgezogen werden (Studien- und Examenberatung),
4. daß Lehrveranstaltungen mehrerer Lehrender (team-teaching) angeboten werden aus dem primären Grund, die Lehrpflicht zu verringern.

Ich habe demgegenüber erklärt,

1. daß nach meinem Kenntnisstand alle am FB Lehrenden so viele Lehrveranstaltungen abhalten, wie nach der Regelverpflichtungsverordnung auf sie entfallen.

In diesem Zusammenhang habe ich darauf verwiesen, daß nicht das Vorlesungsverzeichnis, sondern vielmehr die Lehrnachweise maßgeblich sein. Das MWK wies darauf hin, daß es nach seiner Rechtsauffassung Pflicht des Dekans sei jederzeit einsehbare Unterlagen zu führen, aus denen hervorgeht, wie jeder einzelne Lehrende seiner Lehrpflicht nachkommt. (z.B. Landesrechnungshof)

2. daß mir keine gesetzliche Regelung bekannt sei, nach der an Fachhochschulen Lehrende verpflichtet sind, ihr Lehrdeputat auf eine bestimmte Anzahl von Tagen zu verteilen.

Mir wurde entgegengehalten, daß der gesunde Menschenverstand und die Fürsorgepflicht des MWK gebieten, daß die tägliche Lehrleistung eine bestimmte Höhe nicht überschreitet. Ich muß konzedieren, daß dies nicht von der Hand zu weisen sei. Ohne daß abschließend eine konkrete Zahl genannt wurde, schien mir klar zu sein, daß bei Lehrveranstaltungen üblichen Typs (Vorlesung, Seminar, Übung) auf keinen Fall mehr als 8 Stunden der Lehrverpflichtung an einem Tag absolviert werden sollten.

3. daß die Regelung der Studien- und Examenberatung auf einer Absprache mit dem damaligen Staatssekretär Grolle beruht. Diese Absprache wurde vom MWK insoweit bestätigt, als es sich dabei um geschlossenen Lehrveranstaltungen handelt. (Behandlung von Problemen, die sich aus einer bestimmten Studien- oder Prüfungssituation ergeben.) Lehrveranstaltungen dieser Art sind künftig unter Begriffe wie "Colloquium" oder "Repetitorium" zu führen. D.h., unter den Begriffen "Studien- und Examenberatung dürfen künftig keine Lehrveranstaltungen mehr angeboten werden.

4. daß Lehrveranstaltungen dann im "team-teaching" angeboten werden, wenn dies aufgrund der zusammenfließenden fachlichen Kompetenzen notwendig ist. Deshalb sei vollauf gerechtfertigt, daß alle betätigten Lehrenden die jeweilige Lehrveranstaltung voll auf des Deputat anrechnen.

5. daß zusätzlich zur Regellehrverpflichtung anfallende Aufgaben wie Studien- und Examenberatung (Einzelberatung) sowie vor allem auch die Praktikantenbetreuung von allen hauptamtlichen Lehrenden laufend wahrgenommen werden.

Abschließend sei noch vermerkt: Ich habe es abgelehnt, irgendwelche Kontroll- oder Aufsichtsfunktionen wahrzunehmen, die über das NHG vorgesehene Minimum hinausgehen. Und diese Minimum lautet:

NHG § 97, 2 Satz 2 "Er (der Dekan) wirkt darauf hin, daß die Mitglieder und Angehörigen des Fachbereichs ihre Aufgaben erfüllen."
Eckhard Albrecht (Dekan)"

